

Der grosse Streit : wie das Landesmuseum nach Zürich kam

Autor(en): **Sturzenegger, Tommy**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich**

Band (Jahr): **66 (1999)**

PDF erstellt am: **09.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-379006>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Tommy Sturzenegger

Der grosse Streit

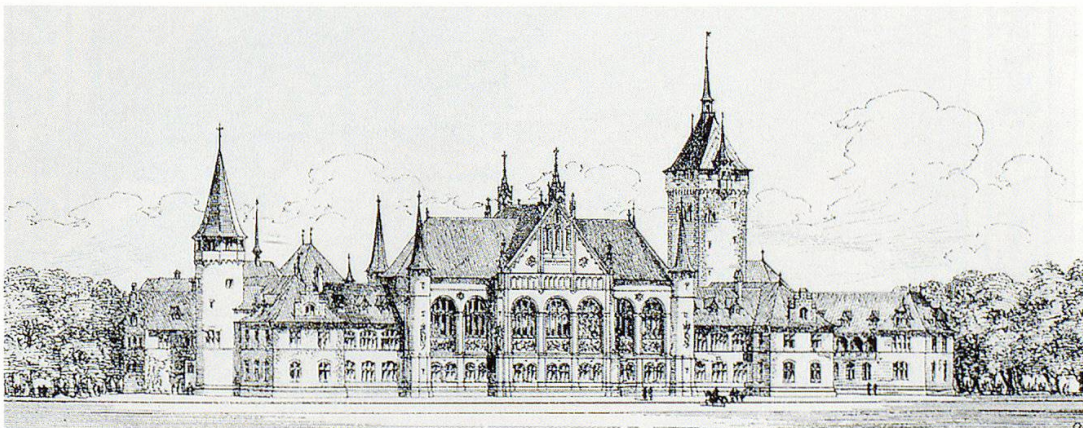
Wie das Landesmuseum nach Zürich kam

Die vorliegende Untersuchung wurde von der
Philosophischen Fakultät I der Universität Zürich im
Wintersemester 1997/98 auf Antrag von Prof. Dr. Roger Sablonier
als Lizentiatsarbeit angenommen.

Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 66

Dank

Einen grossen Dank an meine Familie, Anne Catherine, Sophie und Noah, für ihre Geduld und ihr Verständnis. An Prof. Dr. Roger Sablonier für die Idee zu dieser Arbeit, die Betreuung und die Vermittlung an die Antiquarische Gesellschaft. An Marianne Flüeler von der Punktum Buchredaktion für ihr Lektorat, die Unterstützung und Hilfe bei der Publikation dieses Buchs. Vielen Dank auch Helen Merz und Felix Graf von der Bibliothek des Schweizerischen Landesmuseums sowie Karl Zimmermann vom Bernischen Historischen Museum. Speziell bedanken möchte ich mich auch beim Vorstand der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich für die Ehre, meine Lizentiatsarbeit in dieser Weise veröffentlicht zu sehen. Im weiteren danke ich, dass die Veröffentlichung dieses Neujahrsblattes von der Gesellschaft für das Schweizerische Landesmuseum in Zürich in grosszügiger Weise unterstützt wurde.



Das Landesmuseum. Zeichnung aus der «Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».



Der sogenannte «Zürcher Prachtband», die aufwendig gestaltete und illustrierte Bewerbungsschrift an die eidgenössischen Räte vom November 1890.

Tommy Sturzenegger

Der grosse Streit

Wie das Landesmuseum nach Zürich kam

Verlag Hans Rohr Zürich 1999

Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich
(Kantonaler Verein für Geschichte und Altertumskunde)

Band 66
(163. Neujahrsblatt)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Sturzenegger, Tommy:

Der grosse Streit: wie das Landesmuseum nach Zürich kam

Tommy Sturzenegger. – Zürich: Rohr, 1998
(Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft
in Zürich [Kantonaler Verein für Geschichte
und Altertumskunde]; Bd. 66 = Neujahrsblatt 163)

Zugl.: Zürich, Univ., Lizentiatsarbeit, 1997/98

ISBN 3-85865-515-5

Verlag Hans Rohr Zürich, 1999
Druck: Druckerei Schulthess AG, Zürich
ISBN 3-85865-515-5

Titelbild: Karikatur im «Nebelspalter» vom 10. Januar 1891. Text: «Zürich und Bern: «So die Zwei [Basel und Luzern] wäre d'unte! Was meinsch, Müeti, solle mer's jetzt usjasse oder ushäggle?» Helvetia: «Ne, nei, warted es Bitzeli!»»

Inhalt

Vorwort	9
1. Einleitung	11
1.1. Hundert Jahre Schweizerisches Landesmuseum in Zürich	11
1.2. Vorgehensweise	16
1.3. Die untersuchten Zeitungen auf einen Blick	19
1.4. Überblick über die Literatur	23
1.5. Das politische System der Schweiz vor 100 Jahren	24
1.6. Das Bürgertum als treibende kulturelle Kraft	26
2. Der Kampf für ein Nationalmuseum	33
2.1. Anfänge der Idee für ein Nationalmuseum	33
2.2. Salomon Vögelins erste Eingabe	35
2.3. Die Landesausstellung 1883 in Zürich	37
2.4. Der Ankauf der Pfahlbausammlung des Dr. Gross	40
2.5. Erste Bundesmittel fliessen	44
3. Politische Chronologie	51
3.1. Das Programm für ein Landesmuseum	51
3.2. Die Eintretensdebatte im Ständerat	56
3.3. Die «parlamentarische Promenade» im Nationalrat	60
3.4. Die ausländische Expertenkommission	63
3.5. Reaktionen auf den Bericht der Experten	68
3.6. Wie soll über den Sitz abgestimmt werden?	75
3.7. Dezember 1890 – Die Enttäuschung	77
3.8. April 1891 – Der Skandal	80
3.9. Juni 1891 – Der Sieg Zürichs	84
4. Die Projekte der Städte	91
4.1. Zürich: «Annex» des Polytechnikums	91
4.2. Berns eigenes «Nationalmuseum»	100
4.3. Basels Museum in der Barfüsserkirche	104
4.4. Luzerns Museum über die Reuss	107
5. Kuhhandel und Verschwörungen	115
5.1. Der Python-Handel	115

5.2.	Die Katholiken als Zünglein an der Waage	119
5.3.	Der «Simplon-Kitt» oder wie der Ostschweiz eingeheizt wurde ...	124
5.4.	Der Bern-Zürcherische Eisenbahnhandel	126
5.5.	Die rein touristischen Interessen	132
5.6.	Die Antimuseums-Petition	134
5.7.	Die eidgenössische Rechtsschule und andere Luftschlösser	145
6.	Die Strategien der Städte	157
6.1.	Zürich: Wie aus einem historischen Museum ein Kunstgewerbemuseum wurde	157
6.2.	Bern: «Wir bauen einfach ein Museum»	162
6.3.	Basel: Vom «edlen Wettstreiter» zum erbitterten Feind	166
6.4.	Luzern: Das Museum im Herzen der Schweiz	172
7.	So kam Zürich zum Landesmuseum	177
Bibliographie	183
	Zeitungen	183
	Andere Quellen	183
	Darstellungen	186
Anhang	189
	Chronologie der Ereignisse	189
	Personenverzeichnis	195
	Bildnachweis	204

Vorwort

Im 35. Bericht über die Verrichtungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich im Jahr 1887 wird festgehalten: «Bekanntlich hat die Gesellschaft schon seit mehreren Jahren im südlichen Flügel des Kreuzganges des ehemaligen Predigerklosters grössere Gegenstände, besonders Steindenkmäler, welche keinen Platz im Helmhaus fanden, mit Genehmigung des L. Stadtrathes aufbewahrt. Als nun über unserem Locale in der Nacht vom 25. zum 26. Juni das alte Klostergebäude vom Feuer verzehrt wurde, benutzte der Vorstand am 13. Juli den Umstand, dass die Bitte beim L. Stadtrathe vorzulegen war, diese Gegenstände auch nach der Feuersbrunst in ihrem von der Zerstörung unberührt gelassenen Raume belassen zu dürfen, ausserdem dieselben nach Niederreissung der Brandruine zu schützen, um noch weiterhin seine Gedanken darüber der Behörde vorzulegen, ob nicht bei der neuen Verwendung des Bauplatzes eine Unterbringung der Sammlungen der Gesellschaft sich an dieser Stelle durchführen liesse. Der Vorstand hatte die Genugthuung, dass einerseits die gewünschte Bergung jenes Museo lapidario stattfand; andererseits erfreute er sich im September, der betreffenden Zuschrift des Hrn. Stadtbaumeisters entnehmen zu können, dass es «ausser Zweifel zu stehen scheint, dass die Frage der Unterbringung der antiquarischen Sammlung in einem Neubau mit in den Bereich der Untersuchungen gezogen wird».»

Zwei Jahre danach lesen wir im 36. Bericht über die Verrichtungen in den Jahren 1888 und 1889: «Eine im letzten ausgegebenen Bericht angedeutete Möglichkeit ist eine auch jetzt noch offene Frage, dadurch, dass mit dem Jahre 1888 die Angelegenheit der Bewerbung Zürich's um den Sitz des schweizerischen Landesmuseums dazwischen trat. Der Vorstand hat sich auch mit diesen Angelegenheiten eingehend beschäftigt und ganz besonders Ende 1889 einen Entwurf für das Anerbieten einer *Überantwortung der Sammlungen an das Landesmuseum für den Fall der Verlegung des Sitzes nach Zürich* der Gesellschaft unterbreitet. Diese behandelte die Angelegenheit in ihrer Sitzung vom 21. December 1889 und suchte die Bedingungen, welche immerhin im eigenen Interesse aufgestellt werden mussten, so zu gestalten, dass Zürich auch nach dieser Seite als concurrenzfähig für die Übernahme hervorzutreten im Stande sei.»

Der Vorstand blieb nicht müssig. Unter der Leitung von Ingenieur R. Ulrich, dem Konservator der antiquarischen Sammlung, wurde «mit Energie und freudigem Eifer» ein dreibändiger, illustrierter Katalog ausgearbeitet, der bereits im November 1890 erschien und die weit über 12000 Sammelobjekte der Gesell-

schaft in vorrömische, griechisch-italisch-römische und schliesslich in alamanisch-burgundische bzw. mittelalterliche Funde gliederte. Empfohlen wurde der Katalog «den Tit. Mitgliedern unserer Gesellschaft und weiteren gebildeten Laien zum Studium»; gerichtet war er aber vor allem auch an die politischen Entscheidungsträger in der Auseinandersetzung um die Wahl des Standorts eines schweizerischen Landesmuseums, an «die hohen eidgenössischen Räte».

Diesem Katalog, einem eigentlichen Inventar der in Aussicht gestellten verlockenden Morgengabe der Antiquarischen Gesellschaft an die Museumsbraut, ist im Hin und Her der Standortwahl eine ausschlaggebende Bedeutung zuzuweisen. Erleichtert hält der 37. Bericht über die Verrichtungen in den Jahren 1890 und 1891 denn auch fest: «Durch die endlich am 18. Juni 1891 getroffene Entscheidung der Bundesversammlung, welche Zürich als Sitz des schweizerischen Landesmuseums bestimmte, ist das am 21. December 1889 beschlossene Anerbieten der Gesellschaft, ihre Sammlungen an das Landesmuseum zu übergeben, zur künftigen Thatsache geworden», und rückt selbstbewusst «den opferbereiten Antheil, den unsere Gesellschaft an dieser zürcherischen Schöpfung für die Schweiz nehmen wird» ins rechte Licht.

Über das angesprochene Hin und Her, das freundeidgenössische Gerangel bezüglich der Standortfrage berichtet uns das vorliegende Mitteilungsblatt. Tommy Sturzenegger lässt in seiner Lizentiatsarbeit «Der grosse Streit. Wie das Landesmuseum nach Zürich kam» das zuweilen erbittert geführte Gezänk der Bewerber Genf, Basel, Luzern und vor allem Bern und Zürich im Spiegel der zeitgenössischen Schweizer Presse neu aufleben. Dem Autor sei an dieser Stelle für die gut recherchierte und spannend zu lesende Arbeit herzlich gedankt. Der Vorstand der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich nimmt sie in die Reihe der Mitteilungen auf und versteht sie als *Glückwunschadresse an das Schweizerische Landesmuseum zu dessen heuriger Hundertjahrfeier*.

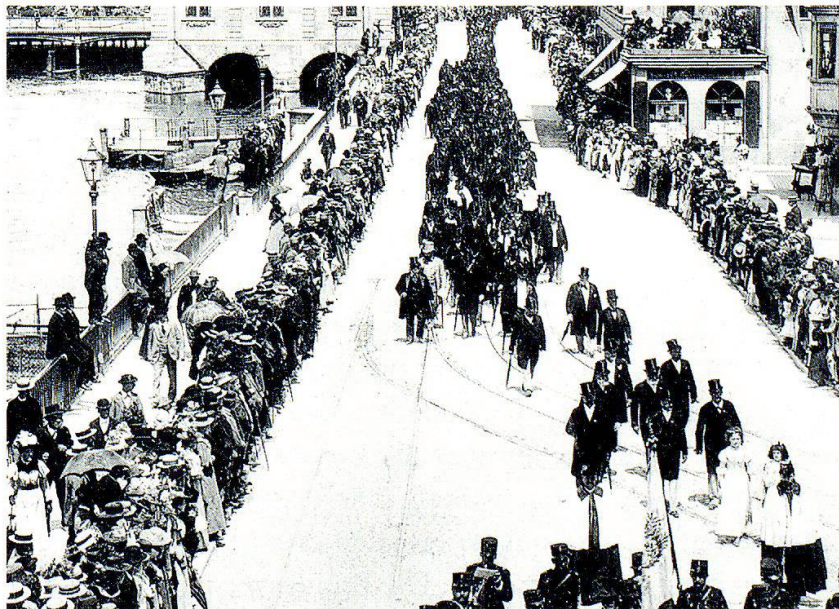
Im September 1998

Jürg E. Schneider
Präsident
Antiquarische Gesellschaft in Zürich

1. Einleitung

1.1. Hundert Jahre Schweizerisches Landesmuseum in Zürich

Am 25. Juni 1898 wurde in Zürich das Schweizerische Landesmuseum an der Platzpromenade in einem feierlichen Akt eröffnet und der Eidgenossenschaft übergeben. Zuvor war der Eröffnungstermin mehrmals verschoben worden, weil sich die über fünfjährigen Bauarbeiten immer wieder verzögerten. Doch, «welchen Unterschied machen schliesslich sechs Monate oder selbst ein Jahr in dem Leben eines auf alle Zeiten berechneten Museums»¹, kommentierte der Zürcher Stadtrat die Verspätung. Bei Fertigstellung des Werks sollte dafür das letzte Juniwochenende des Jahres 1898 eines der pompösesten Feste sehen, die je in Zürich gegeben wurden. Bei strahlendem Sonnenschein und herrlichen Temperaturen rollten bereits am Freitag die Extrazüge aus Bern ein und brachten eine illustre Schar hochrangiger Ehrengäste aus der ganzen Schweiz und aus dem nahen Ausland. Der Bundesrat erschien vollzählig. Am Abend lud die Stadt zu Festvorstellungen ins Stadttheater und in die Tonhalle. Zu Ehren des Bundesrats veranstalteten die Studenten beider Hochschulen in der Nacht einen Fackelumzug durch die Innenstadt. Am Samstagmorgen dann wurde das

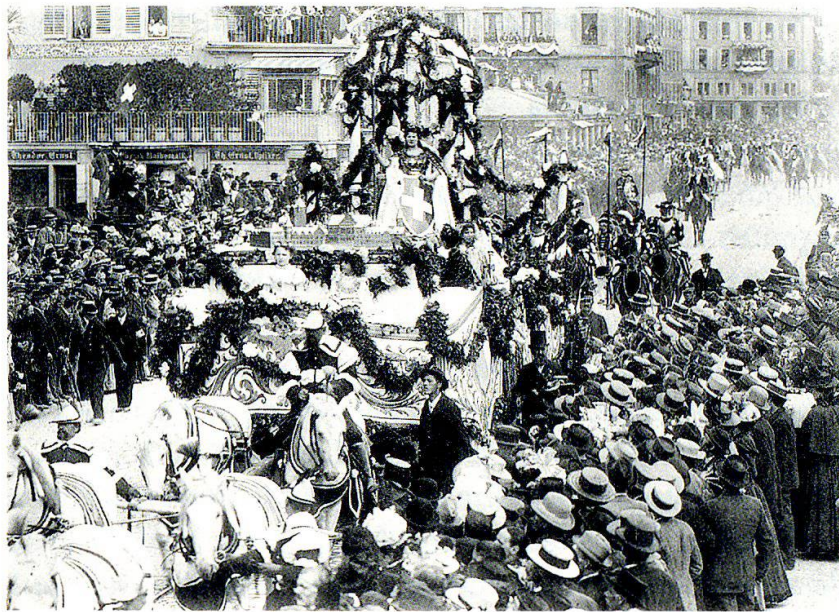


Der Bundesrat an der Spitze des grossen Umzugs. Fotografie aus dem «Album zur Erinnerung an die Eröffnungsfeier des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».

Landesmuseum der Schweiz offiziell übergeben. Es folgte eine umfassende Führung für die Ehrengäste. Am Nachmittag stand ein Volksfest auf dem Programm: Fast der ganze Kanton und viele Gäste aus anderen Gegenden waren auf den Beinen und säumten Zürichs Strassen. Die Zünfte veranstalteten den «grossartigen Festzug der Schweizer Volkstrachten». Eine Dampfschiffahrt und ein exklusiver Ball rundeten den Tag ab. Den ganzen Sonntag über war das Landesmuseum für die Bevölkerung gratis zugänglich. Am Nachmittag wurde am sogenannten Waldfest im Dolderpark weitergefeiert².

Diese übertriebene Festlichkeit mutet schon beinahe suspekt an. Sie sollte wohl auch die Querelen der vorangehenden Zeit vergessen machen. Fast auf den Tag genau sieben Jahre zuvor, am 18. Juni 1891, hatte der Nationalrat das Landesmuseum Zürich zugesprochen und damit eine parlamentarische Krise zu Ende gebracht, die beinahe das eidgenössische Zweikammersystem aus den Fugen gehoben hätte. Beworben um das eidgenössische Institut hatten sich neben der Limmatstadt auch Luzern, Basel und Bern. Genf schied kurz nach seiner Anmeldung wieder aus. Um die Ehre, das Landesmuseum beheimaten zu dürfen, entbrannte ein kaum vorstellbares Gezänk zwischen den vier Städten. Dieser Streit spielte sich für die Öffentlichkeit in der Presse ab. Aus diesem Grund stützt sich die vorliegende Arbeit, im Unterschied zu Robert Durrers Biographie Heinrich Angsts, vor allem auf Zeitungsartikel. Mit ihrem Streit untereinander arbeiteten die «edlen Wettstreiter» den konservativen, föderalistischen Kräften im Land unfreiwillig in die Hände. Die Angst vor dem alles verschlingenden eidgenössischen Supermuseum wurde vor allem von Seiten der kantonalen Sammlungen geschürt. Dort war man besorgt, weil ein Nationalmuseum im Prinzip ja die Schätze aus dem ganzen Land einsammeln musste, was – so befürchtete man – der Plünderung der Kantone gleichkommen würde.

Die nimmermüden Protagonisten der sich bewerbenden Städte hatten kein leichtes Spiel und sahen sich in einen erbarmungslosen Dreifrontenkrieg verwickelt. Zunächst mussten sie ihren Heimatstädten und privaten Spendern eine Unmenge Geld abringen und ihnen plausibel erklären, von welchem elementarem Nutzen das Werk für die eigene Stadt sein würde. Zweitens musste man sich zusammen mit den Mitbewerbern auf eidgenössischer Ebene für die Idee des Landesmuseums an sich stark machen und die konservativen Kantone überstimmen, die kein nationales Museum wollten. Und drittens galt es – da ja nur eine Stadt gewinnen konnte –, die konkurrierenden drei Mitbewerber bei jeder erdenklichen Gelegenheit zu diffamieren. Die Bundesversammlung, die unglücklicherweise in getrennter und geheimer Abstimmung den Sitz der neuen Anstalt vergeben musste, geriet in das vorprogrammierte Dilemma. Die beiden Räte wurden sich nicht einig. Während der Ständerat Zürich als Sitz des Landes-



Der «Prachtswagen» mit Helvetia am grossen Umzug zur Einweihung des Landesmuseums. Fotografie aus dem «Album zur Erinnerung an die Eröffnungsfeier des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».

museums favorisierte, beharrte der Nationalrat auf Bern. Stimmen wurden laut, das endlose Hin und Her zwischen den Räten habe System und ziele darauf ab, das «ganze schöne Werk» zum Scheitern zu bringen. Eineinhalb Jahre lang dauerte das Seilziehen. Dann endlich erbarmte sich eine Mehrheit im Nationalrat und schloss sich der Meinung des Ständerats an, womit Zürich als Sitz des Landesmuseums erkoren war.

Die Idee für ein Landes- oder, wie es im Ausland genannt wird, ein Nationalmuseum entspricht durchaus dem Zeitgeist des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Die nationalen Museen schossen in Europa wie Pilze aus dem Boden. Neben dem pragmatischen Ansatz, dass die Kunstgüter der Ahnen, die sogenannten Altertümer, dem Handwerk und der Massenfabrikation als Inspiration und Anleitung dienen sollten, spiegeln diese Museen vor allem das Selbstverständnis und Erbgut der noch jungen Nationalstaaten wider. Ein staatlicher Schutz von Kunstgütern aus der Vorzeit war notwendig geworden, weil sich gutbetuchte Bürger, ganz der Mode der Zeit entsprechend, einen Sport daraus machten, Altertümer zu sammeln. Grossindustriellen bot sich in ihrem fanatischen Sammeltrieb praktisch die einzige Möglichkeit, innerhalb des auf Bescheidenheit und Sparsamkeit getrimmten bürgerlichen Lebensideals ihr Geld loszuwerden, sich mit der Schaffung von teils gigantischen Sammlungen vom durchschnittlichen Bürgerlichen abzuheben und dafür erst noch Lob und Anerkennung zu ernten. Ganze Landstriche, Klöster, Burgen und Schlösser wurden

leergefegt. Gewiefte Händler verscherbelten Kunstgüter auch ohne Hemmungen ins Ausland. Auf diese Weise ging wertvolles Kulturgut verloren. 1880 versuchte der Zürcher Professor für Kunstgeschichte und Nationalrat Salomon Vögelin, dieser Schindluderei mit den Werken der Ahnen mit einer Eingabe an den Bundesrat Einhalt zu gebieten. Der Bund sollte kantonalen Sammlungen unter die Arme greifen, damit diese beim Erwerb von für ihre Region wichtigen Objekten gegen die Spekulanten aus dem Ausland bestehen könnten. Er kam damit nicht durch.

Im Rahmen der Landesausstellung von 1883 in Zürich wurde Vögelins Ideen neues Leben eingehaucht. Auf Initiative der «Gruppe 38», die unter Vögelins Leitung stand, faktisch aber von dessen Freund, dem Zürcher Seidenkaufmann und englischen Honorarkonsul Heinrich Angst geführt wurde, entstand der Pavillon «Alte Kunst». In ihm zeigte eine Reihe renommierter Sammler zusammen mit einigen öffentlichen Sammlungen die Schönheit des Kunsthandwerks der Vorfahren. Ob soviel Pracht und Wunder waren das Publikum und vor allem die Herren National- und Ständeräte zutiefst ergriffen. Vögelin nutzte die Gunst der Stunde und hielt am 9. Juni 1883 seine eindringliche Rede im Nationalrat, die oft als Anfang der Geschichte des Landesmuseums bezeichnet wird. Im Dezember 1884 beschlossen die Räte, einen Fonds zu schaffen, mit dessen Hilfe dem Ausverkauf des heimischen Kulturguts Einhalt geboten werden sollte. Eine eidgenössische Kommission sollte den Fonds verwalten. Bis dahin wurde die Grundsatzfrage der Errichtung eines nationalen Museums geschickt umschifft und deren Beantwortung auf einen späteren Zeitpunkt angesetzt. Damit liessen sich die Föderalisten und die kantonalen Sammlungen in Zaum halten, die bereits mit der Mobilmachung gegen das neue Institut gedroht hatten.

In den folgenden Jahren zeichnete es sich immer mehr ab, dass die nun einsetzende Sammlungstätigkeit des Bundes früher oder später zur Errichtung eines eigenen Nationalmuseums führen würde. Mit einem Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung», «Zürich und das Schweizerische Nationalmuseum», brachte Heinrich Angst am 24. Februar 1888 den Stein endgültig ins Rollen. Erstmals war darin von Zürich als Standort die Rede, noch bevor die Einrichtung des Museums überhaupt beschlossen worden war. Bis anhin hatte als selbstverständlich gegolten, dass ein allfälliges Nationalmuseum in Bern zu liegen käme. Der Artikel schlug wie eine Bombe ein. Knapp zwei Wochen später bewarb sich Genf um den Sitz, kurz danach Basel, einen Monat darauf Bern. Im Juni folgten Zürich und Luzern. Nun war politischer Handlungsbedarf entstanden. Und schon im Juni 1890 war das Landesmuseumsgesetz verabschiedet. Darin war der Beschluss verankert, ein Landesmuseum zu bauen – über den Standort jedoch sollten die Räte entscheiden.

Die vorliegende Arbeit setzt zu dem Zeitpunkt ein, als sich die vier Städte um das Museum bewarben. Die untersuchte Zeitspanne umfasst also grob gesagt die dreieinhalb Jahre von 1888 bis im Juni 1891. In meiner Arbeit versuche ich zu zeigen, wieso das Landesmuseum nach Zürich und nicht etwa nach Basel kam. Warum hatte Zürich in diesem Streit die besseren Karten? Was machten die anderen drei Städte falsch, welche Kapitalfehler wurden ihnen zum Verhängnis? Welche Argumente waren entscheidend, wie sah die schlagende Strategie aus? Dabei kann vorweg genommen werden, dass die vier Städte, anfangs noch unbewusst, später bewusst, je eigene Strategien verfolgten. Luzern hauierte damit, dass ein Nationalmuseum dahin gehöre, wo die Eidgenossenschaft aus der Taufe gehoben wurde, ins Herzen der Schweiz. Basel wählte die etwas unglückliche Rolle des trotz seiner intellektuellen Verdienste ungerecht behandelten Aschenputtels der Nation, das nach Gerechtigkeit dürstet. Berns Hauptargument war zugleich sein Stolperstein. Es pochte auf seinen Status als Bundeshauptstadt, doch gerade aus diesem Umstand erwuchs ihm die grösste Gegnerschaft. Zürich aber fand das Ei des Kolumbus: Die Verbindung zum Polytechnikum. Das Landesmuseum, so wurde argumentiert, gehöre dahin, wo es am «gewinnbringendsten» eingesetzt werden könne. Ein ganz neuer und vor allem pragmatischer Ansatz, fern jeglicher verklärter Vorstellungen und Ideale, typisch für die Wirtschaftsmetropole Zürich.

Die Entwicklung dieser Strategien war natürlich ein dynamischer Vorgang, der laufend am Publikum, also in der Presse, getestet wurde, bis sich das schlagende Argument herauskristallisierte. So gesehen war das Ringen um den Standort des Landesmuseums eine der ersten grossen PR-Aktionen in der Schweiz. Vor allem der Kopf des Zürcher Initiativkomitees, Heinrich Angst, verstand es meisterhaft, für seine Stadt ein positives Image aufzubauen und für schlagkräftige Argumente zu sorgen. Sein Timing, seine bissigen Attacken und geschickten Eingriffe ins Geschehen liessen Basel, Bern und Luzern des öfteren wie Waisenknaben aussehen. Vor allem in Luzern ging man offenbar nach dem Motto «Mitmachen ist wichtiger als siegen». Die Enttäuschung über das frühe Ausscheiden in den Räten hielt sich dort denn auch in Grenzen, man schien eher erleichtert, kein so grosses finanzielles Engagement eingehen zu müssen. Ganz anders in Basel. Staatsarchivar Rudolf Wackernagel, ein eifriger Befürworter des Landesmuseums, wechselte nach dem Aus für seine Stadt keck die Seite und trat fortan als dessen vielleicht erbittertster Feind auf. Seine Anti-museums-Petition lehrte die Zürcher, trotz gezwungen lapidaren Kommentaren, durchaus nochmals das Fürchten.

Und dann waren da noch die diversen Kuhhändler, die echten und die erfundenen. Würden die konservativen Freiburger bei der Abstimmung für Bern

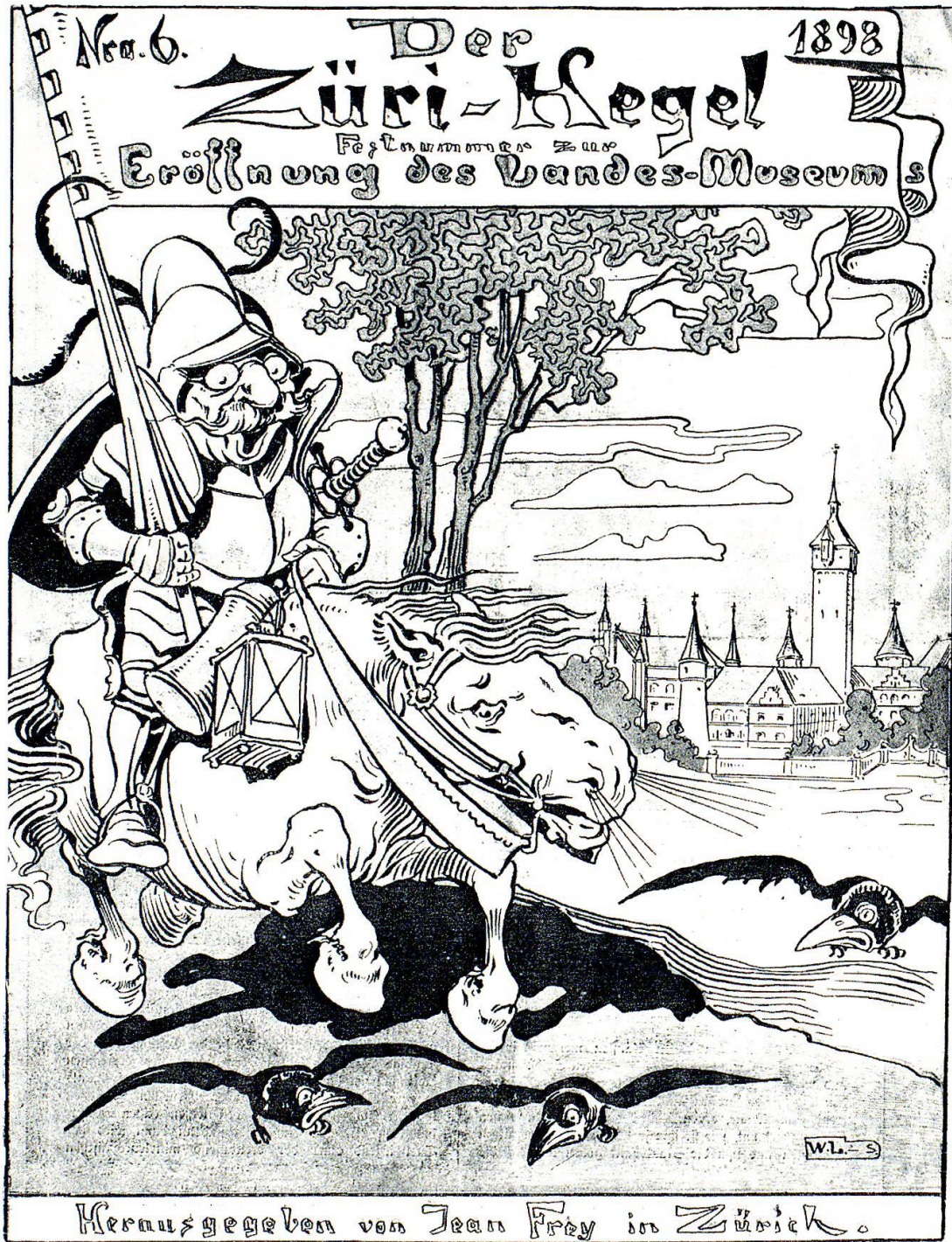
stimmen, weil Bern den Freiburger Nationalrat Python stützte? Dieser musste sich im Nationalrat einer Vertrauensabstimmung stellen, nachdem Gerüchte über bestechungsähnliche Saufgelage im Wahlkampf die Runde machten. Würden sich die Zürcher Katholiken tatsächlich bei ihren ultramontanen Brüdern in der Innerschweiz für Zürich einsetzen, nachdem ihnen die Stadt die Mittel für einen Kirchenbau zur Verfügung gestellt hatte? Waren die Kantone an der Simplonlinie, in der Hoffnung auf ein Wirtschaftswunder, blind in ihrer Treue zu Bern? Und würde schliesslich Bern mit Zürich zugunsten des Ankaufs der Zentralbahn-Aktien im Tausch gegen das Museum einen Handel eingehen? Wurden Projekte für andere nationale Institutionen bloss erfunden, um die Mitstreiter mit Luftschlössern zu beschäftigen, indes Zürich sein Museum einheimste? Schliesslich fragte man sich auch, ob Bern und Basel von höchster Stelle gekauft und durch die Vergabe von grosszügigen Bundessubventionen an das Betriebsbudget ihrer kantonalen Museen zum Verzicht gebracht wurden. In meiner Arbeit versuche ich, diese und weitere zum Teil recht spannende Fragen zu beantworten. Und die Summe dieser Antworten gibt schliesslich Auskunft darüber, wie das Landesmuseum nach Zürich kam.

1.2. Vorgehensweise

Die vorliegende Untersuchung stützt sich zur Hauptsache auf Zeitungsartikel. Diese sind die verlässlichsten Quellen, da der eigentliche Streit ein öffentlicher war und somit vor allem in der Presse ausgetragen wurde. Im übrigen wurde bis heute zum Thema noch nichts in Buchform publiziert. Daneben existiert ein relativ überschaubarer Corpus an Reden, Gesetzen, Flugblättern, Bittschreiben, Motionen und Vorstössen. Die Sitzungsprotokolle aus den kantonalen Räten erwiesen sich als wenig ergiebig; man fühlte sich in den politischen Gremien offenbar zu einer gewissen «Political Correctness» verpflichtet. Dazu kommt, dass relevante Entscheidungen aus den Sitzungen so oder so in den Zeitungen behandelt wurden. Die Zeitungslandschaft war vor hundert Jahren ausserordentlich vielfältig. Jede Ortschaft hatte mindestens eine Zeitung, die wenigstens dreimal wöchentlich erschien.

Idealerweise hätte aus jeder sich bewerbenden Stadt eine radikale, liberale, demokratische, konservative und sozialistische Zeitung unter die Lupe genommen werden müssen. Dieser methodologisch korrekte Ansatz der Quellenerfassung erwies sich indes schon bald als nicht realisierbar. Nicht alle diese Zeitungen sind erhalten, und vor allem würde die daraus resultierende Suchar-

beit den Rahmen einer Lizentiatsarbeit sprengen. Ausserdem zeichnete es sich nach der Durchsicht der wichtigsten Tageszeitungen Zürichs, Berns, Basels und Luzerns ab, dass der Streit in einem relativ engen Kreis von vielleicht 20 grossen Zeitungen umfassend behandelt wurde. Diese zitierten sich mit Vorliebe gegenseitig, wie es dem journalistischen Stil der Zeit entsprach. Kleinere Blätter, wie etwa die traditionsreiche Richterswiler «Grenzpost», gingen auf den Sitzstreit praktisch nicht ein und widmeten dem Landesmuseum generell wenig Aufmerksamkeit. Ein weiterer gewichtiger Faktor bei der Auswahl der untersuchten Zeitungen war deren Verfügbarkeit. Gerade die Zürcher Zentralbibliothek bietet für den behandelten Zeitraum nur ein sehr kleines Spektrum an Zeitungen. Nicht etwa weil die Blätter nicht vorhanden wären, sondern weil sie offenbar in einem riesigen Chaos von Schachteln und losen Ausgaben vor sich hinmodern. Das ist schade. Wenn auch klar ist, dass nicht jede Bibliothek jede Zeitung über Hunderte von Jahren archivieren kann. Mit diesem Problem kämpft selbst die Landesbibliothek. Hier fehlen viele kleinere Zeitungen und bei den grossen vereinzelte Jahrgänge, was die Arbeit nicht gerade erleichtert. Bedauerlich ist, dass viele Zeitungen gänzlich verschwunden sind. Nicht einmal mehr die Verlage, die sie noch immer oder unter neuem Namen herausbringen, kümmern sich um ihr Archiv. Als löbliche Ausnahme sei hier die «Neue Zürcher Zeitung» erwähnt, deren hauseigenes Archiv seinesgleichen sucht. Die Zeitungskultur vor hundert Jahren zeichnet sich nicht nur durch einen unglaublichen Reichtum an Produkten aus, sondern verblüfft den heutigen Leser durch eine erfrischende Kampf- und Konkurrenzlust. Kontroverse Artikel wurden postwendend von der Konkurrenz aufgegriffen, diskutiert und mit einer eigenen Stellungnahme quittiert; und das Prozedere konnte sich mehrmals wiederholen. Unter diesen Gesichtspunkten entwickelte das Auswahlverfahren für die zu untersuchenden Zeitungen eine gewisse Eigendynamik.



Heinrich Angst, mit Antiquitäten beladen, als Kämpfer für das Museum. Karikatur im «Züri-Hegel» Nr. 6., Juni 1898, Festnummer zur Eröffnung des Landesmuseums.

Zur Bewältigung der trotz der erwähnten Lücken beträchtlichen Zahl von Zeitungen waren gewisse Auswahlkriterien unerlässlich. Da die Zeitungen an sieben Tagen teilweise morgens, mittags und abends erschienen, und auch noch mit Beilagen versehen waren, galt es, Tausende Seiten durchzublättern, um die Titel der Artikel zu überfliegen. Mindestens zwei Drittel der Artikel, die das Nationalmuseum zum Inhalt hatten, waren nicht mehr als Notizen zu den Ereignissen, Kurznachrichten halt, die abgesehen von einigen zufällig gefundenen bissigen Nebensätzen kaum von Interesse waren. So ergab sich schon bald eine Beschränkung auf jene Artikel, in denen die Verfasser pointiert Stellung bezogen und die deshalb jeweils an prominenter Stelle, auf der Frontseite der Zeitung oder in den Beilagen, erschienen. Nachdem ich über einen Corpus von etwa zehn Zeitungen und damit über rund vierhundert wichtige Artikel verfügte, erstellte ich ein Diagramm der Häufigkeiten der Artikel. Das Thema war zwar tendenziell jeweils vor einer Debatte oder anstehenden Bekanntmachung am aktuellsten, aber nicht nur dann. Häufig brachte auch eine irgendwo gehaltene Rede den Blätterwald unabhängig von politischen Vorgängen zum Rauschen. Daneben gab es immer wieder wichtige Ereignisse, wie der Tessiner Handel von 1890, die Verstaatlichung der Bahnen oder die Spionageaffäre Wohlgemuth, die weniger spektakuläre Themen – und zu einem solchen wurde das Landesmuseum mit der Zeit – während Wochen aus den Zeitungen verdrängten.

1.3. Die untersuchten Zeitungen auf einen Blick

Zürich

Liberal-freisinnig

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG. Neue Zürcher Zeitung und Schweizerisches Handelsblatt, Zürich, ab 1821.

Freisinnig-demokratisch

ZÜRCHER POST. Handelszeitung und Züricher Tagblatt, Zürich 1879–1936.

LANDBOTE, DER. Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur, Winterthur, ab 1836.

GRENZPOST FÜR DEN ZÜRICHSEE UND DEN KANTON SCHWYZ. Offizielles Organ der Gemeinde Richterswil und Publikationsmittel der obern Zürichseegegend, Richterswil, ab 1869.

Unabhängig

NEBELSPALTER. Illustriertes humoristisch-satyrisches Wochenblatt, Zürich, ab 1875.

ZÜRI-HEGEL, DER. Illustriertes Witzblatt, Zürich, ab 1887.

Sozialistisch

NEUE POSTILLION, DER. Humoristisch-satyrisches Monatsblatt der schweizerischen Arbeiterschaft, Zürich, ab 1895.

Die «Neue Zürcher Zeitung» ist in dieser Arbeit klar am stärksten vertreten. Dazu beigetragen hat der Umstand, dass diese Zeitung über ein einzigartiges Archiv verfügt. Dazu kommt die Tatsache, dass die vorliegende Untersuchung ihr Schwergewicht auf den Zürcher Gesichtspunkt legt. Die «NZZ» ist das eigentliche Sprachrohr des Zürcher Initiativkomitees in Sachen Landesmuseum und damit sicher die wichtigste Quelle für diese Arbeit. Die «Neue Zürcher Zeitung» besteht seit 1821. In der Zeitspanne von 1888 bis 1891 erschien sie Werktags zweimal, Sonntags einmal, dafür mit Feuilleton. Ihre politische Ausrichtung hat sich kaum verändert, sie ist freisinnig-liberal. Die zweite wichtige Zürcher Tageszeitung zur untersuchten Zeit war die demokratische «Zürcher Post», herausgegeben von Theodor Curti und Reinhold Rüegg. Sie existierte zwischen 1879 und 1936. Auch sie erschien mit zwei Nummern täglich. 1936 fusionierte sie mit dem Winterthurer «Landboten», der dritten grossen Tageszeitung im Kanton Zürich, die hier untersucht wird. Er war bereits 1836 aus dem Vorgängerblatt «Der wandernde Heiri aus'm Tösstal» hervorgegangen.

Auf dem Land war das Landesmuseum kaum ein Thema. In der Richterswiler «Grenzpost» erschien von 1888 bis 1891 kein einziger Artikel zum Thema. Die wichtigsten Ereignisse wurden lediglich in Kurzmeldungen abgehandelt. Dies gilt auch für den Sieg Zürichs in den eidgenössischen Räten. Die zürcherische Zeitungslandschaft jener Zeit wurde durch mehrere sogenannte «humoristisch-satyrische Zeitschriften» bereichert, die sich grosser Beliebtheit erfreuten. Die in ihnen erschienenen Karikaturen und Gedichte sollen die vorliegende Arbeit auflockern und ergänzen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass diese eine enorme politische Aussagekraft besitzen. Ihre Deutung wäre ein Thema für sich. Das beliebteste Satireblatt war der «Nebelspalter», der ab 1875 erschien. Er nannte sich unabhängig, war in der Landesmuseumsfrage aber klar für seine Heimatstadt voreingenommen. Genüsslich lästerte er über das «eidgenössische Theater», das in Bern veranstaltet werde. Ab 1887 kam der «Züri-Hegel» dazu. Auch dieses «Illustrierte Witzblatt» sparte nicht mit Kritik, was die Handhabung des Geschäfts in Bern anging. Etwas später, ab 1895, erschien das sozialistische Monatsblatt «Der Neue Postillion». Er wurde von der schwei-

zerischen Arbeiterschaft herausgegeben. Zur Eröffnung des Landesmuseums erschien 1898 eine Sondernummer.

Bern

Freisinnig-demokratisch

BUND, Der. Eidgenössisches Centralblatt, Bern, ab 1850.

BERNER ZEITUNG. Intelligenzblatt der Stadt Bern, Bern 1885–1894.

Konservativ

BERNER TAGBLATT. Unabhängige Tageszeitung der Bundesstadt, Bern, ab 1888.

BERNER VOLKSZEITUNG. Buchsi-Zeitung, Herzogenbuchsee, ab 1858.

Anders als in Zürich, wo in den untersuchten Jahren ein relativer politischer Friede herrschte, tobte in Bern ein Machtkampf zwischen Konservativen und den sich an der Macht befindlichen fortschrittlichen Demokraten. Die letzteren, in Bern «Radikale» genannt, kämpften mit allen Mitteln für ein Landesmuseum in der Stadt Bern. Ihre Maxime war der Fortschritt und das Wachstum der Bundeshauptstadt, ganz nach dem Vorbild grosser europäischer Metropolen. Das Sprachrohr der Radikalen war dabei der 1850 entstandene «Bund». Er erschien täglich zweimal und nahm leidenschaftlich Stellung für ein Museum. Auf Standortdiskussionen liess er sich kaum ein. Bern wurde als quasi einzige Möglichkeit angesehen. Unterstützt wurde der «Bund» in der Berner Presselandschaft von der «Berner Zeitung». Dieses seit 1885 bestehende Blatt war aus der Fusion von «Berner Post» und «Tagblatt der Stadt Bern» hervorgegangen. Sozusagen auf der Gegenseite standen das gemässigt-konservative «Berner Tagblatt» und die extreme «Volkszeitung». Das «Tagblatt» war das Organ der Konservativen Partei Berns und die «Volkszeitung» dasjenige der ländlichen Berner Volkspartei. Die Volkspartei mit Zentrum in Herzogenbuchsee wurde geführt von Gross- und Nationalrat Ulrich Dürrenmatt, dem Herausgeber und eifrigen Redaktor der «Volkszeitung». Den Konservativen schien das Landesmuseum zu teuer und zudem «uneidgenössisch», da es den föderalistischen Grundsätzen der Schweiz zuwiderlaufe. Der gehässigen Debatte zwischen Liberalen und Konservativen lagen die vorangehenden Wahlen zugrunde. Dabei hatten die Radikalen die Konservativen mit absoluter Gründlichkeit aus der stadtbernischen Politik verbannt. Anders als in Zürich, wo die Bevölkerung recht geschlossen hinter einem neuen Museum stand, sahen sich die Initianten des Berner Museums in endlose und kräfteaubende Diskussionen verstrickt.

Basel

Freisinnig-demokratisch

BASLER NACHRICHTEN. Aus der Schweiz und für die Schweiz. Intelligenzblatt der Stadt Basel, Basel, ab 1856.

NATIONALZEITUNG. Schweizer Volksfreund. Anzeigebblatt der Stadt Basel, Basel, ab 1888.

Ähnlich wie in Zürich, war man sich auch in Basel politisch weitgehend einig. Die beiden wichtigsten Zeitungen waren beide freisinnig-demokratisch orientiert. Die «Basler Nachrichten» erschienen ab 1856 und griffen das Thema Landesmuseum klar häufiger auf als die «Nationalzeitung». Auch nachdem Basel in den Räten chancenlos ausgeschieden war, wurde die vom Basler Staatsarchivar Dr. Rudolf Wackernagel initiierte «Antimuseums-Petition» von den «Basler Nachrichten» heftig verteidigt. Die «Nationalzeitung» erschien erstmals 1888 und war aus dem «Schweizer Volksfreund» hervorgegangen.

Luzern, Zentralschweiz

Katholisch-konservativ

VATERLAND. Konservatives Zentralorgan für die deutsche Schweiz, Tagesanzeiger für Luzern und die Mittelschweiz, Luzern, ab 1871.

SCHWYZER ZEITUNG. Zeitschrift für Religion, Freiheit und Recht, Schwyz, ab 1872.

Obwohl diese beiden grösseren Zentralschweizer Zeitungen politisch gleich ausgerichtet waren, engagierte sich das «Vaterland» als Luzerner Hauszeitung ungleich stärker für ein Museum in Luzern als die «Schwyzer Zeitung». Allein schon diese Tatsache zeigt auf, dass die Zentralschweizer Museumspläne auf wackligen Füßen standen. Grosse Leidenschaft kam hier weder in der Presse noch bei den Initianten auf. Die «Schwyzer Zeitung», die das Weltgeschehen so oder so aus einem rein katholischen Blickwinkel betrachtete, freute sich vor allem darüber, dass das Museum in einen katholischen Kanton kommen sollte. Als es aber in Luzern scheiterte, engagierte man sich mit ebenso mässigem Eifer für Zürich. Immerhin stellten sich beide Zeitungen nicht a priori gegen ein Landesmuseum, nachdem die Sache in Luzern gescheitert war. Der Gedanke, mit dem nationalen Museum den Vorfahren «eine würdige Gedenkstätte» zu errichten, scheint hier im Herzen der Schweiz dem föderalistischen Credo übergeordnet gewesen zu sein.

Andere

Liberal

GAZETTE DE LAUSANNE. Lausanne, ab 1804.

JOURNAL DE GENÈVE. Genf, ab 1826.

Konservativ

BÜNDNER TAGBLATT. Tagblatt für den Kanton Graubünden, Chur 1853–1894.

Die welschen Zeitungen «Gazette de Lausanne» und «Journal de Genève» wurden nicht systematisch durchsucht. Ebenso wenig Zeitungen aus dem Tessin, der Ostschweiz oder des Wallis. Zitiert wurden die oben genannten welschen Zeitungen aber vermehrt in Zürcher und Berner Blättern. Und zwar immer dann, wenn eine der beiden welschen Zeitungen gezielt den entsprechenden Gegner angegriffen oder die eigene Stadt unterstützt hatte. Das konservative «Bündner Tagblatt» mit seinem leidenschaftlichen Redaktor Peter Conradin von Planta, dem Gründer des Rätischen Museums, trat vehement und konsequent gegen ein Landesmuseum ein.

1.4. Überblick über die Literatur

Der Streit um das Landesmuseum ist in der Literatur nur wenig behandelt worden. Anlässlich der Eröffnung des Landesmuseums 1898 veröffentlichte sein erster Direktor, Heinrich Angst, seine Version der Gründungsgeschichte. Noch immer kommt man an dieser Publikation nicht vorbei. Angst ist der einzige involvierte Zeitgenosse, der die Ereignisse recht präzise wiedergegeben hat. Praktisch sämtliche nachfolgenden Arbeiten bauten auf seiner Darstellung auf. Angst schrieb eine sehr ausführliche und bemerkenswert nüchtern gehaltene Geschichte seines Kampfes. Sein Biograph Robert Durrer ergänzte diese Ausführungen durch viele Zitate aus den Briefwechseln zwischen Angst und verschiedensten Parlamentariern und anderen am Museumsstreit beteiligten Persönlichkeiten.

Enttäuschend ist die Ausbeute bei den Jahresberichten des Landesmuseums, des Bernischen Historischen Museums und des Historischen Museums Basel. Ein Separatdruck der «Berne Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde» aus dem Jahr 1994, anlässlich des hundertsten Geburtstags des Berner Historischen Museums, erwähnt die Gründungsgeschichte und den damit verbundenen Streit um den Sitz des Landesmuseums nur gerade auf einer Seite im Vorwort. Nach fünfzig Jahren Landesmuseum rekapituliert Fritz Gysin im Jahresbericht von 1938 «Ziele und Aufgaben des Schweizerischen Landesmuseums», ohne da-

bei die Querelen bei dessen Gründung auch nur zu streifen. Auch zum fünfzigsten Geburtstag des Bernischen Historischen Museums erschien zwar ein Jubiläumsbericht, «50 Jahre Bernisches Historisches Museum», welcher aber auf den ersten Seiten lapidar auf die Gründungsgeschichte von Angst verweist und sich dann mit den notwendigen Modernisierungen der Ausstellungsräume befasst. Ähnlich enttäuschend fällt die Ausbeute beim 1993 erschienenen Essay von Daniela Settelen-Trees aus. «Historisches Museum Basel in der Barfüsserkirche 1894–1994» liefert zwar eine interessante Geschichte des Basler Museums, erwähnt aber die Bewerbung Basels um das Landesmuseum praktisch nur in einem einzigen Satz. Von Unstimmigkeiten bei der Sitzvergabe will sie nichts wissen. Die grosse Masse der Veröffentlichungen, die man zum Thema Landesmuseum findet, widmet sich ohnehin dessen Ausstellungen und geht nie auf die Entstehungsgeschichte ein. Kleinere Arbeiten, wie «Zur Gründung des Schweizerischen Landesmuseums» von Niklaus Loretz, geben wenig her und stützen sich meist nur auf Angst und Durrer ab.

Eine sehr gute, kurze Einführung in das Thema bietet der Artikel von Jürg Haefelin in der «Neuen Zürcher Zeitung» zum hundertsten Jahrestag der Sitzvergabe an Zürich. Sehr viele Informationen, vor allem zu Bern, enthält der Aufsatz von Karl Zimmermann, «Pfahlbauromantik im Bundeshaus», publiziert in der «Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde». Er erläutert darin den Grossteil der im Bundesarchiv vorhandenen Quellen zum Thema, was angesichts der zum Teil recht unleserlichen Handschriften sehr hilfreich ist.

Von einigem Interesse schliesslich waren für mich die Aufzeichnungen in Carl Hiltys politischen Jahrbüchern. Wichtig für das Verständnis des kuriosen, aber damals bahnbrechenden Baustils des Landesmuseums ist André Meyers Arbeit «Museale Architektur am Beispiel des schweizerischen Landesmuseums in Zürich». Im übrigen wird anhand der besprochenen Darstellungen klar, dass sich der Ansatz, auf die Zeitungen als Quelle zur Gründungsgeschichte zurückzugreifen, als der ergiebigste erweist.

1.5. Das politische System der Schweiz vor 100 Jahren³

Im ausgehenden 19. Jahrhundert sah sich das praktisch allein herrschende Bürgertum mit einer neuen politischen Kraft konfrontiert: der Arbeiterschaft. Zur Zeit des Streits um das Landesmuseum, also von etwa 1888 bis 1891, fanden sich die traditionellen bürgerlichen Parteien, Liberale, Demokraten, Radikale und Katholisch-konservative, die sich seit der Wirtschaftskrise Mitte der achtziger Jahre erbittert bekämpften, wiedervereint im Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung.

Ab 1848 herrschte in der Schweiz der Freisinn als politischer Ausdruck der Bürgerlichkeit. In ihm fanden sich liberale, radikale, katholische und demokratische Kräfte. Die Wirtschaftskrise von 1876 war auch eine Krise des politischen Systems. Die sogenannten Ultramontanen, die romtreuen katholischen Kräfte, und das liberale Bürgertum hatten zunehmend Verständigungsprobleme. Nachdem sich Papst Pius IX. 1870 für unfehlbar hatte erklären lassen und sechs Jahre später in seinem «Syllabum errorum» liberales Gedankengut als «Irrlehre» verurteilte, schien man in der Schweiz an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes zu stehen. Ein politisch zermürender Kleinkrieg begann. Der fortschrittlich zentralistisch ausgerichtete Freisinn kämpfte mit allen Mitteln gegen den «mittelalterlichen Klerikalismus». Dies führte zum Klosterverbot und dem Verbot der Jesuiten in der Schweiz. Die Katholiken machten ihrerseits zusammen mit anderen föderalistisch-konservativen Kreisen auf Opposition und blockierten mit Hilfe des neu eingeführten Referendums viele dringend notwendige neue Gesetze. Erst Ende der achtziger Jahre gewährten die Liberalen den Katholiken erneut Zugang zur Macht. 1891, im Jahr des Sitzentscheids für das Landesmuseum, wurde nach zähem Ringen der erste katholische Bundesrat, Joseph Zemp, gewählt. Die Aussöhnung zwischen Liberalen und Konservativen drängte sich auf, um der ob dem vorangegangenen Gezänke beinahe vergessenen, erstarkten Arbeiterbewegung geschlossen entgegenzutreten zu können.

Eine ähnliche Bewegung des sich Verfeindens und sich im Angesicht des aufblühenden Sozialismus wieder Verbündens, zeichnete sich zwischen Liberalen und Demokraten ab. Diese beiden bürgerlichen Parteirichtungen teilten sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die politische Macht im Kanton Zürich. Dabei handelte es sich auch um einen Kampf zwischen der demokratischen Stadt Winterthur und dem liberalen Zürich. 1869 fegten die Demokraten die Regierung des Kantons geradezu hinweg. Unter ihrer Herrschaft entstand das Kantonalbankengesetz und das Eisenbahnsubventionengesetz. Die Wirtschaftskrise und das finanzielle Debakel um die Winterthurer Nationalbahn führten 1878 dazu, dass die Liberalen im Kantonsrat erneut eine deutliche Mehrheit erreichten.

Bern war zur Zeit des grossen Streits fest in der Hand der Radikalen, der dritten politischen Färbung des Freisinns. Auf nationaler Ebene schlossen sich 1894 Radikale, Liberale und Demokraten zur FDP, der Freisinnig-Demokratischen Partei zusammen, wie wir sie heute noch kennen. Der fortschrittlich-zentralistische Geist des Freisinns ist die treibende Kraft hinter dem Projekt Landesmuseum, die «Neue Zürcher Zeitung», zumindest in Zürich, ihr Sprachrohr. Politisch gesehen setzten sich dem Freisinn punkto Landesmuseum die Konser-

vativen entgegen. Für deren Vertreter stand fest, dass die Idee des National- oder eben Landesmuseums die föderalistische Tradition der Schweiz mit Füßen trete. Die Ultramontanen, mit Ausnahme der Luzerner, die das schöne Werk gerne für sich gehabt hätten, sahen dem Landesmuseum mit Skepsis entgegen. Die Urschweiz orientierte sich an Luzern, während die vehementeste Ablehnung in den Kantonen Neuenburg, Freiburg und der Waadt, also in der Westschweiz, bestand.

Die Arbeiterbewegung hatte in Sachen Landesmuseum wenig zu sagen. Obwohl sie sich 1878 von den Demokraten abgetrennt hatte, schaffte sie es infolge eines zu profillosen Parteiprogramms nicht, aus deren Schatten zu treten. Die endgültige Trennung fand erst 1898 statt, als man begriff, dass sich die Sozialdemokratie radikaler präsentieren musste, um gegen die noch immer von vielen Arbeitern gewählten Demokraten anzukommen. Die klassischen sozialistischen Feindbilder fehlten in der Schweiz allerdings weitgehend, da man hier keine eindeutige «Bourgeoisie» kannte. Im untersuchten Zeitrahmen heizten die Sozialisten den bürgerlichen Parteien dennoch mächtig ein. Angst machte sich breit, man besann sich auf seine alten Verbündeten, schlichtete so manchen kleinteiligen Streit und fand ab und zu sogar ein Gegengift gegen die aufstrebende neue Bewegung. 1890 fand zum ersten Mal der 1. Mai-Umzug statt. Am 1. August 1891, anlässlich der 600-Jahrfeier der Eidgenossenschaft, antwortete die bürgerliche Seite mit dem Vorschlag, den 1. August als Feiertag zu institutionalisieren. Ein Vorstoss, der sage und schreibe hundert Jahre brauchte, um auf eidgenössischer Ebene seine Verwirklichung zu erleben.

1.6. Das Bürgertum als treibende kulturelle Kraft

Die Bemühungen um ein schweizerisches Nationalmuseum wurden mit einer heute kaum nachvollziehbaren Leidenschaft betrieben. Ein kurzer Einblick ins bürgerliche Kulturverständnis jener Zeit leistet hier wertvolle Dienste. Die Inbrunst, mit der das Unternehmen angegangen wurde, und die Lust, mit der man sich für die Sache engagierte, gründete im kulturellen und vaterländischen Verständnis des Bürgertums. Das Bürgertum war die treibende Kraft in Gesellschaft, Kultur und Politik. «Ohne irgendwelche Zurücksetzung durch aristokratische Kreise standen Industrielle, Kaufleute und Direktoren grosser Unternehmen, Ärzte, Advokaten und weitere Angehörige freier Berufe, hohe Beamte, Professoren der Hoch- und Mittelschulen, Pfarrer sowie vermögende Rentner im ausgehenden 19. Jahrhundert an der Spitze der schweizerischen Gesellschaft.»⁴ Alle am grossen Streit beteiligten Personen, von denen in dieser

Arbeit die Rede ist, von den Bundesden National- und Ständeräten, den Professoren und Kunstfreunden bis hin zu den Verlegern und Redaktoren, sind dieser gesellschaftlichen Schicht zuzuordnen.

Zu den wichtigsten bürgerlichen Identitätsmerkmalen gehört eine einheitliche Einstellung zur Freizeitgestaltung und Kunst. Das Bürgertum kompensiert seine «mangelnde soziale Homogenität durch ideologische Stabilität: Familie, Privateigentum und Vaterland erklären sie zu Grundpfeilern der bürgerlichen Ordnung und für unantastbare, ja heilige Werte»⁵. Als Abgrenzung gegenüber der Arbeiterschaft bietet sich der Genuss von Literatur, Musik und bildender Kunst an. Den Müssiggang als solchen muss man sich ja erst einmal leisten können. Gegen Ende des

19. Jahrhunderts gehörte das obligate Klavier ebenso in die bürgerliche Stube wie die eigene Bibliothek und die passenden Gemälde an den Wänden. Es war die Zeit der Kulturgesellschaften und Vereine. Gesangs-, Musik-, Museums- und Lesegesellschaften schossen wie Pilze aus dem Boden. Und wer etwas auf sich hielt, war Mitglied in einem dieser zum Teil exklusiven Klubs. Die Mitgliedschaft im berühmten Lesezirkel Hottingen, dessen Bedeutung nicht zuletzt in der fortschrittlichen Regelung lag, auch Frauen als Mitglieder aufzunehmen, war ein Prestigesymbol erster Güte und vielleicht vergleichbar mit der Mitgliedschaft in einem Golfklub in der heutigen Zeit. Hier sind auch die Anfänge des Bergsports zu finden. Das Reisen, das Anheuern von kundigen Führern und Trägern, vor allem aber das sich für einige Wochen freimachen können, verhalfen dem Bergsteigen zu einem Image, das es heute längst verloren hat. Als Mitglied des Schweizerischen Alpenclubs durfte man sich getrost zu den oberen Zehntausend zählen.

Das Bürgertum war aber insofern für Aufsteiger offen, als es seine Mitglieder nicht nur nach der Grösse ihres Bankkontos auswählte. Natürlich war ein gewisses Einkommen unerlässlich, um den bürgerlichen Lebensstil zu pflegen.

Ernstler Heirathsantrag.

Ein Jüngling, 25 Jahre alt, gut beleumdet, schönem väterlichen Vermögen, nebst einem jährlichen Einkommen von wenigstens 2000 Fr. (auf Wunsch könnte die Wirtschaft des Vaters übernommen werden) möchte sich mit einer braven Tochter, welche der Haushaltung vorstehen könnte, verehelichen, resp. in Bekanntschaft treten. Vermögen Fr. 8—10,000 erwünscht.

Ernstgemeinte Offerten, wenn möglich mit Photographie wolle man zur Weiterbeförderung unter Chiffre Z. N. 30 an die Exped. dieses Blattes richten.

Die standesgemässe Verehelichung war offenbar nicht immer einfach. Inserat aus: «Berner Volkszeitung», Nr. 49, 20. Juni 1891.

Auch ein Vermögen war von Nutzen. Aber das Teilen des bürgerlichen Lebenskodex, derselben Moralvorstellungen, das einheitliche Gesellschaftsbild waren weit wichtiger als Geld allein. Aus diesem Grund fand man neben dem superreichen Seidenfabrikanten auch den Apotheker an der Ecke und den Bahnhofsvorstand in ein und derselben Freizeitgesellschaft vereint. Hier frönte man seinen gemeinsamen kulturellen Leidenschaften. Das übersteigerte bürgerliche Kulturbewusstsein tritt in Texten aus der Zeit eindrücklich zu Tage.

«Die Poesie, die Kunst sollte immer im Festgewand einerschreiten. (...) Die Poesie, die Kunst überhaupt, ist dazu da, den Menschen von den extremen Zeitströmungen abzulenken, damit das wahre Menschtum nicht durch einseitige Entwicklung erdrückt werde. Unsere Kunst sollte demnach dem Materialismus entgegenarbeiten, Materialismus natürlich aufgefasst als Jagd nach materiellen Machtmitteln.»⁶

«Die Freude an der Kunst kann durch häufige Anschauung geweckt werden; durch steten Umgang mit derselben vertieft sich das Verständnis und steigert sich zum höchsten und edelsten Bildungsmittel.»⁷

Gerade Heinrich Angst, der uns in dieser Arbeit noch einige Male begegnen wird, fand in den arrivierten bürgerlichen Kreisen nicht etwa seiner wirtschaftlichen Stellung wegen Gehör und Aufnahme. Der aus bescheidenen Verhältnissen stammende Angst hatte es als erfolgreicher Seidenkaufmann am Zürichsee zu einem stattlichen Vermögen gebracht. Wegen seiner hervorragenden Handelsbeziehungen zu England wurde er Generalkonsul. Seine Ehe mit einer Engländerin, die kinderlos blieb, brachte ihm gesellschaftlich eher Nachteile. Geschätzt wurde er in bürgerlichen Kreisen vor allem seines Kunstverständnisses wegen. Angst hatte schon früh damit begonnen, Keramik und vereinzelt bemalte Scheiben zu sammeln, was ihm bald den Ruf des leidenschaftlichen Sammlers und Kunstkenners eintrug, der er im übrigen auch wirklich war.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam das Sammeln von Kunst- und «historischen» Gegenständen, von sogenannten «Alttertümern» stark in Mode. Das wachsende Kunstinteresse brachte die Gründung verschiedener Kunstvereine und Künstlergesellschaften mit sich. Bereits 1787 gründete der Dichter Johann Martin Usteri die Zürcher Künstlergesellschaft, einen kleinen Verein, wo kunstinteressierte Laien aus besseren Kreisen und Künstler aller Art zusammenfanden. 1846 erstellte der Verein ein eigenes kleines Sammlungsgebäude mit einer Galerie, das «Künstlertgut». Die Aktivitäten der Gesellschaft beschränkten sich darauf, ein Forum für private Sammler zu bieten, Ausstellungen zu veranstalten und Dozenten der Hochschulen zu Vortragsreihen einzuladen.

1895 schloss sich die Künstlergesellschaft mit dem ein Jahr zuvor gegründeten Verein «Künstlerhaus Zürich» zusammen. Der Verein strebte die Gründung eines Zürcher Kunsthauses an. Wie umfassend die privaten Sammlungen kunstbegeisterter Bürger zuweilen sein konnten, zeigt das Beispiel Johann Heinrich Landolts⁸. Seine Sammlung von Kupferstichen umfasste bei seinem Tod nicht weniger als 11 000 Blätter und kostete den reichen Zürcher Stadtrat gegen Fr. 60 000.–, was damals ein Vermögen war⁹. Auch wenn die Bescheidenheit des Bürgerlichen grösste Tugend war und Verschwendung als Laster angesehen wurde, so galt dies nicht für die Kunst. Sie allein diente der Bildung und der Erbauung. Hier konnte sich der reiche Zeitgenosse also voll ausleben und sein Vermögen in Freude und ohne schlechtes Gewissen anlegen oder eben ausgeben. Dabei brachte das Sammeln in angenehmer Weise auch noch die Hebung des sozialen Prestiges mit sich, wenn man sich als Mäzen und Kunstkenner etablieren konnte.

Das Sammeln von Altertümern reflektierte das ästhetische Bewusstsein des Bürgertums und stellte bereits eine Gegenbewegung zu den industriell gefertigten Massenwaren dar. Weil die Güter des täglichen Bedarfs durch maschinelle Produktionsmethoden keinen künstlerischen Wert mehr darstellten, erlebten die alten Sachen, die man auf Dachstöcken, in Klöstern und Burgen fand, eine eigentliche Renaissance. Schlichtes Design alltäglicher Gegenstände wurde mehr und mehr verachtet. Man besann sich auf die Schönheit der Handwerkskunst. Es handelt sich hier um eine gesamteuropäische Erscheinung. Damit einher ging die schon beinahe panische Angst vor dem wirtschaftlichen Nachteil, sollte es nicht gelingen, die «schönen Objekte» der Vorfahren der Gegenwart zu erhalten und ihren Ausverkauf ins Ausland zu stoppen. Diese Überbewertung der sogenannten Altertümer, in denen man das kulturelle Erbe der Handwerkerkunst gefunden zu haben glaubte, mündete in die Gründung diverser Kunstgewerbemuseen. Diese hatten den Zweck, «das inländische Gewerbe zu heben»¹⁰. Die Altertümergebietungen sollten den Handwerkern und Künstlern Ansporn und Vorbild sein im Erlangen des gewerblichen Könnens der Väter. Aus diesem Grund wurde in Bern bereits 1868 eine Muster- und Modellsammlung mit einem beachtlichen Budget von jährlich Fr. 10 000.– eingerichtet. Auch Zürich erhielt 1875 sein eigenes Gewerbemuseum, ebenso Winterthur. Wie hoch man die Vorbildfunktion solcher Museen für Kunst und Gewerbe einschätzte, zeigt das Referat des Berner Regierungsrats Edmund von Steiger anlässlich der Jahresversammlung der «Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft» in Bern. Bereits damals war die Schaffung eines eidgenössischen Gewerbemuseums im Gespräch. Gegen eine derartige Zentralisierung wehrte sich Edmund von Steiger vehement:

«Es fehlt gegenwärtig unserm Handwerker an künstlerischer Ausbildung, an Schönheitssinn, an Geschmack, an Phantasie, an Stil, vielleicht auch da und dort an Geduld und Strebsamkeit, ohne welche keine schöne, geschmackvolle Arbeit zu erstellen möglich ist. (...) Ein Rückgang der Leistungsfähigkeit in Bezug auf das Kunsthandwerk bedeutet nichts Geringeres, als ein Entweichen gleichsam der göttlichen Seele aus dem Leibe des verarbeiteten Stoffes. (...) (Wichtig ist deshalb) die möglichst fleissige Benutzung des Museums, weil hierdurch der Geist der Strebsamkeit im Arbeiter gepflanzt wird, mittelst dessen er dann schon die nöthigen Mittel zu seiner Vervollkommnung finden wird.»¹¹

«Die von Zürich gemachte Anregung, ein schweizerisches Gewerbemuseum mit Wanderausstellungen zu gründen, ist vorläufig gescheitert, nicht überall aus Mangel an Verständniss für die gewerblichen Interessen, sondern zum Theil desshalb, weil einzelne Kantone, z.B. Bern, ihre annoch bescheidenen Hilfsmittel fruchtbringender in einer kantonalen Anstalt verwendet glauben (...).»

Anmerkungen:

- ¹ Bericht des Stadtrats über den Bau des Landesmuseums, in: NZZ, Nr. 330, Abendausgabe, 28. November 1895.
- ² Zur Eröffnungsfeier: «Besuchsordnung und Festlichkeiten am heutigen Freitag», NZZ, Nr. 173, Mittagsausgabe, Beilage, 24. Juni 1898; «Den Eidgenossen zum Gruss», NZZ, Nr. 173, Abendausgabe, 24. Juni 1898; NZZ, Nr. 174, 25. Juni 1898; «Samstagsprogramm zur Eröffnung des Landesmuseums», NZZ, Nr. 174, Beilage, 25. Juni 1898; «Extrabeilage zur Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich», NZZ, Nr. 174, Extrablatt, 25. Juni 1898 und «Das Waldfest im Dolderpark», NZZ, Nr. 176, Abendausgabe, 27. Juni 1898.
- ³ Die Ausführungen in diesem Kapitel beruhen zur Hauptsache auf: FRITZSCHE, Bruno und LEMMENMEIER, Max, Auf dem Weg zu einer städtischen Gesellschaft 1870–1918, in: «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. 3, S. 158–242.
- ⁴ TANNER, Albert, Arbeitsame Patrioten – wohlanständige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914, Zürich 1995, Einleitung, S. 3.
- ⁵ ibd., S. 1.
- ⁶ JAKOB BOSSHART (1862–1924), BAUSTEINE ZU LEBEN UND ZEIT. Zusammengestellt und herausgegeben von Elsa Bosshart-Forrer, Zürich 1929. Zitiert aus: Tanner, Albert, S. 369.
- ⁷ NZZ, Nr. 307, Morgenausgabe, 3. November 1885, Feuilleton, «Zur Frage der Öffnung des Zürcher Künstlergutes für jedermann».
- ⁸ LANDOLT, Johann Heinrich: 1831–1885, aus Zürich. 1857–1879 Mitglied des kleinen Stadtrats, Kantonsrat 1867–1872, hinterlässt der Kunstgesellschaft reiche Vermächtnisse. Seine Frau Sophie ermöglicht den Bau des Zürcher Kunsthuses, indem sie auf die Nutzniessung am Vermächtnis verzichtet.
- ⁹ Vgl. Frick, Johann, Heinrich Landolt. S. 38, zitiert in: TANNER, Albert, S. 381.

- ¹⁰ Titel des Referats von Edmund von Steiger, Regierungsrat in Bern, gehalten 1879 in Bern, siehe unten.
- ¹¹ Dieses und folgendes Zitat: STEIGER VON, Edmund, Die Hebung des inländischen Gewerbes. Referat für die Jahresversammlung der Schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft am 3. September 1879 in Bern, Zürich 1879, S. 7–9.

2. Der Kampf für ein Nationalmuseum

2.1. Anfänge der Idee für ein Nationalmuseum

Wie man richtig vermuten mag, sind die Anfänge des Schweizer Nationalmuseums in der Zeit der Helvetik zu suchen. Philipp Albrecht Stapfer, in seiner Funktion als helvetischer Minister der Künste und der Wissenschaft, strebte bereits Ende des achtzehnten Jahrhunderts die Gründung einer Nationalbibliothek und eines ihr angegliederten nationalen Museums an.¹ Daneben sollten die allgemeine Schulpflicht eingeführt und zentrale Mittelschulen und Universitäten geschaffen werden. Am 16. April 1799, gut achtzig Jahre vor Salomon Vögels erster Eingabe an den Bundesrat, erteilte ihm das «Helvetische Directorium» die Vollmacht, gefährdete Kunstwerke zu sammeln und in Luzern einzulagern, zwecks späterer Errichtung eines Museums.² Doch fehlende Mittel und die kurz danach über die Schweiz hereinbrechenden politischen Unruhen machten diese Pläne vorerst zunichte.

Danach wurde es still um das Nationalmuseum. Zurückerobert waren die föderalistischen Wurzeln des Landes, die ein solches Museum gar nicht wünschbar erscheinen liessen. Ganz anders im nahen Ausland. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts schossen in den europäischen Metropolen die Museen wie Pilze aus dem Boden. Sie waren es, die für das schweizerische Landesmuseum Pate standen. Nicht wenige der vielgereisten Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft waren beim Anblick der Prunkbauten, die sich die Nachbarn geleistet hatten, um darin ihre Geschichte zu zelebrieren, fast neidisch. Es war deshalb nur eine Frage der Zeit, bis – vor allem in fortschrittlich-liberalen Kreisen – der Wunsch wach wurde, auch die Schweiz mit einem «nationalen Heiligtum» zu zieren. Es war dies auch die Zeit der grossen Weltausstellungen. Diese zeigten neben den wirtschaftlichen Erzeugnissen immer auch Kunstgüter vergangener Zeiten aus den einzelnen Ländern. Auch die Schweiz nahm an diesen Ausstellungen rege teil und stellte unter anderem auch mehrmals Pfahlbaummodelle und -rekonstruktionen aus³.

Die Urmutter der europäischen Nationalmuseen ist das aus der Zeit Napoleons stammende «Musée de Cluny» in Paris. Ein weiteres wegweisendes Haus war das «South Kensington Museum» in London. Es wurde 1872 gegründet. Sein ursprünglicher Sammlungsbestand waren Modelle und Muster aus der 1831 entstandenen Zeichnungsschule. In Deutschland wurde 1853 das «Germa-

nische Nationalmuseum» in Nürnberg eröffnet. Nur ein Jahr später entstand in München das «Deutsche Nationalmuseum», 1863 in Wien das «Österreichische Museum». Dieses verstand sich als Kunst- und Industriemuseum und hatte wie alle diese Anstalten zum Zweck, den Künstlern und Gewerbetreibenden Vorlagen, Ideen und Anreize zu liefern. Diese, so glaubte man damals, leisteten für das Überleben des handwerklichen und industriellen Geschicks eines Landes unersetzliche Dienste. 1867 öffnete das «Kunstgewerbemuseum in Berlin» seine Tore. 1874 folgte das «Technische Museum der Stadt Berlin». Diese Entwicklung weckte in der Schweiz Neid und Sorge. In weiten Kreisen war man der Meinung, jetzt müsse die Initiative ergriffen werden, um im internationalen Vergleich bestehen zu können.

Die Tatsache, dass zur Zeit viele Schweizer Museen ihr hundertjähriges Bestehen feiern, ist kein Zufall. Bei der Gründung der grossen Museen in der Schweiz und in Europa handelte es sich um eine eigentliche Modeerscheinung. Die Motivation lag einerseits im Kulturverständnis und Geschichtsinteresse des Bürgertums, aber auch im Selbstverständnis der noch fragilen Nationalstaaten. Denn: Was eignet sich besser zur Erklärung eines Staates, als die gemeinsame Geschichte der Menschen, die darin leben. Die gemeinsamen Ahnen, die durchgestandenen Krisen, Pestzüge und Schlachten sind es, die Eroberungen und Niederlagen, die dem jungen Staatsbürger den Stolz und das Wissen einprägen, das ihn zum loyalen Bürger macht. Dieser Seite des Nationalmuseums war man sich auch in der Schweiz voll bewusst:

«Allerdings müsste die volksthümliche Seite der Sache durchaus nicht übersehen werden. Die Nationalmuseen sind überall stark besucht und als Mittel zur Erhaltung nationalen Sinnes nicht zu unterschätzen.»⁴

Im Vergleich zu den übrigen europäischen Nationalstaaten war die gemeinsame Geschichte im Fall der «multikulturellen» Schweiz eine besondere Herausforderung. Um so begeisterter stürzte man sich deshalb hierzulande auf die Pfahlbauforschung. Sie war es, die den «missing link» lieferte, die gemeinsamen Vorfahren, die alle Schweizer miteinander verbinden und gleich machen. Gerade in der Zeit des jungen Nationalstaats wurde ihr deshalb eine ungeheure Bedeutung zugemessen⁵. Sie blühte auf, wie keine zweite Wissenschaft. Auch der Bund stieg bekanntlich auf höchster Ebene ins Geschäft mit der schweizerischen Selbstfindung ein und kaufte 1884 die Gross'sche Sammlung, die später im Landesmuseum ausgestellt wurde.

2.2. Salomon Vögelin's erste Eingabe

Am 2. Januar 1878 schrieb der Antiquitätensammler Friedrich Bürki⁶ an den Zürcher Professor für Kunstgeschichte Johann Rudolf Rahn⁷. Seit der helvetischen Republik sprach damit der Berner als einer der ersten von der Schaffung eines nationalen historischen Museums⁸. Salomon Vögelin⁹, Nationalrat und Professor für Kunstgeschichte an der Universität Zürich, machte als erster auf politischer Ebene auf das Problem des Ausverkaufs von historischen Gegenständen ins Ausland aufmerksam. Am 16. Mai 1880 gelangte er mit einer schriftlichen Eingabe an den Bundesrat¹⁰.

In dieser forderte der Initiant den Bund auf, mit einer jährlichen Summe von Fr. 20000.– die Schweiz vor der Plünderung ihrer Kunstschatze durch das Ausland zu bewahren. Vögelin war angetan vom Gedanken der Nationalmuseen im nahen Ausland. Er glaubte, dass die kantonalen Sammlungen in einen freudigen Wettstreit um die grösste Präsenz im zu schaffenden Nationalmuseum treten würden. Er sah es als selbstverständlich an, dass das Zentralmuseum, wie er es nannte, in Bern errichtet werde. Der Bundesrat wandte sich bereits am 23. Juni 1880 mit Vögelin's Eingabe an den Berner Stadtpräsidenten und Nationalrat Otto von Büren¹¹. Gefragt war eine Stellungnahme bezüglich möglicher Ausstellungsräume. Zwei Tage später antwortete von Büren. In Bern waren just zu jener Zeit Ausstellungsräume frei geworden, da das Berner naturhistorische Museum einen Neubau bezogen hatte¹². In seiner Mitteilung mit dem Titel «Confidentiell» berichtete von Büren von den Verhandlungen mit dem steinreichen Friedrich Bürki und von der geplanten Schaffung des historischen Museums in den alten Räumen des naturhistorischen Museums¹³. Den Grundstock der Sammlung sollten die Trophäen aus den Burgunderkriegen und Bürki's Antiquitäten bilden. Ein Erweiterungsbau könne ins Auge ge-



Portrait Salomon Vögelin's. Aus der «Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».

fasst und dieser als Nationalmuseum genutzt werden. Der Stadtpräsident räumte allerdings ein, dass die Bürgergemeinde so kurz nach dem Neubau des naturhistorischen Museums unmöglich schon wieder belangt werden könne.

In der Annahme, dass sich die Idee eines Nationalmuseums gleichsam von selbst realisieren würde, weil von der Stadt Bern in Angriff genommen, sah das eidgenössische Departement des Innern keinen Handlungsbedarf. Der Bundesrat schloss sich dieser Meinung mit Beschluss vom 2. Juli 1880 an. Nur knapp 30 Tage später nahmen die Ereignisse eine dramatische Wende. Am 3. August 1880 beging Friedrich Bürki Selbstmord und hinterliess weder Testament noch Abschiedsbrief. Professor Vögelin sah sein Projekt erneut in weite Ferne gerückt und gelangte am 28. November 1880 mit einem persönlichen Antrag an das Präsidium des Nationalrats. Er forderte erneut die Aufnahme der Fr. 20 000.– in das Budget des Bundes zur Erhaltung gefährdeter Kunstschatze. Der Nationalrat überwies das Traktandum zur Stellungnahme an den Bundesrat. Die Landesväter sahen sich indes nicht veranlasst, aufgrund der neuen Situation angesichts des Freitods Bürkis ihre Meinung zu ändern und verwiesen auf den Bundesrätlichen Beschluss vom Juli. Am 13. Dezember lehnte der Nationalrat den Antrag des Zürcher Professors ab.

Ein halbes Jahr später, im Juli 1881, liessen Bürkis Erben die auf Fr. 140 000.– geschätzte Sammlung in Basel öffentlich versteigern¹⁴. Das Entsetzen unter den Sammlern und Förderern der Museumspläne war gross. Das Berner Projekt für ein nationales Museum wurde abrupt gestoppt. Trotzdem entstand in den ehemaligen Räumlichkeiten des naturhistorischen Museums, in der sogenannten Bibliotheksgalerie, eine Sammlung, die archäologische Funde sowie eine mittelalterliche Abteilung umfasste¹⁵. Die Episode hatte aber dennoch ihr Gutes. Der Schrecken über die Verschacherung eidgenössischer Kunst und Geschichte unter anderem ins Ausland liess weite Kreise aufhorchen. Bereits am 20. Juni 1880 war in Zofingen der «Verein für Erhaltung vaterländischer Kunstdenkmäler» aus der Taufe gehoben worden, der ein Jahr später, anlässlich der Tagung des Vereins in Lausanne, in «Schweizerische Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler» umbenannt wurde. Einer der Gründer war der Genfer Theodore de Saussure¹⁶. Ziel des Vereins war es, «die öffentliche Aufmerksamkeit auf die historischen Denkmäler und Kunstwerke der Schweiz zu lenken und zur Erhaltung derselben directe oder mittelbar beizutragen»¹⁷.

2.3. Die Landesausstellung 1883 in Zürich

Die eigentliche Wende in der Frage der Gründung eines Nationalmuseums brachte die Landesausstellung von 1883, die – die spätere Entwicklung vorwegnehmend – auf der Zürcher Platzpromenade, dem heutigen Platzspitzareal, stattfand. Vom 1. Mai bis am 2. Oktober 1883 präsentierte die sogenannte «Gruppe 38», die sich um Salomon Vögelin gebildet hatte, im Pavillon «Alte Kunst» ein kleines Nationalmuseum auf Zeit. Erklärtes Ziel war es, dem Besucher vor Augen zu führen, welche Schätze von historischer und kultureller Bedeutung noch in der Schweiz vorhanden seien und dass diese unbedingt geschützt werden müssten. Viele Gegner des nationalen Museums waren nämlich davon überzeugt, dass es in der Eidgenossenschaft gar nicht mehr genügend wichtige Altertümer gebe. Die Werbeaktion verfehlte ihre Wirkung nicht.

In dieser Zeit trat der für Zürich wichtigste Protagonist des späteren Landesmuseumsstreits auf den Plan: Es war der ehemalige britische Generalkonsul, notorische Antiquitätensammler und reiche Zürcher Seidenkaufmann Heinrich Angst¹⁸. Er sollte später zum ersten Direktor des Landesmuseums ernannt werden. In ihm fand Vögelin einen Gleichgesinnten, mit dem einzigen Unterschied, dass Angst wesentlich pragmatischer veranlagt war als Vögelin. Von einem verzweifelten Vögelin nur wenige Monate vor der Ausstellung zu Hilfe gerufen, nahm er die Fäden in die Hand, liess seine Beziehungen zu vielen Sammlerfreunden spielen und realisierte den Pavillon, den Vögelin schon verloren geglaubt hatte, in kürzester Zeit¹⁹. Angst gewann vor allem den bedeutenden Sammler Joseph Vincent²⁰, dessen Leihgaben die Ausstellung retteten.

Viel Kritik handelte sich die Gruppe ein, weil man ihr vorwarf, durch die Ausstellung dem Verkauf der Güter ins Ausland Vorschub zu leisten. Ironischerweise war dies tatsächlich der Fall. Klöster, Private und Gemeinden fanden zahlungskräftige Abnehmer für die ausgestellten Stücke und zögerten nur in wenigen Fällen, einige Wochen nach der Landesausstellung ins Geschäft zu kommen. Auch Angst musste sich den Vorwurf gefallen lassen, er habe an der Ausstellung in grossem Stil eingekauft²¹. Er, der zu jener Zeit vornehmlich Keramik sammelte, erwarb sich ein Tafelservice des Klosters Einsiedeln²². Natürlich war Angst um eine Ausrede nicht verlegen und beteuerte, er habe das Service nur erworben, um es vor dem Verkauf ins Ausland zu retten.

Im Juni 1883 besuchten die eidgenössischen Räte die Landesausstellung und zeigten sich beeindruckt von der Pracht der im Pavillon ausgestellten Kunstgüter. Die Mühe für die aufwendige Werbung hatte sich gelohnt. Es war geglückt aufzuzeigen, welche Schätze vor der Abwanderung ins Ausland bewahrt sein

wollten und noch immer in der Schweiz schlummerten. Die Gunst der Stunde nutzend, hielt Vögelin nur einige Tage später, am 9. Juni, im Nationalrat seine berühmte Rede, die oft als Beginn der Geschichte des Landesmuseums in der Schweiz zitiert wird²³.

«Aber es gibt Formen, in welchen der nationale Gedanke seinen unvergänglichen und monumentalen Ausdruck gefunden hat. Das sind die geschichtlichen Denkmäler eines Volkes, die lebendiger als alles Andere Zeugnis ablegen von seinem Willen und Können, von seinen Thaten und Geschicken, von seinen Hoffnungen und Idealen. (...) Und es ist die letzte Stunde, wenn noch etwas geschehen soll. Schamloser, zudringlicher ist die Plünderung der Schweiz durch ausländische und inländische, getaufte und beschnittene Antiquare noch niemals betrieben worden als jetzt. Lassen Sie abermals zwanzig Jahre vorbeigehen, und Sie werden nur noch völlig abgeweideten Boden finden.»²⁴

Der Rat überwies die Motion zur Begutachtung an den Bundesrat. Dieser sollte abklären, ob die Schweiz allenfalls wirklich ein Nationalmuseum bauen sollte, und was das Unterfangen kosten würde. Vorsteher des Departements des Innern war Bundesrat Karl Schenk²⁵, ein radikaler Freisinniger und überzeugter Zentralist, befreundet mit Vögelin und Angst. Bereits am 18. Dezember lag der Ball wieder bei Vögelin, der von Schenk aufgefordert wurde, ihm personelle Vorschläge betreffend eine eidgenössische Kommission zu machen. Diese sollte die Wünschbarkeit und Machbarkeit eines solchen Museums abklären. Am 8. Januar 1884 schlug Vögelin Schenk sechzehn Namen vor²⁶. Auf der Liste waren Kunsthistoriker, Sammler, Händler und Architekten. Die meisten von ihnen Freunde und Bekannte Vögels und Mitstreiter für ein Museum. Die grossen Abwesenden waren die Historiker, wobei das nicht erstaunen muss, da diese zu jener Zeit das museale Betätigungsfeld völlig den Kunsthistorikern überliessen. Da der Zürcher Professor erneut versicherte, ein solches Haus müsse nach Bern kommen, führte er nicht weniger als vier Experten aus der Limmatstadt auf. Schenk traf eine Auswahl und bestimmte zehn Personen, drei davon aus Zürich, welche er am 16. Januar 1884 zur Teilnahme an der vorberatenden Kommission betreffs der Motion Vögelin einlud. Zwei der von Schenk eingeladenen Fachleute lehnten dankend ab. Die übrigen acht Mitglieder der Kommission trafen sich am 21. Februar 1884 in Bern²⁷.

Der Basler Sammler Samuel Merian-Bischof verweigerte eine Teilnahme. Er schrieb Schenk, dass «die Wünschbarkeit eines solchen Instituts durchaus nicht vorhanden» sei und dass derlei Bestrebungen besser von den Kantonen unternommen werden sollten²⁸. Der Lausanner Museumskonservator Arnold Morel-Fatio sagte ebenfalls ab und begründete seinen Entschluss damit, dass in der

Die vorberatende Kommission zur Motion Vögelin vom 21. Februar 1884

- ZH Salomon Vögelin, Kunsthistoriker
Rudolf Rahn, Kunsthistoriker
Julius Stadler, Architekt
- BS J. Jakob Im Hof-Rüsch, Präsident des Basler Kunstvereins
- LU Jost Meyer am Rhy, Maler, Kunstsammler und Mitbegründer der
«Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler»
- GE Théodore de Saussure, Nationalrat und Gründer der «Gesellschaft
für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler»
- SG Karl Emil Wild, Architekt und Direktor des Industrie- und
Gewerbemuseums in St. Gallen
- BE Jakob Kaiser, Bundesarchivar in Bern

Schweiz gar nicht mehr genügend Objekte vorhanden seien, um ein nationales Museum einzurichten. Er hatte sich offenbar an der Landesausstellung nicht überzeugen lassen. An der Sitzung fehlte sonst lediglich Bundesarchivar Kaiser, der sich krankheitshalber entschuldigt hatte. Man einigte sich darauf, in einem Gesetzesentwurf das Problem des Ausverkaufs von historisch bedeutsamen Kunstgütern ins Ausland als vordringlich zu behandeln. Zu diesem Zweck müssten vor allem die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um den Kantonen eine Konkurrenz zu den zahlungskräftigen Sammlern im Ausland zu ermöglichen. Die Frage, ob ein Museum gebaut werden solle, ergebe sich mit der Zeit ganz von selbst, schloss die Kommission. Professor Rudolf Rahn bemerkte bereits jetzt treffend, was später zum eigentlichen Politikum beim Streit um ein Nationalmuseum führte. Seiner Meinung nach hätten nämlich die kantonalen Museen ihre besten Stücke an das Nationalmuseum abtreten müssen, wollte man in diesem eine adäquate Darstellung der Schweizergeschichte geben²⁹. Es wurde beschlossen, dass ein Nationalmuseum auf dem Bestand einer bedeutenden kantonalen Sammlung aufbauen müsse. Dies war die feste Überzeugung Vögelins. Am Standort Bern wurde zu dieser Zeit noch nicht gerüttelt, wobei man zur Kenntnis nahm, dass sich die Burgergemeinde in der momentanen finanzpolitischen Lage unmöglich an einem Aus- und Anbau des Gebäudes des ehemaligen historischen Museums beteiligen könne, habe sie doch in den letzten Jahren gerade zwei Museen gebaut. Man einigte sich darauf, die Aufnahme von jährlich Fr. 50000.– ins Budget des Bundes zu beantragen und mit den Detailfragen einer Museumsgründung noch zuzuwarten. Die Verwaltung der Gel-

der und das Einbringen von Ankaufsvorschlägen sollte die «Gesellschaft für Erhaltung» übernehmen. Der Berner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» berichtete am 23. Februar:

«Schweiz. Nationalmuseum. (Korr.) Die am 21. d. in Bern versammelte, vom eidg. Departement des Innern einberufene Kommission, welche die Frage der Errichtung eines schweizerischen Nationalmuseums (Motion von Nationalrat Prof. Vögelin in Zürich) vorzuberathen hatte, gab ihr Gutachten dahin ab, 1) dass die Erhaltung von Denkmälern schweizerischer Geschichte und schweizerischer Kunstfertigkeit ein ernstes Interesse des Landes sei; 2) dass eine Mitwirkung des Bundes zu diesem Zwecke in hohem Grade gerechtfertigt erscheine; 3) dass diese Mitwirkung des Bundes dormalen am zweckmässigsten in der Form einer jährlichen Subvention an die bestehende Schweizerische Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler geschehe, in der Meinung, dass die aus der Subvention, auf den Vorschlag der Gesellschaft, vom Bundesrathe angekauften Gegenstände, Eigenthum der Eidgenossenschaft verbleiben; 4) dass diese Gegenstände bis auf Weiteres bestehenden kantonalen oder städtischen Museen zur Aufbewahrung zu überlassen seien und somit der Frage der Errichtung eines eigenen schweizerischen Nationalmuseums nicht vorgegriffen sein soll.»³⁰

2.4. Der Ankauf der Pfahlbausammlung des Dr. Gross

Der Bundesrat trat mit den in finanzieller Hinsicht schwerwiegenden und politisch nicht unproblematischen Ergebnissen der Sitzung der Kommission vorläufig nicht vor die Räte. Als aber der Bieler Arzt Victor Gross³¹ am 1. September 1884 dem Bundesrat seine Pfahlbausammlung anbot, schien der Moment gekommen, um sich der Frage der Subventionierung von Kunstdenkmälern anzunehmen. Am 6. September, nur fünf Tage später also, legte Bundesrat Schenk ein vierseitiges Expertengutachten vor, worin der Wert der Sammlung, den Gross mit Fr. 60 000.– angab, bestätigt wurde. Schenk war entschlossen, das Abwandern dieser Sammlung, die für die junge Nation Identitätscharakter habe, zu verhindern.³² Ein weiteres Fiasko wie die Verscherbelung der Sammlung Bürki sollte sich nicht wiederholen.

Gross seinerseits, erst 40 Jahre alt und von keinerlei finanziellen Nöten geplagt, war seltsamerweise genau zum Zeitpunkt, in dem der Gesetzesentwurf vorlag, entschlossen zu verkaufen. Dabei liess er keine Zweifel daran aufkommen, dass es an ausländischen Angeboten nicht mangle. In beinahe erpresserischem Ton schrieb er Schenk am 4. September 1884:

«(...) que mon Musée fût conservé à la Suisse et dans le cas où votre prochaine réponse me laisserait entrevoir quelque chance d'achat par la Confédération, je romprais immédiatement les négociations, soit avec le Musée de Berlin, soit avec le syndicat américain, qui tous deux m'ont fait des demandes d'achat.»³³

Nachdem Gross nicht vom genannten Preis abzurücken bereit war, wurde ein Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung vom 25. November 1884 vorbereitet. Da Gross direkt an den Bundesrat gelangt war, musste Schenk am 24. November dem Präsidenten der «Gesellschaft für Erhaltung», Théodore de Saussure, mitteilen, dass er bereits beim ersten grossen Geschäft übergangen worden war. In dem am nächsten Tag erscheinenden Bericht zu Händen der Räte werde aber das Postulat von Vögelin auch zur Sprache kommen. Man wolle, so Schenk, sich vergewissern, ob die Räte bereit seien, in der Frage der Pfahlbausammlung Gelder zu sprechen. Sei dies der Fall, ständen die Chancen für die Arbeit der «Gesellschaft für Erhaltung» vermutlich auch gut³⁴.

In der Bundesversammlung stellte der Bundesrat am 25. November 1884 den Antrag, die Sammlung von Dr. Gross zu erwerben. Gleichzeitig wurden die Resultate der Fachrunde vom 21. Februar in den Bericht eingeflochten. Der Bundesrat hob besonders den identitätsstiftenden Wert der Sammlung hervor:

[Die Rede ist von den gefundenen Schädeln der Urhelvetier:] «Nichts in den physischen Eigenthümlichkeiten dieser Rasse entspricht der Voraussetzung einer Inferiorität der körperlichen Anlage. Im Gegentheil, man muss anerkennen, dass dies Fleisch von unserm Fleisch und Blut von unserm Blute war. Die prächtigen Schädel von Auvernier können mit Ehren unter den Schädeln der Kulturvölker gezeigt werden. Durch ihre Kapazität, ihre Form und die Einzelheiten ihrer Bildung stellen sie sich den besten Schädeln arischer Rasse zur Seite».³⁵

Bezüglich des Postulats von Salomon Vögelin schrieb der Bundesrat, man habe sich in der Fachrunde vom Februar dahingehend geeinigt, dass der Bund vor allem der «Verschleuderung und dem Verkauf unserer einheimischen Alterthümer und Kunstwerke in's Ausland» zu begegnen habe. Man sei übereingekommen, dem Bund einen jährlichen Kredit von Fr. 50 000.– zur Rettung von «Alterthümern und Kunstwerken von nationaler Bedeutung» zu veranschlagen.

«Dieser Massregel gegenüber sei die Errichtung eines Nationalmuseums, d.h. die Vereinigung der so dem Lande geretteten Werthstücke zu einer centralisirten Sammlung, eine sekundäre Frage, deren Beantwortung man

der Zukunft überlassen könne. (...) Dadurch glaubt der Bundesrath den Befürchtungen, die sich unverkennbar auch im Schosse der Bundesversammlung an den Begriff eines «schweizerischen Nationalmuseums» als eines die fernere Entwicklung der kantonalen Museen gefährdenden Institutes knüpfen, von vornherein zu begegnen.»³⁶

Es sieht so aus, als wäre die Frage der jährlichen Beiträge für die «Gesellschaft für Erhaltung» bewusst mit diesem ersten grossen Geschäft verbunden worden. Die Pfahlbausammlung eignete sich jedenfalls bestens, um gleich noch etwas mitzuverkaufen. Denn das Parlament konnte sich mit Rücksicht auf seine patriotische Integrität nicht erlauben, gegen den Ankauf zu stimmen. Mit diesem Schachzug nahm Bundesrat Schenk den Föderalisten vorerst einmal den Wind aus den Segeln und bereitete den Weg für die Arbeit der «Gesellschaft für Erhaltung». Am 8. Dezember beschloss der Nationalrat und am 16. Dezember der Ständerat, die Sammlung anzukaufen.

Dass damit der Startschuss für das Landesmuseum gefallen war, scheint den Zeitgenossen klar gewesen zu sein. Bereits in der letzten Woche vor Weihnachten 1884 wurde der Bundesrat mit Bewerbungsschreiben aus der Westschweiz eingedeckt. Neuenburg, La Neuveville, die Heimatstadt von Dr. Gross, Stadt und Kanton Genf und der Kanton Waadt bewarben sich nebst der Stadt Bern um die permanente Ausstellung der Pfahlbausammlung. Bereits Anfang 1884 wies die Bernische Künstlergesellschaft die Bürgergemeinde auf die Notwendigkeit eines weiteren Museumbaus hin. Sie empfahl, die prekären Raumverhältnisse baldmöglichst zu verbessern, falls Bern, das am ehesten die Voraussetzung besitze, sein historisches Museum zu einem eidgenössischen zu erweitern, ernsthaft in Betracht gezogen werden wolle³⁷. Der Bundesrat ging zunächst aber noch auf keinerlei Angebote ein.

Anfang 1885 war die Standortdiskussion, die noch sehr zivilisiert geführt wurde, voll im Gang. Der Berner «Bund» griff die Frage auf und widmete in zwei Ausgaben seinen Leitartikel dem zu schaffenden Institut und seinem Standort. Dabei liess man keinen Zweifel offen, dass punkto Standort «(...) nämlich in erster Linie die Stadt Bern steht»³⁸.

«Bern hat vor Allem Eines in die Waagschale zu legen, was keine Schwesterstadt bieten kann. Bern besitzt ein städtisches historisches – und zwar in eminentestem Sinn historisches – Museum, das die denkbar glänzendste Fortsetzung der eidgenössischen geschichtlich-kulturgeschichtlichen Sammlung nach der kantonalen Seite hin bilden, beziehungsweise einleiten würde. (...)

[Die Berner Kriegstrophäen aus den Burgunderkriegen] wäre(n) ein Vorzug, den Nichts ersetzen könnte. (...) Sollte Bern nicht rasch und mit baldigst verfügbaren Räumlichkeiten die gewiss nächstens auftauchende Frage nach dem Wo des eidgenössischen Museums zu seinen Gunsten entscheiden können, so dürften ihm andere Orte, zu seinem und der Eidgenossenschaft Nachteil vielleicht, binnen Kurzem den Rang ablaufen³⁹. Sehe Jeder, wie er den Preis gewinne! Nur dass nicht wieder, wie schon so oft in unserm Vaterlande, die gegenseitige Eifersucht uns das gross Gedachte zersplittere und vernichte.»

In einem Brief vom 6. Januar 1885 wurde Professor Vögelin nach dem idealen Standort der Sammlung gefragt. Am 13. Januar präsentierte er dem Vorsteher des Departements des Innern seinen Vorschlag: Er habe sich für den Verbleib der Sammlung in La Neuveville entschieden, da damit die Standortfrage eines zu erstellenden Nationalmuseums nicht tangiert würde. Das kleine Städtchen am Bielersee käme als Standort sowieso nicht in Frage. Der Diplomat Vögelin befürchtete, bei der Vergabe der Sammlung an eine westschweizerische Stadt oder an Bern würde die Nationalmuseumsfrage Opposition hervorrufen und Schaden nehmen. Nicht berücksichtigte Kantone würden sich gegen das Museum als solches aussprechen, was nicht im Sinn Vögelins war. Der Bundesrat konnte sich nicht recht für La Neuveville erwärmen. Er traf deshalb eine etwas kuriose Entscheidung. Die Sammlung sollte in einem leerstehenden Saal im Bundeshaus ausgestellt werden. Obwohl argumentiert werden konnte, dass die Aufstellung der Sammlung im Bundeshaus genauso präjudizierend sei, wie in irgendeiner Stadt, wurde diese Lösung bevorzugt. So entstand nach der Bundesratssitzung vom 20. Januar 1885 und der Genehmigung durch die Räte⁴⁰, im Bundeshaus ein Mini-Landesmuseum. Der Standortentscheid war damit weiterhin völlig offen und die Frage, ob aus dieser Sammlung jemals ein nationales Museum erwachsen würde, ebenfalls unverbindlich verschoben. Vermutlich aus diesem Grund fand dieser Vorschlag die Zustimmung der Räte.

Die Opposition begann sich allerdings bereits zu regen: Das «Journal de Genève» nahm in seiner Ausgabe vom 2. Februar 1885 deutlich Stellung gegen ein nationales Museum. Zwar sehe man die Notwendigkeit einer Bundesinstitution zur Rettung historisch bedeutsamer Schätze. Allerdings sollten – anstelle einer neuen Anstalt – die kantonalen Museen, subventioniert vom Bund, diese Aufgabe wahrnehmen. Wenn der Bund selbst ein Museum wolle, dann könne es sich höchstens um eines handeln, das die Geschichte des neuen Bundesstaats ab 1848 aufzeige. Vor dieser Zeit gebe es keine einheitliche nationale Geschichte⁴¹.

2.5. Erste Bundesmittel fliessen

Mit dem Ankauf der Pfahlbausammlung war ein Zeichen gesetzt worden. Tatsächlich war damit der erste grosse Schritt in Richtung eines eidgenössischen Museums getan. Für die föderalistisch gesinnten Gegner des zentralen Nationalmuseums galt es nun, keine Zeit zu verlieren und die Opposition zu mobilisieren. Schliesslich war man bereits zu dieser Zeit der festen Überzeugung, dass das nationale Museum nur auf Kosten der bestehenden kantonalen Sammlungen realisierbar sei, was im Prinzip so falsch auch wieder nicht war. Vorerst wurde aber der Bundesrat aufgefordert, seine leicht unklare Politik in Sachen Nationalmuseum zu präzisieren. Nur wenige Monate nach dem Ankauf der Gross'schen Sammlung reichten der Appenzeller Ständerat Johann Baptist Rusch⁴² und sein Urner Amtskollege Gustav Muheim⁴³ aus Altdorf eine Motion ein. Darin wurde eine Stellungnahme des Bundesrats verlangt, «ob und in welcher Weise öffentliche Altertumssammlungen, welche der vaterländischen Geschichte dienen, sowie die Unterhaltung geschichtlicher Baudenkmäler durch Bundesbeiträge zu unterstützen seien»⁴⁴.

Unterdessen blieb aber auch Vögelin nicht untätig und trieb die Pläne für ein nationales Museum in Bern, wie es ihm vorschwebte, eifrig voran. Am 28. Oktober 1885 unterbreitete er dem Bundesrat einen Vorschlag für eine Vereinbarung zwischen dem Bund und der Burgergemeinde Bern. Der Burgerrat hatte sich bereit gezeigt, bei einem allfälligen Neubau des historischen Museums die Bedürfnisse eines nationalen Museums zu berücksichtigen⁴⁵. Der Bundesrat allerdings ging, angesichts der heiklen Situation und dem bereits schwelenden Konflikt zwischen Föderalisten und Zentralisten, nicht näher darauf ein. Im Bundesrätlichen Beschluss vom 13. Juni 1886 versuchte die Landesregierung den Brückenschlag zwischen der noch immer unbefriedigend gelösten Motion Vögelin und derjenigen der Herren Muheim und Rusch. Am 30. Juni 1886 wurde ein Gesetz über die «Beteiligung des Bundes an den Bestrebungen zur Erhaltung und Erwerbung vaterländischer Alterthümer» verabschiedet. Es trat 1887 in Kraft. Sein Hauptartikel lautete:

«Es wird zur Erhaltung, respektive Erwerbung vaterländischer Alterthümer, sofern der jeweilige Stand der eidgenössischen Finanzen dies gestattet, ein jährlicher, im Budget zu bestimmender Kredit, welcher 50000 Franken nicht übersteigen soll, ausgesetzt: a) für Anschaffungen solcher Alterthümer, welche ein ausgesprochenes gemeineidgenössisches Interesse haben und über welche der Bund sich das Eigenthum- und Verfügungsrecht vorbehält.; b) für Beteiligung an Ausgrabungen; c) für Beteili-

gung an der Erhaltung historisch oder künstlerisch bedeutsamer Bau-
denkmäler; d) für die Unterstützung kantonaler Altertumssammlungen,
in Fällen, wo diese eine ihre Kräfte übersteigende Anschaffung von ge-
schichtlichem Interesse zu machen wünschen.»⁴⁶

Im ganzen war dieser Beschluss ein Erfolg für die Arbeit Vögelin und der
Expertenkommission. Der Bundesrat folgte im wesentlichen ihren Anträgen
vom Februar 1884. Nach der Vollzugsverordnung vom 27. Februar 1887 griff
Bundesrat Schenk zu einem recht unkonventionellen Mittel und leistete damit
dem Projekt Landesmuseum ungeheuren Vorschub. Er erweiterte den Vorstand
der bis dahin privaten «Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenk-
mäler» durch einige Parlamentarier und erklärte diesen kurzerhand zur eid-
genössischen Kommission, mit dem Auftrag, für den Bund Ankäufe zu tätigen⁴⁷.
Den Vorsitz behielt das Genfer Gründungsmitglied der Gesellschaft,
Théodore de Saussure. Damit war der Grundstein für ein Schweizer National-
museum endgültig gelegt. Die Arbeit der Kommission, deren Mitglieder ja zur
Mehrheit aus den von Vögelin vorgeschlagenen Befürwortern eines zentralen
Museums bestanden, würde wohl früher oder später zur Schaffung eines eid-
genössischen Museums führen.

Bereits im Herbst 1886, als in
Köln Scheiben aus der ehemaligen
Sammlung Bürki zum Verkauf stan-
den, wurde die Kommission erst-
mals aktiv. Vögelin schlug seinen
Freund Heinrich Angst vor, der im
Auftrag des Bundes die Schweizer
Scheiben kaufen sollte. Ausgestattet
mit Fr. 20000.– reiste Angst nach
Deutschland und brachte die kost-
baren Stücke, sehr zum Entzücken
von Bundesrat Schenk, zurück in die
Heimat. Bereits am 3. Juli 1887
wurde Angst auf Antrag Schenks in
den Exekutivausschuss der eid-
genössischen Kommission gewählt.
Dort bekleidete er das Amt des

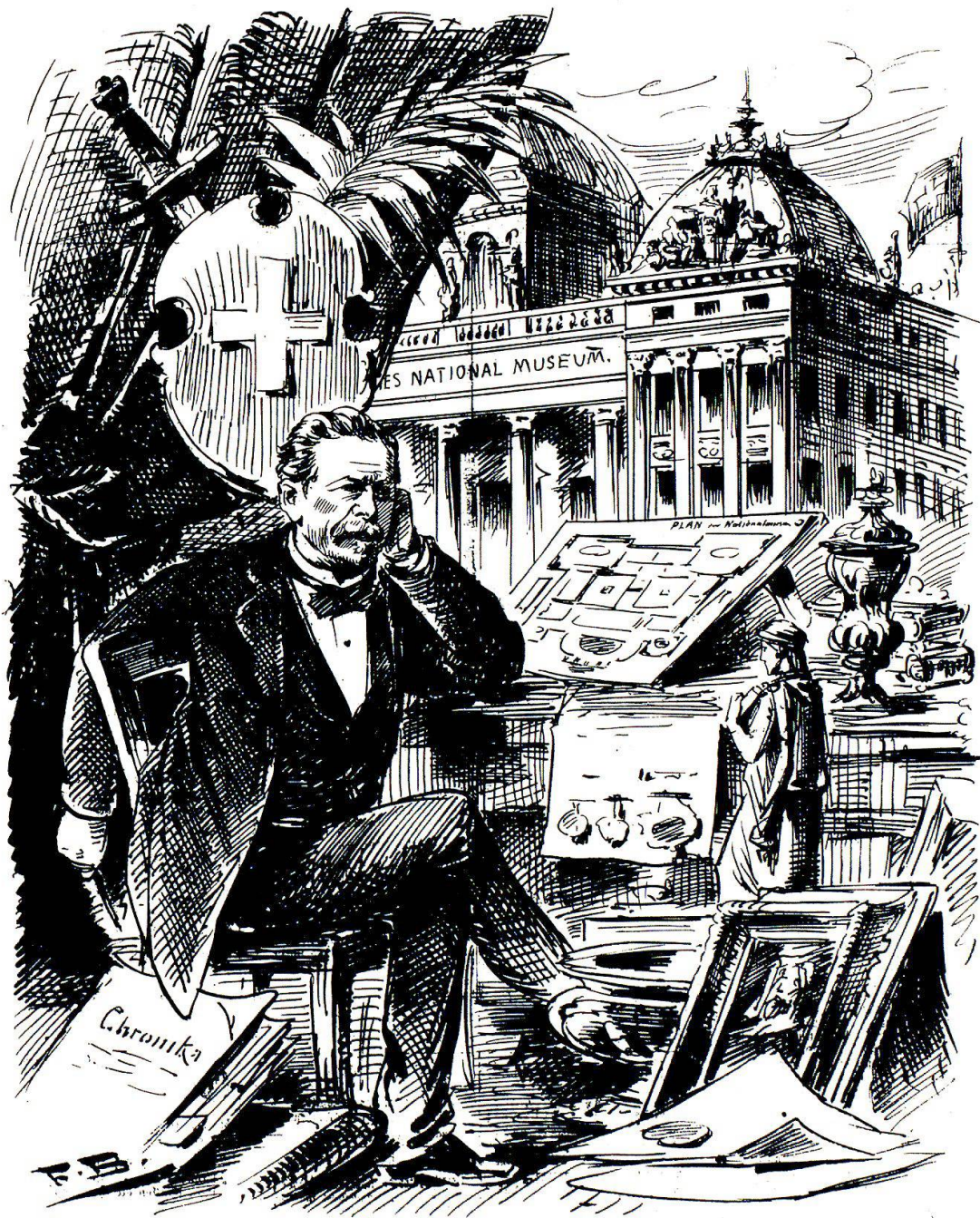


Heinrich Angst, der unermüdliche Promotor
und erste Direktor des Schweizerischen
Landesmuseums.

Quästors und war damit Mitglied des Vorstands. Wiederholte Einkäufe von ge-
samten Zimmereinrichtungen aus Patrizierhäusern und Burgen liessen kaum
mehr Zweifel aufkommen am Fernziel der Kommission. Denn eines war klar:

Auch wenn diese Objekte einer gewissen Erhaltenswürdigkeit nicht entbehrten, so waren sie doch wenig geeignet, an verschiedene kantonale Museen ausgeliehen zu werden. Früher oder später würden sie in einem eigens für sie gebauten Gebäude permanent ausgestellt werden müssen, wenn der Bund sein Geld nicht verschwendet sehen wollte. Sie wurden denn auch vorerst eingelagert. Gut ein Jahr später zögerte Quästor Angst nicht, genau diese Zimmereinrichtungen als Begründung für einen Museumsneubau zu bemühen und brachte damit den Stein um die Bestimmung des Sitzes endgültig ins Rollen:

«Die Kommission sah sich zunächst auf den Ankauf grösserer Objekte angewiesen, indem derartige Erwerbungen in der Regel über die Mittel der schon bestehenden kantonalen Museen und Sammlungen hinausgehen. (...) Durch die eidgenössische Kommission sind im Laufe des ersten Jahres (!) ihres Bestehens dem Lande drei Interieurs oder wenigstens die Haupttheile von solchen erhalten worden (...) Wo sollen diese Erwerbungen aber untergebracht werden? Dieselben an Ort und Stelle zu lassen ist unzulässig, eine bloss provisorische Aufstellung beinahe unmöglich. Der einzige Ausweg besteht in der Erstellung eines Neubaus, in welchem diese Zimmereinrichtungen angebracht und zur Aufnahme zeitgenössischer Alterthümer eingerichtet werden können.»⁴⁸



Karikatur im «Nebelspalter» vom 30. November 1889. Text: «Bundesrath Schenk: «Du armes, liebes, schönes Ding, wie wird's Dir wohl gehen, wenn ich Dich vor die Rätthe bringe und wieder jeder ein eigenes Stück davon haben will!»

Anmerkungen:

- ¹ STAFFER, Philipp Albrecht: PROJEKT FÜR EIN NATIONALMUSEUM, 1799. in: Schweizerisches Bundesarchiv Bern, Helvetisches Archiv, Band 1476, S. 185.
- ² DIRECTORIALBESCHLUSS BETREFFEND SAMMLUNG GEFÄHRDETER KUNSTWERKE IN NATIONALGEBÄUDEN. Luzern, 16. April 1799. Bundesarchiv, Aktensammlung aus der Zeit der helvetischen Republik. Bd. IV, S. 233.
- ³ Siehe dazu die Lizentiatsarbeit von: RÜCKERT, Alexandra M., Die Visualisierung der Vorfahren aus der Pfahlbauzeit. Historiengemälde, Gipsattrappen und Geschichtsbilder um 1900, Zürich 1997, unpubl.
- ⁴ «SCHWEIZERISCHES NATIONALMUSEUM IN WINTERTHUR», «Landbote», Nr. 209, 6. September 1890.
- ⁵ RÜCKERT, Alexandra M.
- ⁶ BÜRKI, Friedrich: 1819–1880, Bern. Bankier, Grossrat von 1850–1862, Stadtrat. Grosser Sammler von Münzen und Glasmalereien. Nach seinem Selbstmord 1880 lassen seine Neffen die Sammlung 1881 in Basel versteigern.
- ⁷ RAHN, Johann Rudolf: 1841–1912. Kunsthistoriker, Professor an der Universität Zürich ab 1870 und ab 1883 auch am Polytechnikum. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees und der ersten Landesmuseums-Kommission des Bundes von 1883, Mitglied der Landesmuseums-Kommission vom 5. November 1891.
- ⁸ RAHN, Johann Rudolf, Erinnerungen an die Bürki'sche Sammlung, Zürich 1881, S. 5.
- ⁹ VÖGELIN, Friedrich Salomon: 1837–1888. Ursprünglich Pfarrer in Uster von 1862–1870, ab 1870 Professor für Kunstgeschichte an der Universität Zürich; Nationalrat von 1875–1888. Zürcher Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Mitglied der «Gesellschaft für Erhaltung» 1884. (Biographie: Isler, Alex, Prof. Dr. Salomon Vögelin, Zürich 1892.)
- ¹⁰ Schweizerisches Bundesarchiv: 8 (H), Schachtel 1.
- ¹¹ BÜREN VON, Rudolf Otto: 1822–1888, Bern. Grossrat, Nationalrat 1864–1884, eidgenössischer Oberst 1875, Stadtpräsident von Bern 1864–1887.
- ¹² ZIMMERMANN, Karl, S. 118.
- ¹³ Der Brief in: Schweizerisches Bundesarchiv: 8 (H), Schachtel 1.
- ¹⁴ Das wären heute um die 10 Millionen Franken. Das Höchstsalar eines Hochschulprofessors an der Universität Bern betrug 1860 Fr. 4240.– im Jahr. Damit gehörte man zur unteren Oberschicht. Angabe aus: TANNER, Albert, S. 294. Ein «Velociped», Vorgänger des Fahrrads, kostete 1890 zwischen Fr. 200.– und Fr. 300.–. Ein Dreifamilienhaus in Binningen bei Basel, in bestem Zustand, wird in einer Anzeige für Fr. 14 000.– angeboten. Preisbeispiele aus Inseraten der «Nationalzeitung», Basel 1890.
- ¹⁵ ZIMMERMANN, Karl, S. 119.
- ¹⁶ SAUSSURE DE, Theodore: 1824–1903, von Genf. Maire von Genthod 1850–1900, Mitglied des Grossen Rats von 1854–1856 und 1858–1872. Mitbegründer des «Vereins für Erhaltung vaterländischer Kunstdenkmäler», der nachmaligen «Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler». Mitglied der Museumskommission.
- ¹⁷ SCHWABE, Erich, 100 Jahre Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte, Bern 1980, in: Unsere Kunstdenkmäler, Heft 31–4, S. 317–337, zitiert aus: Zimmermann, Karl, S. 119. (Der «Verein für Erhaltung» wird 1934 in «Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte» umbenannt.) Zum «Verein für Erhaltung» vgl. auch: ANGST, Heinrich. Gründungsgeschichte, S. 6.

- ¹⁸ ANGST, Heinrich: 1847–1922, aus Regensberg ZH. Seidenkaufmann, englischer Generalkonsul in Zürich 1886–1916, erster Direktor des Landesmuseums 1892–1903, Dr. h.c. der Universitäten Zürich und Harvard, 1872 Ehrenbürger der Stadt Zürich. Altertümersammler. Verheiratet mit einer Engländerin, Demokrat.
- ¹⁹ ANGST, Heinrich, Gründungsgeschichte, S. 8. Vgl. DURRER, Robert, S. 77 und ZIMMERMANN, Karl, S. 119 ff.
- ²⁰ VINCENT, Joseph: Bedeutender Sammler in Zürich, dank dessen Mithilfe die Ausstellung im Pavillon an der Landesausstellung 1883 zustande kommt. Er stirbt im Juni 1888, kurz nachdem er dem Landesmuseum in Zürich seine Sammlung vermacht hat (unter der Regie von Angst).
- ²¹ DURRER, Robert, S. 78.
- ²² Ein Geschenk der Stadt Zürich, hergestellt in der Porzellan-Manufaktur im Schooren in Kilchberg. Das Service, das Angst später dem Landesmuseum schenkte, ist heute im Ortsmuseum Kilchberg, im Conrad Ferdinand Meyer-Haus, zu sehen.
- ²³ Die Rede findet sich in der Bibliothek des Schweizerischen Landesmuseums, Cc1 Bro. Oder bei: ISLER, A., Prof. Dr. Salomon Vögelin, Nationalrath. Lebensbild eines schweizerischen Volksmannes, Winterthur 1892. Beilage II, S. 15-24 «Rede über die Errichtung eines schweizerischen National-Museums».
- ²⁴ Einzelabdruck der Rede in: Bibliothek des Schweizerischen Landesmuseums, Cc1 Bro.
- ²⁵ SCHENK, Karl: 1823–1895, ursprünglich Pfarrer in Laupen 1848 und Schüpfen 1850. Berner Regierungsrat ab 1855, ab 1856 Ständerat, Bundesrat 1863 bis zu seinem Tod, meist als Vorsteher des Departements des Innern. Freund von Heinrich Angst.
- ²⁶ Bundesarchiv, 8 (H) Schachtel 1.
- ²⁷ ANGST, Heinrich, Gründungsgeschichte, S. 10.
- ²⁸ Zitiert aus: ZIMMERMANN, Karl, S. 121.
- ²⁹ ibd., S. 122.
- ³⁰ NZZ, Nr. 54, 23. Februar 1884.
- ³¹ GROSS, Victor: 1845–1920, von La Neuveville BE. Arzt, bekannt durch seine Ausgrabungen im Bielersee, Verfasser mehrerer Schriften zu den Pfahlbauern, Grossrat 1899–1914.
- ³² Die fehlende gemeinsame Geschichte der Schweiz auf dem Gebiet des neuen Staats liefern die Pfahlbaufunde nach. Pfahlbauer und damit einheitliche helvetische Vorfahren gibt es in praktisch allen Gegenden der Schweiz. Aus diesem Grund ist die Sammlung eine Art «missing link» der schweizerischen Identitätsgeschichte. Entsprechend wird sie als ungemein wichtig angesehen.
- ³³ Bundesarchiv, 8 (O), Schachtel 8.
- ³⁴ ZIMMERMANN, Karl, S. 129 f.
- ³⁵ Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung, «Erwerbung der Pfahlbau-Sammlung von Dr. Gross und das Postulat vom 9. Juli 1883 betreffend Gründung eines schweiz. Nationalmuseums», Bern, 25. November 1884. Landesbibliothek, V Zürich 22963. Die zitierte Stelle stammt aus dem Vorwort von Prof. R. Virchow im Buch von: GROSS, Victor, «Les protohelvètes ou les premiers colons sur les bords des lacs de Bienne et Neuchâtel», Berlin 1883.
- ³⁶ Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung vom 25. November 1884. Landesbibliothek, V Zürich 22963.

- ³⁷ ZIMMERMANN, Karl, S. 133.
- ³⁸ Dieses und die zwei folgenden Zitate: «Das eidgenössische Museum», «BUND», Nr. 4 und 5, 4. und 5. Januar 1885.
- ³⁹ Als mögliche Konkurrenz wird erstaunlicherweise nicht Neuenburg, sondern das Städtchen Königsfelden im Aargau genannt.
- ⁴⁰ Genehmigt am 23. März im Nationalrat und am 26. März im Ständerat. Übereinstimmungserklärung am 27. März 1885. ZIMMERMANN, Karl, S. 134–35.
- ⁴¹ Journal de Genève, zitiert in: NZZ, Nr. 31, Morgenausgabe, 3. Februar 1885.
- ⁴² RUSCH, Johann Baptist Emil: 1844–1890, von Appenzell. Landesstatthalter 1874, Landammann 1877–1890, Ständerat 1869–1875 und 1877–1890. Landesarchivar 1866–1890, Gründer der historischen Sammlung Appenzell. Landesmuseumsgegner.
- ⁴³ MUHEIM, Gustav: 1851–1917, von Altdorf UR. Regierungsrat und Landesstatthalter 1882, Landammann 1884–1888 und mit Unterbrüchen bis 1902. Ständerat 1877–1901, Nationalrat 1905–1911. Mitbegründer des historischen Museums von Uri. Führer der Konservativen Partei Uri. Freund Angsts. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums. Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» ab 1889. Mitglied der Landesmuseums-Kommission vom 5. November 1891.
- ⁴⁴ Zitiert aus: DURRER, Robert, S. 84.
- ⁴⁵ ZIMMERMANN, Karl, S. 138.
- ⁴⁶ Zitiert aus: ANGST, Heinrich, Gründungsgeschichte, S. 11.
- ⁴⁷ Offizielle Bezeichnung: «Eidgenössische Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer». Der Vorstand der «Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler» wurde vorerst für eine Versuchszeit von drei Jahren zur Kommission befördert.
- ⁴⁸ «Zürich und das schweizerische Nationalmuseum», NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.

3. Politische Chronologie

Mit Zürichs Anmeldung seiner Ansprüche auf das Museum begann der eigentliche Standortstreit. Innert weniger Tage bewarben sich beim Bundesrat fünf Städte um die Ehre, das neue Institut beheimaten zu dürfen. Im September 1888 legte die «Eidgenössische Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» bereits ihren Planungsbericht für das Nationalmuseum vor. Im Dezember 1889 befasste sich der Ständerat mit dem Gesetzesentwurf zum Museum. Dabei gerieten sich Föderalisten und Zentralisten erstmals in die Haare. Es fand sich aber eine Mehrheit für das Museum. Im Nationalrat stiess das Museum hingegen auf praktisch keinen Widerstand. Man schien hier rundum begeistert von der Idee. Heinrich Angst beschreibt das Geschäft als «parlamentarische Promenade». Als parlamentarische Sackgasse entpuppte sich hingegen die Bestimmung des Sitzes, die kurz darauf begann. Bereits im Dezember 1890 wurde erstmals darüber abgestimmt. Gespannt schaute die Schweiz nach Bern, wo sich Ständerat und Nationalrat sehr zum Erstaunen der Enthusiasten nicht einig wurden. Der Ständerat bestimmte Zürich, der Nationalrat Bern zum Sitz der Anstalt. Basel und Luzern schieden chancenlos aus. Erste Verschwörungstheorien machten die Runde. Im April 1891 hielten die beiden Kammern an ihren unterschiedlichen Standpunkten fest. Im Ständerat wurde die Entscheidung zugunsten der Limmatstadt für endgültig erklärt. Der Nationalrat trotzte und wählte erneut Bern zum Sitz. Der Skandal war perfekt! Entrüstung machte sich breit. Die Gerüchteküche brodelte, die gegenseitigen Schuldzuweisungen für das Debakel überschlugen sich. Bundespräsident Welti redete am 10. Juni 1891 dem Nationalrat eindringlich ins Gewissen und bat ihn, der 600-Jahrfeier zuliebe und im Interesse der Eidgenossenschaft Zürich als Sitz des Museums zu bestätigen.

3.1. Das Programm für ein Landesmuseum

Am 12. März 1888 starb in Basel der reiche Baumeister und leidenschaftliche Kunstsammler Ludwig Merian. Der Junggeselle hatte keine Erben und vermachte dem Bund sein Vermögen von 150 000 Franken zur Gründung eines Nationalmuseums, welches seine Sammlung beherbergen sollte. Knapp fünf Jahre zuvor war Merian von der Landesausstellung und dem Pavillon «Alte Kunst» so begeistert gewesen, dass er schon damals seine wertvolle Kunst-

sammlung dem Bund geschenkt hatte. Dank dieser Finanzspritze kam das Projekt Nationalmuseum in seine definitive Planungsphase. Bundesrat Schenk, in seiner Funktion als Vorsteher des Departements des Innern, forderte die «Eidgenössische Commission» auf, ein Programm für ein Museum auszuarbeiten. Drei Monate später, am 12. September 1888, legte die Kommission ihre Arbeit vor. Als augenscheinlichste Neuerung schlug sie vor, das Nationalmuseum zwecks besserer Verträglichkeit mit den politischen Eigenheiten der Schweiz neu *Landesmuseum* zu nennen.

In der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» war Zürich klar übervertreten. Dies rührte noch von der Zeit her, als die Idee eines Nationalmuseums zwar eine zürcherische war, es aber nicht zur Diskussion stand, das Museum anderswo als in Bern zu bauen. Unterdessen hatte sich die Limmatstadt aber offiziell um den Sitz beworben. Die Zusammensetzung der Kommission wurde jedoch nicht geändert. Bern war durch Bundesarchivar Kaiser vertreten, von dem man sich erzählte, er sei alles andere

Mitglieder der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» im Jahr 1889

- SG Johann Christoph Kunkler senior, Architekt, Präsident
- ZH Rudolf Rahn, Professor für Kunstgeschichte, Mitglied des Zürcher
Initiativkomitees, Vizepräsident
- ZH Carl Brun, Mitglied des Zürcher Initiativkomitees, Aktuar
- ZH Heinrich Angst, Zürcher Seidenkaufmann, Mitglied des Zürcher
Initiativkomitees, Quästor
- ZH Heinrich Zeller-Werdmüller, Professor
- BE Jakob Kaiser, Bundesarchivar
Edmund von Fellenberg, Professor für Geologie und Archäologie
- BS E. Vischer-Sarasin, Architekt
- LU Heinrich Victor von Segesser, Architekt
- AG Karl Erwin Tanner, Stadtammann von Aarau
- GE Camille Favre, Historiker
- VS Raphael Ritz, Kunstmaler
- UR Gustav Muheim, Ständerat
- VD W. Cart, Professor in Lausanne
- SH Heinrich Bendel-Rauschenbach, Konservator der naturgeschicht-
lichen Sammlungen des historischen Vereins St. Gallen

als ein Bernfreund. Auch Basel und Luzern waren nur mit je einem Mitglied vertreten. Natürlich hatte die Kommission keinen direkten Einfluss auf den Sitzentscheid, der ja von den Räten getroffen werden musste. Es darf jedoch darüber spekuliert werden, inwiefern die Einkaufspolitik der Kommission die Chancen einzelner Städte tangierte. Durch den bewussten und wiederholten Ankauf von ganzen Zimmereinrichtungen wurde ein Neubau, der diese ideal würde aufnehmen können, gegenüber bestehenden Bauten klar favorisiert. Damit sanken die Chancen von Basel und Luzern.

Das eingereichte Programm für ein Nationalmuseum wurde von Bundesrat Schenk persönlich überarbeitet und mit einem Abriss der Geschichte des Landesmuseums bis dato vervollständigt¹. Ein gutes halbes Jahr später, am 31. Mai 1889, wurde die Botschaft der Bundesversammlung vorgelegt.

«[Vögelin machte aufmerksam] auf den grossen idealen und materiellen Schaden, der dem Schweizerlande dadurch erwachsen sei, dass es zu seinen geschichtlichen Alterthümern und Kunstdenkmälern nicht genügend Sorge getragen habe. Er schilderte den mächtigen Einfluss, welchen die plastische Veranschaulichung der Geschichte eines Volkes auf dessen ganze Gedanken (...) und Willensrichtung ausübe (...) wie (dagegen) die Schweiz die Schätze ihrer geschichtlich und kunstgewerblich grossartigen Vergangenheit einsichtslos und pietätlos massenhaft habe verschleppen, verschachern und zu Grunde gehen lassen.»²

«Der Zweck des Landesmuseum ist, ein möglichst vollständiges Bild von der Kultur- und Kunstentwicklung auf den Gebieten der heutigen Schweiz von vorgeschichtlicher Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts zu geben. Es wird vorausgesetzt, dass unter später zu vereinbarenden Bedingungen die historische Sammlung der Stadt oder des Kantons, woselbst das Landesmuseum seinen Sitz erhält, nebst den bereits vom Bunde erworbenen Gegenständen, den Kern des Landesmuseums bildet.»

In Anbetracht des sich formierenden Widerstands der kantonalen Sammlungen wurden diese nun mit Samthandschuhen angefasst. Mehrmals wurde betont, dass es sich beim Landesmuseum um eine Ergänzung und nicht um eine Konkurrenz handeln solle.

«Durch die Gründung dieser Anstalt soll die Fortentwicklung der neben ihr bestehenden kantonalen und städtischen Sammlungen in keiner Weise beeinträchtigt werden. Es wird vielmehr angenommen, dass im Sinne des Bundesbeschlusses vom 13. Juni 1886 ihre Unterstützung durch den Bund auch weiterhin gesichert bleibe und durch den Verkehr mit der eidgenössischen Anstalt unmittelbar gefördert werden.»³

In der Botschaft wurde zum Schluss bereits mit weiser Voraussicht die kritische Frage des Standorts angegangen: «Diese Entscheidung mag ihre Schwierigkeiten haben, welche da und dort vielleicht den Gedanken wachrufen könnten, dem Streite lieber durch Verzichtleistung auf das ganze schöne Werk aus dem Wege zu gehen»⁴.

«Die Frage des Sitzes des Landesmuseums kann dermalen nicht zur Behandlung und Erledigung kommen. (...) Hierauf wird eine durch den Bundesrath zu bestellende Kommission unparteiischer, theilweise nicht schweizerischer Sachverständiger die speziellen, für das Gedeihen des Landesmuseums in Betracht fallenden Verhältnisse derjenigen Städte, deren Erklärungen genügend befunden worden sind, einer näheren Untersuchung unterstellen und über deren Ergebnis Bericht erstatten. Auf Grundlage dieses Gutachtens und in freier Würdigung wird alsdann der Bundesrath über die Frage, in welche Stadt das schweizerische Landesmuseum zu verlegen sei, Antrag an die Bundesversammlung stellen, welche definitiv zu entscheiden haben wird.»⁵

Um es gleich vorweg zu nehmen: dazu ist es nicht gekommen. Nachdem der Bericht der Experten vorlag, war die Sitzfrage bereits so heiss, dass der Bundesrat es nicht wagte, eine Empfehlung abzugeben. Die Räte wurden mit dem Aushandeln des Sitzes alleingelassen.

Die Botschaft des Bundesrats wurde begleitet von einem Entwurf für einen Bundesbeschluss⁶. In Artikel vier wurde den kantonalen Sammlungen ein Weiterbestehen garantiert.

- Art. 1. Es soll ein schweizerisches Landesmuseum gegründet werden.
- Art. 2. Dasselbe ist bestimmt, bedeutsame vaterländische Alterthümer geschichtlicher und kunstgewerblicher Natur aufzunehmen und planmässig geordnet aufzubewahren.
- Art. 3. Dem Landesmuseum werden zugewiesen die bereits im Besitze der Eidgenossenschaft befindlichen historisch-antiquarischen Sammlungen und vereinzelt zur Erhaltung bestimmten Gegenstände.
- Art. 4. *Das schweizerische Landesmuseum tritt in keinem Falle als Konkurrent auf für den Ankauf von Alterthümern, welche öffentliche Museen der Kantone nach Mitgabe des Bundesbeschlusses vom 30. Juni 1886 (...) zu erwerben wünschen.*
- Art. 5. Der Kanton, beziehungsweise die Stadt, in welche das schweizerische Landesmuseum verlegt wird, stellt demselben unentgeltlich zur Verfügung: ein zweckmässig gelegenes, für die Aufnahme der Sammlungen eingerichtetes, würdiges Gebäude ...

Art. 6. Die am Sitze des Landesmuseums befindlichen, der Stadt oder einer öffentlichen Korporation oder dem Kanton angehörenden historisch-antiquarischen Sammlungen sollen mit den Sammlungen des Bundes vereinigt in den Räumen des Landesmuseums aufgestellt (...) werden.

(...)

Art. 11. Der Sitz des Landesmuseums wird auf Bericht und Antrag des Bundesraths von der Bundesversammlung bestimmt.

Programm für ein Schweizerisches Landesmuseum⁷

Das Landesmuseum soll in Original und Nachbildung die Denkmäler folgender Kultur- und Kunstepochen vereinigen.

I.

1. Vorgeschichtliches.
2. Helveto-Gallisches-Etruskisches.
3. Römisches.
4. Allemannisch-Burgundisches.

II. Mittelalter und Renaissance bis Ende des 18. Jahrhunderts. Den aus dem Mittelalter und den folgenden Jahrhunderten stammenden Gegenständen ist, soweit es sich nicht um abgeschlossene Gruppen handelt, die folgende stoffliche Gliederung zu Grunde zu legen:

1. Bautheile und Skulpturen.
2. Kirchliche Kunst.
3. Schatzkammer (Goldschmiedearbeiten).
4. Hausrath, Holzschnitzerei und Möbel.
5. Textile Kunst.
6. Glasmalerei.
7. Keramik.
8. Metallarbeiten.
9. Waffen.
10. Musikinstrumente.
11. Büchereinbände, Buchdruck und graphische Künste.

III.

1. In einer besondern historischen Abtheilung sollen Erinnerungen aus der Geschichte der Schweiz, beziehungsweise der Kantone, zugewiesen werden.
2. Kostüme.
3. Rechts- und Staatsalterthümer. Folter- und Strafinstrumente. Mass und Gewicht. Zunfalterthümer. Siegel, Münzen und Medaillen. Stempel.
4. Historische Gemälde. Stiche und Porträts. Kostümbilder und Autographen.
5. Baumodelle.
6. Raritäten.

3.2. Die Eintretensdebatte im Ständerat

Der Ständerat bestellte umgehend eine Kommission, die mit der Überprüfung des Projekts betraut wurde. Die Kommission aber wurde sich bereits in der Vorbesprechung nicht einig und spaltete sich in zwei Lager. Es standen sich gegenüber: Gustav Muheim, ein naher Freund Angsts und seines Zeichens tätig für die «Eidgenössische Commission für Erhaltung». Er brachte es fertig, einen Grossteil seiner skeptisch eingestellten, föderalistischen, katholischen Glaubensgenossen für das Museum zu begeistern. Auf der andern Seite waren es ausgerechnet der Aargauer Johannes Haberstich⁸ und der St. Galler Karl Friedrich Good⁹, die für eine Verschiebung des Antrags eintraten. Am 6. Dezember 1889 kam das Geschäft zur Beratung.

Gespannt sassen Heinrich Angst und manche seiner Gegenspieler aus den anderen drei Städten auf der Empore und verfolgten die Debatte¹⁰. Johannes Haberstich führte aus, dass auch er Sinn für das Schöne habe, er «vermöge aber nicht für jede alte Ofenkachel zu schwärmen», wie das Mode sei¹¹. Der Bund habe kein Geld, und er sehe nicht ein, weshalb das Museum zu diesem Zeitpunkt herangeprügelt werden müsse. «Warum konnte man solange warten und will jetzt alles überstürzen? Vielfach ist wohl der Eifer der Städte daran Schuld, welche das Museum gerne für sich hätten». Haberstich bezweifelte auch ernsthaft die Notwendigkeit eines nationalen Museums, als er sagte: «Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube». Bezeichnenderweise hätte es der Aargauer Jurist lieber gesehen, wenn die eidgenössische Rechtsschule in Angriff genommen worden wäre. Zudem sei ein eidgenössisches Museum sowieso unerreichbar,

«(...) weil die kantonalen Museen das Material nicht hergeben werden. Und dies hat auch seine Berechtigung. Damit geht aber der Hauptgedanke eines Landesmuseums unters Wasser. *Nun bleibt also noch ein kunstgeschichtliches und kunstgewerbliches Museum.* Für Forschung auf diesem Gebiete gibt es aber keine Landesschränken. *Für ein solches Museum wäre die Verbindung mit einer wissenschaftlichen Anstalt angezeigt, wo es zu Lehrzwecken dienen würde.*»¹²

Haberstich war mit Bestimmtheit nicht grundsätzlich gegen ein Landesmuseum. Mit seinen Äusserungen aber spielte er Zürich geradewegs in die Hände. Denn Zürich plädierte ja für ein kunstgewerbliches Museum, das mit Vorteil mit dem Polytechnikum verbunden werden sollte.

Nach ihm ergriff Theodor Wirz¹³ das Wort. Er würdigte Haberstich als talentierten Juristen, verwies aber auf die Berichte der Professoren Rahn und Meyer von Knonau¹⁴. Zusammen mit Angst seien es diese Männer, die auf diesem Gebiet wohl als Autoritäten angesehen werden müssten. Er befürchtete: «Die Verschiebung wäre die Beerdigung des Nationalmuseums. Es ist eine Unehre für die Schweiz, dass man die schönsten historischen Dinge im Auslande in Juden- und Christenhänden findet, während man ihnen in der Schweiz nur sporadisch begegnet»¹⁵.

Die ständerätliche Kommission 1889

Befürworter:	Gegner (plädieren für Verschiebung):
UR Gustav Muheim	SG Karl Friedrich Good
VD Marc Ruchet	AG Johannes Haberstich
VS Henri de Torrenté	
GL Esajas Zweifel	
OW Theodor Wirz	

Aus dem Rat meldete sich der konservative Peter Conradin Romedi¹⁶. Er sprach sich gegen ein Landesmuseum aus. Diese Idee komme aus der Helvetik und passe nicht zum neuen Bundesstaat. Ausserdem gehörten die «Trophäen der Geschichte» den Kantonen, nicht dem Bund. Mit seiner Rede erntete Romedi Gelächter im Rat. In den Zeitungen wurde der Abdruck seiner Rede an mehreren Stellen mit dem Kommentar «Heiterkeit» ergänzt.

«Wozu ein Nationalmuseum und für wen? Für das Volk? Ein Landmann kommt in seinem Leben vielleicht nur einmal oder nie nach Basel oder Bern. Das Nationalmuseum könnte nur einen wissenschaftlichen Zweck haben für bestimmte Leute. Hierfür aber scheint mir die Pfeife zu teuer.»¹⁷

Auch der Gründer der historischen Sammlung Appenzell, Johann Babtist Rusch, trat vehement gegen ein zentrales Museum ein. Vielmehr sollten die kantonalen Sammlungen vermehrt in den Genuss von Bundessubventionen kommen. Auch er vertrat die Meinung, dass es für die Gründung einer solchen Anstalt zu spät sei:

«Zur Zeit der Helvetik war die Gründung eines Nationalmuseums noch angezeigt. Damals lag noch ein reiches Feld für die Erwerbung von Alterthümern vor, in dem die Kantone wenig Sinn dafür hatten, jetzt ist es genau anders, vor 50 Jahren hätte man ein solches Museum ins Leben rufen sollen.»¹⁸

Am 10. Dezember, dem vierten Tag der Eintretensdebatte, sprach Bundesrat Schenk vor der Abstimmung den Ständeräten ins Gewissen. Er richtete dabei mit der grossen patriotischen Kelle an und bat die Herren Ständeräte, der Eidgenossenschaft zum sechshundertsten Geburtstag dieses Geschenk zu machen.

«Im Jahre 1891 ist der sechste Säkulartag der Gründung des ersten Bundes der alten Eidgenossen. Der Bundesrath hat im Sinn, auf diesen Tag eine grosse eidgenössische Feier zu veranstalten. Für eine solche Feier waren die Zeitverhältnisse noch nie so günstig wie jetzt. Allein, wenn die Errichtung eines Museums heute abgelehnt würde, fände der Bundesrath kaum den Muth, eine derartige allgemeine Feier in Vorschlag zu bringen.»¹⁹

In der Hauptabstimmung, die unter Namensaufruf stattfand, erzielten die Befürworter 27 Stimmen, die Gegner deren 16. Die «Neue Zürcher Zeitung» konstatierte erstaunt, dass die Tessiner, die Freiburger und das Gros der Westschweiz dem Museum nicht grundsätzlich feindselig gegenüber ständen. Bei der Berichterstattung über die Reden der befürwortenden Ständeräte geriet sie gar ins Schwärmen.

«Die Berichte der Herren Muheim und de Torrenté, die Reden der Herren Schenk, Wirz, Göttisheim sind Leistungen, die jedem Parlament zur Ehre gereichen würden. Höchst erfreulich war die gut eidgenössische Haltung der hervorragendsten Männer der katholischen Rechte, deren Führer in dieser Sache, Herr Muheim, aus einem Saulus ein Paulus geworden ist.»²⁰

Damit war die Vorlage vom Ständerat genehmigt und sollte in der nächsten Session im Nationalrat behandelt werden. Dort stand dem Landesmuseum für einmal ein einzigartiger Siegeszug bevor.

Das Nationalmuseum im Ständerath.



Karikatur im «Nebelspalter» vom 21. Dezember 1889. Text: «Statt des Museums wollten sie wieder etwas anderes aufrichten [den Patriotismus]; aber der Gegensatz zerstörte ihr stolzes Bauwerk.»

3.3. Die «parlamentarische Promenade» im Nationalrat

Am 9. Juni, in der Sommersession 1890, begannen die Beratungen über den Landesmuseumsbeschluss im Nationalrat. Anders als noch ein halbes Jahr zuvor im Ständerat, schien das Projekt im Nationalrat auf keinen ernstzunehmenden Widerstand zu stossen. Eine Welschschweizer Minderheit wollte die Museumsfrage an die Subventionierung der kantonalen Lehranstalten und die Vergabe von weiteren in Aussicht gestellten eidgenössischen Anstalten knüpfen. Nach energischer Kritik von Bundesrat Schenk zog sie sich kleinlaut zurück. Nach der Diskussion einiger bedeutungsloser Formfragen wurde noch am selben Abend der Beschlussesentwurf mit 77 gegen 26 Stimmen angenommen. Einzig einige kleine redaktionelle Korrekturen gingen zurück an den Ständerat. Kein Wunder, sprach Heinrich Angst von einer «parlamentarischen Promenade»²¹. Bereits zwei Wochen später, am 26. Juni, war die Übereinstimmung der Räte erreicht und der Beschluss angenommen. Das Landesmuseum schien seiner Realisierung sehr nahe gekommen zu sein.

Im April hatte sich die nationalrätliche Kommission unter dem Vorsitz von Hans Riniker²² erstmals in Lausanne getroffen. Bei den mehrtägigen Beratungen über die Vorlage war Bundesrat Schenk teilweise persönlich anwesend²³. Schon als Riniker am 9. Juni in der Debatte im Nationalrat Bericht erstattete, leitete er seine gewaltige Rede damit ein, dass die Kommission im grossen und ganzen die Annahme der Vorlage empfehle. Eine Kommissionsminderheit trete lediglich für eine Verschiebung des Antrags ein, bis über die Zukunft der weiteren in Aussicht gestellten eidgenössischen Anstalten entschieden sei. In seiner Rede beschrieb er die Arbeit der Kommission, bot einen reichhaltigen Überblick über die grossen Museen Europas und Amerikas und ging schliesslich auf die Gründungsgeschichte des Landesmuseums seit der Helvetik ein. Die Rede wurde, wie das dem damaligen journalistischen Stil ent-



Bundesrat Karl Schenk. Bild aus der «Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».

sprach, in voller Länge im Berner «Bund» abgedruckt und belegte dort knapp drei Zeitungsseiten, was darauf schliessen lässt, dass sie mindestens eine Stunde gedauert haben muss²⁴. Auch Riniker versäumte es nicht, sozusagen prophylaktisch auf die Ängste der kantonalen Museen einzugehen, indem er die Situation in der Schweiz mit jener in Deutschland verglich:

«Sie sehen also, dass auch in Deutschland die Gründungen von nationalen Museen keineswegs der Entwicklung und Weiterbildung der lokalen Museen im Wege steht, sondern, dass beide, die Landesmuseen, Zentralmuseen, die wissenschaftlichen Museen parallel mit den lokalen Gewerbmuseen sich entwickeln können.»²⁵

Es ist natürlich schwer zu sagen, inwiefern Riniker in seiner Rede von den Kämpfern für ein Museum beeinflusst worden war. Angst jedenfalls trat mit ihm in Kontakt und vermittelte ihm Zugang zum Direktorium des South Kensington Museum in London²⁶. Auch Riniker griff in seinem Schlussplädoyer deutlich zurück auf das Zürcher Argumentarium, welches vorsah, das «historische» Lan-

Die nationalrätliche Kommission 1890

Befürworter:

UR Hans Riniker

VD Albert Brosi

VS Robert Grieshaber

GL Gallus August Suter

Heitz (Vorname und Kanton nicht bekannt)

Gegner (wollen das Museum mit den anderen anstehenden Anstalten verbinden):

VD Eugène Ruffy, Radikaler, späterer Bundesrat

GE Georges Favon, Radikale, Redaktor des «Petit Genevois»

Benziger (Vorname und Kanton nicht bekannt)

desmuseum als Kunstgewerbemuseum zu nutzen. Eine Taktik, die des Polytechnikums wegen ideal auf Zürich passte. Und eine Taktik, die demzufolge Basel, Luzern und vor allem Bern, die alle die historische Bedeutung des Museums betonten, zuwiderlaufen musste. Riniker kam zum Schluss:

«Es wird bei uns derselbe Weg betreten werden müssen, der in England, Frankreich, Deutschland und Oesterreich zu so bedeutenden Erfolgen geführt hat. Man wird durch Sammlungen und gute Muster den Kunstsinne der Gewerbsleute und Meister heben und durch Zeichnungs- und Gewerbeschulen das Auge und die Hand üben und entwickeln müssen, um zu einer geschmackvollern Produktion zu gelangen, als wir sie bisher hatten. Zur Förderung des gewerblichen Unterrichts, wie sie der Bund betreibt, gehört als Krönung des Gebäudes ein Landesmuseum.»²⁷

Die Westschweizer Gegnerschaft betonte, dass es betreffend die Eintretensfrage keine eigentliche Opposition gebe. Es gehe aber vor allem um den Zeitpunkt der Gründung.

«Frankreich hat gewartet mit der Gründung eines Nationalmuseums bis nach den Siegen über ganz Europa. Deutschland folgte nach, erst nachdem Siegessäule und Ruhmeshalle gebaut waren. Wenn das Nationalmuseum, dem, was wir bezwecken, dienen soll, so muss das Museum eine Antiquität werden, bevor wir davon Gebrauch machen können. Ich will das Landesmuseum durchaus nicht herabsetzen. Nur ist die Gründung dieses Instituts verfrüht.»²⁸

Mit diesem etwas abstrusen Einwand versuchten Ruffy, Favon und Benziger vor allem die Gunst der Stunde zu nutzen, um Druck zu machen für eine alte Westschweizer Petition zur Subventionierung der kantonalen höheren Lehranstalten, die bereits am 23. Mai 1890 gescheitert war.

«Der Bundesrat will ein Nationalmuseum, statt die Anstalten für den höheren Unterricht zu unterstützen. (...) ich sage: Arbeiten Sie für die Entwicklung des höhern Unterrichts und Sie werden zu gleicher Zeit auch für das Nationalmuseum arbeiten. (...) Glauben Sie, dass das Nationalmuseum gute Dienste leisten werde, wenn die jungen Leute nicht dazu vorbereitet werden, die Sammlungen mit Verständnis studieren zu können? Wo wollen Sie vaterländische Geschichte lernen, wenn es nicht in den verschiedenen Landesteilen der Schweiz selbst geschieht? (...) *Schon streiten vier Städte sich um die Ehre, der Sitz des Nationalmuseums zu werden. (...) Das Nationalmuseum einer dieser Städte zuzuweisen, hiesse den Apfel der Zwietracht unter die Städte werfen. (...) Das Nationalmuseum darf nicht zu einer Frage gestempelt werden, die zu einer Gefahr würde für die Eidgenossenschaft.* Indem wir die Frage des Nationalmuseums verbinden mit der Frage der Unterstützung der höheren Lehranstalten, möchten wir diese Gefahr vermeiden.»²⁹

Bundesrat Schenk wies die Forderungen aus der Westschweiz mit aller Entschiedenheit zurück. Er sei nicht bereit, die dringende Frage der Gründung mit

derjenigen der Unterstützung der kantonalen Lehranstalten in dieser Art verknüpft zu sehen.

«Aber dass Sie nun diese Forderung an den Bund stellen und davon die Frage des Landesmuseums abhängig machen, das scheint mir in keiner Weise gerechtfertigt. Es hat das Museum doch wirklich mit der Hochschulfrage durchaus keine so enge Verbindung, wie von Seite der Herren Favon und Ruffy gesagt wurde.»³⁰

Nach nochmaliger Auseinandersetzung der Dringlichkeit des Geschäfts schlug er vor, den Minderheitsantrag als Postulat anzunehmen. Die Minderheit zog daraufhin ihren Antrag zurück. An der noch am gleichen Nachmittag durchgeführten Generalabstimmung genehmigte der Rat die Vorlage mit 77 zu 26 Stimmen. Nach einigen Korrekturen im Text des Beschlusses, der Spitzfindigkeiten beinhaltete, wie das Ersetzen des Wortes «Bodenflächenraum» durch «Flächenraum» in Artikel 5, waren die Differenzen bereits am 26. Juni bereinigt³¹.

3.4. Die ausländische Expertenkommission

Dem Bundesrat oblag nun die Aufgabe, die Eingaben der vier Städte zu prüfen, um später der Bundesversammlung eine Empfehlung abzugeben. Eine Expertenkommission aus Fachleuten sollte sich des Problems annehmen. Anfänglich war davon die Rede gewesen, dass in- und ausländische Experten zusammen eine Auswahl hätten treffen sollen, was eigentlich sinnvoll gewesen wäre³². Die Standortfrage war politisch aber bereits so heiss, dass sich der Bundesrat gezwungen sah, eine rein ausländische und damit, wie er hoffte, unparteiische Kommission zusammenzustellen.

Am 20. Oktober des Jahres 1890 trafen die drei eingeladenen Museumsdirektoren Franks, Darcel und Essenwein in Bern ein³³. Sie wurden von Théodore de Saussure empfangen und auf ihrer Blitzreise durch die Schweiz begleitet, um die Angebote der vier sich bewerbenden Städte zu prüfen. Der Vorsteher des Departements des Innern, Bundesrat Karl Schenk, war sich der heiklen Situation angesichts des Streits zwischen den Konkurrenten bewusst und gab vor dem Eintreffen der Direktorengruppe bei der «Kommission für Erhaltung» einen Fragenkatalog in Auftrag. Der «Landbote» schrieb dazu, der Bundesrat wolle damit jedes Angebot richtig prüfen lassen und so «den Streitigkeiten zwischen den Städten die Spitze abbrechen»³⁴. Dass in der Kommission

die Stadt Zürich massiv übervertreten war, scheint niemanden ernsthaft gestört zu haben, jedenfalls verlor man in der Presse darüber kein Wort. Im September 1890, einen Monat vor dem Eintreffen der Experten, lag das umfassende Frage-schema³⁵ vor.

Die Experten in Sachen Landesmuseum sollten bei Erfüllung ihrer Aufgabe insbesondere folgende Punkte ins Auge fassen:

(In Kursivschrift diejenigen Punkte, in denen Zürich mit seinem Projekt eigentlich optimal hätte abschneiden müssen.)

A. Die Stadt

Wie stellen sich, vom Standpunkte des Museums aus betrachtet, die Ansprüche der Stadt X mit Rücksicht auf:

- a. die geographische Lage;
- b. die *Bevölkerungszahl*;
- c. *das wissenschaftliche, industrielle und gewerbliche Leben*;
- d. die bestehenden niedern und *höhern Lehranstalten*;
- e. die geistige und materielle Nutzbarmachung der Museumsbestände in wissenschaftlicher, künstlerischer und gewerblicher Hinsicht; daran anschliessend: Liegt die räumliche Verbindung einer *Kunstgewerbeschule* mit dem Landesmuseum im Interesse der Museumsbestrebungen, d.h. ist sie geeignet, die Zwecke des Museums zu fördern.

B. Der Platz, resp. die Situation schon bestehender Bauten

Ist die Lage eine zweckmässige, d.h. thunlichst zentrale. *Für Einheimische und Fremde leicht zugängliche*. Sicher, d.h. nicht durch andere umliegende Bauten gefährdete (Gefahr durch Grossbrand)

Ist für unbedingte *Ausdehnungsfähigkeit* gesorgt, eventuell welche Garantien werden hierfür geboten.

Welches ist der Gesamtflächenraum in Quadratmetern des Bauplatzes, resp. Umschlages des Gebäudes.

Entspricht die Anlage den Anforderungen des Programmes für das Landesmuseum vom September 1888, C. und D., und Art. 5 des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1890.

C. Das Gebäude

Sind die Bedingungen des Bundesbeschlusses vom 27. Juni 1890, Art. 5, erfüllt:

- a. betreffs des Minimal-Bodenflächenraumes;
- b. betreffs des Minimal-Flächeninhalts des freien Areals, in Verbindung mit dem Gebäude selbst; Eventuell, welches sind die angebotenen Dimensionen.

Wie ist für zweckmässige Unterbringung folgender Objekte gesorgt:

- a. der vom Bund bereits erworbenen *Zimmereinrichtungen* von Mellingen, Arbon, Stein a. Rh., Stans und Lochmann-Saal;

- b. der im Besitze des Bundes befindlichen Glasmalereien, speziell der 23 grossen Rathhauser-Scheiben, welch' letztere wahrscheinlich bald eine Vermehrung erfahren werden;
- c. der im Programm unter III. geforderten «besondern historischen Abtheilung», einer Art Erinnerungshalle;
- d. der in übersichtlicher Reihenfolge aufzustellenden, die succesiven Kulturperioden unseres Landes illustrierenden Sammlungen:
 1. Pfahlbauten,
 2. Prähistorische Landansiedelungen,
 3. Prähistorische Gräber,
 4. Helvetisches (La Tène),
 5. Römisches
 6. Alemannisch-Burgundisches.
 (...)

Welcher Art sind in dem vorgeschlagenen oder projektierten Gebäude

- a. die Lichtverhältnisse;
- b. die *künstlichen Beleuchtungsanlagen*; (Zürich wollte elektrisches Licht einbauen, damals eine Sensation)
- c. die Heizungsanrichtungen;
- d. die Etageeintheilung (wie viele Etagen);
- e. Zugänglichkeit der verschiedenen Theile des Gebäudes selbst und der Annexe (Corridore, Treppen, Verbindungsgänge etc.);
- f. die Vorrichtungen für feuerfesten Abschluss der einzelnen Abtheilungen des Museums gegen einander;
- g. die allgemeine Beschaffenheit des Baues, der Fundamente etc.

D. Die Sammlungen

Bilden die von der Stadt X dem Bunde angebotenen Sammlungen einen würdigen Grundstock für das schweizerische Landesmuseum.

Werden dieselben dem Bunde ganz oder theilweise zu Eigenthum angeboten oder bloss unter Wahrung des Eigenthums- und freien Verfügungsrechtes deponirt; (...)

In welchem Masse sind in den von der Stadt X dem Bunde angebotenen Sammlungen die folgenden Hauptkategorien vertreten:

1. Prähistorisches;
2. Römisches;
3. Alemannisch-Burgundisches;
4. Mittelalterliches;
5. Neuere;
6. Waffensammlungen;
7. Münzsammlungen.

Angesichts der starken Zürcher Lobby in der Kommission wird man den Verdacht nicht los, das Schema sei klar auf Zürich zugeschnitten gewesen³⁶. Nur schon die Fragen zur Stadt (A.) bedeuteten im Prinzip bereits die Disqualifikation der kleinen Städte Basel und Luzern. Dies trifft vor allem für die Fragen

nach der geographischen Lage und der Bevölkerungszahl (A.a. und b.) zu. Die Frage nach dem wissenschaftlichen, industriellen und gewerblichen Leben (A.c.) sprach eindeutig für Zürich. Was die geistige und materielle Nutzbarmachung und die Verbindung der neuen Anstalt zu höheren Lehranstalten (A.d. und e.) anbelangt, lag die Limmatstadt ebenso vorn. Vor allem punkto eidgenössisches Polytechnikum kam logischerweise keine andere Stadt in Betracht. Was die zentrale Lage für Einheimische und Fremde betrifft (B.), war Zürich ebenfalls optimal gerüstet, war das Landesmuseum doch direkt neben dem Bahnhof geplant. Das Kirchenfeld in Bern war weit vom Bahnhof entfernt. Dasselbe galt für die Barfüsserkirche in Basel.

Zwar wurde immer wieder betont, dass der Bund an einer schnellen Unterbringung seiner bereits angekauften Altertümer interessiert sei. Dies hätte eigentlich für Luzern und Basel gesprochen, die bereits mehr oder weniger schlüsselfertige Bauten anbieten konnten. Betrachtet man die Anforderungen an das Gebäude (C.) so wurden Bern und Zürich, die ein neu zu erstellendes Gebäude offerierten, klar bevorzugt, da die Projekte den Wünschen des Bundes einfacher angepasst werden konnten. Brisant war auch hier die Frage nach der Unterbringung der sich bereits in Bundesbesitz befindlichen Gegenstände. Nicht die teuerste Anschaffung, nämlich die Pfahlbausammlung, sondern die diversen Zimmereinrichtungen standen zuoberst auf der Liste (vgl. Frage C.) und würden in einem neu zu erstellenden Gebäude naturgemäss idealer eingebaut werden können. Die Möglichkeit der Errichtung von «Annexen» spricht natürlich auch eher für die Museumsprojekte als für bestehende Anlagen. In Basel und Luzern, wo die vorgeschlagenen Gebäude in der Altstadt standen, wären zukünftige Anbauten praktisch ausgeschlossen gewesen. Die Projekte für Zürich und Bern hingegen sahen eine Art stilisierte Kleinstadt vor, die problemlos durch einen weiteren Bau erweitert werden konnte. Selbst bei der Betrachtung der Sammlungen der einzelnen Städte (vgl. Frage D.), wo Zürich verglichen mit Bern und Basel deutlich im Abseits stand, könnte man unterstellen, dass vor allem eine Formulierung zugunsten Zürichs aufgenommen wurde. Es ist dies die Frage nach dem Eigentum der Sammlungen, die im Frageschema explizit aufgeführt war, obwohl der Eigentumsfrage eigentlich gar keine grosse Bedeutung zukam. Hauptsache war schliesslich, dass die Sammlung den Grundstock für das neue Institut bilden sollte; wem sie gehörte, war völlig sekundär. Nur die Zwinglistadt war bereit, dem Bund umfassende Schenkungen zu machen, allerdings ausdrücklich nur für den Fall, dass das Museum nach Zürich komme³⁷. Das Frageschema war in mancher Hinsicht also durchaus massgeschneidert auf das Angebot Zürichs und auf das in seiner Projektierung sehr ähnliche aus Bern.

Nach ihrem fünftägigen Blitzbesuch in den vier Städten reisten die drei ausländischen Museumsdirektoren bereits am 25. Oktober wieder ab und hinterliessen ihren Bericht beim Bundesrat. Obwohl er bis zu seiner Veröffentlichung streng geheimgehalten wurde, jagten sich nach wenigen Wochen die Gerüchte. Verschiedene Zeitungen meldeten bereits anfangs November, dass Bern von den Experten eindeutig bevorzugt werde³⁸. In Bern begann man einzusehen, dass ein zu selbstherrliches Auftreten in der emotionsgeladenen Landesmuseumsfrage den eigenen Plänen mehr Schaden als Nutzen zufügte. Der Berner «Bund» griff deshalb energisch in die Debatte ein und dementierte jegliche derartigen Gerüchte aufs Schärfste:

«Die Nachricht einiger Blätter, das Gutachten der vom Bundesrat ernannten Expertenkommission laute zu Gunsten Berns als Sitz des Landesmuseums, stammt gutem Vernehmen nach nicht aus offizieller Quelle und ist insofern unrichtig, als die Experten selbst keinen bestimmten Vorschlag machen. (...) Artikel 10 des Bundesbeschlusses betreffend die Errichtung eines Landesmuseums sagt nämlich, dass der Sitz desselben bloss auf einen Bericht des Bundesrates hin (ohne Antragstellung desselben) von den eidgenössischen Räten zu bestimmen ist.» [Abschliessend meint der «Bund» doch wieder etwas unbescheidener,] «dass im Gutachten das Angebot Berns sehr günstig beurteilt worden ist, erscheint uns dagegen selbstverständlich.»³⁹

In der Zusammenfassung des Expertenberichts schnitt Bern tatsächlich vor allem dank der Burgundersammlung am besten ab. Zürchs Sammlungen wurden immerhin als «wichtig» taxiert, was dem Zürcher Initiativkomitee allerdings entschieden zuwenig erschien. Luzern fiel im Urteil der Experten durch. Ebenso unzimperlich gingen die drei Herren mit Basel ins Gericht. Die Barfüsserkirche und deren unmittelbare Nähe zu einem Theater und einem Konzertsaal wurden der Feuergefahr wegen als wenig geeignet empfunden. Immerhin verwiesen die drei Direktoren ausdrücklich auf die wichtige mittelalterliche Sammlung Basels, die im Bereich der Alltagsgeschichte zu jener Zeit eine der schönsten überhaupt war. Sie wurde deshalb in der Zusammenfassung des Berichts auch noch einmal separat erwähnt:

«Si la ville de Bâle n'est pas choisie, nous croyons nécessaire d'appeler l'attention du Conseil fédéral sur une collection qui se trouve dans le musée de cette ville, celle relative à la vie privée des anciens suisses (Haushaltgeräthe).»⁴⁰

Die Ergebnisse der Expertenkommission⁴¹

- Zurich: Place bien choisie. Edifice pittoresque et commode pour les installations des ensembles. Collections importantes.
- Berne: Les collections que possède la ville et que déposeraient les corporations sont d'une importance telle, qu'elles feraient un fonds admirable pour le musée.
Il y aurait peut-être à étudier avec soin sur les plans projetés l'éclairage des parties qui devraient être affectées à l'exposition des menuiseries intérieures.
- Lucerne: Si le Stadthaus, par lui-même et par les boisseries qui le garnissent, est déjà un monument historique, les dispositions projetées pour l'agrandir par des annexes de l'autre côté de la rivière, semblent peu commodes, en même temps que les collections qui devraient former le fonds du musée sont peu importantes.
- Bâle: L'ancienne église proposée serait peu commode pour l'installation d'un musée, lequel serait d'une extension très difficile. Il serait menacé par le voisinage d'un théâtre et même d'une salle de concert plus voisine encore. Mais les collections sont très importantes et fort belles.

3.5. Reaktionen auf den Bericht der Experten

Der Bericht der Experten wurde am 29. November 1890 zuhanden der Bundesversammlung veröffentlicht. Interessanterweise stiessen die Empfehlungen der Experten auf praktisch allen Seiten und in jeder sich bewerbenden Stadt auf harsche Kritik. Die drei «greisen Experten» seien «kränklich» gewesen, konstatierte ein sichtlich enttäuschter Angst. Allein die Tatsache, dass diese nur gerade fünf Tage in der Schweiz zugebracht hätten, bewiese, dass sie die Aufgabe zu wenig ernst und sich zuwenig Zeit genommen hätten⁴². Überhaupt schien man sich im Nachhinein allgemein zu fragen, wie man je auf die Idee hatte kommen können, eine so wichtige Entscheidung in die Hände von Ausländern zu legen, die für die speziellen schweizerischen Verhältnisse so wenig Verständnis aufzubringen wussten.

Zusammen mit dem Expertenbericht des Bundesrats fanden die Mitglieder der Bundesversammlung gleichentags ein neunseitiges Pamphlet der Stadt Basel auf ihren Pulten. Sein Titel: «Getreue, liebe Eidgenossen!» Aus Gerüchten und Indiskretionen bereits wohl informiert, rüstete sich die RheinStadt damit zur Verteidigung. Basel setzte dabei auf seinen, wie es meinte, wichtigsten Trumpf, nämlich die Tatsache, dass die BarfüsserKirche bereits in wenigen Mo-

naten zum Bezug bereit stehen würde. Es war dies ein Entscheidungselement, das zwar anfänglich ins Gewicht zu fallen schien, das aber angesichts der ebenfalls angebotenen protzigen Neubauten mehr und mehr an Bedeutung verlor. In seiner Eingabe verfiel Basel erneut in sein weinerliches Lamento, das ihm keinesfalls den erwünschten Erfolg bringen konnte:

«Wir sind weit entfernt, die Anerbietungen, welche *nach uns* andere Städte gemacht haben, in ihrem Werth herabsetzen zu wollen. Wir wissen wohl, dass diese Offerten zum Theil glänzendere und grossartigere sind, als die unsrige. Soll aber das Landesmuseum nun ohne Weiteres dem Meistbietenden zugeschlagen werden? Oder soll die Frage des Sitzes des Landesmuseums lediglich eine Machtfrage sein, in dem Sinne, dass der Stärkere den Schwächeren rücksichtslos bei Seite drängt und zu dem Vielen, was er bereits besitzt, noch mehr erhält? (...) Basel verdient auch, einmal von Seiten der Eidgenossenschaft, die Berücksichtigung zu finden, auf die es als allzeit getreues Bundesglied, kraft seiner geistigen und materiellen Bedeutung, dank seiner anerkannten Thätigkeit für die Zwecke der Kunst und Wissenschaft, schon längst wohlbegründeten Anspruch hat. (...) Wir haben in unsern Bestrebungen für Erlangung des schweizerischen Landesmuseums gewiss keine materiellen Vorteile irgend welcher Art im Auge; wir betrachten diese Frage vielmehr vom *rein vaterländischen Standpunkt*. Denn wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, wie notwendig es ist im Interesse der nationalen Einheit, dass nicht bloss im Centrum unseres Landes, durch Errichtung allgemein schweizerischer Anstalten und Werke die Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft äusserlich sichtbar gemacht, der nationale Sinn gestärkt und die Liebe zum Gesamt-Vaterlande dauernd genährt werde.

Es kann nicht in Ihrem Willen liegen, einen gut-eidgenössischen Mitstand durch unbillige Zurücksendung ohne Not zu kränken und zu verbittern.»⁴³

Auch die Zürcher gingen einige Tage später gründlich in die Offensive. Der Regierungsrat reichte eine Korrektur des Expertengutachtens ein. Man wand sich hier in den Formulierungen und legte grossen Wert auf die Feststellung, dass es sich nicht um Kritik an den Experten, sondern lediglich um «Punkte, welche von denselben unrichtig aufgefasst oder übergangen worden waren», handle. Vor allem ergebe die Zusammenlegung der drei Münzsammlungen von Staatsarchiv, Stadtbibliothek und Antiquarischer Gesellschaft die «bedeutendste Münzsammlung» der Schweiz. Empfindlich reagierte man auf die Erklärung der Experten, eine Verschmelzung von Gewerbemuseum und Landesmuseum sei nicht sinnvoll. Darauf beruhte, wie später noch dargelegt wird, die gesamte Zürcher Strategie, das Landesmuseum zum «Annex des Polytechnikums» zu machen. Man argumentierte deshalb, dies sei geradezu befruchtend und im Hin-

blick auf die geplante Kunstgewerbeschule überaus wichtig. Der Platz ginge deshalb dem Landesmuseum nicht ab.

«(...) Endlich kommen wir nicht umhin, die Bedeutung des Landesmuseums für das eidgenössische Polytechnikum besonders hervorzuheben. (...) Zürich würde seine Pflicht gegenüber der ihm anvertrauten eidg. Anstalt in der That schlecht verstanden haben, wenn es nicht alle Anstrengungen gemacht hätte, das Landesmuseum, *dieses längst entbehrte Hilfsmittel, diesen eigentlichen Annex des Polytechnikums*, für letzteres zu sichern und dadurch unsere technische Hochschule auf die Höhe ähnlicher Lehranstalten in Europa zu heben.

(...) Zürich ist, das darf wohl gesagt werden, diejenige Stadt, in welcher die Schätze des Landesmuseums der Gesamtschweiz das grösste Mass des Nutzens bringen würden. Ja, das wirtschaftliche Interesse unseres kleinen Landes scheint es geradezu zu erfordern, dass wir nicht durch eine unnötige Zersplitterung unserer Kräfte der grossen Vorteile verlustig gehen, welche demselben aus der Verbindung dieser neuen eidgenössischen Anstalt mit der schon bestehenden, dem Polytechnikum, erwachsen werden. Von diesem eidgenössischen Standpunkte aus hoffen wir unsere Bewerbung um das Landesmuseum von Ihrer hohen Versammlung beurteilt zu sehen.»⁴⁴

Am rührendsten, aber auch am originellsten und unbeholfensten war die Reaktion der Luzerner auf das vernichtende Urteil der Expertenkommission. In Anlehnung an Niklaus von Flüe, der im Spätmittelalter von seiner Klause im Sarner Ranft («Rampf») aus die eidgenössische Politik nachhaltig beeinflusst hatte, hiess es in der «Bitte an die Eidgenossen»:

«An die lieben, biedern Bundesväter in Bern⁴⁵.

Motto:

«Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben.

Wer wenig hat, dem wird das Wenige genommen.»

Jesus Christus.

Mancher von Euch wird sich noch der glorreichen alten Zeit erinnern, als unser liebes Vaterland von den drei Vororten Zürich, Bern und Luzern regiert wurde und wobei jeder Kanton machte, was ihm beliebte. Da kamen die 40er Jahre. Die Regierung von Luzern berief die Jesuiten an die Lehranstalten und gründete den Sonderbund. Die Folge hievon war, heute vor 46 Jahren, der erste und am 31. März 1845 der zweite Freischaarenzug. Der Mutter «Helvetia» wurde es zu toll, sie suchte die Zuchtruthe hervor, übergab sie dem General Dufour mit dem Auftrage, die widerspenstigen Kinder zur Raison zu bringen, was er dann auch pünktlich im November 1847 besorgte. Bei Gisikon wurde die Mediationsacte von 1815 verbrannt

und der Asche entstieg der neue Bund vom Jahre 1848. Die Tagsatzung mit den drei Vororten wurde begraben und das edle und stolze Bern wurde Bundessitz, was seither einen grossartigen Aufschwung dieser Stadt zur Folge hatte. Das weise Zürich, mit seiner herrlichen Seiden- und Baumwollen-Industrie, erhielt das eidgenössische Polytechnikum und kann stolz sein auf den Namen «Neu-Athen».

Nun hätte man hoffen dürfen, Luzern, der Mittelpunkt der Schweiz, der dritte Vorort, bekäme den Sitz des schweizerischen Bundesgerichtes, aber man hatte ohne eine kleine Rancune der Berner gerechnet. Lausanne siegte und Luzern blieb *das Aschenbrödel der schweizerischen Eidgenossenschaft*.

Gegenwärtig handelt es sich nun wieder um das Eidgenössische Museum. Zürich, Bern und Basel bieten Grosses, um den Sieg zu erringen. Luzern kann nicht so viel leisten, aber die Trophäen von Morgarten und Sempach sind nicht zu verachten; Luzern legt ferner das goldene Siegel Carls des Kühnen in die Waagschale und das Herzblut, das sich mit dem der Berner und Zürcher mischte, als bei Grandson der Hochmuth des stolzen Burgunders gebrochen wurde.

Liebe Landesväter! Ihr habt es ja nicht zu bereuen, dass Euere Väter dem Rathe des Einsiedlers am Rampf Gehör gegeben haben, beherzigt auch meine Bitte, lasst den lieben Luzernern auch einige Brodsamen vom eidgenössischen Tische entfallen, Ihr wisst so gut wie ich, dass oft aus kleinen Anfängen Grosses entstanden ist. Gebt dem Mammon diesmal nicht die Ehre, Luzern wird mehr leisten, als Ihr erwartet und ich in meiner bescheidenen Klausur, wenn ich in früher Morgenstunde das Glöcklein in meiner Hütte ertönen lasse, werde einen währschaften Rosenkranz für Euer und der Eurigen Wohlergehen zum Himmel entsenden. Und nun gehabt Euch wohl, liebe Landesväter, seid gegrüsst von Euerm treuen Mit-eidgenossen

Remigius, Waldbruder am Gütsch.

Gegeben in seiner Klausur am 8. Dezember im Jahre des Heils 1890.»

Aber auch in der Presse herrschte nach der Veröffentlichung des Expertengutachtens helles Entsetzen. Am 4. Dezember schrieb die «Neue Zürcher Zeitung»: «Ein Schütteln des Kopfes dürfte auch der eben erschienene Bericht der Landesmuseums-Experten erregen und zwar in Bern selbst ebenso gut wie in Basel, Luzern und Zürich.»⁴⁶ Der Verfasser des eingesandten Artikels, es dürfte sich um Heinrich Angst gehandelt haben, begann gleich damit, die Experten als Ausländer zu disqualifizieren, welche niemals in der Lage seien, über ein solch eidgenössisches Werk zu entscheiden.

«Bei der Wahl dieser Kommission von Ausländern, von welcher man ein unparteiischeres Gutachten zu erwarten hoffte, als von Schweizern, hatte

man zweierlei ausser Acht gelassen: erstens, dass diese Herren die Eingaben nicht nur von einem objektiveren, sondern geradezu vom Standpunkte des Ausländers aus beurtheilen würden und zweitens, dass das Landesmuseumsgesetz ausdrücklich sagt: «Das Landesmuseum ist bestimmt, bedeutsame vaterländische Alterthümer geschichtlicher und kunstgewerblicher Natur» aufzunehmen. Mit Rücksicht auf diesen Doppelzweck der zukünftigen Anstalt hätte man die Kommission theilweise aus Direktoren kunstgewerblicher Anstalten, nicht nur aus solchen von rein historischen Museen zusammensetzen sollen.»

Geht man davon aus, dass dieser Artikel aus Angsts Feder stammt, mutet er doch etwas seltsam an. Als Mitglied der Kommission hatte er ja Einfluss auf die Wahl des Gremiums gehabt und diesen im übrigen auch wahrgenommen, als er den Engländer Augustus W. Franks vermittelte. Vielleicht ist das der Grund, weshalb er den Text nicht mit seinem Namen zeichnete. Auch der Genfer «Reiseführer» der Experten, Théodore de Saussure, wurde nicht geschont.

«Man fragte sich, was wohl der Grund dieser übereiligen Expertise sein könne und es tauchte damals die Version auf, der Schweizerische Begleiter der Herren habe durchaus auf Sonntag den 26. Oktober zu den eidgenössischen Wahlen in seinem Wohnort zurück sein wollen. Die Richtigkeit dieser Behauptung müssen wir dahin gestellt sein lassen.»

Die Bundeshauptstadt, die als Gewinnerin aus der Begutachtung hervorging, wurde im Artikel erstmals nach allen Regeln der Kunst attackiert. Der Autor stellte sogar die aus historischer Sicht zweifelsohne bedeutende Sammlung Berns in Frage.

«Bern war insofern bevorzugt, als die Herren Experten nach Beendigung ihrer dreitägigen Rundtour noch zwei Tage in Bern blieben und die dortigen Sammlungen ein zweites Mal besuchen konnten. (...) Aber sind die Teppiche (Burgundertrophäen) «vaterländische Alterthümer» im Sinne des Landesmuseumsgesetzes? Sind dieselben entweder bei uns angefertigt worden oder stehen sie in Zusammenhang mit einem bedeutsamen Ereignis der Schweizergeschichte?»

Während die ausländischen Experten und die Berner Initianten sich eher zugunsten einer modernen Auffassung eines historischen Museums aussprachen, war auf Zürcher Seite ein Hang zu ästhetisierender, eigentlich rein kunsthistorischer Ausrichtung vorhanden. Es ist schwierig zu sagen, ob dies in der Absicht geschah, die Chancen für die Zuteilung des Instituts im Hinblick auf das Polytechnikum zu erhöhen, oder ob sich hier nur die gängige gutbürgerliche Auf-

fassung von Kunst und Geschichte manifestierte. Leidenschaftliche Sammler wie Angst waren aber eher am kunsthistorischen Aspekt historischer Objekte interessiert. Das Problem der beiden gänzlich unterschiedlichen Vorstellungen von einem Landesmuseum und die Tatsache, dass sich niemand dieser Dualität der Ziele bewusst war, trugen nicht wenig zur Heftigkeit des Streits bei. Das nächste Zitat vermag zu verdeutlichen, wie sehr, zumindest auf Zürcher Seite, die historischen Kriterien der Experten missverstanden wurden:

«Die für die Schweizer interessantesten Gegenstände der Berner Sammlung sind in dem Bericht theilweise gar nicht genannt, eben weil die Experten den nationalen Gesichtspunkt nicht zu berücksichtigen hatten. [Bzw. weil die Experten den kunsthistorischen Anspruch an das Landesmuseum nicht in gleichem Masse teilen, wie der Autor.] (...) Dass zwei der wichtigsten Zweige des altschweizerischen *Kunsthandwerkes* in Bern beinahe nicht vertreten sind, die Keramik und die Möbelschreinerei, scheint den Herren nicht aufgefallen zu sein. (...) Nach diesen Ausführungen wird sich Niemand stark darüber wundern, dass die Experten den Waffensaal in Zürich vom gleichen unsympathischen [d.h. rein historischen] Standpunkt aus beurtheilten.»

Nach der Veröffentlichung des Expertenberichts läuteten auch in Basel die Alarmglocken. In einem Leitartikel vom 8. Dezember griffen die «Basler Nachrichten» das Expertengutachten scharf an:

«Im Ganzen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das den Experten vorgelegte Fragenschema von vornherein der Stadt Bern auf den Leib geschnitten war, und dass die Herren Experten unbewusst sich davon beeinflussen liessen. Das sieht man namentlich bei der Beantwortung der Frage, welche das wissenschaftliche, industrielle und gewerbliche Leben der konkurrierenden Städte betrifft. Die Antwort lautet bei Basel: «Beträchtlich». Zürich hat in dieser Hinsicht die Note «Bedeutend» erhalten während bei Bern folgendes zu lesen ist: «Es genügt der Hinweis auf den Einfluss der Universität». Nun weiss Jedermann, dass das wissenschaftliche und industrielle Leben Berns sich in sehr bescheidenen Grenzen bewegt (...)»⁴⁷

Auch der Basler Regierungsrat versäumte es nicht, am 6. Dezember offiziell Stellung zu nehmen, und auch er richtete eine Eingabe an die Bundesversammlung. Darin wurde die Vorgehensweise der Experten angegriffen. Für die Besichtigung der Barfüsserkirche, des Zeughauses, der mittelalterlichen Sammlung, der antiquarischen und der Basler Kunstsammlung, bemängelte er, hätten sich die Experten nur «wenige Stunden» Zeit genommen. Bezüglich der Ge-

fährdung des Museums durch seine Nähe zu einem elektrisch beleuchteten Theater und Musiksaal verwies man auf Zürich:

«Die von den Experten darüber geäusserten Bedenken sind um so befremdlicher, da sie für die zweifelsohne doch sehr gefährliche und sehr lästige nahe Nachbarschaft des Bahnhofes, welcher das Museum in Zürich ausgesetzt wäre, kein Wort des Tadels hatten. (...) Die Experten erklären, dass die vom Bunde bereits erworbenen *Zimmereinrichtungen* schwierig unterzubringen seien. Für Installationen von Interieurs sollen in erster Linie die in unserm Projekt vorgesehenen, sowie die später anzufügenden Annexe [neben der Kirche] dienen. (...) Wir sehen uns noch zu einer weitern allgemeinen Bemerkung veranlasst. Es ist eine leichte Sache, an einem schon bestehenden Gebäude Mängel zu entdecken und zu tadeln, welche aus Planskizzen für noch zu errichtende Bauten gar nicht ersehen werden können»⁴⁸.

Mit der letzten Bemerkung hatten die Basler Behörden allerdings mehr als recht. Denn es erwies sich immer mehr als Nachteil, ein bestehendes Gebäude zu offerieren. Die Stimmung wurde zunehmend nervös, da noch in der Dezembersession über den Sitz abgestimmt werden sollte. Die «Neue Zürcher Zeitung» schob deshalb noch eine Reihe von Artikeln nach, die einerseits das Expertengutachten demontierten und andererseits die «natürlichen» Vorteile der Limmatstadt priesen. Am 10. Dezember 1890 erschien der Leitartikel, «Die zentrale Lage des Landesmuseums». Dabei verstrickte sich der verantwortliche Redaktor in nicht unwesentliche Widersprüche zum sonst unangefochtenen Zürcher Argumentarium, wonach ein Museum in den Grenzstädten Basel und Genf gefährdet wäre, indem er nunmehr behauptete, ein Museum wäre wohl kaum Ziel eines ausländischen Angreifers:

«In wiefern kommt die geographische Lage für das Museum in Betracht? Das Frageschema drückt sich darüber nicht bestimmt aus und wir sind aufs Rathen angewiesen. Dachte man an eine Verschleppung der Sammlungen ins Ausland durch einen auswärtigen Feind? Es steht kaum zu erwarten, dass ein solches Museum gerade das erste wäre, was die Deutschen sich allfällig aus der Schweiz holen würden; für die Franzosen wäre Bern bedeutend näher als Zürich. (...) Es widerspricht das Plündern solcher Museen wohl auch dem modernen Kriegsrecht ...»⁴⁸

Am meisten stiess man sich bei der «NZZ» aber an der Beurteilung der geographischen Lage Zürichs im Expertengutachten. Dieses erachtete nämlich punkto Lage Luzern als idealen Ort, Bern als zweite Wahl und Zürich nur als dritte Variante. Basel schied als zu exzentrisch aus. Die «NZZ» glaubte, «dass

auch in diesem Punkte die Experten sich etwas geirrt haben». Dabei wurde akribisch genau vorgerechnet, welche Stadt die zentralste und, für den grössten Teil der Schweiz, die am besten erreichbare wäre.

«Daraus ergibt sich, dass, wenn man eine gerade Linie zieht, die etwas westlich von Basel und Olten gegen Göschenen zu geht, diese Linie die Schweiz in zwei Theile theilt, von denen der östliche, zu welchem noch das Tessin zu rechnen ist, näher nach Zürich hat als nach Bern, der westliche näher nach Bern als nach Zürich; der erstere umfasst aber etwa 1 600 000 Einwohner, der letztere etwa 1 300 000.»

Die drei ausländischen Experten hatten mit ihrer Empfehlung in dieser heiklen Sache eine praktisch unmögliche Aufgabe zu lösen. Zu leidenschaftlich wurde bereits um den Sitz gestritten. Es ist wohl wahr, dass eine seriöse Überprüfung der vorliegenden Offerten mehr als nur gerade fünf Tage erfordert hätte. Dass sie mit ihrem Gutachten bei den zu kurz gekommenen Städten auf harsche Kritik stossen würden, war zu erwarten. Dass sich aber die ganze Schweiz wie ein Mann gegen das Gutachten der Fachleute stellte, das überrascht doch etwas. Jedermann schien sich zu fragen, wie man auf die Schnaps-idee kommen konnte, ausländische Experten mit einer innenpolitisch so brisanten Aufgabe zu betrauen, die wirklich ausschliesslich von Schweizern gelöst werden musste. Anhand dieser Reaktionen lässt sich ablesen, dass die Frage des Landesmuseums von einer enormen Wichtigkeit war. Hier ging es nicht nur um den Bau eines Museums, sondern um Ehre, Vaterlandsliebe und darum, unter den Eidgenossen als der Würdigste dazustehen. Das Expertengutachten jedenfalls war, nach den zahlreichen Interventionen der Städte und Kantone und nach der gnadenlosen Zerpflückung in der Presse, völlig wertlos. Allen war klar, dass es in dieser Frage niemals wieder zu Rate gezogen würde.

3.6. Wie soll über den Sitz abgestimmt werden?

Das Fiasko bei der Sitzvergabe war nicht nur eine Folge des schweizerischen Kantönligeists und des öffentlichen Streits in der Presse, sondern liess sich auch dem Wahlverfahren zuschreiben. Der Bundesrat empfahl in seiner Botschaft vom 29. November 1890⁵⁰, dass diese Frage in gleicher Weise gelöst werden solle, wie 1848 die Abstimmung über den Bundessitz und 1874 die Bestimmung des Sitzes des Bundesgerichts.

1848 hatte der Bundesrat vorgeschlagen, dass die Wahl des Regierungssitzes der Eidgenossenschaft, ähnlich wie die Wahlen der Bundesräte, in der vereinigten Bundesversammlung stattfinden sollte. Die Minderheit der vorberatenden nationalrätlichen Kommission wandte ein, dass gemäss Art. 108 der damaligen Bundesverfassung alles, was sich auf den Sitz der Bundesbehörden beziehe, Sache der Bundesgesetzgebung sei und aus diesem Grund in beiden Räten gesondert behandelt werden müsse. Der Nationalrat schloss sich diesem Einwand an. Die ständerätliche Kommission war einverstanden, indem sie anführte, dass gemäss Art. 80 nur personelle Wahlen, Begnadigungsgesuche und Kompetenzstreitigkeiten Gegenstand einer Abstimmung in der vereinigten Bundesversammlung sein konnten. Damit stand fest, dass die Bestimmung des Bundes-sitzes in je einer geheimen Abstimmung in beiden Kammern separat vorgenommen werden musste. Bei der Wahl von Lausanne zum Sitz des Bundesgerichts, am 26. Juni 1874, wurde dieses Wahlverfahren übernommen. Als der Ständerat Luzern wählte und gleichentags der Nationalrat zugunsten Laussannes entschied, trat der Ständerat am Nachmittag erneut zusammen und stimmte dem Beschluss der grossen Kammer zu.

In ebendieser Weise sollte nun also auch über den Sitz des Landesmuseums abgestimmt werden. Dabei würde das Geschäft solange zwischen National- und

Das Nationalmuseum.



Karikatur im «Nebelspalter» vom 29. November 1890. Text: «Bundsrath Schenk: «Kinder, seid ruhig, ich hab's nicht und geb's nicht, nur die allein hat's und die allein gibt's, gelobt sei der Name des Gebers!»»

Ständerat hin und her gehen, bis eine Übereinstimmung erreicht war. Mit Ausnahme einzelner Rufer in der Wüste, die einen mühseligen Vernichtungskrieg zwischen den Räten kommen sahen, erwuchs dem vorgeschlagenen Wahlprozedere kaum Widerstand.

3.7. Dezember 1890 – Die Enttäuschung

Bereits wenige Tage später, am 16. Dezember 1890, kam die Sitzfrage im Ständerat zur Abstimmung. Zürich siegte und jubelte. Nur zwei Tage danach bestimmte der Nationalrat Bern zum Sitz der neuen eidgenössischen Anstalt. Kurz darauf, am 19. Dezember, hielt der Ständerat an Zürich fest. Aufgrund der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Räten plädierte der Nationalrat für eine Verschiebung der definitiven Entscheidung auf die nächste Session. In Zürich läuteten bereits die Alarmglocken. Verschwörungstheorien machten die Runde. Am Ende aber tröstete man sich damit, dass das Resultat wohl nicht als Absage an Zürichs grosszügiges Angebot, schon gar nicht als Zusage an Bern, sondern bloss im Sinn eines Aufschubs des delikaten Geschäfts verstanden werden müsse.

Gross waren die Erwartungen der sich bewerbenden Städte und wohl auch die der Bevölkerung, als die Sitzfrage am 16. Dezember 1890 erstmals zur Behandlung gelangte. Während Basel und Luzern um ihren Sieg ernsthaft zittern mussten, gab man sich sowohl in Zürich als auch in Bern siegessicher. Nachdem Bern im Bericht der Experten am besten abgeschnitten hatte, liessen Basel, Luzern und Zürich der Bundesversammlung noch einmal die Kataloge ihrer Angebote zukommen⁵¹. Zürich übertraf sich dabei selbst mit seinem sogenannten «Prachtband». Dieses etwas übertrieben edel geratene, hartgebundene Bilderbuch, das in seinen Dimensionen an einen Weltatlas erinnerte, liess die konkurrierenden Publikationen von Bern, Basel und Luzern wie Groschenromane aussehen. Die aufwendige Werbung wurde von der Konkurrenz entsprechend kritisiert.

Als der Ständerat, dem in dieser Sache die Priorität zustand, am 16. Dezember 1890 das Geschäft in Angriff nahm, blickte die ganze Schweiz gebannt nach Bern. Aus den insgesamt fünf Wahlgängen ging Zürich als klare Siegerin hervor. Die Limmatstadt erhielt 26 Stimmen, Luzern erstaunlicherweise 16, Bern machte nur gerade zwischen vier und sieben Stimmen, Basel hatte keine reelle Chance. In ihrer Abendausgabe vom Donnerstag, dem 18. Dezember, frohlockte die «Neue Zürcher Zeitung»:

«(Korr. aus Bern vom 16. Dez.) Kaum jemand hatte erwartet, dass der Ständerath mit einer so ansehnlichen Mehrheit – mit 26 Stimmen gegenüber 16, die auf Luzern fielen – die Stadt Zürich zum Sitze des Schweizer Landesmuseums bestimmen würde. Die ständeräthliche Schlussnahme ist nicht ohne Werth für Zürich, obschon sie erst Rechtskraft erlangt, wenn der Nationalrath ihr zugestimmt hat. Der Nationalrath steht aber immerhin einem Zürich günstigen Präjudiz gegenüber; das fühlen die Berner, Luzerner und Basler. *Wer zuletzt lacht, lacht am besten...*»⁵²

Dieses doch ein wenig unerwartete Glanzresultat hatte Zürich vor allem der Ostschweiz, grossen Teilen des Mittellandes, teilweise der Zentralschweiz und – man höre und staune – den welschen Kantonen zu verdanken. «Die (westschweizer) Föderalisten scheuen sich davor, Berns Macht und Einfluss irgendwie zu mehren», lautete der Kommentar des Winterthurer «Landboten»⁵³. Dies mag stimmen. Und die Berner hatten sicher recht, wenn sie bemerkten, dass die politische Konstellation im Ständerat alles andere als günstig war. Der Berner «Bund» plädierte unter diesen ungünstigen Umständen für eine Verschiebung der Wahl.

«Dieses seltsame Ergebnis weist darauf hin, dass eine Anzettelung, die wie eine kleine Verschwörung aussieht, gegen die Bewerbung der Bundesstadt inszeniert worden ist. Dieser oder jener möchte den Kanton und die Stadt Bern ihre jüngste politische Haltung, sei es mit Rücksicht auf die Nationalrats- und die Bundesratswahlen, oder wegen des «bernischen Radikalismus» überhaupt, den man gerade in dieser Frage als gewalttätig und anmassend zu denunzieren suchte, entgelten lassen. Unter solchen Gesichtspunkten darf aber die Abstimmung über das Landesmuseum nicht ins Auge gefasst werden und es wäre eine fatale Übereilung, wenn die Wahl des Sitzes für das Museum, welches als nationaler Tempel für alle Zeiten gebaut werden soll, durch eine augenblickliche politische Stimmung beeinflusst würde. Deshalb ist es dringend geboten, die Entscheidung im Nationalrat zu vertagen, bis die ruhige, abklärende Überlegung und Erwägung wieder Einkehr gehalten hat.»⁵⁴

Bezugnehmend auf einen Artikel in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 4. Dezember 1890, zerplückte der «Bund» die anmassende Haltung der Zürcher im Vorfeld der Sitzbestimmung. Ohne Zweifel wurde hier die Zürcher Strategie durchschaut, die darauf beruhte, in der Frage des Gutachtens, vor allem anhand der Beurteilung Luzerns, die Experten zu desavouieren. Den Bernern platzte der Kragen, als das Panzerhemd Herzog Leopolds aus der Schlacht bei Sempach, das zu den Schätzen Luzerns gehörte – was die ausländischen Experten naturgemäss nicht realisiert hatten –, als wichtigste schweizerische Trophäe überhaupt gelobt wurde:

«Wie hübsch das gesagt ist! Man rührt an das patriotische Gefühl und hebt die auch uns Bernern heiligen Reliquien von Sempach hervor. Und dabei glauben die Zürcher Herren in recht feiner Weise Bern nebenbei einen Schlag versetzen zu können; denn Bern war nicht bei Sempach.»

Der Nationalrat tagte am 18. Dezember. Und sie kamen in Scharen, um auf den Sieg Zürichs anzustossen. Nicht weniger als sechs Bundesräte mischten sich unter die Neugierigen. «Die Bureaus des Bundespalastes leerten sich und die Tribünen waren gut besetzt, lange bevor die Abstimmung begann; in den Wandelgängen fanden sich Herren aus Zürich, Basel und Luzern ein, und selbst Damen scheuten das Gedränge nicht.»⁵⁵ Mit grossem Mehr wurde Eintreten auf die Vorlage beschlossen. Im Namen der Antragsminderheit führte der radikale Genfer Georges Favon lediglich an, man hätte einfach zu wenig Zeit gehabt, die Angebote angemessen zu prüfen⁵⁶. Häberlin war der Meinung, die Sache sei jetzt so spruchreif wie sie es je sein werde. Die nationalrätliche Kommission schlug vor, in einer offenen Abstimmung über den Sitz zu befinden. Der Rat lehnte dies ab. Die Abstimmung wurde deshalb geheim durchgeführt. Vier Wahlgänge waren nötig. Im ersten erhielt Basel 16, Luzern 18, Zürich 44 und Bern 55 Stimmen. Im zweiten Wahlgang schied Basel mit seinen bloss noch neun Stimmen aus, Luzern machte 17, Zürich 55 und Bern 52 Stimmen. Im dritten Anlauf schied auch Luzern mit seinen nunmehr 15 Stimmen aus. Zürich konnte seine 55 Stimmen halten, Bern aber erzielte satte 62 Stimmen. Im vierten Wahlgang siegte Bern bei einem absoluten Mehr von 67 mit 72 Stimmen über Zürich, das deren 61 erhielt⁵⁷. Ein Raunen ging durch die Reihen der Schaulustigen, enttäuscht sanken die Zürcher Initianten, Stadt- und Regierungsräte in ihre Bänke zurück. Der Schock sass tief. Die «Neue Zürcher Zeitung» rang um eine Erklärung:

«Im Rathe selbst war man so ziemlich der Meinung, man werde ungefähr die Stimmen, welche anfänglich auf Basel fallen für Bern zählen müssen, diejenigen, welche auf Luzern lauten, für Zürich. (...) So sah man den Sieg immer fester für Zürich sich wenden. Da kam der vierte Wahlgang: Basel und dann auch Luzern hatten den Kampfplatz geräumt: und nun schlug es um! (...) Hurrah und Bravo ertönte es durch den Saal und von der Tribüne. Wer die Wendung herbeigeführt, kann mit Bestimmtheit natürlich Niemand sagen. Doch hegt man Vermuthungen. Die Anzahl Abgeordneter, die sich prinzipiell nicht mit der Idee eines Landesmuseums befreunden können, mögen auch für Bern gestimmt haben, in der Zuversicht, dass der Ständerat bei seinem Beschlusse beharre, und dass man das von ihnen nicht gebilligte Museum in der Luft stehen liesse.»⁵⁸

Nur einen Tag später kam der Ständerat gezwungenermassen auf das Geschäft zurück und entschied mit einem komfortablen Mehr von 31 zu 10 Stimmen zugunsten von Zürich. Gleichentags stand die Sitzfrage im Nationalrat erneut zur Debatte. Dieser beschloss die Verschiebung der Frage auf die Frühlingssession. Damit war das Projekt Landesmuseum fürs erste gescheitert. Die Zürcher Delegation war enttäuscht und wütend über die Verschleppung der Angelegenheit. Die «Neue Zürcher Zeitung» machte sich in ihrer Ausgabe vom 21. Dezember einige Gedanken, die der Wahrheit vermutlich ziemlich nahe kamen.

«Die Gegner eines Landesmuseums – denn solche gibt es auch – und die Freunde der Verschiebung, die in der offenen Abstimmung über die Eintretensfrage unterlegen waren, hatten ein einfaches Mittel, um ihren Willen durchzusetzen; sie hatten nur dafür zu sorgen, dass der Nationalrath einen andern Beschluss fasste, als der Ständerath. Dann blieb die Angelegenheit in der Schwebe. Darum mussten sie für Bern stimmen und so geschah es. Die Mehrheit, welche Bern erhalten hat, bedeutet nicht einen Sieg Berns, denn diese Mehrheit will Bern das Museum gar nicht geben, d. h. die Stimmen, welche im letzten Wahlgang noch auf Bern gefallen sind, wollten nicht definitiv für Bern entscheiden, während die 31 Stimmen, die Zürich im Ständerath in der erneuten Abstimmung erhalten, wirklich dafür abgegeben worden sind, dass Zürich das Museum erhalte.»⁵⁹

Dieser an sich plausiblen Idee lag der etwas weit hergeholte Gedanke zu Grunde, dass sich die katholisch-konservativen Kräfte der Innerschweiz mit den Wallisern und Freiburgern gegen ein protestantisches Landesmuseum verschwören, indem sie für Bern stimmten, und so das Museum vorerst verunmöglichten⁶⁰. An dieser These darf gezweifelt werden, da zumindest die Innerschweiz immer zugesichert hatte, nach einem Scheitern Luzerns gingen die meisten ihrer Stimmen an Zürich.

3.8. April 1891 – Der Skandal

Die verschobene Debatte vom Dezember wurde am 9. April 1891 wieder aufgenommen. In den knapp vier Monaten war allerhand geschehen. In mehreren Publikationen und Reden hatten sich die Gegner entweder entschieden gegen ein Landesmuseum als solches gewandt oder sich für eine dezentrale Lösung eingesetzt, bei der jeder Stadt ein Teil des Landesmuseums zugesprochen werden sollte, ein Umstand, der den Initianten in Bern und Zürich arg zusetzte.

Denn noch nie hatte sich seit dem Erlass des Landesmuseumsgesetzes der Widerstand derart gezielt und heftig formiert. Vor allem aus Basel, das sich mittlerweile keine Hoffnungen mehr machte, wurde gegen das Museum mobil gemacht. Selbst der beispiellose Enthusiast Angst glaubte nicht mehr an die Chancen des Landesmuseums. Er sah sich als Opfer einer gemeinen «List der Gegner» und warf das Handtuch. Er bewarb sich für das vakante Konsulat in London und erklärte seinem Freund Bundesrat Schenk in einem Brief, dass er keine Kraft mehr besitze, um für das Landesmuseum zu kämpfen. Von Aussenminister Numa Droz für den Konsulatsposten abgewiesen, meldete sich Angst jedoch zurück an die Front, um mit einem letzten grossen Einsatz das Landesmuseum doch noch für Zürich zu sichern.

Am 1. April protestierte die «Eidgenössische Kommission für Erhaltung schweizerischer Altertümer» mit einer dramatischen Eingabe an die Bundesversammlung gegen den Beschluss des Landesmuseumsprojekts durch dessen Gegner:

«Die Kommission kann die schwere Verantwortlichkeit (d. h. Aufbewahrung und Restaurierung der Altertümer) nicht länger ohne nachdrückliche Verwahrung tragen. Die Pietät gegenüber den Werken unserer Vorfahren und das materielle Interesse des Landes, beide verlangen gebieterisch, dass in diesen Verhältnissen ohne Verzug Wandlung geschaffen werde. Die Kommission wendet sich deshalb an Sie, mit der dringenden Bitte, betreffs der Bestimmung des vom Gesetz vorgesehenen Sitzes des Landesmuseums keine weitere Verschiebung mehr zuzulassen.»⁶¹

Gleichzeitig erhielten die Mitglieder der Bundesversammlung die sogenannte «Antimuseums-Petition» ins Haus. Die Kernaussage der Petition bestand im folgenden, leicht abstrusen Argument: «Wir begrüßen aus voller Überzeugung die vom Bunde beschlossene Schaffung eines Landesmuseums; aber wir verwerfen ebenso entschieden den Gedanken eines einheitlichen und ausschliesslichen Sitzes dieser Anstalt⁶².» Unterzeichnet war das Schreiben von 207 Gegnern, meist Direktoren kantonaler Sammlungen, Kunsthistorikern und Politikern. Immerhin dreizehn der insgesamt siebzig antiquarischen Gesellschaften der Schweiz fanden sich auf der Liste der Unterzeichner. Darunter drei aus Basel und zwei aus Luzern. Brisanterweise trat auch der Direktor des Gewerbemuseums Winterthur, Albert Pfister, für diesen Vorstoss ein. Federführend war dabei Dr. Rudolf Wackernagel, seines Zeichens Staatsarchivar in Basel und ehemaliger Mitunterzeichner der Basler Bewerbung von 1888. Er schrieb nun: «Missgunst, Neid und Streit werden die Saat sein, welche ein zentralistisches Landesmuseum ausstretet⁶³.»

Unter diesen verwirrenden Vorzeichen nahm der Nationalrat am 9. April das Geschäft «Landesmuseum» wieder auf. Bei einem absoluten Mehr von 68 erzielte Bern 70 Stimmen, Zürich deren 65. Am nächsten Tag schritt der Ständerat zur Abstimmung und sprach sich mit einem überwältigenden Mehr für die Zwinglistadt aus. Von 42 ausgeteilten Stimmen erhielt Bern gerade sechs. Eine verworrene Lage. Am Samstag, dem 11. April, druckte die «Neue Zürcher Zeitung» einen Brief aus Bern ab, worin die Berner Taktik analysiert wurde:

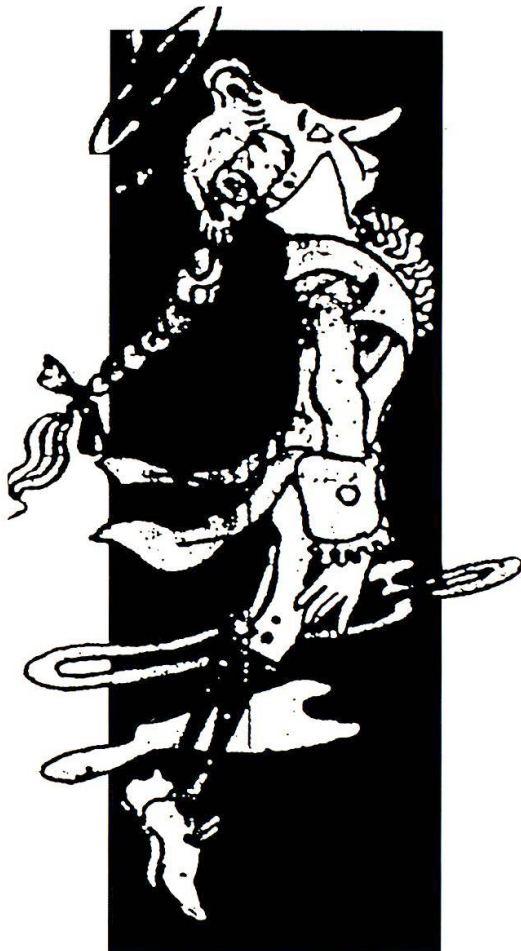
«Die Taktik der Berner in der Landesmuseumsfrage ist jetzt ganz klar. Dieselben wissen und sind durch das Memorial der Eidgen. Commission für Erhaltung Schweizerischer Alterthümer noch in ihrem Glauben bestärkt worden, dass ein Landesmuseum kommen *muss*. Da der Ständerath nie für Bern votieren wird, so geht das Bestreben der Berner darauf hin, eine Einigung der beiden Rätthe zu verhindern, und von der «flauen Behandlung», welche man in Bern von gewisser Seite in Aussicht gestellt hatte, ist keine Rede. Im Gegentheil. Mann für Mann werden die zweifelhaften Mitglieder der Rätthe von einzelnen Berner Abgeordneten bearbeitet. Gelingt es Bern, im Nationalrathe die Mehrheit zu behalten, so ist damit das Landesmuseum für Bern gesichert, denn durch den Neubau und die Aufstellung der dem Bunde gehörenden Alterthümer in demselben wird ein *fait accompli* geschaffen, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das alte System der Vergewaltigung!»⁶⁴

Am Montag doppelte Angst, der vermutlich auch der Verfasser des obigen Briefs war, noch einmal nach und machte gehörigen Druck auf Bern.

«Glaube keiner, das Landesmuseum verhindern zu können, indem er beim nächsten Wahlgang «Bern» auf den Stimmzettel schreibt, ohne Bern als Sitz zu wünschen. Die Nichteinigung der Rätthe wäre in Wirklichkeit ein zustimmendes Votum, ein Wechsel auf 1893 [das Datum der Fertigstellung des Berner Museums], den die Bundesversammlung an Bern ausstellt.»⁶⁵

Der Phantasie in Erklärungen, Anschuldigungen und Verschwörungen waren spätestens jetzt keine Grenzen mehr gesetzt. So wurden in der «NZZ» die Ostschweizer beschworen, sich nach dem Entscheid über die für sie ungünstige Führung der Simplonlinie nicht auch noch durch den Verlust des Landesmuseums zur Provinz der Westschweiz stempeln zu lassen. Immerhin, so wurde eingeräumt, besitze der Osten nicht weniger als 76 Stimmen im Nationalrat, mit denen den Bernern wohl problemlos zu Leibe gerückt werden könnte⁶⁶. Zwischen den Zeilen lässt sich erahnen, dass die Ostschweiz bei weitem nicht wie ein Mann hinter einem Landesmuseum in Zürich stand. Am Montag, dem 13. April,

teilten die Stimmzähler im Nationalrat 141 Stimmzettel aus, wovon drei leer eingingen. Zürich holte 66, Bern 70 Stimmen. Damit ging das Geschäft zurück an den Ständerat⁶⁷.



Karikatur im «Züri-Hegel» Nr. 6, Juni 1898, Festnummer zur Eröffnung des Landesmuseums.

Blatt mit dem Ausruf: «Die Sache wird zum Skandal!» Zürich sei schliesslich «eine Ehrenpflicht erfüllend, nicht als der nehmende sondern als der gebende Theil bei der Bewerbung um das Landesmuseum aufgetreten⁷⁰». Ein wohl wahres Wort, das jedoch für alle Bewerber seine Gültigkeit hatte. Der Berner Korrespondent der «NZZ» schrieb:

«Neid und Missgunst sind mächtiger als der nationale Gedanke. (...) Ein Stück Würde und Ansehen der Schweiz besonders nach aussen hin liegt dabei im Spiele. (...) Im Schweizervolke selbst aber muss das einen schlimmen Eindruck machen.»⁷¹

Bereits einen Tag später entschied sich der Ständerat mit aller Deutlichkeit erneut für Zürich. Von 39 Stimmen entfielen 33 auf die Limmatstadt und sechs auf Bern. Der Urner Ständerat Gustav Muheim, ein enger Bekannter Heinrich Angsts, stellte den Antrag, dem Tauziehen ein Ende zu bereiten und das Resultat für definitiv zu erklären. Diesem Vorstoss wurde mit 30 Stimmen entsprochen. Damit war das Thema für die kleine Kammer erledigt. Der Nationalrat allerdings zeigte sich auch in seiner nächsten Sitzung unnachgiebig. Am 16. April stimmte er mit 71 zu 64 erneut für Bern. Das Geschäft wurde auf die Junisession verschoben⁶⁸.

Der Skandal war komplett. In der Presse überschlug sich die Empörung über das Gebaren der Herren Nationalräte. «Das Ding fängt an ganz bubelig zu werden», schrieb die konservative «Berne Volkszeitung»⁶⁹. Die «Neue Zürcher Zeitung» zitierte ein nicht näher genanntes Ostschweizer

Tief erschüttert überlegte man sich in Zürich, ob man unter diesen Gesichtspunkten überhaupt noch bereit sei, der Eidgenossenschaft ein Geschenk dieser Grössenordnung zu machen. Dabei glorifizierte man die Rolle Zürichs gegenüber den Genossen und machte sich quasi zum Märtyrer:

«(...) Zürich steht nicht für sich allein da, und die Rücksicht auf unsere Bundesgenossen, welche so treu zu uns gestanden und die Bewerbung Zürichs zur eigenen Sache gemacht haben, die Hülfe, welche uns von Thurgau, St.Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Aargau, Luzern, den Waldstätten, Glarus, Zug und Bünden zu Theil wurde, macht es uns zur Ehrenpflicht, den Posten zu behaupten.»⁷²

Auch Heinrich Angst liess sich einmal mehr zu einem Kommentar in der «Neuen Zürcher Zeitung» hinreissen. Er beschrieb das bisherige Theater um das Landesmuseum als eine «Komödie der Irrungen» in vier Akten, wobei der vierte in der Junisession des Nationalrats spielte⁷³. Das «Aargauer Tagblatt» appellierte an die Vernunft der Zentral- und Ostschweizer Nationalräte und rief dazu auf, den «Kantönligeist» aufzugeben und für Zürich zu stimmen. Es sei ja nicht zu erwarten, dass Bern, Solothurn, Freiburg, Neuenburg, die Waadt, Genf oder das Wallis von Bern abrückten. Allerdings, so wurde vorgerechnet, hielten diese Kantone zusammen nur 64 Sitze. Das sollte doch zu schlagen sein⁷⁴. Das «Oltener Tagblatt» umschrieb die Entrüstung vielleicht am treffendsten:

«Mit etwas peinlichen Gefühlen verfolgt man die Abstimmungsergebnisse im National- und Ständerath über die Burgunderbeute des Landesmuseums. (...) Neid und Habsucht haben den Sieg davongetragen über den grossen Gedanken, dem Alle zugejubelt. Kein Landesmuseum, keine Realisirung einer grossen, erhabenen Idee! Es lebe der «Klein-Gross» und der «Gerne-Gross» und es lebe der Egoismus! Wirklich ein erhebendes Ereignis!»⁷⁵

3.9. Juni 1891 – Der Sieg Zürichs

Anfangs Juni des Jahres 1891 kursierte in der Presse das Gerücht, Bern werde sich zugunsten Zürichs aus dem Kampf um das Museum zurückziehen. Bern dementierte aufs energischste⁷⁶. Trotzdem standen die Sterne für einen Sieg Zürichs gut. Die «Eidgenössische Kommission für Erhaltung schweizerischer Altertümer» hatte sich bereits am 21. Mai mit einem deutlichen Appell an den Bundesrat gewandt und diesen aufgefordert, sich persönlich für die Rettung des Projekts einzusetzen. Die Kommission drohte Innenminister Schenk gar mit

dem kollektiven Rücktritt. Das Schreiben soll aus der Feder Angsts stammen⁷⁷. Die Worte verfehlten ihre Wirkung nicht, und so beauftragte das Kollegium in seiner Sitzung vom 29. Mai Bundespräsident Emil Welti, in einer Rede vor dem Nationalrat für Ordnung zu sorgen, den Eidgenossen ins Gewissen zu reden und auf die Begehung der Sechshundertjahrfeier im August hinzuweisen, die zu einer würdigen Erledigung der leidigen Angelegenheit verpflichte.

Doch auch die Gegner des Museums blieben nicht untätig. Nachdem ihre «Petition» im April von den Räten gar nicht behandelt worden war, reichten zehn der ehemals gut 200 Unterzeichner der Antimuseums-Petition anfangs Juni eine Neuauflage derselben ein. Diese zeigte allerdings bei weitem nicht mehr dieselbe Wirkung, entlockte der «Neuen Zürcher Zeitung» aber dennoch einen bissigen Kommentar: Diese Eingabe sei «so ausgesprochen föderalistisch gehalten, dass man über die politische Tendenz derselben keinen Augenblick im Zweifel sein kann. (...) Es wird immer «eidgenössischer», je näher wir der sechshundertjährigen Bundesfeier rücken»⁷⁸. Angsts Freund Friedrich Erhard Scheuchzer⁷⁹ meldete aus Bern, dass eine Mehrheit für Zürich gefunden sei⁸⁰. Das «Berner Tagblatt» bestätigte diese Vermutung und berichtete von einer Versammlung der Berner Abgeordneten am 16. Juni. Da man sich nicht habe einigen können, sei quasi Stimmfreigabe beschlossen worden, womit das Landesmuseum für Bern faktisch gestorben sei⁸¹. In Zürich genoss man diese Gerüchte mittlerweile mit Vorsicht.

Dass es am 18. Juni um die endgültige Entscheidung ging, war den Nationalräten klar, als Riniker im Namen der Kommission vor der Abstimmung erklärte, die heutige Wahl sei definitiv. Anschliessend ermahnte Bundespräsident Welti im Namen des Bundesrats die Anwesenden zu einem Vernunftsakt.

«Der Bundesrat erwartet, die Angelegenheit möge heute zum guten Ziele geführt werden. Angekommen ans Ende eines Jahrhunderts, wollen wir die Trümmer des Gewerbefleisses unserer Väter in den vergangenen Jahrhunderten sammeln und ihm ein Denkmal errichten zum Ruhme vergangener Geschlechter. Der Beschluss, den Sie fassen, ist die Eröffnung der Feier zum sechshundertjährigen Bestande der Eidgenossenschaft.»⁸²

Danach wurden die 134 Stimmzettel ausgeteilt. 133 gingen wieder ein, 127 waren gültig, das absolute Mehr lag bei 64. Zürich erzielte 74 Stimmen, Bern blieb mit 53 Stimmen auf der Strecke⁸³. Der Sieger stand damit nach zähem Ringen fest. Erleichterung im Rat und in den Kreisen des Zürcher Initiativkomitees. Allein, so richtig freuen mochte sich darüber niemand mehr. Zu langwierig und zu mühsam hatte sich die Vergabe des Sitzes gestaltet, zu gross war der Ver-

lust an Ansehen, den die Eidgenossenschaft bei der Bevölkerung und im Ausland durch das wohl recht einmalige Schauspiel erlitten hatte. In Zürich verzichtete man zudem auf die geplante Freudenfeier, aus Rücksicht auf die Opfer des wenige Tage zurückliegenden, bis anhin schwersten Zugunglücks der Schweiz in Münchenstein⁸⁴. Als einziges Zeichen des Triumphs hisste das Initiativkomitee am Turm zu St. Peter in aller Stille die Schweizerfahne.

Nachdem aber der erste Schrecken verklungen war, blies das «Berner Tagblatt» bereits wieder zum Angriff. Gesucht wurden die Schuldigen, die Bern um das Landesmuseum betrogen hatten. An erster Stelle wurde Bundespräsident Emil Welti zur Kasse gebeten, der mit seiner «reglementswidrigen Rede» die Abgeordneten eingeschüchert habe. Kritisiert wurde allerdings auch die Berner «Hochnäsigkeit», die darin bestanden habe, bereits während des Sitzstreits mit dem Bau des Museums zu beginnen und damit zu rechnen, dass der Bund dann freudig seine Schätze in die neuen Räume stellen würde. Beschuldigt wurde der radikale Berner Erziehungsdirektor Albert Gobat, der den Urkantonen in beleidigender Weise vorgeworfen habe, sie seien die Erzwidersacher der Berner. Damit habe er die Niederlage geradezu herbeigewünscht⁸⁵. Im Nachhinein betrachtet, hatte Bern gar nie eine richtige Chance, das Landesmuseum zu bekommen. Entschieden über den Sitz des Museums hatte letztlich der Ständerat und nicht der Nationalrat, der mit seinem Zögern höchstens das Museum hätte als solches abschiessen können. Immerhin, der Zürcher «Nebelspalter» triumphierte:

Das Landesmuseum⁸⁶

Nun schaut, ihr schnöden Zweifler, schaut hin und zweifelt nicht,
Steigt euch denn jetzt die Röthe der Scham nicht ins Gesicht?
Wie, glaubtet in der That ihr, dass der Museumsstreit
Noch länger dauern werde in alle Ewigkeit?
Dass in den Testamenten die Herr'n vom hohen Rath
Vermachten ihren Kindern die staunenswerthe That?
Und glaubtet ihr denn wirklich, es käme noch dahin,
Dass jede Stadt sich baute ein Haus nach ihrem Sinn
Und als des Lands Museum es priese für und für?
Hinweg die schnöden Zweifler, man setz' sie vor die Thür!
Gesprochen ist der Wahrspruch, in Zürich wird es steh'n,
Mög' einer frohen Zukunft es nun entgegengeh'n!»

Anmerkungen:

- ¹ ANGST, Heinrich. S. 21. Gezeichnet ist die Botschaft von Bundespräsident Hammer.
- ² Dieses und folgendes Zitat: BOTSCHAFT DES BUNDESRATHES AN DIE BUNDESVERSAMMLUNG VOM 31. MAI 1889. BETREFFEND GRÜNDUNG EINES SCHWEIZERISCHEN NATIONALMUSEUMS, S. 1. Zu finden im: Staatsarchiv des Kantons Zürich I Ee 6.
- ³ ibd., S. 8.
- ⁴ ibd., S. 18.
- ⁵ ibd.
- ⁶ Bundesbeschluss-Entwurf zum Landesmuseum, 1889, in: HILTY, Carl, Politisches Jahrbuch der schweizerischen Eidgenossenschaft, Bd. IV, Bern 1889, S. 692–93.
- ⁷ BOTSCHAFT DES BUNDESRATHES AN DIE BUNDESVERSAMMLUNG VOM 31. MAI 1889. BETREFFEND GRÜNDUNG EINES SCHWEIZERISCHEN NATIONALMUSEUMS, S. 1. Zu finden im: Staatsarchiv des Kantons Zürich I Ee 6.
- ⁸ HABERSTICH, Johannes: 1824–1891, Ständerat Aargau. Jurist, Fürsprecher in Aarau ab 1851, Grossrat und Mitglied des Verfassungsrats. Ab 1851 abwechslungsweise National- oder Ständerat bis zu seinem Tod. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums.
- ⁹ GOOD, Karl Friedrich: 1841–1896, von Mels, SG. Ständerat St. Gallen. Angesehener Führer der Liberalen Partei, 1879–1882 und ab 1885 Mitglied des Grossen Rats, ab 1886 Ständerat. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums 1889.
- ¹⁰ NZZ, Nr. 342, 8. Dezember 1889.
- ¹¹ Dieses und folgende Zitate: «BUND», Nr. 339, 9. Dezember 1889.
- ¹² ibd.
- ¹³ WIRZ, Theodor: 1842–1901, aus Obwalden. Nationalrat 1871, Ständerat 1872–1901. Präsident des katholischen Studentenvereins, Präsident der konservativen Fraktion der Bundesversammlung, Landammann.
- ¹⁴ MEYER VON KNONAU, Gerold: 1843–1929, von Knonau, ZH. Dr. phil., 1872–1929 Professor für Geschichte an der Universität Zürich. Erziehungsrat 1882–1890. Präsident der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich von 1871 bis 1921.
- ¹⁵ NZZ, Nr. 342, 8. Dezember 1889.
- ¹⁶ ROMEDI, Peter Conradin: 1817–1899, von Madulain, GR. Ständerat 1881–1889, zuerst Anhänger der zentralistischen Richtung, dann eifriger Föderalist und vehementer Gegner eines Landesmuseums. An der Ständeratssitzung vom 9. Dezember 1889 spricht er sich dafür aus, dass die Trophäen der Väter den Kantonen, nicht dem Bund gehörten. Seine Rede ist im Bündner Tagblatt abgedruckt (15. Dezember 1889).
- ¹⁷ NZZ, Nr. 344, Morgenausgabe, 10. Dezember 1889. Vgl. «Bund», Nr. 341, 11. Dezember 1889.
- ¹⁸ ibd.
- ¹⁹ NZZ, Nr. 346, Morgenausgabe, 12. Dezember 1889. (Tatsächlich findet am 1. August 1891 die erste landesweite Bundesfeier statt, wie wir sie heute kennen.)
- ²⁰ NZZ, Nr. 352, Morgenausgabe, 18. Dezember 1889.
- ²¹ ANGST, Heinrich, Gründungsgeschichte, S. 22.
- ²² RINIKER, Hans: 1841–1892, aus Riniken, AG. Oberförster, Nationalrat von 1879 bis zu seinem Tod, Verfassungsrat ab 1884 und Regierungsrat ab 1887, Mitglied des schweizerischen Schulrats. Mitglied der nationalrätlichen Kommission von 1890.

- ²³ «BUND», Nr. 159, Beilage, 11. Juni 1890.
- ²⁴ ibd.
- ²⁵ ibd.
- ²⁶ « (...) die mir durch die gütige Vermittlung des Hrn. Konsul Angst in Zürich zugekommen sind» ibd.
- ²⁷ «BUND», Nr. 159, 11. Juni 1890.
- ²⁸ Rede von Georges Favon in Namen der Kommissionsminderheit, ibd.
- ²⁹ ibd.
- ³⁰ ibd.
- ³¹ NZZ, Nr. 177, Abendausgabe, 26. Juni 1890.
- ³² Vgl. BOTSCHAFT DES BUNDESRATHES AN DIE BUNDESVERSAMMLUNG VOM 31. MAI 1889. BETREFFEND GRÜNDUNG EINES SCHWEIZERISCHEN NATIONALMUSEUMS. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6 und Landesbibliothek, V Zürich 22963.
- ³³ Die ausländischen Experten: Augustus W. Franks, Direktor des British Museum in London. Franks ist ein Freund Angsts aus dessen Konsulzeiten und wird auch von Angst zur Teilnahme an der Expertenkommission überredet. Alfred Darcel ist Direktor der Musées des Thermes et de l'Hôtel de Cluny in Paris. August von Essenwein ist Direktor des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg.
- ³⁴ «LANDBOTE», Nr. 248, 22. Oktober 1890.
- ³⁵ Departement des Innern: FRAGESCHEMA FÜR DIE EXPERTEN. Landesbibliothek Bern, Signatur V Zürich 22963.
- ³⁶ Diese Meinung wird allerdings nur in Basel öffentlich geäußert, und dort erst noch unter falschem Vorzeichen. Bern wird verdächtigt, was angesichts der starken Zürcher Fraktion in der Kommission ein Unsinn ist: «Im Ganzen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass das den Experten vorgelegte Fragenschema zum vorneherein der Stadt Bern auf den Leib geschnitten war, und dass die Herren Experten unbewusst sich davon beeinflussen liessen». «Basler Nachrichten», Nr. 334, 8. Dezember 1890.
- ³⁷ «(...) die Antiquarische Gesellschaft fasste (...) den bedeutungsvollen Beschluss, ihre Sammlungen dem Bund zu Eigenthum abzutreten, falls Zürich zum Sitz des Landesmuseums gewählt werden sollte. Bis jetzt hat sich keine der mitbewerbenden Städte veranlasst gesehen, Zürichs Beispiel zu folgen; man hat anderswo die Sache möglichst todtgeschwiegen, oder das Vorgehen der Antiquarischen Gesellschaft als zu radikal bezeichnet. (...) Wer den Katalog durchblättert, wird sich dem Eindruck nicht entziehen können, dass es ein schönes Geschenk ist, das die Antiquarische Gesellschaft dem Bund machen will». Die Versicherungssumme der Sammlung wird mit Fr. 260000.– angegeben. Es wird eiligst ein Katalog gedruckt, der «über vierzig blattgrosse Lichtdrucke» enthält, und der das Angebot Zürichs in Bern untermauern soll. Zitiert aus: ANGST, Heinrich, «Das Landesmuseum und die Sammlungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, in: NZZ, Nr. 334, Beilage, 30. November 1890.
- ³⁸ «LANDBOTE», Nr. 267, 13. November 1890.
- ³⁹ «BUND», Nr. 313, 13. November 1890.
- ⁴⁰ «RAPPORT DU CONSEIL FÉDÉRAL À L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE RELATIF AU CHOIX DU SIÈGE DU MUSÉE NATIONAL SUISSE», 29. November 1890. (Nur in französischer Sprache erhalten.) Landesbibliothek, V Zh 22963.
- ⁴¹ ibd.
- ⁴² ANGST, Heinrich, Gründungsgeschichte, S. 26.

- ⁴³ Stadt Basel, EINGABE AN DIE HOHE BUNDESVERSAMMLUNG (3 Seiten Text, 6 Pläne und Bilder), Basel 29. November 1890. (Unterzeichnet vom Präsidenten des Regierungsrats der Stadt, Philippi, und Staatssekretär R. Wackernagel.) Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6. Vgl. den handgeschriebenen Entwurf dazu: Bundesarchiv, Schachtel 8H, Mappe «Errichtung und Ausbau».
- ⁴⁴ «DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH AN DIE HOHE SCHWEIZERISCHE BUNDESVERSAMMLUNG», (Flugblatt), im Dezember 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich, MM 4.4. und Landesbibliothek, V Zürich 22963.
- ⁴⁵ «EINE BITTE AN DIE EIDGENOSSEN», Luzern 8. Dezember 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6. In voller Länge zitiert.
- ⁴⁶ Dieses und die folgenden Zitate: «Zum Bericht des Landesmuseums-Experten», NZZ, Nr. 338, Morgenausgabe, 4. Dezember 1890.
- ⁴⁷ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 334, 8. Dezember 1890.
- ⁴⁸ «DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-STADT AN DIE HOHE BUNDESVERSAMMLUNG. EINGEREICHT AM 6. DEZEMBER 1890», vollständig abgedruckt in: «Basler Nachrichten», Nr. 336, 10. Dezember 1890.
- ⁴⁹ Dieses und folgende Zitate: NZZ, Nr. 344, Abendausgabe, 10. Dezember 1890.
- ⁵⁰ «RAPPORT DU CONSEIL FÉDÉRAL À L'ASSEMBLÉE FÉDÉRALE RELATIF AU CHOIX DU SIÈGE DU MUSÉE NATIONAL SUISSE», 29. November 1890. (Nur in französischer Sprache erhalten.) Landesbibliothek, V Zürich 22963.
- ⁵¹ «ZÜRICH UND DAS SCHWEIZERISCHE LANDESMUSEUM, DEN HOHEN EIDGENÖSSISCHEN RÄTEN GEWIDMET», Zürich, im Dezember 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich, Bf 55. «Eingabe an die hohe Bundesversammlung», Basel, 29. November 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich, IEe 6. (Entwurf dazu, handgeschrieben im Bundesarchiv: Signatur 8H, Mappe «Errichtung und Ausbau.») «Eingabe der luzernischen Behörden an die Hohe schweizerische Bundesversammlung betreffend die Bewerbung Luzerns um den Sitz des schweizerischen Landesmuseums», Bibliothek des Schweizerischen Landesmuseums, Cc7GF und Landesbibliothek, V Zürich 22963.
- ⁵² NZZ, Nr. 352, Abendausgabe, 18. Dezember 1890.
- ⁵³ «LANDBOTE», Nr. 297, 18. Dezember 1890.
- ⁵⁴ Dieses und die folgenden zwei Zitate aus: «BUND», Nr. 348, 18. Dezember 1890.
- ⁵⁵ NZZ, Nr. 356, Abendausgabe, Beilage, 22. Dezember 1890.
- ⁵⁶ «LANDBOTE», Nr. 300, 21. Dezember 1890
- ⁵⁷ Bei Durrer werden die neun Luzerner Stimmen, die den Bernern zukommen, den radikalen Luzernern, den Wallisern und Freiburgern zugeschrieben. DURRER, Robert, S. 146. Vgl. Dasselbe schliesst die «Züricher Post». Man glaubt, dass zwei liberale Vertreter Luzerns sowie die Walliser und die Freiburger nach Luzern für Bern stimmten. «Von den Katholiken der Innerschweiz heisst es, dass sie alle oder mit wenigen Ausnahmen für Zürich stimmten». «ZÜRICHER POST», Nr. 300, 21. Dezember 1890.
- ⁵⁸ NZZ, Nr. 356, Abendausgabe, Beilage, 22. Dezember 1890.
- ⁵⁹ NZZ, Nr. 355, Beilage, 21. Dezember 1890.
- ⁶⁰ DURRER, Robert, S. 146.
- ⁶¹ ibd. S. 148.
- ⁶² Abgedruckt in der NZZ, 1. und 2. April 1891 unter dem Titel «Zu Gunsten des Landesmuseums».
- ⁶³ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 87, 2. April 1891.

- 64 NZZ, Nr. 97, Abendausgabe, 7. April 1891.
- 65 NZZ, Nr. 101, 11. April 1891.
- 66 NZZ, Nr. 103, Abendausgabe, 13. April 1891.
- 67 NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891.
- 68 Vgl. NZZ, Nr. 99, Abendausgabe, 9. April 1891; NZZ, Nr. 100, Abendausgabe, 10. April 1891; «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 29, 11. April 1891; ANGST, Heinrich, S. 28 ff.; DURRER, Robert, S. 154 ff.
- 69 «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 31, 18. April 1891.
- 70 NZZ, Nr. 105, Abendausgabe, 15. April 1891.
- 71 NZZ, Nr. 106, Morgenausgabe, 16. April 1891.
- 72 NZZ, Nr. 107, Abendausgabe, 17. April 1891.
- 73 NZZ, Nr. 108, 18. April 1891.
- 74 «AARGAUER TAGBLATT», zitiert in der NZZ, Nr. 111, Morgenausgabe, 21. April 1891.
- 75 «OLTENER TAGBLATT», 16. April 1891.
- 76 Vgl. NZZ, Nr. 154, Abendausgabe, 3. Juni 1891.
- 77 DURRER, Robert, S. 157.
- 78 NZZ, Nr. 155, Abendausgabe, 4. Juni 1891. Vgl. «Berner Tagblatt», Nr. 132, 6. Juni 1891.
- 79 SCHEUCHZER, Friedrich Erhard: 1828–1895. Dr. med., Demokratischer Politiker, Redaktor und Verleger der «Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung». Nationalrat 1866–1895.
- 80 DURRER, Robert, S. 158.
- 81 «BERNER TAGBLATT», Nr. 142, 18. Juni 1891. Ähnlich klingt es auch im Berner «BUND», zitiert in: NZZ, Nr. 167, Abendausgabe, 16. Juni 1891.
- 82 NZZ, Nr. 170, Morgenausgabe, 19. Juni 1891.
- 83 Vgl. dazu: NZZ, Nr. 169, Abendausgabe, 18. Juni 1891; «LANDBOTE», Nr. 142, Morgenausgabe, 20. Juni 1891; «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 49, 20. Juni 1891; «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 163, 19. Juni 1891.
- 84 NZZ, Nr. 172, 21. Juni 1891; «LANDBOTE», Nr. 143, Morgenausgabe, 20. Juni 1891.
- 85 «BERNER TAGBLATT», Nr. 146, 23. Juni 1891.
- 86 Humoristisches Gedicht aus: «NEBELSPALTER», Nr. 26, 27. Juni 1891.

4. Die Projekte der Städte

4.1. Zürichs «Annex» des Polytechnikums

In den späten Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts sah sich Zürich mit der unbefriedigenden Tatsache konfrontiert, kein der Mode der Zeit entsprechendes kunsthistorisches Museum vorweisen zu können. Neben dem chronisch überfüllten Gewerbemuseum stand lediglich das kleine und unpraktische Künstlergut zur Verfügung. Dieses der Zürcher Künstlergesellschaft gehörende Haus war zwar öffentlich, wurde aber in Wirklichkeit kaum frequentiert. «Wenn in anderen Schweizerstädten das Publikum die Möglichkeit hat, sich täglich in verhältnismässig schönen Räumen an der Kunst zu erfreuen, so müssen wir den Zürcher Kunsttempel hoch am Zürichberge versteckt aufsuchen, der nur den Eingeweihten bekannt ist und in dem der Fuss eines verirrtten Wanderers nur selten wiederhallt.»¹ Seit geraumer Zeit forderten engagierte Kreise ein Museum für die Bürger. Doch angesichts der prekären Finanzlage von Kanton und Stadt kam das Projekt nicht recht voran. Als dann 1888 die Möglichkeit diskutiert wurde, ob sich Zürich um das Nationalmuseum bewerben sollte, sahen Kunstfreunde darin die Möglichkeit, ihr lange ersehntes Museum in einer nie erträumten Grösse und Pracht zu realisieren. Am 24. Februar 1888 erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» Heinrich Angsts berühmter Artikel «Zürich und das schweizerische Nationalmuseum», der den Stein in Zürich ins Rollen brachte. Ein kleines Team von einflussreichen Persönlichkeiten nahm seine Arbeit auf. Im November 1885 wurde in Zürich ein Museumsneubau diskutiert, mit dem erklärten Ziel, die Sammlung des ungünstig gelegenen Künstlerguts der Bevölkerung zugänglich zu machen.

«In Zürich sollte man bestrebt sein, wie in anderen Schweizerstädten, dasjenige [Kunstgut], was wir besitzen, zugänglich zu machen. Andere Zeiten, andere Sitten. Wenn man vor vielen Jahren ein Heim [das Künstlergut] schuf, wo Kunstliebhaber und Kunstkenner gewissermassen im Geheimen ihren Liebhabereien nachgingen, so sollte man jetzt Alle einladen sich an den Tisch der Kunst zu setzen und wenn wir nicht aus Jedem einen Kunstkenner machen können, so können wir gewiss Manchem eine grosse Freude bereiten. Die Freude an der Kunst kann durch häufige Anschauung geweckt werden; durch steten Umgang mit derselben vertieft sich das Verständnis und steigert sich zum höchsten und edelsten Bildungsmittel.»²

Nun richteten die Vorstände der Künstlergesellschaft und der antiquarischen Gesellschaft Zürichs ein Gesuch an den Stadtrat. Er sollte den Vorschlag prüfen, auf dem der Stadt gehörenden Land des seligen Stadtrats Landolt ein Museum zu bauen. Dies mit dem Ziel, die Sammlungen der beiden Gesellschaften zu vereinen und für das Publikum zu öffnen. Landolt hatte der Stadt das Grundstück zu einem günstigen Preis angeboten, mit der Auflage, dass «auf der einen Hälfte des Gartens ein öffentliches Gebäude erstellt werden solle, dass hingegen der andere Theil mit dem stattlichen Wohnhaus intakt bleibe und zu geselligen Zwecks verwendet werden müsse»³.

Allein, die Stadt war nicht in Spendierlaune und konnte sich für den Vorstoss nicht recht erwärmen. Es kam darum zu einer heftigen öffentlichen Diskussion des Zürcher Museumproblems, bei der allerlei Standorte in Betracht gezogen wurden. Der vielleicht originellste war die Bauschanze. Die Halbinsel in der Limmat wurde gepriesen als zentraler, schöner und vor allem feuersicherer Ort für ein Kunstmuseum⁴. Bereits im Oktober 1886 begann es sich klar abzuzeichnen, dass der angestrebte Neubau aus finanziellen Gründen buchstäblich ins Wasser fallen würde. Die Ressourcen der Stadt waren wegen der Seenivellierung und dem Bau der Quaianlagen nämlich völlig erschöpft. Die Projekte im Landoltschen Garten, beim Fraumünsterstift und am Kappelerhof wurden ad acta gelegt. Selbst die Billigvariante eines Umbaus des einstigen städtischen Kaufhauses wurde verworfen⁵. Vorerst wurde es still um die ehrgeizigen Pläne der Zürcher Kunstfreunde.



Korn- und Kaufhaus der Stadt Zürich, 1616–1619 im Renaissancestil errichtet, 1897 beim Bau der Fraumünsterpost abgerissen.

Im Vorfeld der Diskussion um die Schaffung eines nationalen Museums nach dem Vorbild Deutschlands, Englands und Frankreichs hatte ein gewiefter Taktiker eine brillante Idee: «Durch einen Zufall, den wir als gutes Omen für Zürich betrachten wollen, dürften die beiden Fragen eines Museumsbaues in unserer Stadt und der Errichtung eines schweizerischen Nationalmuseums beinahe gleichzeitig spruchreif werden», schrieb Heinrich Angst in seinem Artikel vom 24. Februar 1888⁶. Der Artikel blieb nicht ohne Folgen: innert weniger Tage bewarben sich Genf, Basel und Bern beim Bundesrat um den Sitz des Landesmuseums. In Zürich konstituierte sich das sogenannte Initiativkomitee und begann fieberhaft, eine Bewerbung der Limmatstadt zu erarbeiten. Am 16. Mai meldete die «Neue Zürcher Zeitung»:

«In dieser Mittheilung [des Berner «Bund»] ist nicht gesagt, dass auch Zürich an der Bewerbung sich zu betheiligen gedenke. Wie wir aber bestimmt zu wissen glauben, hat dieser Tage ein Komite von Kunstverständigen in Zürich die Frage einer gründlichen Prüfung und Berathung unterzogen. (...) Bekanntlich war es ein in diesem Blatte erschienener Artikel [Angsts Artikel vom 24. Februar], der die Frage bei uns zuerst in Fluss gebracht und allerdings auch zur Folge gehabt hat, dass die Rivalen Zürichs in edlem Wetteifer verdoppelte Anstrengungen machten.»⁷

Am selben Tag verschickte das Zürcher Initiativkomitee einer ausgesuchten Handvoll einflussreicher Bürger eine Einladung zur Teilnahme an einer Versammlung in der Schmiedstube, an der die Wünschbarkeit eines Landesmuseums in Zürich und dessen Realisierung und Finanzierung diskutiert werden sollten.

«Bei dieser Sachlage drängte sich einigen hiesigen Kunst- und Alterthumsfreunden die Frage auf, ob nicht auch Zürich sich um das werthvolle und zukunftsreiche Institut, das einen ungewöhnlichen Anziehungspunkt bilden muss, bewerben könne und solle. Diese Frage erscheint als eine umso aktuellere, da einerseits unsere zürcherischen Kunst- und Alterthumssammlungen längst der Vereinigung zu einem historischen Museum harren, anderseits das Gewerbemuseum mit seinem riesigen historischen Inventar, dieses durch die Verhältnisse gedrängt, in allernächster Zeit eine definitive Plazierung und Organisation finden muss. Diese eine Erledigung fordernden Fragen würden durch die Kombination der Bewerbung um das Schweizerische National-Museum ihrer Lösung entgegengeführt.»⁸

Am Samstag, dem 26. Mai 1888, abends um acht Uhr, fanden sich über hundert Personen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in der Zürcher Schmied-

stube ein. Es wurden «sehr lichtvolle Referate von Konsul Angst, Direktor Müller und Stadtrath Pestalozzi gehalten⁹». Nach dreieinhalb Stunden, angefüllt mit Vorträgen und Diskussionen, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, «welche die freudige Genugthuung ausspricht, dass Zürich sich um den Sitz des schweizerischen Nationalmuseums bewirbt».

Die Mitglieder des Zürcher Initiativkomitees

Unterzeichner der Einladung in die Schmiedstube vom 16. Mai 1888:

Hans Conrad Pestalozzi	Stadtrat, Stadtpräsident 1889–1909. Architekt, Nationalrat ab 1890.
Caspar Conrad Ulrich	Stadtrat
Albert Müller	Direktor des Gewerbemuseums, Architekt.
Heinrich Angst	Seidenkaufmann, Quästor der «Eidgenössischen Kommission für Erhaltung».
Prof. Dr. Rudolf Rahn,	Kunsthistoriker, Professor an der Universität Zürich seit 1870 und seit 1883 auch am eidgenössischen Polytechnikum. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883.
Prof. Dr. Salomon Vögelin	Kunsthistoriker, seit 1870 Professor an der Universität Zürich; Nationalrat 1875/1888. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Mitglied der «Gesellschaft für Erhaltung» 1884. † 17. Oktober 1888.

Spätere Mitglieder:

Dr. Jakob Heierli	Sekundarlehrer in Hottingen, Privatdozent an der Universität Zürich seit 1889.
Prof. Dr. Heinrich Zeller-Werdmüller	Mitglied der eidgenössischen «Kommission für Erhaltung» ab 1889.
Gustav Gull	Architekt, späterer Erbauer des Landesmuseums, Stadtbaumeister in Zürich ab 1895.

Der Erfolg der Versammlung auf der Schmiedstube und die Euphorie, in der sich die Teilnehmer wogen, war zu einem grossen Teil das Verdienst von Heinrich Angst. In seinem Freundeskreis von finanzkräftigen Kunstsammlern hatte er nämlich bereits vor dem Treffen tüchtig lobbyiert. In seiner Rede konnte er deshalb, immer vorausgesetzt, dass das Museum für Zürich gewonnen würde, beeindruckende Schenkungen versprechen. Eisenbahnkönig Carl Fierz-Landis¹⁰ beispielsweise offerierte der Stadt als «Starthilfe» die Sammlung auf seinem

Schloss Schwandegg sowie das Schloss selbst¹¹. Daneben brachte Angst den ihm noch von der «Gruppe 38» her bekannten, renommierten Zürcher Sammler Joseph Vincent dazu, seine reiche Sammlung wertvoller Wappenscheiben dem Zürcher Nationalmuseum zur Verfügung zu stellen. Angst selbst versprach dem neuen Institut seine eigene, umfassende Keramiksammlung¹². Albert Müller¹³, Architekt und Mitglied des Initiativkomitees, legte bereits provisorische Pläne für das neue Institut vor¹⁴.

Am 16. Juni 1888, nur knapp vier Monate nach Angsts Artikel, meldete der Zürcher Stadtrat in Bern seine Bewerbung für das schweizerische Nationalmuseum an. Zur Finanzierung des ehrgeizigen Projekts verschickte das Initiativkomitee einen Spendenaufruf an eine Handvoll sehr vermögender Zürcher. Man ging von der realistischen Schätzung aus, dass das Zürcher Projekt gegen eineinhalb Millionen Franken verschlingen dürfte. Das Komitee war entschlossen, davon rund die Hälfte durch Spenden von Privaten zu beschaffen. Heinrich Angst bemühte sich um die Schaffung eines spendierfreudigen Klimas, indem er eingegangene Beträge in der «Neuen Zürcher Zeitung» publizierte¹⁵.

«Wir sind in der glücklichen Lage melden zu können, dass uns bereits namhafte Beiträge zugesichert sind: Ein kunstsinniger Zürcher zeichnete 150 000 Franken und zwei vorderhand ungenannt sein wollende Gönner je 10 000 Franken. (...) Da jedoch noch sehr grosse Opfer von Seite der Privaten erforderlich sind (...) haben wir beschlossen, mit der Sammlung von Beiträgen zu beginnen, ohne vorerst die Beschlüsse der zuständigen Behörden abzuwarten.»¹⁶

Der Sammelerfolg allerdings blieb weit hinter Angsts Erwartungen zurück, was eigentlich interessant ist, da man in gutbürgerlichen Kreisen ja durchaus bereit war, für die Kunst sein Geld auszugeben. Aber eben wahrscheinlich eher, um sich mit einer eigenen Sammlung persönlich zu privilegieren. Weite Teile des Zürcher Establishments standen dem Projekt Nationalmuseum wohl eher skeptisch gegenüber oder zweifelten an dessen Realisierbarkeit. In einem Brief an seinen Freund Karl Johann Bossard¹⁷ schrieb Angst am 15. Dezember 1888:

«Der Aufruf an die «Upper ten thousand» hat den Erfolg gehabt, welchen mein seliger Freund Vögelin immer voraussagte, nämlich gar keinen. Wir müssen also heruntersteigen und diejenigen Klassen der Bevölkerung bearbeiten, welche direkten oder indirekten Nutzen aus diesem Institut ziehen...»¹⁸

In seiner Sitzung vom 5. Februar 1889 diskutierte der Stadtrat erstmals die städtische Beteiligung am Landesmuseum in Zürich. Die verantwortliche Fi-

nanzkommission kam zum Schluss, dass eine Bewerbung um die neue Anstalt geradezu Pflicht sei, da sich die Verbindung von Kunst und Hochschulen in der Limmatstadt aufdränge. Für die Errichtung eines «würdigen» Gebäudes käme, so die Kommission, nur die obere Platzpromenade in Frage. Der bis anhin diskutierte Platz neben der Predigerkirche wurde als wenig geeignet abgelehnt, da er zu klein sei. Die Kommission schlug vor, dass die Stadt den Bauplatz im Wert von rund Fr. 100 000.– beisteuerte. Dazu kämen Fr. 265 000.– aus einem Fonds, der für die Unterbringung der städtischen Sammlungen Helmhaus und Wasserkirche gedacht waren, ein Baufonds für das Gewerbemuseum von Fr. 86 400.– plus ein jährlicher Beitrag der Zürcher Ausgemeinden von Fr. 20 000.– für die Laufzeit von zwanzig Jahren¹⁹. Die Stadt mit den Ausgemeinden war also bereit, über Fr. 600 000.– der Kosten für das ehrgeizige Projekt zu übernehmen.

Gerüstet mit diesem grosszügigen finanziellen Versprechen, startete das Zürcher Initiativkomitee zusammen mit der Verkehrskommission eine Werboffensive. Die Broschüre «An Zürichs Bevölkerung zu Stadt und Land» wurde Mitte Februar auf der Strasse verteilt. Darin wurden Zürichs Absichten, das Nationalmuseum für sich zu gewinnen, durch edle Motive geschönt.

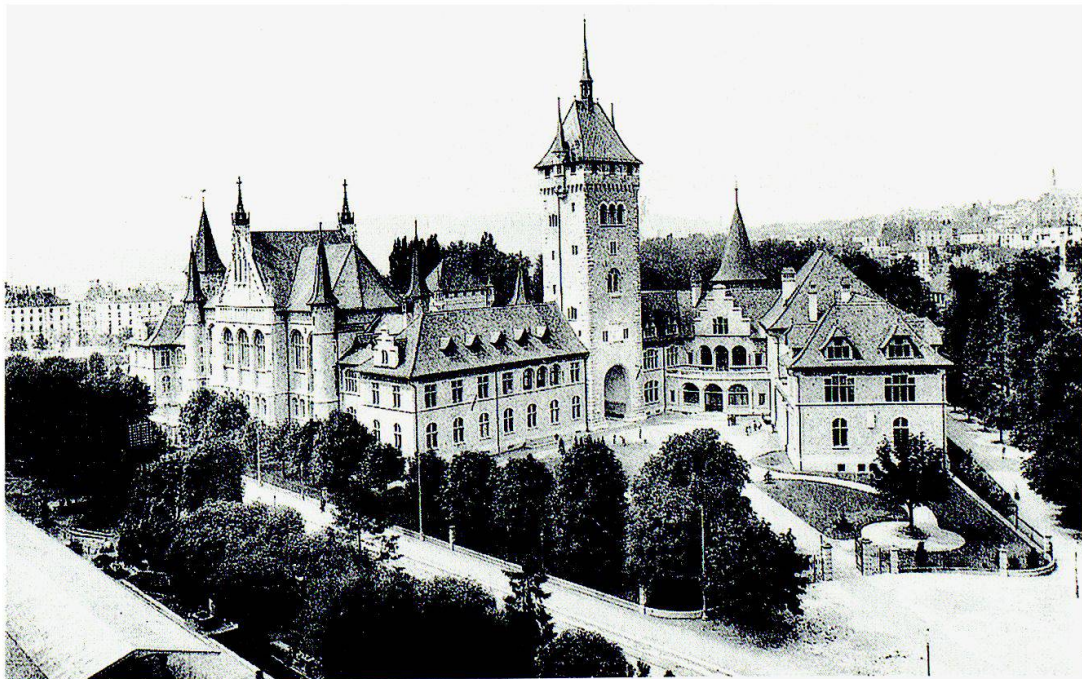
«Uns Zürchern aber gilt es als Ehrenpflicht, mit allen Mitteln für die Verwirklichung dieses Gedankens einzustehen und dadurch unsere Dankbarkeit gegen die Eidgenossenschaft zu bezeugen, welche uns das Polytechnikum geschenkt und bisher keine Opfer gescheut hat, um diesen ihren Liebling stets auf der Höhe seiner Aufgabe zu erhalten.»²⁰

In der Broschüre wurde das Projekt auf eineinhalb Millionen Franken geschätzt. Die vorhandenen Mittel wurden mit Fr. 813 000.– angegeben. Darin enthalten war der Beitrag der Stadt. Vergleichsweise bescheidene Fr. 83 000.– stammten aus privaten Spenden und dem Erlös aus dem Verkauf von Schloss Schwandegg. Es war vorgesehen, dass der Kanton sich mit einer Viertelmillion beteiligen würde. Die dann noch fehlende halbe Million sollten Private beisteuern. Der Prospekt erklärte, was das Nationalmuseum wolle, worin sein jetziger Besitz bestehe und welche Vorteile Zürich vom Bau des neuen Instituts zu erwarten habe. Die Broschüre schloss mit der vielversprechenden Aussage:

«Es ist die Verkörperung des nationalen Gedankens. Es ist das grosse Bilderbuch der Schweizergeschichte. (...) Schon nach Verfluss von zehn Jahren wird das Nationalmuseum durch Schenkungen und die Einkäufe der eidg. Kommission einen Umfang und eine Bedeutung erlangt haben, von der sich Wenige zur Stunde einen richtigen Begriff machen können.»²¹

Einige Wochen, bevor es am 1. September im Kantonsrat um die Unterstützung der ehrgeizigen Pläne ging, wurde in den Hallen des Kantonsrats ein Projekt des Architekten Gustav Gull ausgestellt, das in seinen Grundzügen dem später errichteten Museum entsprach²². Am 31. August 1890 appellierte Heinrich Angst mit aller Leidenschaft an den Kanton. Gleichzeitig erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» auf der Frontseite der Leitartikel. «Das Landesmuseum und der Kanton Zürich.»

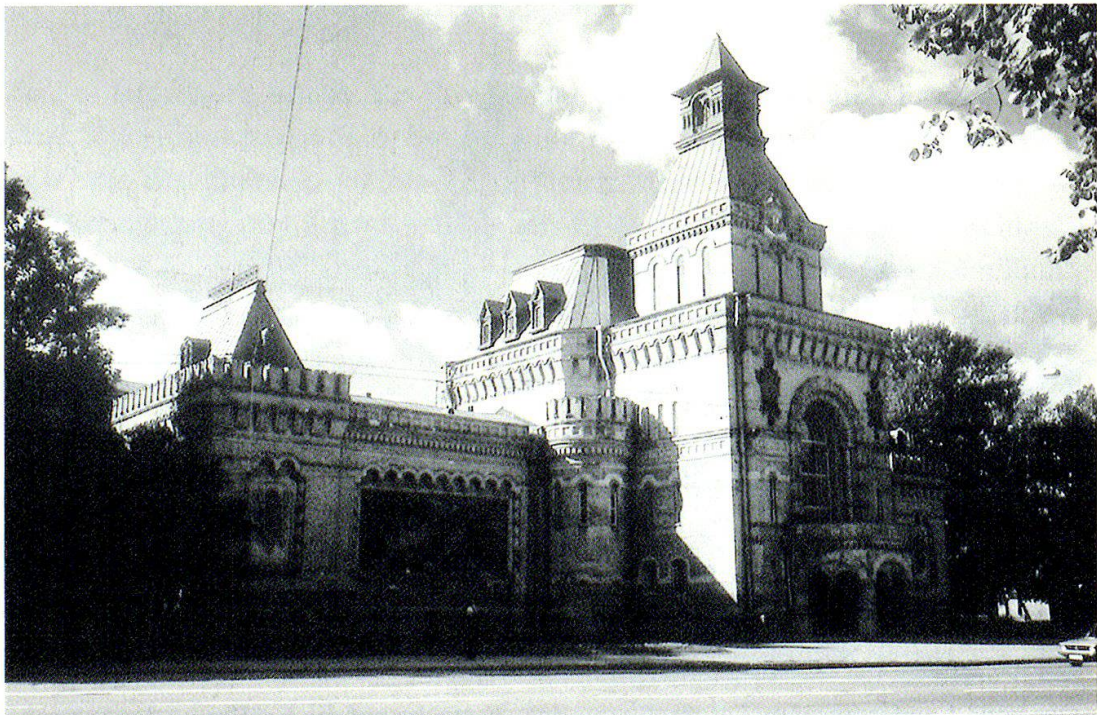
«(...) obschon Zürich nicht Bundesstadt ist, heisst es bei eidgenössischen Fragen heute noch wie es während mehrerer Jahrhunderte geheissen hat: Zürich, Bern und nicht umgekehrt. (...) Seit Zürich durch Bundesbeschluss – als Ersatz für den Verlust des Vorortes – zum Sitz der höchsten eidgenössischen Lehranstalt, des Polytechnikums, erhoben worden ist, haben Kanton und Stadt keine Opfer gescheut, um schliesslich an der Spitze des schweizerischen Unterrichtswesens zu bleiben. Das Landesmuseum ist dazu bestimmt, eine Bildungsanstalt im schönsten Sinne des Wortes für die schweizerische Jugend und das ganze Volk zu werden, und Zürich würde seinen ruhmreichen Traditionen und seiner eidgenössischen Politik ungetreu geworden sein, wenn es nicht freudig und mit Aufbietung aller Kräfte in diesen Wettstreit eingetreten wäre.»²³



Das neue Landesmuseum. Fotografie aus der «Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich».

Der Aufruf blieb nicht ungehört, und so beschloss der Kantonsrat ohne Gegenstimme, auf die Anträge des Regierungsrats einzutreten. Damit übernahm der Kanton gegenüber dem Bund die Garantie für die von der Stadt eingegangenen Verpflichtungen bezüglich des Museums. Zusätzlich konnte die Stadt wählen zwischen einer einmaligen Unterstützung von Fr. 250 000.– oder einem zinsfreien Darlehen von einer halben Million Franken für die Dauer von 20 Jahren. Angesichts des noch immer grossen Finanzlochs entschied sich die Stadt für letzteres Angebot²⁴. Der Kanton beschloss auch, die «werthvollen Waffen» im kantonalen Zeughaus dem Landesmuseum zu schenken.

Zum Erfolg des Zürcher Projekts auf kantonaler und eidgenössischer Ebene hat der Architekt Gustav Gull beigetragen. Mit seinem Entwurf traf er präzise den Nerv der Zeit. Die Architektur bewegte sich weg von der strengen Symmetrie und den blockhaften Formen der Neurenaissance. Man besann sich auf den Übergangsstil zwischen Gotik und Renaissance, auf die Schlossbauten des ausgehenden 16. Jahrhunderts also, in denen man die typisch schweizerische Architektur wiedergefunden glaubte. Tatsächlich handelte es sich hierbei um einen europäischen Trend. Gull kannte sich ohne Zweifel bestens in den zeitgenössischen architektonischen Tendenzen aus. In Köln lagen Pläne zum Neubau des städtischen Museums vor, die ihm bekannt gewesen sein dürften. Vom musealen Standpunkt aus ist interessant, dass sich darin erstmals die Architek-



Das Suworow-Museum in St. Petersburg, eröffnet 1904.

tur des Gebäudes den ausgestellten Gegenständen des Mittelalters anpasste. In Münster wurde bereits 1864 ein nach diesen architektonischen Grundsätzen gestaltetes bischöfliches Diözesanmuseum gebaut. Gulls Landesmuseum war für diese architektonische Strömung das absolute Paradebeispiel, das in ganz Europa zu den wegweisenden Bauten der Zeit gehörte. Gleichzeitig oder kurz nach der Fertigstellung der Museen in Zürich und Bern, wobei letzteres dem Zürcher Bau nachempfunden war, entstanden in ganz Europa Bauten in diesem historisierenden Stil. So das Kunstgewerbemuseum in Düsseldorf, das Bayrische Nationalmuseum in München, das Landwirtschaftliche Museum in Budapest und das Suworow-Museum in St. Petersburg²⁵.

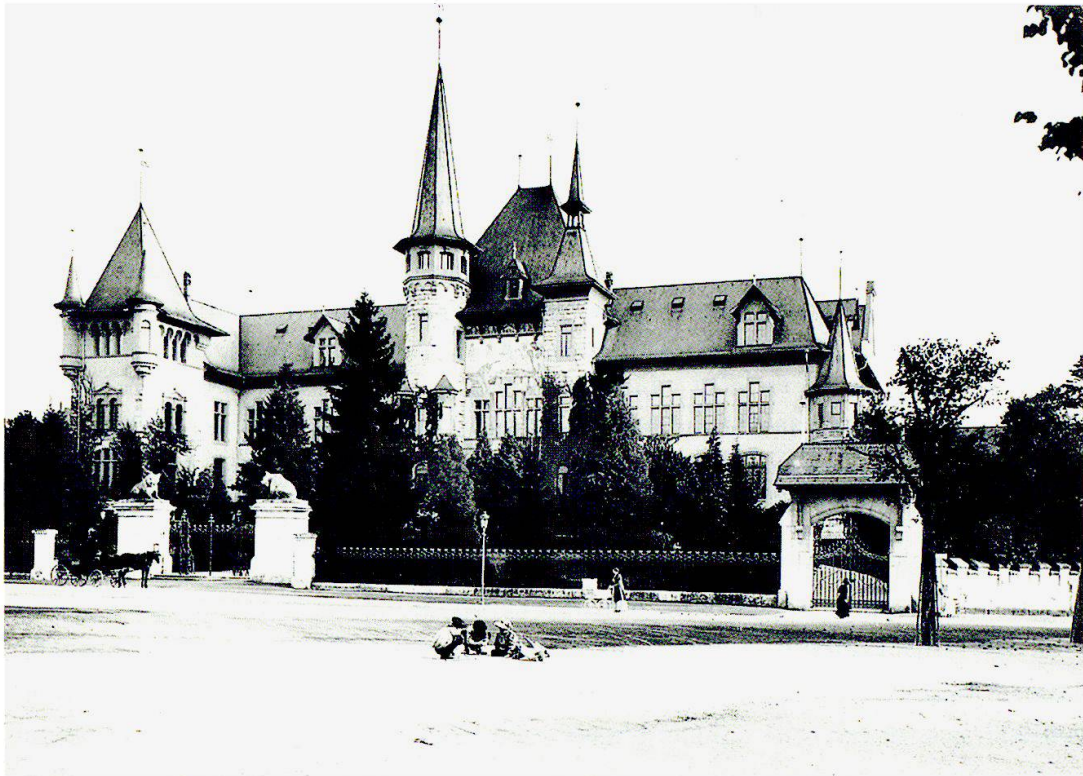
Nachdem es um das geplante Institut in Zürich wieder etwas ruhiger geworden war, reisten am 14. September 1890 Stadtrat Meyer und Regierungsrat Johannes Eschmann²⁶ mit der Zürcher Bewerbung nach Bern²⁷. Die Anmeldefrist für die Bewerbungen um den Sitz lief am 15. September aus. Die offizielle Bewerbung bestand aus vier Bänden und beinhaltete die Pläne von Architekt Gull sowie ausführliche Listen von Schenkungen und der bestehenden Sammlungen. «Die Ausgabe soll sehr voluminös und prachtvoll ausgestattet sein» schrieb der Winterthurer «Landbote».²⁸ Das Initiativkomitee war entschlossen, Zürichs Anerbieten für die Mitglieder der Bundesversammlung in einen beeindruckenden Band zu verpacken, um diesen die Entscheidung zugunsten der Zwinglistadt etwas zu erleichtern. In der Rekordzeit von einem Monat, nämlich vom 25. Oktober bis am 22. November 1890, wurde aus der Vorlage der offiziellen Bewerbung an den Bundesrat ein umfassendes Buch zusammengestellt, das als sogenannter «Zürcher Prachtband» in die Geschichte einging²⁹. Pünktlich zur Eröffnung der Session am 1. Dezember lag der aufwendig gestaltete Bildband auf den Tischen der Herren Abgeordneten³⁰. Tatsächlich liess das stattliche Werk die Eingaben der konkurrierenden Städte wie Notizhefte aussehen. Dass eine derart übertriebene Leistung, die auf Dutzenden Seiten praktisch jede Hellebarde einzeln auflistete, die gegnerischen Städte vor den Kopf stiess, liegt auf der Hand. Brisant war der Band auch deshalb, weil er den zwei Tage zuvor veröffentlichten Bericht der ausländischen Experten, die deutlich für Bern votierten, Lügen strafte. Wen wundert es da, dass dem Berner «Bund» für einmal der Kragen platzte, vor allem, nachdem Bern bei der ersten Sitzabstimmung am 16. Dezember im Ständerat gescheitert war.

«Mit einigen Worten müssen wir noch auf den Prachtband <Zürichs Bewerbung um das schweizerische Landesmuseum> zu sprechen kommen, der jedem Mitglied der Bundesversammlung <zur Unterstützung> der Bewerbung Zürichs zugestellt wurde. Es ist ein Prachtband, soweit es die Illustrationen anbetrifft, und es ist bewunderungswürdig, dass er in der kur-

zen Zeit von fünf Wochen hergestellt werden konnte; mussten doch die Gegenstände, die z. B. der zürcherische Waffensaal enthält, gar oftmals anders gruppiert werden, um verschiedene, höchst effektvolle Bilder zu ergeben. So figuriert die Armbrust aus dem fünfzehnten Jahrhundert, ein seltenes Stück, auf Tafel IV und VI. (...) Wie oft Hellebarden ältester Form erhalten mussten, zur Bildung von verschiedenen Trophäen und zur Einzelabbildung, ist schwer ersichtlich. Allein das hat auch nichts zu bedeuten; wenn nur die Bewerbung «in zweckdienlicher Weise» unterstützt wird. Kurz gesagt, die «Bewerbung Zürichs», dieser kostbare Reklameband, stellt mehr in Aussicht, als Zürich zur Stunde halten kann.»³¹

4.2. Berns eigenes «Nationalmuseum»

Am 23. Juni 1880, genau eine Woche, nachdem der Zürcher Nationalrat Salomon Vögelin seine erste Eingabe an den Bundesrat gerichtet hatte, erkundigte sich das Departement des Innern bei der Stadt Bern nach Möglichkeiten für die Einrichtung eines historischen Nationalmuseums in Bern³². Stadtpräsident Otto von Büren konnte bereits zwei Tage später vertraulich bekanntgeben, dass die Stadt bereits selber Pläne für ein historisches Museum hege, und auch entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung stellen könne³³. Hinter der Idee eines historischen Museums in Bern steckte der leidenschaftliche Sammler und alt Grossrat Friedrich Bürki. Punkto Räumlichkeiten hatte Bern zu dieser Zeit, also im Sommer 1880, einiges zu bieten: Man war nämlich gerade am Bau eines neuen naturhistorischen Museums, das im Sommer 1881 bezogen werden konnte. Die freiwerdenden Räume des alten naturhistorischen Museums, die sogenannte Bibliotheksgalerie, wollte Bürki nutzen, um seine enorme Sammlung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Er schlug der Stadt auch vor, dort die sich im Besitz der Stadt befindlichen Burgundertrophäen auszustellen. Mögliche bauliche Veränderungen oder gar An- und Umbauten hätten aber verschoben werden müssen, da die Bürgergemeinde mit dem Neubau des naturhistorischen Museums bereits stark belastet war. Von Büren schloss seinen Brief an das Departement des Innern mit der Feststellung, dass der Gemeinde Bern für den Moment auf keinen Fall weitere finanzielle Opfer zugemutet werden könnten. Es sei aber nicht auszuschliessen, dass Bürki selbst die Kosten für den Unterhalt und die Renovationsarbeiten übernehme. Eineinhalb Monate später beging Friedrich Bürki Selbstmord. Seine Erben liessen die wertvolle Sammlung öffentlich versteigern. Doch auch ohne Bürki bekam die Bibliotheksgalerie Mitte 1881 ihre neue Bestimmung. Eröffnet wurde ein historisches Museum, das neben den Bodenfunden des Bernischen Antiquariums auch eine mittelalterliche Sammlung enthielt.



Das Bernische Historische Museum auf einer Fotografie aus dem Jahr 1894.

Acht Jahre später, im Rahmen des «edlen Wettstreits», wollte Bern dann aber doch ein neues, grosses Museum bauen, das der Eidgenossenschaft als Landesmuseum angeboten werden sollte. Am 6. Februar 1889 gelangte die Frage im Berner Grossen Rat, dem Kantonsrat, zur Debatte. Die Stadt wollte auf jeden Fall ein Museum bauen und schätzte die dafür benötigten Mittel auf rund eine Million Franken. Sie wünschte sich, dass Einwohnergemeinde und Kanton je eine Viertelmillion dieser Kosten übernähmen. Weitere Fr. 440 000.– sollte die Bürgergemeinde beisteuern³⁴. Die Einwohnergemeinde sollte des weiteren das ihr von der Bern-Land-Company in Aussicht gestellte Grundstück am Kirchenfeld, welches eine Fläche von 7600 m² umfasste, zur Verfügung stellen. Ergänzt wurde diese Fläche durch ein Stück Land, welches die Bürgergemeinde für ebendiesen Zweck bereits erworben hatte. Damit wäre die Stadt auf eine Baufläche von gut 10000 m² gekommen, womit «allen Anforderungen in vollem Masse entsprochen werden» kann³⁵. Doch an der Finanzierung eines Baus, dessen Zukunft so alles andere als gewiss war, schieden sich die Geister. Kritiker wiesen auf die prekäre Finanzlage von Stadt und Kanton hin. An der Frage der Finanzierung entzündete sich deshalb eine innerbernerische Grundsatzdiskussion:

«Der Kredit für's Nationalmuseum möchte schon eher einer verfrühten Idee entsprungen sein (...) Es hat sich zwar mit der Sache da und dort bereits ein gewisser patriotischer Fanatismus verbunden, der schon über den geringsten Zweifel an der Güte und Ausführbarkeit der Idee ziemlich jähzornig wird. (...) Man bemerkte aber auch ferner, dass die einzelnen Kantone und Städte, falls das Museum nicht in ihre Grenzen und Mauern kommt, ihre Sammlungen dem Nationalmuseum keineswegs abzutreten geneigt sind, sondern Nationalmuseum und übrige Museen würden einfach künftig Rivalen in Erwerbung von historischen Funden und Kunstgegenständen sein.»³⁶

Als der Grosse Rat der Stadt Mitte Februar eine Viertelmillion Franken zum Bau des Museums zur Verfügung stellen wollte, formierte sich auf dem Land die Opposition. Der Landbevölkerung standen die Haare zu Berge beim Gedanken, als ohnehin von der Stadt mit Füßen getretene, zweitklassige Berner dieser auch noch ein solches Geschenk machen zu müssen. Ulrich Dürrenmatt³⁷, der Chef der konservativen Berner Volkspartei, sprach nicht nur vielen Bernern, sondern auch einem rechten Teil der Schweizer aus dem Herzen, als er sich grundsätzlich gegen ein solche Unsummen verschlingendes Landesmuseum wandte. Anlass für die «Bündner Zeitung», seine «heroische» Rede in voller Länge wiederzugeben.

«(...) hingegen entspringt das weiter gehende Projekt, diese Denkmäler auf einen einzigen Punkt zu konzentriren, jener helvetisirenden Tendenz, welche am liebsten gleich sämtliche kantonalen Rathhäuser als historische Denkmäler in ein Bundesmuseum stecken möchte. (...) [Dabei] erhalten dieselben [Kunsthändler] durch die Anschauung der über das ganze Vaterland zerstreuten, in den kantonalen Museen gehegten vaterländischen Denkmäler eine viel zweckmässigere Nahrung. (...) dagegen ist es eine Übertreibung, zu sagen, dass Bern allein ein Anrecht auf die neue Anstalt habe.»³⁸

Die ultrakonservative «Berner Volkszeitung» in Herzogenbuchsee war, gelinde gesagt, schockiert über die Art und Weise, wie Eisenbahndirektor Eduard Marti³⁹ «die Gegner der Staatssubvention unter anderem mit der Behauptung niederschmettete, in den Grossen Räten der andern Kantone werde eine solche Staatssubvention ohne Zweifel überall einstimmig beschlossen werden⁴⁰.» Im Anschluss an diese Moralpredigt hatte er zudem noch verlangt, die Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen, «damit man an andern Orten wisse, aus was für Elementen die Opposition bestehe.» Damit, so argumentierte die «Volkszeitung», seien selbst die konservativsten Grossräte derart eingeschüchtert worden, dass sie es nicht wagten, der Mehrheit zu widersprechen.

Nur «vier weisse Raben», unter ihnen Dürrenmatt, getrauten sich gegen den Kreditantrag zu stimmen. Mit 117 zu 4 Stimmen beschloss der Grosse Rat den Kredit an das zu bauende Institut, was in der «Neuen Zürcher Zeitung» für einiges Aufsehen sorgte. Dies vor allem deshalb, weil die Unterstützung des eigenen Kantons für das Zürcher Projekt zu jener Zeit, anders, als von Marti behauptet, noch alles andere als geregelt war.

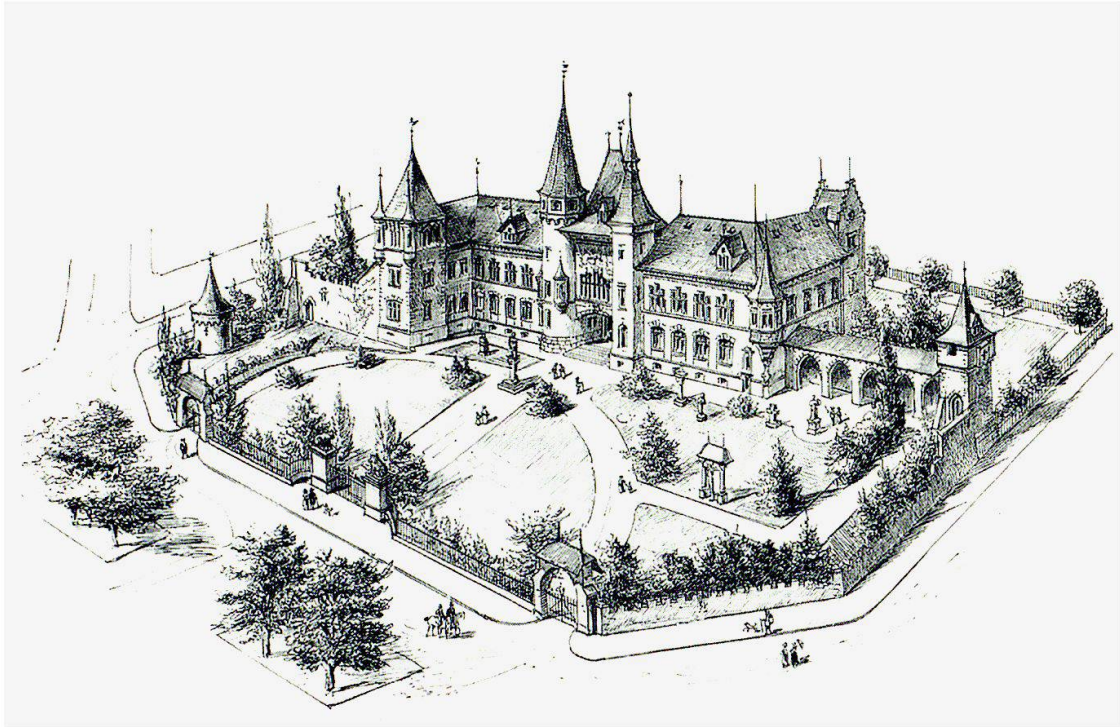
«Uns Zürchern musste namentlich das grosse Stimmenmehr erstaunlich vorkommen, mit welchem ein Beitrag von 250 000 Fr. für das Nationalmuseum beschlossen wurde. (...) Wir wagen leider nicht zu hoffen, das im Zürcher Kantonsrathe dieselbe Geschlossenheit sich zeigen würde, wenn die Regierung einen Beitrag für ein Nationalmuseum in Zürich verlangte. (...) Der zürcherische Finanzdirektor wies jeweilen mit einer Deutlichkeit, die keine Zweifel übrig liess, auf den leeren Staatsbeutel hin. «Wir haben für Flusskorrekturen so und so viel ausgegeben und haben daher für ein Nationalmuseum kein Geld.»⁴¹

Die «Berner Volkszeitung» nutzte das Zürcher Erstaunen, welches wohl vor allem zum Ziel hatte, im eigenen Kantonsrat etwas Druck zu machen, postwendend, um ihr Unverständnis geteilt zu sehen.

«Die «Neue Zürcher Zeitung» kann sich nicht genug über die Gutmüthigkeit der Berner Landgrossräthe verwundern, welche als Vertreter einer vorwiegend bäuerlichen Bevölkerung mit einer Mehrheit von 117 Stimmen gegenüber «4 weissen Raben» (Ausdruck der N.Z.Z.) den Beitrag für ein Museum in der Stadt Bern beschlossen. So etwas käme in Zürich nicht vor.»⁴²

Ende März 1889 konstituierte sich die Berner Kommission für ein Nationalmuseum⁴³. Sie wurde präsiert von Regierungs- und Ständerat Albert Gobat⁴⁴. Das Vizepräsidium hatte Stadtpräsident Oberst Eduard Müller⁴⁵ inne. Mit dem linksliberalen Müller und dem radikalen Gobat war das Projekt Berns in guten Händen. Bereits einen Monat später schrieb die Kommission einen Wettbewerb «unter den schweizerischen oder in der Schweiz angesessenen Architekten für die Bearbeitung von Entwürfen über ein schweizerisches Nationalmuseum auf dem Kirchenfeld in Bern»⁴⁶ aus. Skizzenhafte Entwürfe und Ideen mussten bis zum 31. Juli eingereicht werden. Es winkte eine Preissumme von stolzen Fr. 2000.–.

Die Konkurrenz endete für Bern enttäuschend. Kein Projekt vermochte zu überzeugen, obwohl von den fünfzehn eingereichten Skizzen sechs prämiert und eine angekauft wurde. Ein erster Preis wurde nicht vergeben⁴⁷. Nicht, dass



Das Bernische Historische Museum. Zeichnung von André Lambert.

die Pläne nichts getaugt hätten. Das Problem war eher das in derselben Zeit publik gemachte Zürcher Projekt von Gustav Gull. Es allein traf den Geschmack der Zeit, indem es das Gebäude den darin ausgestellten Gegenständen anpasste. Deshalb entschied sich die Berner Museumskommission, den Architekten Lambert und Stahl den Auftrag zu geben, ein Museum nach Zürcher Vorbild zu entwerfen⁴⁸. Das ist der Grund, weshalb Zürcher noch heute leicht irritiert das Berner Historische Museum beäugen, wenn sie in Bern am Kirchenfeld vorbeispazieren. Für Sekundenbruchteile wähnt man sich nämlich vor dem Schweizerischen Landesmuseum in Zürich.

4.3. Basels Museum in der Barfüsserkirche

Wer schon einmal das Historische Museum Basel besucht hat, weiss um seine Eigenheit. Es ist in einer Kirche untergebracht. Nur knapp entging die nach der Reformation als Salzkammer oder Lagerschuppen und Postbüro umgenutzte Franziskanerkirche dem Abbruch. Ein anfänglich kleiner Kreis von Kunstfreunden und Historikern um den Basler Staatsarchivar und Vorsteher der Mittelalterlichen Sammlung, Dr. Rudolf Wackernagel, engagierte sich für die Erhaltung des Gebäudes als Museum. Damit würde der sich in Platznöten befindlichen

Mittelalterlichen Sammlung endlich ein angemessen grosses Gebäude zur Verfügung stehen. Der uns heute etwas befremdende Gedanke, ein Museum in eine Kirche einzubauen, entsprach damals durchaus dem Zeitgeist, wurde unter Umständen im Bestreben, Museen von ihrem Äusseren stark an die ausgestellten Objekte anzugleichen, sogar als optimal angesehen. Mit anderen Worten, mittelalterliche Sammlungen schrien förmlich danach, in historisierenden Bauten ausgestellt zu werden. Das Landesmuseum selber, als architektonische Zeitreise durch die Jahrhunderte, ist dafür das prominenteste Schweizer Beispiel. Im Fall der Barfüsserkirche ist das Gebäude tatsächlich so alt wie es aussieht, also für damalige Verhältnisse perfekt für die Aufnahme der Sammlung. Schon bald, nachdem von der Errichtung eines eidgenössischen Museums die Rede war, meldete Basel seinen Anspruch an. Es bot dem Bund die umgestaltete Kirche an und gab die Mittelalterliche Sammlung als Grundstock für das eidgenössische Museum dazu⁴⁹.

Die Barfüsserkirche, eine gotische Basilika aus dem vierzehnten Jahrhundert, war einst Prunkbau eines grossen und berühmten Franziskanerklosters. Reich wurden die Mönche dadurch, dass in ihrer Kirche rund um die Uhr für das Seelenheil von Verstorbenen gebetet wurde, denn nicht wenige gutbetuchte Todge-

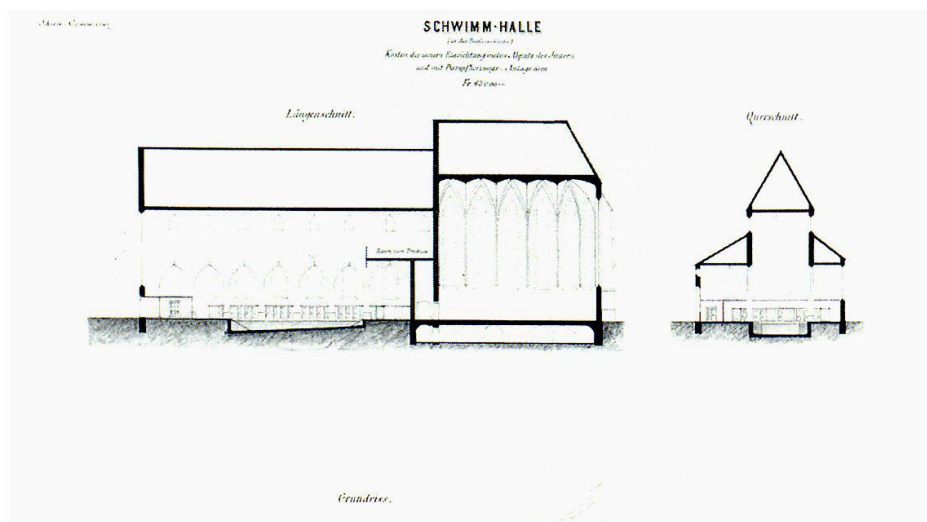


Die Barfüsserkirche in Basel. Illustration aus: «Basel und das Schweizerische Nationalmuseum, der h. Bundesversammlung gewidmet.» (Bewerbungsbroschüre Basel)

weihte vermachten dem Kloster, im Tausch gegen einen angemessenen Platz im Himmel, all ihre Habe. Jahrhunderte später, am 13. März 1882, stand der Basler Grosse Rat vor der Frage, ob man die Kirche abreißen solle oder einer anderen Nutzung zuführen könne. Das Stadtparlament entschied sich mit einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen für die Erhaltung des markanten Baus. Damit waren die Neubaupläne für ein Schulhaus auf dem Areal der Kirche vorerst vom Tisch. Der Leidensweg der stolzen Kathedrale seit der Reformation war damit aber noch nicht zu Ende, denn noch war unklar, ob darin eine Bibliothek, ein Schwimmbad oder eben ein Museum entstehen sollte. Kurze Zeit musste sie gar als Gantlokal erhalten, ehe 1888 endlich entschieden wurde, die Barfüsserkirche zum Museum umzugestalten und auch gleich dem Bund als Nationalmuseum anzubieten.

«Eine Einwohnerversammlung in Basel hat das Vorgehen der h. Regierung mit freudigster Zustimmung begleitet; Basel habe die von ihm erklärte Bewerbung als einen wohlbegründeten Anspruch, die Annahme dieser Bewerbung seitens der Eidgenossenschaft als sein gutes Recht zu betrachten. Die Versammlung beschloss demgemäss, eine allgemeine Sammlung von Privatbeiträgen an die Kosten der Einrichtung des Museums zu veranstalten, und genehmigte den ihr vorgelegten Entwurf eines bezüglichen Aufrufes (...) Unmittelbar hieran anschliessend wird die Sammlung der Beiträge von Haus zu Haus betrieben werden.»⁵⁰

Dem Bund wurde ein Grundstück von 5600m² angeboten, was die Kirche samt dazugehörigen Nebengebäuden einschloss. Die Kosten für den Umbau



Eines der Nutzungsprojekte für die Barfüsserkirche: Planzeichnung mit Schwimmbad im Hauptschiff.

wurden auf knapp 400000 Franken geschätzt⁵¹. Damit war das Basler Anerbieten sowohl in seinen räumlichen Abmessungen als in seinem finanziellen Aufwand um gut die Hälfte kleiner als diejenigen von Bern und Zürich.

In Basel hatten Sammlungen und Kuriositätenkabinette eine lange Tradition. Bereits 1661 hatte der Basler Rat das Amerbachsche Kabinett gekauft. Die berühmte Druckerdynastie Amerbach hatte schon im sechzehnten Jahrhundert angefangen, Münzen und allerlei kunstvolle Gegenstände zu sammeln. Diese Sammlung wurde kurz nach dem Kauf im Haus zur Mücke der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. 1788 kam die Sammlung des Basler Historikers Daniel Bruckner hinzu, 1815 die Münzsammlung von Hieronymus Falkeisen und 1823 das Faesch'sche Kabinett. 1849 wurde ein eigens für die Sammlung errichtetes Gebäude an der Augustinergasse bezogen.

Die Sammlung in der Barfüsserkirche gründete auf einem Teil der Objekte dieses ersten Museums. 1856 löste Professor Dr. Wilhelm Wackernagel die mittelalterlichen Sammlungsgegenstände aus dem Museum an der Augustinergasse heraus und gründete damit die sogenannte «Mittelalterliche Sammlung im Bischofshof». Das neue Museum orientierte sich an einem völlig neuen, modernen Museumskonzept. Nicht mehr bloss das Schöne, Vollendete und Kunstvolle wurde gesammelt und ausgestellt, sondern alle Gegenstände des täglichen Lebens, egal wie armselig sie waren, wurden zu einem reellen Bild des Mittelalters zusammengestellt. Dies ganz nach dem Vorbild des damals wegweisenden Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg.

Nachdem die Basler Landesmuseumspläne von den eidgenössischen Räten jäh zerschlagen worden waren, war man in Basel bereit, das Museum auch ohne Eidgenossenschaft einzurichten. Nach dem kurzen, leicht schizophoren Kampf gegen das Landesmuseum, wurde 1892 die Mittelalterliche Sammlung zusammen mit der Antiquarischen zum Grundstock des Museums in der Barfüsserkirche gemacht. Die Erstellungsarbeiten dauerten wenige Jahre, und das Museum konnte am 21. April 1894 seine Tore öffnen.

4.4. Luzerns Museum über die Reuss

Der vielleicht kurioseste Vorschlag für das Nationalmuseum kam aus Luzern. Das Luzerner Museum sollte in zwei bestehenden Gebäude untergebracht werden, die zu beiden Seiten der Reuss lagen. Zum einen im bereits bestehenden, mit alten Waffen vollgestopften Rathaus am Kornmarkt. Zum andern im auf der anderen Flussseite liegenden «Freienhof». Die beiden Gebäude sollten durch eine Art zweite Kapellbrücke miteinander verbunden werden. An Sammlungen,

die dem Bund hätten geschenkt werden können, mangelte es. Trotzdem wurde der Wert des Anerbietens auf über eine Million Franken geschätzt. Eine Zahl, die wohl einiges zu hoch war. Das seltsame Projekt hatte in den Räten keine Chance. Man wurde das Gefühl nicht los, dass Luzern nur halbherzig für ein Museum gekämpft habe. Dabei hätte es den Sieg mit ziemlicher Sicherheit davontragen können, wäre es auf das wesentlich teurere, aber einzigartige «Dreilindenprojekt» eingestiegen. Das Aktionskomitee jedenfalls hatte diese Variante nach nur einem Monat als zu teuer verworfen. Eine einzigartige Fehlleistung, wenn es der Stadt mit dem Nationalmuseum wirklich ernst gewesen wäre.

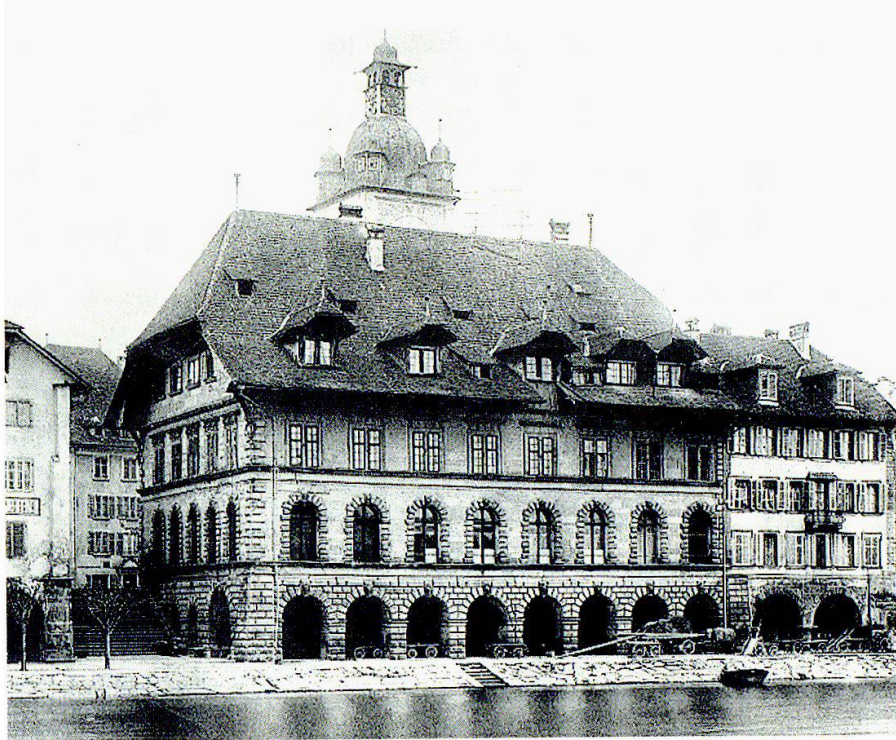
Am 16. Mai 1888 äusserte das Luzerner «Vaterland» erstmals gerüchteweise die Vermutung, dass in Luzern an einer Bewerbung um das zu schaffende Landesmuseum gewerkelt werde:

«Es heisst, die Luzerner Regierung werde demnächst nachfolgen, lesen wir im «Handelscourier». Uns ist nichts Derartiges bekannt. Zu wünschen aber wär's, dass auch Luzern (Staat oder Stadt) Schritte in genannter Richtung thäten. Das central gelegene Luzern und zumal die bedeutendste Fremdenstadt der Schweiz hätte vollen Anspruch, als Sitz des schweiz. Nationalmuseums bezeichnet zu werden.»⁵²

Knapp einen Monat später, am 14. Juni, lag die provisorische Bewerbung beim Bundesrat. Details zum Projekt waren darin noch nicht enthalten. Am Samstag, dem 23. Juni 1888, traf sich, was Rang und Namen hatte, im Luzerner Restaurant «Krone» und erörterte die Frage eines Nationalmuseums in Luzern. Eingeladen dazu hatte der Luzerner Bürgerverein. Aus dieser Versammlung ging das sogenannte «Actionskomitee» hervor, das sich um die Ausarbeitung der Bewerbung Luzerns kümmern sollte.

«Mit gespanntem Interesse folgte die Versammlung namentlich der von berufener Persönlichkeit, nämlich von Hrn. Staatsarchivar Dr. von Liebenau entwickelten Genesis der sogen. Nationalmuseumsfrage. Wir vermerken aus dem interessanten Geschichtsbilde namentlich die Tatsache, dass die Errichtung einer Art Centralmuseum in Luzern schon früher projektiert war.»⁵³

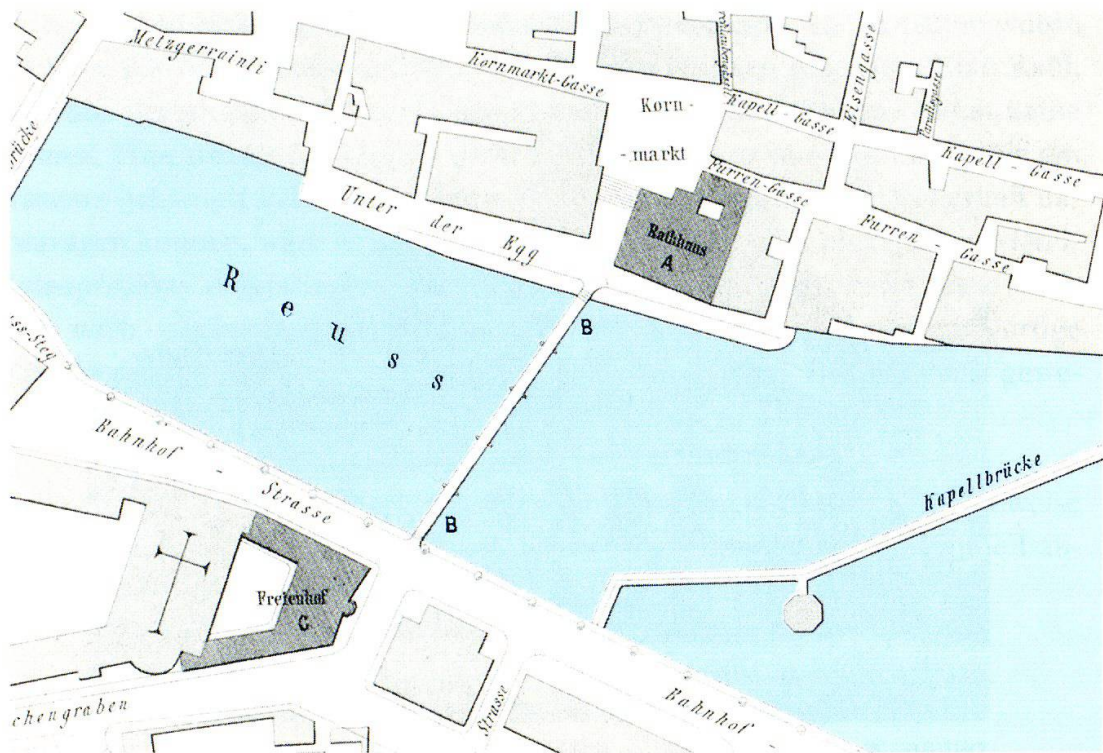
Als sicher galt, dass das alte Rathaus, das bereits als Museum genutzt wurde, das Zentrum des Luzerner Projekts bilden sollte. Zusammen mit einem noch zu findenden, zweiten Objekt sollte die Ausstellungsfläche von mindestens 3000 m² knapp erreicht werden. Auch eine Aufstockung des Rathauses wurde diskutiert.



Das alte Luzerner Rathaus am Kornmarkt. Diese Fotografie lag der «Eingabe der luzernischen Behörden an die hohe schweizerische Bundesversammlung betreffend die Bewerbung Luzerns um den Sitz des Schweizerischen Landesmuseums» von 1890 als loses Blatt bei.

Im Januar 1889 nahm das Luzerner Projekt eine erfreuliche Wende zum Guten. Die «Dreilindengesellschaft», eine Baugesellschaft, die ein Villenquartier oberhalb der Altstadt plante, offerierte der Stadt den Dreilindenplatz. Dieser grosse Platz von über 100000m² Fläche, oder genauer, diese grosse Wiese, sollte das Nationalmuseum hoch über der Stadt mit Sicht auf See und Berge, zum Zentrum eines völlig neuen Quartiers machen. Ganz uneigennützig war deshalb das auf Fr. 240000.– geschätzte Geschenk nicht. Immerhin würde das Landesmuseum die Attraktivität des neuen Stadtteils erheblich steigern. Vorgeslagen wurde auch der Bau einer Seilbahn, die das Museum mit der Stadt verbinden sollte. Die «Dreilindengesellschaft» limitierte ihr Angebot auf sechs Monate. Ob soviel Güte kam das «Vaterland» ins Schwärmen:

«Ist schon die Stadt Luzern fast der mathematische Mittelpunkt der Schweiz, so offerirt nun die Dreilinden-Gesellschaft in diesem Zentrum für ein Nationalmuseum noch überdies die schönste Stelle, die in der Schweiz an einem grösseren Orte wohl kaum zu finden und die mit ihrer herrlichen Rundschau auf die ganze Alpenkette, auf See und Landschaft an sich schon Jedem einen wahren Hochgenuss gewährt.»⁵⁴



Plan der Luzerner Altstadt. Markiert sind das alte Rathaus und der «Freienhof», die durch eine neue Brücke miteinander verbunden werden sollten. Aus der Luzerner «Eingabe an die hohe schweizerische Bundesversammlung».

Das Aktionskomitee kam nach eingehender Prüfung der Offerte zum Schluss, dass ein Neubau auf dem Dreilindenplatz über eine Million Franken kosten würde. Dies sei für Luzerner Verhältnisse zu teuer! Vermutlich fehlten dazu tatsächlich die finanziellen Mittel, denn mit dem Bau der Gotthardlinie und dem Erstellen des grossen Verwaltungsgebäudes derselben hatte man sich bereits mächtig belastet. Bereits am Freitag, dem 22. Februar 1889, wurde deshalb eine Versammlung im Restaurant «Metzgern» einberufen. Die Herren vom Komitee, Nationalrat Friedrich Wüest⁵⁵, Goldschmied Karl Johann Bossard, Architekt Heinrich Viktor von Segesser⁵⁶ und Regierungsrat Fellmann⁵⁷, gaben bekannt, dass die Dreilindengesellschaft ihre Schenkung unter diesen Umständen zurückziehe.

Im Juni 1889 war das Luzerner Projekt definitiv. Als Museumsgebäude wurden dem Bund das alte Rathaus am Kornmarkt diesseits der Reuss und der «Freienhof» auf der gegenüberliegenden Seite angeboten. Die beiden Gebäude sollten durch eine Brücke verbunden werden. Den Wert des Luzerner Angebots bezifferte das Komitee auf 1,1 Millionen Franken⁵⁸. In Anbetracht der Tatsache, dass Bern und Zürich für diesen Betrag einen Prunkbau offerieren konnten,

dürfte die genannte Zahl wohl eher den kosmetischen Zweck gehabt haben, zahlenmässig nicht hinter den Mitbewerbern zu stehen. Dazu kam, dass das Dreilindenprojekt verworfen wurde, weil es über eine Million gekostet hätte. Was die Sammlung anbelangt, mochten die Autoren der Luzerner Bewerbung ins Schwitzen geraten sein:

«Es ist richtig, dass Luzern wie die Centralschweiz überhaupt kein grosses historisches Museum aufzuweisen hat. (...) Uebrigens wäre es, was speziell Luzern betrifft, ein Irrthum, wenn die historische Sammlung des Rathhauses, die allerdings mit den Museen der Schwesterstädte sich nicht messen kann, als Totalität unseres Besitzes an Alterthümern angesehen würde.»⁵⁹

Angeführt wurden die Waffensammlung «ältester Zeit (der eigentlichen Freiheitskriege der Eidgenossenschaft)» und eine sich in Privatbesitz befindliche Textilsammlung. Diese Sammlungen würden dem Landesmuseum zur Verfügung gestellt, «selbstverständlich unter Wahrung des Eigenthumsrechtes». Auffallend ist, dass die Formulierungen sehr ungeschickt daher kamen. Sie würdigten das sonst schon eher skurrile Projekt noch weiter herab.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Luzern das nötige Engagement fehlte, etwas in der Grösse zu schaffen, wie es in Bern und Zürich vorhanden war. Mag sein, dass die Stadt damit finanziell tatsächlich sehr überfordert gewesen wäre. Mit dem phantastischen Dreilindenprojekt hätte Luzern auf alle Fälle gesiegt. Denn selbst den zentralistischsten Liberalen galt die Wiege der Schweiz mehr als die Bundesstadt. Nicht aber mit einem solch erbärmlichen Projekt. Auch beim Ausscheiden Luzerns in den Räten wird man das Gefühl nicht los, dass Luzern eher aufatmete, als Tränen vergoss. Vielleicht hatte Robert Durrer mit seiner Feststellung recht, wenn er schrieb:

«In Luzern aber waren es nur wenige Männer, die sich für die Sache wirklich interessierten und ernstlich einsetzten. Die liberale städtische Mehrheit war aus politischer Borniertheit durchaus anti-historisch eingestellt, und auch die Hotellerie konnte in einem Museum keine wesentliche Förderung der Fremdenindustrie erkennen.»⁶⁰

Anmerkungen:

- ¹ NZZ, Nr. 307, Morgenausgabe, Feuilleton, 3. November 1885.
- ² ibd.
- ³ NZZ, Nr. 310, Abendausgabe, 6. November 1885.
- ⁴ NZZ, Nr. 4, Morgenausgabe, 5. Januar 1886.
- ⁵ NZZ, Nr. 300, Morgenausgabe, 28. Oktober 1886.
- ⁶ NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.
- ⁷ NZZ, Nr. 137, Morgenausgabe, 16. Mai 1888.
- ⁸ «EINLADUNG AN DIE VERSAMMLUNG IN DER SCHMIEDSTUBE.» (Verschickt am 16. Mai 1888.) Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6.
- ⁹ Dieses und folgendes Zitat: NZZ, Nr. 149, Morgenausgabe, 28. Mai 1888. Zur Versammlung vgl. Protokolle des Stadtrats, Nr. 368, 29. Mai 1889 und Nr. 418, 12. Juni 1889. Stadtarchiv Zürich, ohne Signatur.
- ¹⁰ FIERZ-LANDIS, Carl: 1852–1892, Zürich. Finanzmann und Eisenbahnpolitiker, trat für eine Verstaatlichung ein. Förderer von gemeinnützigen Bestrebungen in Zürich, Landesmuseum (Schenkung Schloss Schwandegg), Telefongesellschaft, Quaianlagen, Zürichbergbahn usw. Etwas übertrieben: «Seine Schenkung des Schlosses Schwandegg mit den dortigen Altertumsammlungen an die Stadt Zürich entschied den Streit um den Sitz des Schweiz. Landesmuseums.» Aus: HISTORISCH-BIOGRAPHISCHES LEXIKON DER SCHWEIZ», Bd. 3, hg. von H. Tribolet, Neuenburg 1926, S. 153.
- ¹¹ DURRER, Robert, S. 116.
- ¹² ANGST, Heinrich, S. 15.
- ¹³ MÜLLER, Albert: 1846–1912, von Thayngen, SH. Architekt, ab 1875 in Zürich, Direktor der Kunstgewerbeschule und des Gewerbemuseums 1879–1897. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees. In der Schmiedstube lagen seine Pläne für ein Landesmuseum auf. Unterzeichner der Broschüre des Initiativkomitees 1889.
- ¹⁴ Es handelt sich um Skizzen und Zeichnungen. DURRER, Robert, S. 117.
- ¹⁵ z.B. NZZ, Nr. 153, Abendausgabe, 1. Juni 1888.
- ¹⁶ NZZ, Nr. 180, Morgenausgabe, 28. Juni 1888.
- ¹⁷ BOSSARD, Karl Johann: Goldschmied und Antiquar in Luzern, Sohn von Joh. Babtist, Goldschmied von Zug. Arbeitete in Genf, Paris, London und USA. Bekannter Sammler von Altertümern. Nimmt am 22. Februar 1889 an einer Versammlung der Museumsfreunde in Luzern teil, als beschlossen wird, die Pläne am Dreilinden-Platz fallen zu lassen.
- ¹⁸ Zitiert aus DURRER, Robert, S. 121.
- ¹⁹ PROTOKOLL DES STADTRATS NR. 70, 1, 5. FEBRUAR 1889, Staatsarchiv des Kantons Zürich, ohne Signatur.
- ²⁰ Broschüre, Staatsarchiv des Kantons Zürich, Db 180 und 181. Vgl. NZZ, Nr. 45, Abendausgabe, 14. Februar 1889 und NZZ, Nr. 52, Morgenausgabe, 21. Februar 1889.
- ²¹ ibd.
- ²² Es handelt sich um ein Aquarell und provisorische Pläne: «Die Linien der ganzen Komposition geben halb den Charakter einer stattlichen Burg, halb den feierlichen Frieden eines weiten Klosters. Vier Thürme, drei runde und ein viereckiger, zieren den schweren aber nicht schwerfälligen Renaissance-Bau in überaus effektvoller Weise.» NZZ, Nr. 232, Abendausgabe, 20. August 1890.

- ²³ NZZ, Nr. 243, 31. August 1890. Der Text ähnelt demjenigen in der Broschüre des Initiativkomitees und der Verkehrskommission. Nur kehrt Angst hier sein Argument um. Nicht weil der Bund keine «Opfer» gescheut hat, soll das Landesmuseum als Dank realisiert werden, sondern weil der Kanton und die Stadt bisher keine «Opfer» gescheut hätten in Bezug auf das Unterrichtswesen.
- ²⁴ Entscheidung zugunsten des Kredits siehe: PROTOKOLL DES STADTRATS NR. 826, 14. OKTOBER 1890, VGL. PROTOKOLL DES REGIERUNGSRATS NR. 2054, 15. OKTOBER 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich.
- ²⁵ Eine gute Zusammenfassung der speziellen Architektur des Landesmuseums in: MEYER, André, Museale Architektur am Beispiel des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich, in: Festschrift Walter Drack, Stäfa 1977.
- ²⁶ ESCHMANN, Johannes: 1813–1896, von Richterswil, ZH. 1886 Verfassungs-, dann Kantonsrat. Regierungsrat ab 1879, Nationalrat ab 1890, förderte vor allem die Landwirtschaft. Gründung der Versuchsanstalt und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil am Zürichsee.
- ²⁷ PROTOKOLL DES REGIERUNGSRATS NR. 1810, 13. SEPTEMBER 1890 UND PROTOKOLL DES STADTRATS NR. 736, 16. SEPTEMBER 1890. Staatsarchiv des Kantons Zürich.
- ²⁸ «LANDBOTE», Nr. 218, 17. September 1890.
- ²⁹ Der «Landbote» schreibt, der Text zum «Zürcher Prachtband» stamme hauptsächlich von Sekundarlehrer Heierli. Die Kosten für die 500 luxuriösen Ausgaben belaufen sich auf nicht weniger als Fr. 10 000.–. Sie werden von Stadt und Kanton zu gleichen Teilen übernommen. «LANDBOTE», Nr. 292, 12. Dezember 1890.
- ³⁰ DURRER, Robert, S. 142; ANGST, Heinrich, S. 26; Vgl. auch: «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 99, 10. Dezember 1890.
- ³¹ «BUND», Nr. 348, 18. Dezember 1890.
- ³² MOTION VON SALOMON VÖGELIN, Zürich 16. Juni 1880. Schweizerisches Bundesarchiv, Bestand 8 (H), Schachtel 1.
- ³³ Dieses und weitere Briefdokumente in: Schweizerisches Bundesarchiv, Bestand 8 (H) Schachtel 1, zitiert aus: ZIMMERMANN, Karl, S. 117.
- ³⁴ Die Abstimmungen über den Kredit finden in der Burgergemeinde am 20. Februar, im Rat der Einwohnergemeinde am 3. März statt.
- ³⁵ Dieses Zitat und die vorangehenden Zahlen aus: «BUND», Nr. 26, 27. Januar 1889.
- ³⁶ «BERNER TAGBLATT», Nr. 25, 26. Januar 1889.
- ³⁷ DÜRRENMATT, Ulrich: 1849–1908, von Guggisberg, BE. Lehrer und Publizist, Redaktor der «Berner Volkszeitung», Mitbegründer und Führer der Konservativ-demokratischen Partei (Volkspartei) des Kantons Bern. Mitglied des Grossen Rats 1886–1908, Nationalrat 1902–1908.
- ³⁸ «BÜNDNER TAGBLATT», Nr. 33, 8. Februar 1889; Vgl. «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 13, 13. Februar 1889.
- ³⁹ MARTI, Eduard: 1829–1896, von Rapperswil, BE. Fürsprecher in Biel. Grossrat ab 1866, Nationalrat 1866–1878, ab 1892 Regierungsrat (Baudirektor). Haupt der Radikalen Partei des Kantons Bern, Förderer der Eisenbahnverstaatlichung, Direktor der Jura-bahnen und der Jura–Bern–Luzernbahnen sowie der Jura–Simplonbahn.
- ⁴⁰ Dieses und das nächste Zitat aus: «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 13, 13. Februar 1889.
- ⁴¹ NZZ, Nr. 32, Abendausgabe, 8. Februar 1889.
- ⁴² «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 13, 13. Februar 1889.

- ⁴³ DER «BUND», Nr. 87, 29. März 1889.
- ⁴⁴ GOBAT, Albert: 1843–1914, aus Delsberg, BE. Dr. iur., Advokat, Mitglied des Grossen Rats ab 1882 und Regierungsrat. Massgeblich beteiligt am Aufbau der Universität Bern. Radikaler Politiker, Ständerat von 1884–1890, Nationalrat 1890–1914. Mutmasslicher Initiator des sogenannten Python-Handels. Präsident der Kommission für das Nationalmuseum in Bern. Hauptförderer des Museums in Bern.
- ⁴⁵ MÜLLER, Eduard: 1848–1919, von Bern. Dr. iur., Fürsprecher ab 1872, Gerichtspräsident in Bern 1874–1876, Bundesanwalt ab 1885. Stürzt 1888 das konservative Stadtrégiment Berns und wird Stadtpräsident. Grossrat ab 1882, Nationalrat von 1884 an, Nachfolger von Schenk im Bundesrat (1895–1919), wo er das Justizdepartement inne hat. Oberstdivisionär in der Armee. Wird von der «Volkszeitung» als «Rother Müller» bezeichnet (20. 5. 1891).
- ⁴⁶ «BUND», Nr. 112, 24. April 1889; Vgl. «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 34, 27. April 1889.
- ⁴⁷ «SCHWEIZERISCHE BAUZEITUNG», Bd. 16, 1889, 118–125.
- ⁴⁸ MEYER, André. S. 211. Vgl. Bild 4.1.
- ⁴⁹ SETTELEN-TREES, Daniela, Historisches Museum Basel in der Barfüsserkirche 1894–1994. Rückblicke in die Museumsgeschichte, Basel 1994.
- ⁵⁰ «VATERLAND», Nr. 134, 13. Juni 1888.
- ⁵¹ NZZ, Nr. 19, 19. Januar 1889. Ein Artikel von Heinrich Angst, «Der heutige Stand der Nationalmuseumsfrage.» Angst darin: «Während Bern einen Neubau erstellen will, bietet Basel dem Bund eines der ehrwürdigsten alten Bauwerke der Schweiz von gewaltigen Dimensionen an....»
- ⁵² «VATERLAND», Nr. 111, 16. Mai 1888.
- ⁵³ «VATERLAND», Nr. 145, 26. Mai 1888. Gemeint sind entsprechende Pläne des «Helvetischen Directoriums» aus dem Jahr 1799.
- ⁵⁴ «VATERLAND», Nr. 11, 13. Januar 1889.
- ⁵⁵ WÜEST, Friedrich: 1843–1902, aus Büron, LU. Oberschreiber des Baudepartements des Kantons Luzern ab 1864, Mitglied des engern Stadtrats von Luzern 1871–1891. Stadtpräsident ab 1890, ab 1891 Mitglied der Direktion der Gotthardbahn, Nationalrat 1881–1891.
- ⁵⁶ SEGESSER VON, Heinrich Victor: 1843–1900, aus Luzern. Architekt, Oberstdivisionär, Mitglied der «Kommission für Erhaltung», Mitinitiant der Luzerner Landesmuseumspläne.
- ⁵⁷ FELLMANN, Dominik: 1849–1919, von Sursee. LU. Bezirksrichter. Luzerner Grossrat ab 1883, Nationalrat ab 1894, konservativer Parteiführer.
- ⁵⁸ «VATERLAND», Nr. 152, 1. Juni 1889. In dieser Million sind die Gebäudewerte eingerechnet. In der offiziellen Eingabe wird von «Opfern an Baar» in der Höhe von Fr. 500 000.– gesprochen. Vgl. «LUZERN UND DAS SCHWEIZERISCHE LANDESMUSEUM». Entwurf zu einer Eingabe, Luzern 1889.
- ⁵⁹ Dieses und die folgenden Zitate im Text: ibd.
- ⁶⁰ DURRER, Robert, S. 139

5. Kuhhandel und Verschwörungen

Die zunehmende Verbissenheit des Streits führte in der Presse zu immer neuen Ausgeburten von teils haarsträubenden Verschwörungstheorien und Diffamierungen. Diese basierten wohl zum Teil auf Tatsachen, oft waren sie aber auch schlicht unwahr. Den Auftakt zu dieser aussergewöhnlichen Schlammschlachtserie bildete der sogenannte «Python-Handel», der wohl prominenteste mutmassliche Kuhhandel im Vorfeld der Sitzvergabe. Aber auch rund um die sogenannten Ultramontanen, die katholisch-konservativen Kräfte im Land, die nach Luzerns Ausscheiden für Zürich das Zünglein an der Waage spielten, wurde eifrig spekuliert und gehetzt. Zu den eher amüsanteren Auswüchsen gehörten Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem Ankauf der Zentralbahn-Aktien durch den Bund. Ferner die leicht abstruse Idee, die vor kurzem eröffnete Simplonlinie, auf die man in gewissen Teilen der Schweiz sehr eifersüchtig war, schweisse die Kantone an der neuen Strecke so sehr an Bern, dass sie sich blindlings auf dessen Seite schlagen würden. Gewissermassen zur Standardhetze wurde das Argument, die jeweils gegnerische Stadt bewerbe sich aus rein fremdenverkehrstechnischen, also wirtschaftlichen und damit niederen Beweggründen um das Landesmuseum, während man sich selbst aus reiner patriotischer Pflichterfüllung für das Museum einsetze.

5.1. Der Python-Handel

Als sich der Nationalrat im Dezember 1890 bei der ersten Behandlung der Sitzfrage durch die Räte allen Erwartungen zum Trotz gegen Zürich und für Bern entschied, war es für Zürich klar, dass es sich hier nur um eine Verschwörung handeln könne. Sofort machte man sich auf die Suche nach den Verantwortlichen für das Fiasko. Und man wurde bei den Freiburgern fündig. Man war absolut sicher gewesen, dass die katholisch-konservativen Freiburger Abgeordneten zuerst für Luzern, danach aber mit Bestimmtheit für Zürich stimmen würden, niemals aber für das politisch radikale Bern, den Erzfeind des Freiburgerlands. Dieses Verhalten hatte sich im Ständerat denn auch bestätigt. Der Verdacht auf eine Absprache mit Bern erschien deshalb naheliegend. Und nach einigen weiteren Recherchen fand man des Rätsels Lösung in der Figur des schillernden Freiburger Staatsmanns und Nationalrats Georges Python¹.

Python hatte bei den Wahlen vom 26. Oktober 1890 seinen Gegenkandidaten mit einem hauchdünnen Mehr von nur gerade 400 Stimmen geschlagen. Gerüchte über Ungereimtheiten im Wahlkampf machten die Runde. Es hiess, zur Werbung von Stimmen seien wüste Saufgelage veranstaltet worden. Deshalb kam es zu einem Wahlrekursverfahren und damit zur Vertrauensabstimmung gegen Python.

«An den Nationalrat ist vom radikalen Komite der Stadt Freiburg namens sämtlicher Unterkomitees des 21. eidg. Wahlkreises (Seebezirk) eine Rekurschrift gegen die Wahlen vom 26. Oktober gerichtet worden, in welcher die ganze politische Misere, in der die Liberalen des Kantons Freiburg leben müssen, und namentlich die von der herrschenden Partei betriebenen unerhörten Wahlumtriebe einmal deutlich dargestellt sind.»²

Der Zufall wollte es, dass die Vertrauensabstimmung im Nationalrat just auf den 18. Dezember 1890 fiel, den Tag der ersten Sitzabstimmung bezüglich des Landesmuseums. Python überstand die Abstimmung mit 69 gegen 64 Stimmen, ironischerweise dank den Berner Radikalen, die ihn damit retteten. Nun wurde gemunkelt, mit Python sei eine Absprache getroffen worden: Python sollte sich bei seinen Leuten in der Sitzfrage für Bern einsetzen und als Gegenleistung würden die Berner Abgeordneten für seinen Verbleib im Nationalrat votieren³. Tatsächlich erreichte Bern im vierten Wahlgang der Sitzabstimmung satte 72 Stimmen, während auf Zürich nur gerade deren 61 entfielen. Nationalrat Theodor Curti⁴, Mitbegründer der «Zürcher Post», meldete am 21. Dezember:

«Die zwei liberalen Vertreter der Stadt Luzern, sowie die Freiburger und Walliser – so glaubt man – haben den Ausschlag für Bern gegeben. Von den Katholiken der Innerschweiz heisst es, dass sie alle oder mit wenigen Ausnahmen für Zürich stimmten.»⁵

Bei den erwähnten Luzernern dürfte es sich aber um schwarze Schafe gehandelt haben, die das Ausscheiden ihrer Stadt schlecht verkrafteten. Man durfte auf jeden Fall damit rechnen, dass die katholischen Kräfte, zumindest der Innerschweiz, nach dem Ausscheiden Luzerns für Zürich eintreten würden. Heinrich Angst selbst hatte allen Grund zu dieser Annahme. Bereits am 9. Dezember hatte ihm sein Freund, der Urner Ständerat Gustav Muheim erklärt, dass Zürich mit der Unterstützung der Konservativen rechnen könne.

«Es ist sicher, dass die Konservativen mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit für Zürich votieren werden, sobald Luzern aufgegeben ist. Auch werden wir diese Position nicht hartnäckig verteidigen. Die Eingabe von

Zürich [der «Prachtband» liegt seit einer Woche vor] ist so verlockend, und diese Stadt ist sonst so geeignet für das Landesmuseum, dass nur Lokalpatriotismus unser Waagezünglein nach Luzern lenkt.»⁶

Um so sicherer war man sich nun, dass es bei der Abstimmung im Nationalrat nicht mit rechten Dingen zu und her gegangen war. Am 23. Dezember deckte die «Neue Zürcher Zeitung» den sogenannten Python-Handel auf. Dazu druckte sie den Brief eines «Freundes unseres Blattes» ab:

«Infolge der von den Bernern geschickt inszenierten Verlegung der Python-Debatte auf den Nachmittag des gleichen Tages, an welchem Vormittags die Abstimmung über das Landesmuseum stattfinden sollte, bot sich dem stolzen Bern eine famose Gelegenheit, mit den Freiburgern ein Geschäftchen abzuschliessen. Dass Python von den 26 radikalen Bernern ohne Gnade über Bord geworfen würde, falls Zürich im Nationalrath das Mehr erhielte, darüber waren die Freiburger und ihre Bundesgenossen natürlich keinen Augenblick im Unklaren. Sie stimmten also im letzten Wahlgang für Bern. (...) Die Berner hätten unter diesen Umständen nicht mehr abspringen können und erhoben sich richtig *en masse* zur Bestätigung der Wahl Pythons.»⁷

Der Bündner Peter Bühler⁸, Berichterstatter der Minderheit der Wahlrekurskommission, der für die Validierung der Wahl Pythons plädierte, war sichtlich betroffen, als er die Berner «diese rührende Schwenkung nach Rechts ausführen sieht»⁹. Auch dem Sprecher der Mehrheit der nationalrätlichen Wahlrekurskommission, dem Berner Rudolf Brunner¹⁰, blieb das letzte Wort offenbar im Hals stecken. Ein intimer Freund Pythons soll, gemäss dem Berichterstatter der NZZ, verraten haben: «Wir haben Zürich geopfert, um Python zu retten!¹¹» Immerhin tröstete sich die «Neue Zürcher Zeitung» damit, dass sich die Freiburger bei der anschliessenden Abstimmung über die Verschiebung der Angelegenheit der Stimme enthielten, sich also fortan, nach getaner Schuldigkeit, wieder neutral oder sogar antibernisch gebärden würden.

Auch in der Berner Presse fiel der Python-Handel auf fruchtbaren Boden. Einem Artikel im konservativen «Berner Tagblatt» haftete zwar ein gewisser ironischer Unterton an, aber man gab doch deutlich zu erkennen, dass man das Vorgehen nicht für die feine Art hielt. Der Redaktor gab zu bedenken, dass «es im parlamentarischen Leben Augenblicke gibt, wo auch der gewiegteste Idealpolitiker nicht umhin kann, dem Moloch des Opportunismus ein Prinzipchen oder dess etwas in den Rachen zu werfen¹²».

«Allgemein überrascht hat es z.B., dass die Wahl Pythons, erst noch so bedroht, im Nationalrat ohne jeglichen ernstlichen Anstand validirt wurde, und handkehrum waren die Zürcher und Ostschweizer verblüfft, dass in der Landesmuseumsfrage das Zünglein an der Waage sich unerwartet auf Seite Berns neigte. Leut mit einem feinen Gesichts- und Gehörsinn wollen einen gewissen Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen entdeckt haben. (...) Für Bern als Museumssitz stimmten ausser den Waadtländern die Luzerner, Walliser und Freiburger, und hinwiederum erhob sich das Gros der Berner, seinen Radikalismus für einen Moment heroisch in die Schanze schlagend, für die Validierung der Wahl Pythons.»

Gar nicht erfreut über den Handel der Berner Nationalräte war die konservative «Berner Volkszeitung», allerdings aus anderen Gründen. Vor allem stiess der Zeitung sauer auf, dass dabei der einzige Berner Konservative, Joseph Choquard¹³ übergegangen wurde:

«Da ist schon das erbauliche Faktum zu erwähnen, dass die Berner Nationalräthe eine Besprechung darüber pflogen und dazu der einzige Konservative, Hr. Choquard, nicht eingeladen wurde. Anständig, nicht wahr? Aber es kommt noch besser. Sie haben mit den Ultramontanen gestimmt! Hinaus mit ihnen aus dem Nationalrath! Wer? Die HH. v. Steiger, Schär, Elsässer? Nein, die sind ja nicht mehr darin. Aber die radikalen Berner und Waadtländer Nationalräthe. Sie und die Freiburger Ultramontanen haben miteinander für Bern als Museumssitz und für die Validirung Pythons gestimmt! Soll, sagt man, ein Märkt gewesen sein.»¹⁴

Sogar die «Basler Nachrichten», die sonst ja gar nicht auf Zürichs Seite standen, sprachen Klartext zum Python-Handel. Der Leitartikel vom 23. Dezember 1890 «Zur Abstimmung über das Landesmuseum» kritisierte zwar in erster Linie das Wahlverfahren, das, da geheim und nicht in der vereinigten Bundesversammlung durchgeführt, zur Benachteiligung Basels geführt habe.

«Wie alle Welt wusste, hätte Bern im Nationalrathe ohne Mithülfe der Ultramontanen die Mehrheit der Stimmen in der Landesmuseumsfrage nie erhalten; denn die gesamte Ost- und Nordschweiz, Schaffhausen inbegriffen, waren für Zürich; ebenso hatten die Ultramontanen sich dahin geeinigt, in erster Linie für Luzern, in zweiter Linie für Zürich zu stimmen. Und diejenigen Vertreter, welche für Basel votirt hatten, theilten später ihre Stimmen zwischen Bern und Zürich. Wollte Bern trotzdem als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, so musste es auf irgend eine Art Succurs zu erhalten suchen. Da bot sich eine passende Gelegenheit in der Wahlfrage betr. die Zulassung Pythons in den Nationalrath.»¹⁵

Das «Journal de Genève» zum Python-Handel: Die Berner sind geschickte Diplomaten¹⁶

Während irgend einer langweiligen Diskussion setzt sich ein einflussreicher Berner Nationalrath neben seinen Kollegen aus einem andern Kanton. Man spricht zunächst vom Regen und vom schönen Wetter. Von da kommt die Unterhaltung bis zur Alpenstrasse von Z., für welche der Nichtberner gerne eine eidg. Maximalsubvention von 50 pCt. ergattert hätte. Unglücklicherweise ist dafür nicht viel Aussicht, der Kanton Z. besitzt halt zu wenig Einfluss. «Doch wäre diese Subvention nur gerechtfertigt», meint der Berner, und er senkt eine erste Sonde ein: «Vielleicht könnten wir Ihnen helfen.» Plötzlich lenkt er das Gespräch unmerklich auf die Thatsache, dass das Landesmuseum nach Zürich kommen soll, und macht einen zweiten, direkteren Anlauf: «Ich glaube, meine Freunde bestimmen zu können, zu Ihren Gunsten zu votieren; Sie wissen, das würde 27 Stimmen ausmachen.» Man redet hierauf von dem Redner, welcher eben das Wort hat. Endlich, nachlässig hingegossen, wirft der Berner ein: «Wissen Sie, Sie sollten eben doch für uns eintreten in der Museumsfrage.» (...) Der Andere begreift.

Auch Heinrich Angst meldete sich Ende Jahr noch einmal mit einem Leitartikel in der «Neuen Zürcher Zeitung», worin er die Ereignisse in der Dezembersession zusammenfasste und ähnlich wie die «Basler Nachrichten» das Wahlverfahren kritisierte. Dazu bemühte Angst auch die abwesenden Nationalräte, welche sich seiner Meinung nach bestimmt für Zürich ausgesprochen hätten. Eine Annahme, die sich bei der nächsten Behandlung des Geschäfts als unrichtig herausstellen sollte.

«Wäre in der vereinigten Bundesversammlung abgestimmt worden, so hätte Zürich mit zehn Stimmen über Bern gesiegt. (...) Von den 147 Mitgliedern, welche der Nationalrath zählt, waren nur 133 anwesend. Acht fehlten, wovon die meisten unstreitig sich für Zürich erklärt haben würden. (...) Die Krone dieser Anstrengungen bildete zu guter Letzt der Pakt mit den Freiburgern über die Bestätigung der ebenfalls vorsätzlich auf den letzten Augenblick vertagten Wahl des Herrn Python.»¹⁷

5.2. Die Katholiken als Zünglein an der Waage

Der 11. Dezember 1890 war ein für Zürich günstiges Datum¹⁸. An diesem Tag wurde der Basler Emil Frey¹⁹ in den Bundesrat gewählt, dies mag den National- und Ständeräten die Entscheidung erleichtert haben, in der Sitzfrage gegen das nach eidgenössischer Gerechtigkeit dürstende Basel zu stimmen. Mit der Wahl

Freys wurden allerdings die katholischen Kräfte im Land arg brüskiert, weil ihr Kandidat, der Luzerner Bundesrichter Alois Kopp²⁰, scheiterte. Den Katholiken blieb damit weiterhin der Einzug ins höchste Bundesgremium verwehrt. Die ultramontanen Parteien machten dafür vor allem das radikale Bern verantwortlich, dessen 27 Vertreter, mit einer Ausnahme, Kopp die Unterstützung verweigerten²¹. Kein anderer Kanton sprach sich derart deutlich gegen den katholischen Kandidaten aus. Die Konstellation in den Räten war also vor der ersten Sitzdebatte am 16. Dezember für Zürich äusserst vorteilhaft. Es durfte damit gerechnet werden, dass weite Teile der Ultramontanen zuerst für ihren Favoriten Luzern, nach dessen Ausscheiden aber sicher für das politisch liberale Zürich stimmen würden.

Als der freisinnige Oltener Bundesrat Bernhard Hammer²² per Ende 1890, nach fünfzehnjähriger Amtszeit, seinen Rücktritt bekanntgab, meldeten die katholischen Kräfte im Land ihren Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat an. Dieser hätte ihnen, gemessen an der Grösse der katholischen Bevölkerung, längst zugestanden²³.

«Wird die radikale Majorität es über sich bringen, einem Abgeordneten der konservativ-katholischen Fraktion einen Sitz in der Bundesexekutive einzuräumen? Bei vielen Anlässen, notabene nicht nur bei gemeinsamer Tafel und an Schützenfesten, wo auch der radikale Eidgenosse in Loyalität überfließt, sondern auch in Momenten ernster Ueberlegung, wurde das der Minorität seit 1848 vorbehaltene Recht des Eintrittes in den Bundesrath in Aussicht gestellt.»²⁴

In einem politischen Kompromiss mit den Liberalen verzichteten die Konservativen auf ihren Wunschkandidaten Joseph Keel²⁵ aus St. Gallen und portierten den politisch kompatibleren Bundesrichter Alois Kopp. Doch «auch dieses Entgegenkommen war vergebens. Der radikale Leist kannte keine Rücksichten²⁶». Als Gegenkandidaten stellten die Radikalen den Basler Nationalrat und Oberst Emil Frey auf. Der ehemalige Gesandte der Schweiz in Nordamerika machte das Rennen. Bei einem absoluten Mehr von 92 Stimmen erhielt er 94 Stimmen. Kopp musste sich mit immerhin 77 Stimmen geschlagen geben²⁷. Für einige Verwirrung sorgte die Aussage Freys, er habe seinen Zettel zerrissen. Demnach hätten nur 180 Zettel gezählt werden sollen²⁸. Die übergangenen Katholiken klagten im Winterthurer «Landboten» über die «Zweiklassengesellschaft», bei der die «brutalen Radikalen» die «besonnenen Elemente der Mitte und der konservativen Richtung» völlig kontrolliert hätten²⁹. Die konservative «Schwyzer Zeitung» war ausser sich:

«Die heutigen Wahlen der vereinigten Bundesversammlung haben bewiesen, dass die seit 1848 gepflogene Ausschliesslichkeit gegenüber der kathol.-konservativen Partei radikales Partei-Gebot bleibt. Die Radikalen haben es nicht über sich gebracht, gegenüber den katholischen Eidgenossen einen Akt der Gerechtigkeit zu üben, sie sollen auch fürderhin als die Parias im schweizerischen Vaterlande behandelt zu werden.»³⁰

Die katholische Verstimmung gegenüber den radikalen Kreisen war von so grundsätzlicher Natur, dass das liberale Zürich beinahe als Verbündeter dastand, was in der Abstimmung über das Landesmuseum für Zürich nur positive Auswirkungen zu haben versprach. Folgende bernfeindliche Aussage mag den Zürcher Förderern des Landesmuseums geradezu Freudentränen in die Augen getrieben haben.

«Wir befinden uns in einem stillen Bürgerkriege, gegenüber radikaler Vergewaltigung im Stande der Nothwehr, und danach hat sich fortan unser Verhalten zu richten.»³¹

Dazu kam die Drohung der Ultramontanen, die Bundesfeierlichkeiten zu boykottieren. Klar, dass die «Neue Zürcher Zeitung» es nicht versäumte, sich nachträglich für ein konservatives Mitglied in der Bundesregierung auszusprechen. Ihr Engagement fiel in den Augen der erzürnten Rechten aber viel zu schwach aus und geriet ebenfalls in den falschen Hals:

«Die liberale «Neue Zürcher Ztg.» hätte «grundsätzlich» gewünscht, dass endlich die gerechte Forderung der Rechten erfüllt werde, und sie fürchtet, dass die radikale Ausschliesslichkeit sich bitter rächen werde. Sie fügt in ihrer bewährten «Grundsätzlichkeit» aber auch gleich bei: wenn nun aber doch einmal ein Radikaler habe gewählt werden müssen, so habe die Bundesversammlung keine bessere Wahl treffen können. So sind sie, diese Liberalen, und von ihnen brauchen wir kein Mitleiden wegen der radikalbrüderlichen Ungerechtigkeit!»³²

Überhaupt versteifte sich das «Vaterland» und mit ihm die «Schwyzer Zeitung» auf das Hirngespinnst, dass die Schweiz von Freimaurern und geheimen Orden regiert werde. Diese Gerüchte wurden genährt durch die Tatsache, dass Oberst Frey einem Freimaurerorden angehörte. Dasselbe sagte man auch von weiteren Mitgliedern des Bundesrats. Diese Geschichte war von einem nicht näher genannt sein wollenden «ergrauten Bündner Politiker» in die Welt gesetzt worden³³.

«Man las in radikalen Blättern die Bemerkung, dass der Bundesrath in Zukunft nothwendig homogen (gleichartig), was er dermalen nicht ist, bestellt werden müsse. Es fragt sich nun, worin diese Homogenität bestehen soll: in der politischen Anschauung und Bethätigung seiner Mitglieder oder in der «Bruderschaft» des Zeichens ...»³⁴

Als man in Bern merkte, wie sehr man die Katholiken allerorts verärgert hatte, übte man sich in Schadensbegrenzung. Unter diesem Blickwinkel muss wohl zumindest der Abdruck des Artikels eines Rorschacher Pfarrers im «Berliner Tagblatt» betrachtet werden. Unter dem Titel «Gerechtigkeit im Bunde» beklagte sich der Gottesmann über den Affront gegenüber den katholischen Kantonen im Jahr der 600-Jahrfeier.

«Die ganze innere Schweiz, welche die Wiege der Eidgenossenschaft ist, woran uns die grosse Bundesfeier dieses Jahre erinnern soll, wird zur obersten Leitung und Verwaltung der Landesangelegenheiten nicht zugelassen. (...) Das Landesmuseum wehrt sich gegen sein eigenes Dasein, bis man ihm als dessen schönste Zier den Parteibüffel als ausgestopfte Reliquie im Glaskasten einverleiben kann.»³⁵

In Zürich war man sich der entscheidenden Rolle der Katholiken in der Frage des Landesmuseums durchaus bewusst. Die Abstimmung vom 18. Dezember 1890 im Nationalrat hatte gezeigt, welche Macht die Konservativen in dieser Frage hatten. Über das Ausscheiden ihrer Stadt aus dem Rennen scheinen die meisten Luzerner nicht sonderlich betrübt gewesen zu sein. Um so mehr galt es jetzt für Zürich, mit aller Kraft in den ultramontanen Kreisen für die Limmatstadt als Museumssitz mobil zu machen. Dies geschah einerseits dadurch, dass die «Eidgenössische Kommission für Erhaltung» beschloss, ihre nächste Kommissionssitzung nach Freiburg zu verlegen, um so mit Python in Kontakt treten zu können. Interessanter war aber ein Vorstoss des Luzerners Heinrich Victor von Segesser, der Angst vorschlug, das für Zürich Nützliche mit dem für die katholische Gemeinde in Zürich Angenehmen zu verbinden. Konkret empfahl er Angst in einem Brief, sich für den Bau einer Kirche für die Diasporagemeinde in Zürich einzusetzen. Es fehlte an einem günstigen Grundstück und geeigneten Darlehen für die auf 20 000 Mitglieder angewachsene Gemeinde. Als Gegenleistung würden sich die Katholiken in Zürich bei ihren Glaubensbrüdern in der Innerschweiz für Zürich als Sitz des Landesmuseums einsetzen. Überhaupt würde dieses Zeichen des guten Willens in der Innerschweiz überaus gerne gesehen und in einer geeigneten Form auch rückvergütet.

«Für mich steht nämlich fest, dass gegenüber der ariden Berner Manier eine feingefühlte Konzession Zürichs in diesem Moment auf die Urkantone, Wallis, Appenzell I. Rh. und auch Freiburg, das ja seinen Python nun unwiderruflich hat, einen bestimmenden <durchschlagenden> Erfolg ausüben würde.»³⁶

Angst wies diesen Kuhhandel umgehend zurück und machte von Segesser klar, dass es sich ganz anders verhalte. Dass nämlich die Katholiken von sich aus zuerst etwas guten Willen beweisen sollten, bevor sie mit derartigen Forderungen an Zürich gelangten³⁷. Kurz vor der Aprilsession der Räte griff ein sichtlich verzweifelter Angst aber ebendiesen Handel erneut auf und setzte sich mit einem katholischen Bekannten, dem Badener Hotelier Josef Borsinger³⁸, in Verbindung. Dieser sollte ihm die nötigen Kontakte zu einflussreichen katholischen Kreisen vermitteln. Angst seinerseits hatte mit dem Financier Fierz-Landis die Sache besprochen, und dieser hatte sich nicht abgeneigt gezeigt, über einen kleinen Umweg im Endeffekt seiner Heimatstadt etwas Gutes zu tun³⁹. Die Stadtzürcher Katholiken waren hoch erfreut über die so plötzliche Erhörung ihrer Gebete. Immerhin stellten sie mittlerweile schon eine der grössten katholischen Kirchgemeinden der Schweiz dar⁴⁰. Borsinger schrieb Angst am 27. März 1891:

«Ich setzte die Herren Dr. Pestalozzi⁴¹, von Orelli⁴² und Kugler⁴³ in Kenntnis Ihrer Anerbieten. Dieselben wurden günstig aufgenommen und die Herren lassen sie Ihnen bestens verdanken. In Ihrem Sinne wurde bereits nach Chur geschrieben und der hochw. Bischof ersucht, seinen Einfluss auf Nationalrat Decurtins, mit welchem er persönlich befreundet ist, zu Gunsten Zürichs auszuüben. (...) Nächsten Montag findet im katholischen Gesellenhaus⁴⁴ eine Feierlichkeit zum Andenken an Windthorst statt. Decurtins wird eine Rede halten. Mein Schwager Kugler wird bei dieser Gelegenheit mit ihm Rücksprache nehmen.»⁴⁵

Inwiefern sich dieser Handel auf die Wahl Zürichs ausgewirkt haben mag, ist schwierig abzuschätzen. Trotz aller Bemühungen scheiterte Zürich im April 1891 erneut am Nationalrat. Allerdings wurden diesmal nicht die Katholiken dafür verantwortlich gemacht. Viel eher wurde jetzt die «List der Gegner» angeprangert. Man war zumindest in Zürich überzeugt davon, dass Bern sich mit aller Kraft dafür einsetzte, dass National- und Ständerat nicht einig wurden. Denn, so die Theorie Heinrich Angsts, mit der Verhinderung eines Sitzentscheids, konnte Bern seinen Plan ungestört verwirklichen und sein Museum quasi stillschweigend zum Nationalmuseum machen.

«Eine andere Strömung ist aber offenbar in den leitenden Berner Kreisen Meister geworden. Seit der Bewerbung Berns las man von Zeit zu Zeit in den dortigen Blättern, dass Bern ein «Nationalmuseum» zu schaffen gedanke, welches auch der Entscheid der Bundesversammlung bezüglich des Sitzes sein möge. (...) wenn einstweilen kein Sitz bestimmt wird, so hat es auch keine Gefahr wegen der Vertheilung. Wir bauen rasch ein Museum, stellen unsere eigenen Sammlungen darin auf, verschmelzen sie mit den schon in Bern befindlichen des Bundes und sehen darauf dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig entgegen. (...) Stimme Jeder, wie er wolle, aber glaube keiner, das Landesmuseum verhindern zu können, indem er beim nächsten Wahlgang «Bern» auf den Stimmzettel schreibt, ohne Bern als Sitz zu wünschen. Die Nichteinigung der Räte wäre in Wirklichkeit ein zustimmendes Votum, ein Wechsel auf 1893 [Fertigstellung von Berns Museum], den die Bundesversammlung an Bern ausstellt.»⁴⁶

5.3. Der «Simplon-Kitt» oder wie der Ostschweiz eingeheizt wurde

Nach dem erneuten Scheitern Zürichs im Nationalrat im April 1891 blieb die Presse erstaunlich ruhig. Niemand schien eine Einigung der Räte ernsthaft erwartet zu haben. Die Zeitungen waren müde, alles war schon einmal gesagt, Anschuldigungen gemacht und Kuhhändler aufgedeckt worden. Der nimmermüde Heinrich Angst aber trumpfte als einziger mit einer ganz neuen Erklärung für Zürichs Scheitern auf. Immerhin muss bei ihm die Enttäuschung noch grösser gewesen sein, nachdem er sich für die Konservativen so stark engagiert hatte. Ausserdem liess er keine sich ihm bietende Gelegenheit aus, um gegen Bern mobil zu machen. Es sei, so schrieb er in der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Simplon-Kitt», der die Orte an der neuen Simplonlinie so eng aneinanderschweisse, dass diese allesamt uneingeschränkt auf Berns Anweisungen hörten.

Angst stellte fest, bei der Sitzdebatte im April seien «Zentrum, Rechte und Linke, Föderalisten und Zentralisten auseinander gerissen und es stehen sich gegenüber Westschweizer und Ostschweizer, mit dem Unterschied, dass jene geschlossene und diese gebrochene Reihen aufweisen⁴⁷».

«Das macht der Simplonkitt, dessen Rezept wir Zürcher von den Bernern erbeten sollten. Vor diesem neu geschaffenen Eisenbahninteresse mit dem Drehpunkt in Bern scheinen alle andern Erwägungen, politische und sachliche, in den Hintergrund zu treten. Die Rücksicht auf das eidg. Polytechnikum, für welches das Landesmuseum ein werthvoller Annex wäre; die Nachtheile der Zentralisation sämtlicher zukünftiger Bundesanstalten in Bern, die Gefahr einer anhaltenden Verstimmung grosser Be-

völkerungskreise über die Missachtung der eigenen Arbeit und die Ohnmacht der Bundesversammlung, Alles das zählt offenbar nicht mehr. Die direkten materiellen Vortheile der Gegenwart und die gehofften der Zukunft überwiegen in den sonst föderalistischen Simplonkantonen und arbeiten zu Gunsten Berns.»⁴⁸

Es ist typisch für Angst und taktisch äusserst geschickt, dass er bereits von «sämtlichen zukünftigen Bundesanstalten» sprach, deren Realisierung noch alles andere als sicher war. Vor allem die Bundesrechtsschule, die er immer wieder bemühte, und die er aus verwaltungstechnischen Gründen Bern direkt aufdrängte, war ein riesengrosses Luftschloss, das im übrigen ja nie zustande gekommen war. Auch war gerade er bei der Elimination Basels, dessen «Verstimmung» sehr deutlich ausfiel, massgeblich beteiligt gewesen. Er schloss seinen Leitartikel «Das Schweizerische Landesmuseum und die Berner Eisenbahnpolitik», mit folgendem Plädoyer, in dem er die Berner mit der anstehenden Verstaatlichung der Eisenbahnen unter Druck setzte:

«Dieses überraschende Resultat der neuen schweizerischen Eisenbahnpolitik ist geeignet, selbst alte, überzeugte Freunde der Verstaatlichung stutzig zu machen. Unter Verstaatlichung verstehen wir nämlich nicht «Verbesserung», und mit der grossen Mehrheit der Eidgenossen sehen wir auch in Zukunft lieber die Mutter Helvetia als Hüterin des Schweizerschildes als den Mütz.»⁴⁹

Nach der Sitzabstimmung im Dezember 1890 waren die katholisch-konservativen Kreise ins Gebet genommen worden. Jetzt schien man in Zürich entschlossen, die Ostschweiz zu bearbeiten. Dies mit Hilfe einer sogenannten Eisenbahnverschwörung, des «Simplon-Kitts».

«Die Osthälfte der Schweiz hat aber gewiss ein Interesse daran, dass nicht das Gesamtleben des Landes im Westen, in Bern sich konzentrieren und der Osten völlig zur Provinz herabgedrückt werde. (...) Lässt man Baselstadt und Baselland ausser Betracht, da deren sieben Vertreter in der Museumsfrage wohl kaum entschieden Stellung nehmen werden, so stehen 76 Vertreter der Zentral- und Ostschweiz den 64 Nationalräthen entgegen, welche, durch Eisenbahninteressen mit Bern verbunden, dessen Fahne blindlings folgen. (...) Es ist nun zweifellos, dass bei den bisherigen Abstimmungen eine Reihe Ostschweizer zu Bern gestanden sind, nicht aus Vorliebe für die Bundesstadt, sondern aus Abneigung gegen jedwede Zentralisation. Mögen diese Herren sich bis Dienstags vergegenwärtigen, dass sie mit ihrer Haltung das Gegentheil von dem befördern helfen, was sie selbst anstreben.»⁵⁰

Die NZZ bemühte gar einen eben publizierten Briefwechsel zwischen dem Schaffhauser Georg Müller und seinem Bruder, dem Geschichtsschreiber Johann von Müller aus den Jahren 1789 bis 1799. In diesen Briefen beschwerte sich der Geschichtsschreiber des öfteren über die sich alles einverleibenden Berner.

«Vor hundert Jahren waren die Führer Aristokraten, jetzt sind es Radikale; aber in diesem Punkt sind sie Ein Herz und Eine Seele. Wenn das politische Leben an einem Punkt zusammenströmt und zudem noch die spezifische Färbung dieses Punktes annimmt, da entstehen Gefahren ohne Ende. (...) Darum ist nicht eine Zentralisation der öffentlichen Anstalten, sondern vielmehr deren möglichste Vertheilung auf die verschiedenen Landestheile angezeigt.»⁵¹

Dass die Ostschweiz nicht geschlossen hinter Zürich stand, bewies einerseits die Antimuseums-Petition, welche immerhin zwei Vereine und sechzehn Private aus Schaffhausen unterschrieben hatten und andererseits ein Artikel im «Berliner Tagblatt». Dieses druckte einen Vorschlag der «Ostschweiz» ab, der von den Zürcher Blättern, aus verständlichen Gründen, verschwiegen wurde.

«Die <Ostschweiz> fordert für den Fall, dass der Nationalrath an Bern als Landesmuseumssitz festhält, die Regierung und den Stadtrath von Zürich auf, die Initiative zu ergreifen für eine Konferenz von Delegirten jener Kantonsregierungen und Stadtbehörden der Schweiz, auf deren Territorien sich historische Museen befinden, zum Zwecke einer gemeinsamen Eingabe an den Bund, er möge die von ihm erworbenen Alterthümer auf die verschiedenen Museen der Schweiz vertheilen.»⁵²

Diese Idee war aus einem Grund für Zürich völlig untauglich: Die Limmatstadt wies kein echtes, öffentliches, historisches Museum auf und würde im Fall einer solchen Lösung wohl ziemlich leer ausgehen.

5.4. Der Bern-Zürcherische Eisenbahnhandel

Im Vorfeld der Sommersession 1891, im Verlauf derer Zürich zum Sitz des Landesmuseums bestimmt werden sollte, begann in den Rängen Berns die Suche nach Stimmen für Zürich. Eine eigentlich etwas seltsame Geschichte, nachdem immer wieder vorgerechnet worden war, wie einfach Zürich ein Stimmenmehr zustande bringen könne. Selbst ohne die Stimmen der Westschweiz und des verärgerten, sich querstellenden Basels. Das Buhlen der Zürcher bei Berns Abgeordneten und deren teilweises Einlenken machten die übrige Schweiz, allen

voran Basel, mehr als nur stutzig. Die «Schweizer Allgemeine Zeitung» brachte die Vermutung eines grossen Schachers zwischen Zürich und Bern auf, in deren Zentrum der Rückkauf der Zentralbahn-Aktien stehe. Für die Presse war das ein gefundenes Fressen, denn «das Volk hasst den Schacher⁵³».

Neben dem Sitzentscheid für das Landesmuseum stand im Jubeljahr der Eidgenossenschaft auch die Verstaatlichung der Bahnen zur Debatte. Ein Schritt, der eigentlich schon überfällig war, denn immer mehr zeichnete es sich ab, dass die privaten Eisenbahngesellschaften mit dem gigantischen Kapitalbedarf für den Streckenbau überfordert waren. Dazu kam, dass sich die Kantone und der Bund stark an den Projekten beteiligten, indem sie massenhaft Aktien zeichneten. Die Aktionäre der gutgehenden Bahnen waren von der Verstaatlichung verständlicherweise nicht gerade angetan. In Zürich erwuchs dem Vorstoss, vor allem aus Kreisen um die einflussreiche Nordostbahn, der Bahn Zürichs, energischer Widerstand. In Bern hingegen liebäugelte man mit der Verwaltung der Bundesbahnen, die wohl in die Bundeshauptstadt zu liegen käme. Ein entsprechendes Verstaatlichungsgesetz wurde per Referendumsabstimmung vor derhand verhindert. Erst 1898, im Eröffnungsjahr des Landesmuseums, wurden die Bahnen, diesmal mit überwältigendem Mehr, verstaatlicht.

Der Eisenbahnbau⁵⁴

Die erste Eisenbahnstrecke der Schweiz war bekanntlich die Spanisch-Brötli-Bahn zwischen Zürich und Baden, welche 1847 ihren Betrieb aufnahm. Die Nordbahn, wie sie auch genannt wurde, war das, was von der Basel-Zürich-Eisenbahngesellschaft übrig geblieben war, die 1841 liquidiert worden war. Diese Gesellschaft hatte das ehrgeizige Ziel gehabt, Zürich via Basel ans bestehende Eisenbahnnetz Deutschlands anzuschliessen. 1852 scheiterte ein erstes Eisenbahngesetz, das den staatlichen Bahnbau sichern sollte, im Parlament. Ganz entschieden gegen das Gesetz stemmte sich auch Zürich. Dies, weil man – nicht ganz zu Unrecht – fürchtete, vom Zentralbahnprojekt übergangen zu werden, da Zürich erst in einer zweiten Phase ans Netz Bern-Basel hätte angeschlossen werden sollen. An vorderster Front kämpfte Alfred Escher⁵⁵ gegen das Gesetz. In der Folge setzte der Eisenbahnbau mit ungeheurem Kraftaufwand ein und führte dazu, dass bereits 1862, also nur zehn Jahre später, sämtliche Städte der Schweiz per Bahn erreichbar waren. In Zürich ging 1853 die Nordostbahn-Gesellschaft (NOB) aus den beiden bestehenden Gesellschaften Nordbahn und Zürich-Bodenseebahn hervor. Ihr Direktor wurde Alfred Escher. Bereits drei Jahre später ging die Nordostbahn in Aargau ans Netz der Zentralbahn und hatte damit den erwünschten Zugang nach Frankreich und Deutschland. Obwohl sich Kanton und Gemeinden in zum Teil erheblichem Umfang an den Bahnen beteiligten, entstand durch ihren Bau ein nie dagewesener Finanzbedarf, den nur die grossen französischen



Karikatur auf Alfred Escher und die Gotthardbahn. Ihm zu Füßen, zerlumpt, die «Nationalbahn», neben ihm sein Lieblingskind, die «Nordostbahn». Über ihr hängt bereits das Damoklesschwert. Aus einer satirischen Zeitung zum Sechseläuten 1880.

Banken decken konnten. Um sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen, gründete Alfred Escher 1856 die Kreditanstalt, deren ausschliesslicher Zweck die Finanzierung der NOB und später anderer Bahnen war.

Das Nationalbahndebakel

1875 wurde in Winterthur die Nationalbahn aus der Taufe gehoben, ein Projekt, das auf der Absicht gründete, die mittlerweile mächtige NOB zu konkurrenzieren. Sie sollte eine Verbindung von Konstanz über Winterthur an den Genfersee anbieten. Eigens für die Finanzierung der Bahn wurde die Kantonalbank als «Volksbank» geschaffen. Mit der Nationalbahn sollten Zürich und Bern absichtlich umfahren werden. (Bestehende Pläne, Zürich ins Netz einzubeziehen, scheiterten am Lobbying Eschers in den Räten von Stadt und Kanton.) Damit war das Todesurteil über die Nationalbahn bereits gesprochen. 1878 verfügte das Bundesgericht den Konkurs. Winterthur, das sich stark verschuldet hatte, stand am Rande des Ruins. Doch am meisten schmerzte die demokratischen Winterthurer die Tatsache, dass Eschers NOB die Nationalbahn nun praktisch für ein Butterbrot aufkaufen konnte. Die Nationalbahn war nämlich auch das Projekt der Demokraten gegen die «Herrenbahn» und deren «Herrenbank»

gewesen. Gemeint waren damit die «NOB» und die Kreditanstalt des liberalen Zürich. Die Verbitterung über das Nationalbahndebakel stand den Winterthurern auch 1891, im Jahr des Sitzentscheids, noch ins Gesicht geschrieben. Die letzte Rate aus den Garantieverpflichtungen aus diesem Projekt bezahlte die Stadt erst 1935.

Bereits am 20. April 1891 druckte das «Berner Tagblatt» eine kleine Notiz, die prädestiniert war, weite Kreise stutzig zu machen. Darin kritisierte das Blatt insbesondere seine untreuen Nationalräte, die in der Aprilsession gegen die Definitivklärung der Wahl von Bern als Museumsstandort gestimmt hatten. Faktisch hätte dies das Ende des Landesmuseums-Projekts bedeutet, da damit die benötigte Übereinstimmung der Räte nie zustande gekommen wäre. Einmal mehr waren es die vergrämten Basler, die den Grund für die plötzliche Zürichfreundlichkeit dieser Berner zu kennen glaubten.

«Die «Neue Zürcher Zeitung» dankt auf das Lebhafteste denjenigen Bernern, welche im Nationalrath gegen die Definitivklärung des Museumsbeschlusses stimmten. Es nimmt sich zierlich aus, dieses Zürcher Kränzlein auf den Bernern «têtes carrées» wegen einer Haltung, die dem Interesse Berns zuwiderliefe! Nach einer Korrespondenz der «Basl. Nachr.» dachten die betreffenden Berner, sie wollten den Zürichern das Museum opfern, um die eidg. Zentralbahnverwaltung (und den Sitz der eidg. Bahnverwaltung überhaupt) zu kriegen.»⁵⁶

Interessant ist, dass sich Zürich tatsächlich um die Berner bemühen musste, da es nicht in der Lage war, genügend Stimmen zu mobilisieren. Dies, obwohl immer wieder akribisch vorgerechnet wurde, dass Zürich zusammen mit der Nordost- und der Innerschweiz 76 von insgesamt 140 Stimmen im Nationalrat besitze⁵⁷. Einige Zeitungen meldeten, dass «ein Theil der bernischen Abgeordneten in der Bundesversammlung auf den Sitz des Landesmuseums zu Gunsten Zürichs verzichten wolle⁵⁸.» Am 1. Juni ging die «Neue Zürcher Zeitung» in die Offensive und plazierte den Leitartikel «Kein Schacher um das Landesmuseum» auf seiner Frontseite. Darin wurde die Basler «Allgemeine Schweizer Zeitung» zitiert, welche sich auf eine Quelle aus Genf berufen hatte:

«Von befreundeter Hand geht uns zu das Kursblatt eines Genfer Wechselagenten, und in diesem finden wir die folgende Aussage: «Hier haben sich die Eisenbahnwerthe wieder befestigt; es herrscht ein lebhaftes Begehren nach Bons der Simplonlinie zu 33 Fr. Man glaubt, der Ankauf von 50000 Zentralbahn-Aktien werde von den Räten beschlossen, da wie man sagt, die Zürcher dem Projekte sich anschliessen, wenn Bern das Landesmuseum Zürich überlässt.»⁵⁹

Die «NZZ» dementierte dieses Gerücht aufs entschiedenste. Man wisse genau, dass sich die Zürcher Vertreter in der Frage der Eisenbahnverstaatlichung spalteten und zwar aus verschiedenen Gründen. Dies gelte sowohl für Liberale, wie Demokraten, aber in keinem Fall aus der Überlegung heraus, damit das Landesmuseum zu gewinnen. Zum Beweis wurde eine Versammlung angeführt, die jüngst stattgefunden hatte und deren Thema Zürichs gegenwärtige Stellung in der Landesmuseumsfrage war.

«Durch alle Reden, die daselbst gehalten wurden, ging ein Ton, nämlich der, Zürich dürfe unter keinen Umständen das Museum sich durch einen Schacher erwerben. Wir wollen lieber kein Museum, als ein solches, das wir bloss unter Versprechungen für ganz andere Dinge erhalten müssten.»⁶⁰

Die Entschiedenheit, mit der diesen Anschuldigungen begegnet wurde, war schon beinahe wieder verdächtig. Zumindes gemäss den von Durrer untersuchten Briefen war man einem Schacher ja nicht grundsätzlich abgeneigt, denkt man an den Handel mit den Zürcher Katholiken. Der «NZZ», als Macherin des Zürcher Saubermann-Images in der Landesmuseumsfrage, mögen solcherlei Anschuldigungen arg zugesetzt haben. Dazu kam, dass sich die «Neue Zürcher Zeitung» nur kurz zuvor im Zusammenhang mit dem Python-Handel zur eigentlichen Wortführerin der Entsetzten gemacht hatte. Ob sich ein solcher Eisenbahnhandel tatsächlich abgespielt hatte, wie dies die Basler zu wissen glaubten, ist schwierig nachzuweisen. Es ist aber interessant, dass sich Heinrich Angst, der am ehesten als Initiant eines solchen Schachers in Frage kam, genau zu diesem Zeitpunkt von seinem Sprachrohr, der «Neuen Zürcher Zeitung», distanzierte und ihr vorwarf, sie werde von der Kreditanstalt ferngesteuert⁶¹. Angst schrieb seinem Freund Jakob Kaiser, Archivar in Bern:

«Hier hat sich eine Art Verschwörung gegen das Landesmuseum gebildet! Sie meinen vielleicht, ich spasse, allein die Sache ist durchaus ernst und ich bin aufs zuverlässigste von den Absichten der betreffenden Herren unterrichtet. Sie werden bemerkt haben, dass die «Neue Zürcher Zeitung» (die beiläufig gesagt, jetzt ganz ins Fahrwasser der Kreditanstalt eingelenkt hat) zweimal wiederholte, man werde in Zürich nicht untröstlich sein, wenn man das Landesmuseum nicht bekomme. Dadurch und auf Grund von Mitteilungen, die auf andern Wegen nach Bern gedrungen, soll der Eindruck hervorgebracht werden, in Zürich werde man die Sache leicht nehmen. Natürlich sind die Nordostbahn-Männer und Leiter der Kreditanstalt vom Gegenteil überzeugt und werden, nachdem Zürich im Nationalrat wieder unterlegen ist, alles tun, um den Unwillen zu schüren. Die

ganze Aktion gilt der Verstaatlichung. Die Nordostbähler fürchten sich vor derselben und hoffen, durch Verwerfung des Centralbahnaktienkaufs die Verstaatlichung auf längere Zeit verhindern zu können, welche Rechnung nicht ganz unwahrscheinlich ist. Schöne Patrioten nicht wahr? Und diesen Leuten arbeiten die Berner Büffel in die Hände.»⁶²

Angsts vielleicht etwas gesuchte Verschwörungstheorie wurde kurz darauf im demokratischen Winterthurer «Landboten» im Artikel «Eine seltsame Mähr macht in Zürich die Runde» praktisch wortwörtlich veröffentlicht, wie er sie in seinem Brief an Kaiser formuliert hatte⁶³. Obwohl der Artikel ohne Namen erschien, war es naheliegend, dass er aus Angsts Feder stammte oder zumindest durch seine Anregung entstanden war. Von der «NZZ» fühlte sich Angst verraten. Zwar war er von seiner politischen Gesinnung her Demokrat, hatte aber bis zu diesem Zeitpunkt nie im «Landboten», dem offiziellen Organ der Demokraten, publiziert. Was in diesem mutmasslichen Handel den Bernern hätte angeboten werden können, waren so oder so vor allem die Zürcher Stimmen der Abgeordneten aus Winterthur und Umgebung. Diese hegten seit dem Debakel ihrer Nationalbahn einen regelrechten Hass auf die «NOB» und deren Interessenvertreter. Ein solcher Handel hätte aus der politischen Konstellation und den Interessen der Freunde einer Verstaatlichung bestimmt stattfinden können. Allein beweisen liess sich dies nicht. Dazu kam, dass ja gerade aus Winterthur einige Stimmen sich gegen das Landesmuseum in Zürich erhoben. Angst jedenfalls erwähnte diesen Kuhhandel in seiner Gründungsgeschichte mit keiner Silbe. Durrer belässt es kommentarlos beim Abdruck des oben zitierten Briefs. Beides spricht eher dafür, dass entsprechende Verhandlungen wirklich stattgefunden hatten.

Wie dem auch sei, vor der Wahl Zürichs bestätigten verschiedene Blätter, dass ein Teil der Berner bereit sei, für Zürich zu stimmen.

«Auch die Berner Blätter bestätigen die von einem Basler Blatt zuerst gebrachte Nachricht, dass ein Theil der bernischen Abgeordneten in der Bundesversammlung auf den Sitz des Landesmuseums zu Gunsten Zürichs verzichten wolle. Nach dem einen der betreffenden Blätter wäre Hr. Bundesrath Schenk der Vater dieses Gedankens. Andere Zeitungen nehmen an, der Verzicht erfolge, weil Bern Aussicht auf Entschädigung in anderer Form habe.»⁶⁴

In der Abstimmung vom 18. Juni 1891 stimmte ein beeindruckender Teil der Berner für Zürich. Am Abend zuvor trafen sich die Berner Nationalräte, um über ihr Vorgehen zu beraten. Man wurde sich aber nicht einig. «Deshalb wer-

den sich leider in der heutigen Abstimmung im Nationalrath die Stimmen der Berner zersplittern», meldete ein enttäushtes «Berner Tagblatt»⁶⁵. Über die Motive derjenigen Berner, die für Zürich stimmten, kann nur spekuliert werden. Da Bern so oder so ein neues Museum baute, hätte es den Bernern ja nur recht sein können, wenn das eidgenössische Projekt vorerst Schiffbruch erlitten hätte. Und die eindringlichen Worte des Bundespräsidenten, im Jubeljahr ein Zeichen der Grösse zu setzen, waren nachweislich für Bern von kleiner Bedeutung, denn die Meinungen waren ja, gemäss Berner Zeitungen, bereits am Vorabend gemacht. Bei der Homogenität der Berner Nationalräte, mit einer Ausnahme alles radikale Politiker, lag ein Schacher nahe. Gepaart vielleicht mit dem guten Gefühl, im Jubeljahr dazu noch eine eidgenössische Tat begangen zu haben.

5.5 Die rein touristischen Interessen

In einem ersten Stadium des Streits, etwa bis Mitte 1889, traktierten sich Bern und Zürich gegenseitig mit der Behauptung, die gegnerische Stadt interessiere sich nur aus rein wirtschaftlichen Gründen für das Landesmuseum. Dass sich das Landesmuseum als wichtiger wirtschaftlicher Faktor auswirken könnte, scheint uns heute recht weit hergeholt. Im damaligen Klima des bürgerlichen Kultur- und Geschichtsverständnisses aber ging vom Landesmuseum durchaus eine grosse Anziehungskraft aus. So reisten Familien aus anderen Kantonen am Sonntag tatsächlich nach Zürich, um sich «das Erbe der Väter» zu Gemüte zu führen. Auch pilgerten Schulklassen aus der ganzen Schweiz in den eidgenössischen «Kulturtempel». Nüchtern betrachtet, schauten aber aus wirtschaftlicher Sicht auch vor hundert Jahren für den Museumsstandort kaum mehr als die Bahnkarte und ein Mittagessen in einem der umliegenden Gaststätten heraus. Ende des letzten Jahrhunderts war Zürich per Bahn von jeder anderen Stadt der Schweiz aus innert weniger Stunden zu erreichen. Selbst Tessiner hätten sich deshalb kaum gezwungen gesehen, für ihren Besuch im Museum eine Hotelnacht zu buchen. Der versprochene grosse Aufschwung im Fremdenverkehr war also in Wirklichkeit eine ziemliche Übertreibung. Sie entstammt der Zeit, als man alle nur erdenklichen Vorteile anpries, um den für damalige Zeiten doch beträchtlichen finanziellen Aufwand für die Erstellung eines solchen Gebäudes zu rechtfertigen.

Seinen Anfang nahm dieses Argument an der legendären Versammlung zum Thema Nationalmuseum des «Liberalen Vereins Zürich» vom 17. Dezember 1888. Dort machte vor allem Sekundarlehrer Jakob Heierli⁶⁶ kräftig Propaganda

für das ehrgeizige Projekt. Zugegen war praktisch das ganze Initiativkomitee. Hier wurde der günstige Einfluss auf die Fremdenindustrie erstmals explizit erwähnt. Der Vortrag Heierlis, in der «Züricher Post» abgedruckt, stiess der «Berliner Zeitung» sauer auf. Das wiederum veranlasste die «Neue Zürcher Zeitung» zu einem Kommentar:

«Das Berner Intelligenzblatt nimmt aus einem Referate der «Züricher Post» über die demokratische Versammlung im Hotel Central Anlass, zu behaupten, man wünsche in Zürich das Nationalmuseum nicht der Ehre wegen, sondern «vom Geschäftsstandpunkt» aus, «für die Fremdenindustrie».»⁶⁷

Mit neidischen Blicken schaute das Zürcher Initiativkomitee einige Monate später nach Bern. Im Februar 1889 verabschiedete die Stadt Bern einen stattlichen Kredit von einer Viertelmillion zum Bau eines Nationalmuseums auf dem Areal des Kirchenfeldes. Ein Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» sah hier den willkommenen Anlass, den Bernern die Retourkutsche zu schicken:

«In jener Berathung des bernischen Grossen Rathes fiel uns Eines unangenehm auf: das war die beinahe zynische Art und Weise, wie einige Redner die Frage des Nationalmuseums fast ausschliesslich von Standpunkte der Fremdenindustrie aus betrachteten. «Wir haben jetzt die Brünigbahn, und müssen jetzt das Nationalmuseum noch dazu haben, damit die Fremden, die das Oberland besuchen, um so eher zu uns nach Bern kommen». (...) Bis jetzt wussten wir nicht, dass das Interesse der Gastwirthe im Berner Rathsaal den Ausschlag gebe. Wir waren des Glaubens, das Nationalmuseum werde in erster Linie für uns Schweizer geschaffen, es sei da, um die historischen Denkwürdigkeiten unseres Landes, ehrwürdige Alterthümer und gute Vorbilder früherer Kunstgewerbe für uns zu sammeln und zu erhalten.»⁶⁸

Obwohl vom angeblichen Berner Verhalten brüskiert, scheute sich das Zürcher Initiativkomitee nicht, seine erste erklärende Broschüre «An Zürichs Bevölkerung zu Stadt und Land»⁶⁹ in Zusammenarbeit mit der Stadtzürcher Verkehrskommission zu verfassen. Die «Neue Zürcher Zeitung» sah sich zu einer argumentativen Spitzkehrer veranlasst:

«Wie in der Berathung im bernischen Grossen Rathe genügend hervorgehoben worden ist, werden die Verkehrsverhältnisse des zukünftigen Sitzes des Nationalmuseum durch dieses wichtige Institut stark beeinflusst werden: Grund genug für die Verkehrskommission, der Sache ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken.»⁷⁰

Bereits im Januar hatte sich Bern öffentlich zur Feststellung bekannt, dass ein Nationalmuseum «einen mächtigen Anziehungspunkt bildet für Besucher von nah und fern, für Einheimische sowohl wie für Fremde»⁷¹. Und auch in Zürich hatte man, nach dem Outing seines Widersachers, plötzlich keine Probleme mehr mit den «niederen Interessen» der Fremdenindustrie. So meldete der Korrespondent der «NZZ» jetzt:

«Die ökonomischen Vortheile reichhaltiger Sammlungen sind keineswegs gering zu schätzen, da denselben in unserem Zeitalter weitverbreiteter geschichtlicher Forschungen eine bedeutende Anziehungskraft für Einheimische und Fremde innewohnt.»⁷²

5.6. Die Antimuseums-Petition

Basel hatte weder im Ständerat noch im Nationalrat eine reelle Chance auf den Sitz und schied bereits am 18. Dezember 1890 verbittert aus. Die Basler, die während des Kampfs nicht müde geworden waren, an den Gerechtigkeitsinn der Bundesgenossen zu appellieren, erwiesen sich aber als schlechte Verlierer. Nachdem man den eigentlichen Kampf um das Landesmuseum regelrecht verschlafen oder zumindest mit zu weichen Bandagen geführt hatte, formierte sich jetzt, als klar war, dass das Museum nicht nach Basel kommen würde, heftigster Widerstand gegen ein zentrales Nationalmuseum. Dieser Wandel vom Paulus zum Saulus ist insofern verständlich, als man mit der Restauration der Barfüsserkirche bereits begonnen hatte. Ein Museum würde also so oder so entstehen. Da es kein eidgenössisches sein würde, so eben ein kantonales, und dieses wollte finanziert werden, am liebsten mit Bundessubventionen. Deshalb setzte man jetzt, zusammen mit einigen halbherzigen Kräften aus Luzern, voll auf die Stärkung der kantonalen Sammlungen, anstelle der Schaffung eines nationalen Instituts. Man hatte sogar die leicht verwirrlische Idee, das Landesmuseum an sich zwar zu befürworten, es aber nicht an eine einzige Stadt zu vergeben. Vielmehr sollte es auf die vier streitenden Städte aufgeteilt werden. Dieses Gedankengut wurde in der sogenannten Antimuseums-Petition formuliert. Dahinter standen die beiden Staatsarchivare von Basel und Luzern, Rudolf Wackernagel und Theodor von Liebenau. Obwohl die «Petition» dem Projekt nicht wirklich gefährlich wurde, sorgte sie für einigen Aufruhr. Vor allem «der Fuchs an der Limmat»⁷³, der sich als Hauptopfer der Basler Gemeinden sah, reagierte entsprechend entrüstet.

Knapp zwei Wochen nach der bitteren Niederlage in den Räten, am 31. Dezember 1890, erschien in den «Basler Nachrichten» ein Korrespondenzbericht, der die neue Haltung Basels vorwegnahm.

«Das Landesmuseum, so hübsch die Idee scheinen mag, widerspricht in erster Linie den gegebenen und wahrscheinlich noch eine zeitlang fortbestehenden Verhältnissen, da die Schweiz zunächst ein Föderativstaat ist, dessen einzelne Bestandtheile, jeder für sich, ihre besondere, historisch genau markirte Vergangenheit und Geschichte haben. (...) Die Idee, das Projekt eines Landesmuseums fallen zu lassen und dafür kantonale Museen unterstützen zu lassen, entspricht nicht allein der Billigkeit, sondern auch dem praktischen Bedürfnisse, indem der Bund mit seinen reichen Mitteln, je nach Gelegenheit und Bedürfnis, die kantonalen Sammlungen entsprechend ihrem Charakter wird ergänzen und bereichern können.»⁷⁴

Mit einer Reihe von Artikeln in den «Basler Nachrichten», unter dem vielversprechenden Titel «Über den Werth eines Landesmuseums», ebnete Staatsarchivar Wackernagel⁷⁵ den Weg für die sogenannte Petition, die eigentlich gar keine war. Nach einer unglaublichen Herabspielung des Verlusts für Basel und einer Schelte an die Adresse Zürichs stellte der Autor die Wünschbarkeit, die historischen Gegenstände der Schweiz «unter ein Dach zu bringen», ganz generell in Frage.

«Basel ist von Anfang an nicht so begehrt aufgetreten, wie Manche es gewünscht hätten; für Basel hingen die Trauben weder zu hoch noch zu tief, weil es eben nicht braucht nach Trauben auszugehen; aber der Fuchs an der Limmat wird zugeben müssen, dass für ihn die Trauben nicht reif genug sind, denn, wenn er auch auf alle Kisten steigt, so kann er sie vielleicht doch nicht erlangen. (...) wo liegt die Gewähr, dass die materiellen und idealen Früchte im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern ausfallen werden? (...) Schon deshalb, weil uns [im Landesmuseum] die Dinge gleichzeitig, sozusagen encyklopädisch entgegnetreten, können die eigentlichen Wissenschaften, deren Stärke auf strenger Spezialisierung beruht, nicht viel Positives dabei gewinnen.»⁷⁶

Noch verzweifelter wurde es tags darauf, als der zweite Teil des Artikels erschien. Wackernagel holte zu einem absurden Rundumschlag aus, der, streng genommen, auch das Museum in der Barfüsserkirche in Frage stellte.

«Wenn wir aus der Geschichte nichts erkleckliches für die Gegenwart zu gewinnen vermögen, um so weniger werden wir aus den Überlieferungen, auf welche sich jene stützt, etwas positiv Nützliches erhalten können. (...) Alte Kunstobjekte sind immer etwas Interessantes, wenn auch oft ihr gei-

stiger Inhalt sehr wenig bedeutet. Aber selbst das Studium der besten klassischen Werke, wenn es einseitig betrieben wird, kann auf den Kunstschüler verderblich wirken, wenn er nicht stark genug ist, die ihm unbesusst sich aufdringende Manier, welche das Kopiren mit sich bringt, zu bewältigen.»⁷⁷

Der Artikel schloss mit einem gänzlich verklärten Plädoyer zur Förderung der gegenwärtigen Kunst, der Technik und einer neuen Schweiz, um «nach Hinwegräumung des mittelalterlichen Schuttes, die heimathliche Stätte auszubauen, wo ein moralisch und physisch gesundes Volk wohnen wird⁷⁸».

Dieser radikale Gesinnungswandel wurde in der übrigen Schweiz mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Dabei blieb der «Nebelspalter» dem Basler Initianten nichts schuldig. Kurz nach Erscheinen der zwei erwähnten Artikel zerpfückte er Wackernagel nach allen Regeln der Kunst.

**«Die Geheimpetition gegen das Landesmuseum⁷⁹
zur Vertheilung an die Bundesversammlung per 1. April 1891 bestimmt.**

Loquitor Dr. W.i.B.⁸⁰: Jetzt habe ich schon, den wer weiss wie vielen Entwurf zu der Landesmuseumsgesetz-Abschaffungspetition gemacht. Besser geht es nicht mehr, der muss endlich zum Drucke. Meine Freunde, die auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege dem Bundesrath und der radikalen Bande in Bern eins ans Bein geben möchten, nach dem Sprüchwort: «*Man haut den Sack und meint den Esel*,» werden sonst ungeduldig. Ich will das Opus aber nochmals lesen. (Liest):

«*Confidentiell!*» Ist confidentiell auch nothwendig? Doch! Wenn so ein perfider Zürcher oder ein Bernerkloben den Entwurf in die Hände kriegte, das wäre zum Kukuk holen. Also weiter.

«*Es ist Ihnen bekannt, in welch' hohem Grade die Frage des Sitzes dieser eidgenössischen Anstalt allerorten die Gemüther erregt und wie eine eifrige, ja zum Theil erbitterte Diskussion dieser Frage in den öffentlichen Blättern stattgefunden hat.*» Die erbitterte Diskussion ist allerdings hauptsächlich von mir selbst betrieben worden, allein das geht die Andern nichts an.

«*Diese Erregung dauert noch immer fort.*» Ist eigentlich auch nicht wahr; einzig bei uns wird weiter gemault. Von Zürich oder Bern hört man seit Monaten kein Wort mehr. Das ist verdächtig! Wenn nur die verflixten Zürcher nicht so ruhig wären; wir probirten hier doch alles Mögliche, sie sind aber absolut nicht auf den Leim zu führen.

«*Die Frage hat durch keinen Bundesbeschluss ihre Erledigung gefunden.*» Spiegelfechtere! nur für Simpel berechnet! Dass der Bundesbeschluss vom 27. Juni 1890 mit dem 3. Oktober in Kraft getreten ist, brauche ich meinen Brüdern vom «eidgenössischen Verein» nicht an die Nase zu binden, die können es selbst ausfindig machen, wenn es sie interessirt, «sondern es stehen sich die zwei Schlussnahmen der Rätthe gegenüber, welche

mit solcher Bestimmtheit und so sehr unter Aufbietung aller Kräfte'» – Aufbietung aller Kräfte ist gut; das wird den Bernern und Freiburgern in die Nase stechen – «gefasst worden sind, dass eine Ausgleichung der tiefgehenden Differenzen nicht zu erwarten ist!'» Ist natürlich Blödsinn!

Wenn ich jetzt nur wüsste, wie ich hier den Rank finden könnte. Ich habe mir seit Jahren bei der Bewerbung um das Landesmuseum die Finger krumm geschrieben und die schönsten patriotischen Ergüsse losgelassen. Da ich in dieser Eingabe auf einmal das Gegentheil beweise, so kommen die schofeln Kerle in Bern und Zürich gewiss und behaupten, das sei eine gemeine Politik und geschehe bloss, weil die Bundesversammlung die Mittelalterliche Sammlung⁸¹ nicht gleich zum Landesmuseum gemacht habe. Es ist sicher, dass die Zürcher und Berner ordinär genug sind, die Sache so auszulegen. Der folgende Satz gefällt mir nicht recht, ich muss ihn ganz langsam lesen. Einer meiner Kollegen soll bereits hinter meinem Rücken gesagt haben, mein Entwurf blamiere die ganze Petition, das ist aber eitel Eifersucht. *«Wir begrüßen aus voller Überzeugung die vom Bunde beschlossene Schaffung eines Landesmuseums, aber wir verwerfen ebenso entschieden den Gedanken eines einheitlichen und ausschliesslichen Sitzes dieser Anstalt.»* Brillante Idee im Grunde genommen! Etwas kühn, die Bundesväter schlucken sie aber vielleicht doch. Es lebe das Landesmuseum, nieder mit dem Sitz. Wir vertheilen den Sitz! Theilen ist sonst nicht gerade die Liebhaberei meiner Parteigenossen, aber in diesem Falle ist ein Sitzchen immer noch besser, als gar kein Sitz. Wir setzen das Landesmuseum auf viele Sitze, das ist das Richtige! (Stürmt in die Druckerei.)»

Die «Nationalzeitung» ihrerseits war sichtlich bemüht, Wackernagels Ideen mit dem sozialen Frieden im Land zu rechtfertigen. Dieser schien des Sitzstreits wegen mittlerweile ernsthaft in Gefahr zu sein.

«Die Animosität in dieser Frage hat einen solchen Grad erreicht, dass es ein grosser politischer Fehler wäre, die Missstimmung und Verbitterung durch Gründung eines Landesmuseums gleichsam in Permanenz zu erklären. Es ist schon genug Unzufriedenheit und Missmuth im Schweizervolke vorhanden, dass es – im Jahre der Bundesfeier – nicht nöthig ist, noch mehr Zündstoff anzuhäufen.»⁸²

Am 1. April erhielten die Mitglieder der Bundesversammlung Post aus Basel; die sogenannte Antimuseums-Petition⁸³, begleitet von einem Brief von Theodor von Liebenau⁸⁴, Staatsarchivar in Luzern. In der «Petition» wurde kühn zurückbuchstabiert und vor allem die Aufteilung des Landesmuseums auf mehrere Städte propagiert. Im Klartext forderten die Autoren die Beibehaltung des Status Quo, unter Verstärkung des finanziellen Engagements des Bundes zugunsten der kantonalen Sammlungen. Alle kantonalen Museen, vom Bund kräftig unterstützt, sollten sodann zusammen das «Landesmuseum» bilden.

«Der Bund hat schon bis jetzt Grosses und Erfreuliches in dieser Beziehung geleistet, und die Ergebnisse dieser Thätigkeit sind da und dort im Lande aufgestellt, wohin gerade die historische Beziehung des betreffenden Gegenstandes ihn verwiesen hat. (...) Die Erwerbungen des Bundes sollen den zahlreichen historischen Sammlungen unseres Landes erhöhten Glanz und gesteigerten Werth verleihen (...) so dass in dieser Weise ausgestattet und sorglich behütet ringsumher im Lande einzelne abgeschlossene Bilder aus dem Leben der Vorzeit in aller Treue und Schönheit uns vor Augen stehen. Auf solche und ähnliche Art möge der Segen dieser Thätigkeit des Bundes sich über das gesammte Vaterland verbreiten und in diesen mannigfaltigen Äusserungen sich ein einheitliches, weil dem ganzen Lande gehörendes Landesmuseum aufbauen!»⁸⁵

Auch fiel der Verfasser zurück in die längst tot geglaubte Litanei, das Nationalmuseum gefährde die Existenz der bestehenden kantonalen Institutionen:

«Das Bestehen eines derartig abgeschlossenen Museums würde die fernere Wirksamkeit und das Gedeihen sämtlicher historischer Sammlungen der Schweiz untergraben. Denn es wäre keiner dieser Sammlungen möglich, der Konkurrenz einer solchen Centralanstalt zu begegnen. (...) Nicht Anspornung zu gesteigerter Thätigkeit, die doch wahrlich Noth thut, nicht Belebung und Förderung wäre die Folge eines Landesmuseums, sondern das Absterben blühender Institute und damit der Untergang eines allgemein rege gehaltenen historischen und vaterländischen Sinnes.»⁸⁶

Die Eingabe schloss mit einer Formulierung, die in aller Deutlichkeit zeigte, dass die Motive hinter der Petition wohl eher Neid und Missgunst anstelle von echter Besorgnis waren:

«Auch in anderer Beziehung wäre eine derartige Centralisation von den nachtheiligsten Folgen, darin nämlich, dass die aus den Mitteln des gesammten Landes erworbenen Schätze doch nur an einem einzigen Orte zu Geschichte und nur diesem zu gute kämen.»⁸⁷

Unterzeichnet war die Petition, es erstaunt nicht, mehrheitlich von Vorständen und Mitgliedern historischer Sammlungen und antiquarischer Vereine. Es ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen, welches Gewicht dieser Eingabe zugemessen werden soll. Heinrich Angst schrieb seinem Freund Jakob Kaiser in Bern, dass man die Anträge zur Aufhebung des Bundesbeschlusses in der Presse schlicht ignorieren solle, um nicht den Eindruck zu erwecken, über den Bundesbeschluss könne überhaupt noch diskutiert werden⁸⁸. Mit diesem Ratschlag konnten die Zürcher Blätter wenig anfangen.

«Es war für die Herren in Basel und Luzern eben nicht leicht, einen Angriff auf eine Institution zu unternehmen, welche sie kurz vorher noch selbst warm befürwortet und worum die beiden Städte sich ebenfalls beworben haben. (...) Die Geschichte ist zu absurd, um im Ernste besprochen zu werden. (...) Um dieses Fiasko [der fehlenden Unterstützung der Petition] möglichst zu verdecken, wurden die Unterschriften von Privatleuten [aufgeführt], die zufälliger Weise Angestellte der betreffenden Anstalten sind, oder in dem Vereine eine Charge bekleiden.»⁸⁹
«Von den über siebzig historisch-antiquarischen und Kunstgesellschaften und Museen der Schweiz finden wir bloss dreizehn auf der Petition, wovon drei von Basel und zwei von Luzern.»⁹⁰

Für Zürich am schmerzlichsten waren natürlich die 43 Namen aus Winterthur, allen voran diejenige Albert Pfisters⁹¹, des Direktors des Winterthurer Gewerbemuseums, und W. Sträulis, des Vizepräsidenten des Kunstvereins. Die «NZZ» rang sich den gezwungen-lapidaren Kommentar «Ignoramus!» ab⁹². Ansonsten beschränkte man sich in der «Neuen Zürcher Zeitung» darauf, die Unterschriften nach Möglichkeit als unbedeutend zu deklassieren und damit der Petition den Wind aus den Segeln zu nehmen: «Die Analyse der Unterschriften ist so weitaus unterhaltender als der Text der Eingabe, dass wir letzteren beinahe vergessen hätten⁹³.»

Wo stand Winterthur?

Spätestens seit der Antimuseums-Petition, die im April 1891 an die Mitglieder der Bundesversammlung privat versandt wurde, war es für die Zürcher augenfällig, dass in Winterthur weite Kreise offen gegen das Landesmuseum in der Limmatstadt opponierten. Die politischen Differenzen zwischen dem traditionell demokratischen Winterthur und dem liberalen Zürich waren wohl kaum der Grund für diese Unstimmigkeiten. Zu dieser Zeit unterschieden sich die beiden Parteirichtungen nicht grundsätzlich voneinander⁹⁴. Viel eher war da eine tiefe Angst, von Zürich nun endgültig zur Provinz gestempelt zu werden, die so unbegründet auch wieder nicht war. Und dann war da noch die alte Geschichte mit der Nationalbahn. Wen wunderte es da, dass Winterthur in der Schlussphase des Museumsstreits seinen Traum von der grossen Schweizer Industrie- und Kulturstadt wieder auferstehen liess. Ausserdem wurde plötzlich behauptet, die Idee des schweizerischen Nationalmuseums sei in Winterthur geboren.

Der findige Pfarrer Seewer aus Winterthur brachte den Stein ins Rollen, als er am 3. September 1890 darauf hinwies, dass der «Landbote» bereits 15 Jahre zuvor einen Artikel mit dem Titel «Ein schweizerisches Nationalmuseum in Winterthur» publiziert hatte⁹⁵. Der «Landbote» druckte nur drei Tage später den genannten Artikel erneut ab. Ein nicht näher genannter «Gelehrter vom Lande» plädierte darin für ein Nationalmuseum

in Winterthur, weil es die fortschrittlichste Stadt der Schweiz sei und deshalb der einzige Ort, wo ein solches Museum entstehen könne. «Allerdings müsste die volksthümliche Seite der Sache durchaus nicht übersehen werden. Die Nationalmuseen sind überall stark besucht und als Mittel zur Erhaltung nationalen Sinnes nicht zu unterschätzen»⁹⁶.

Dass man es in Winterthur mit einer speziellen Art von Zürchern zu tun hatte, beweist ein weiterer Artikel im «Landboten», der im Juni 1888 deutlich gegen Bern und Zürich als Sitz des Museums Stellung nimmt. «Nicht einer soll Alles haben und beanspruchen!⁹⁷» Der «Landbote» vertrat damals noch die Ansicht, Basel müsse berücksichtigt werden.

Als es 1891 aber hart auf hart ging, mögen sich die meisten Winterthurer wohl doch eher für Zürich als für Bern erwärmt haben. Am 13. Dezember 1890 erschien im «Landboten» der Artikel «Wohin gehört das Nationalmuseum? Haltet fest an Zürich!⁹⁸» Nationalrat Vogelsanger⁹⁹ schrieb Angst im Dezember 1890: «Es ist ja möglich, dass er (Nationalrat Albert Locher¹⁰⁰, Redaktor des «Landboten») keine Begeisterung hat für Zürich; stehen sich aber, was anzunehmen ist, schliesslich Bern und Zürich gegenüber, so wird er selbstverständlich für Zürich votieren, das auch, wie ich hoffe, siegen wird¹⁰¹.» Zu demselben Schluss kam eine eingesandte Stellungnahme, die am 14. April, während der Frühlingssession 1891, abgedruckt wurde: «Die schliessliche Beantwortung der Frage, ob ein Landesmuseum in Bern einem solchen in Zürich vorzuziehen ist, wird keinem Winterthurer langes Kopfzerbrechen verursachen¹⁰².»

Den schwersten Stand in der Presse hatte erwartungsgemäss der Autor der Petition. Dr. Rudolf Wackernagels Wandel vom eifrigen Befürworter eines nationalen Museums zu dessen erbittertstem Gegner wurde genüsslich zerpfückt:

«Ganz zuletzt unter den Baslern figurirt eine Unterschrift, die uns sofort anheimelte. Wir glaubten dieselbe unter einer frühern Eingabe an die Bundesversammlung, damals aber an weit hervorragenderer Stelle gesehen zu haben. Wirklich zeigte es sich, dass der gleiche Name mit noch drei andern unter der Bewerbung Basels von 1888 um den Sitz des Landesmuseums steht... Schade, dass der Verfasser derselben die viertägige Debatte im Ständerat im Dezember 1889 nicht mit angehört hat. Er hätte in diesem Falle einfach das Votum des verstorbenen Landamann Rusch zu Gunsten der Lokalmuseen stenographiren und drucken lassen können. Origineller als seine Petition wäre dasselbe gewesen und gescheidter auch.»¹⁰³

Anhand der Antimuseums-Petition zeigt sich deutlich, wer im Streit um das neue Institut die besseren Karten hatte. Angst nämlich richtete am selben Tag, an dem die Petition den Mitgliedern der Bundesversammlung ins Haus flatterte, im Namen der «Eidgenössischen Kommission für Erhaltung», eine Eingabe an

die Bundesversammlung. Diese sollte der Forderung nach einem zentralen Landesmuseum noch einmal mit aller Deutlichkeit Nachdruck verleihen. Publik gemacht wurde die Eingabe, wie für Angst üblich, durch einen zweiteiligen Leitartikel in der «NZZ», mit dem Titel «Zu Gunsten des Landesmuseums»¹⁰⁴. Die Eingabe der Kommission listete die sich im Besitz des Bundes befindlichen Gegenstände auf und wies auf deren desolaten Zustand hin, was die Pflege und Unterbringung dieser Schätze betreffe. Die Kommission hatte in den knapp fünf Jahren ihres Bestehens nicht weniger als 18'817 Sammlungsgegenstände im Wert von über einer halben Million Franken zusammengekauft. Bei diesem Sammlungseifer wundert man sich nicht, wenn die Mitglieder ein geeignetes Gebäude forderten. An prominentester Stelle figurierten nach wie vor die Zimmereinrichtungen, die nach Meinung Angsts geradezu nach einem neu zu erstellenden Gebäude schrien:

«Alle Versuche, die genannten, an Ort und Stelle belassenen oder magazinierten, grösseren Objekte vorläufig einzeln in kantonalen Museen unterzubringen, sind gescheitert. Nirgends findet sich Platz dafür, nicht einmal in Basel, Bern oder Zürich.»¹⁰⁵

Diese Eingabe, die, weil auf korrektem Weg eingereicht, die Antimuseums-Petition völlig in den Schatten stellte, stiess vor allem Basel sauer auf. In den Räten wurde auf die Antimuseums-Petition praktisch nicht eingegangen. Am 9. April wird die Sitzabstimmung wieder aufgenommen. Einmal mehr war eine Einigung unmöglich. Verstärkt wurde das ungute Gefühl der Basler durch die Tatsache, dass sich der Ständerat am 14. April erneut deutlich für Zürich aussprach und seinen Entscheid auf Antrag des Urners Gustav Muheim, einem Freund Angsts, für definitiv erklärte. Damit hatte Zürich eine grosse Hürde genommen. Denn fortan würde das Museum entweder an die Limmat kommen oder gänzlich scheitern. Gleichentags veröffentlichte deshalb die «Nationalzeitung» den verbitterten Artikel «Landesmuseum und kein Ende!». Darin kamen vor allem Zürich und mit ihm Heinrich Angst an die Kasse:

«Die Schweizerische Kommission für Erhaltung vaterländischer Altertümer hat kürzlich auf betreiben von Zürich her (das überhaupt in dieser Angelegenheit durch den bekannten Konsul und Antiquitätensammler Angst eine überaus zudringliche Propaganda entfaltet) diese Nothwendigkeit eines Zentralmuseums damit zu begründen gesucht, dass die vom Bund bereits angekauften Objekte in den kantonalen Museen keine Unterkunft fänden, also in einem eidg. Sammlungsgebäude plaziert werden müssten. Das ist eine tendenziöse Mache, welcher mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muss. Bekanntlich werden Bern und Basel

Würdiger Wunsch.



Der „eidgenössische Verein“ wünscht aus „eidgenössischen“ Gründen nochmalige Wiederholung dieses erbaulichen Schauspiels in unsern Räten.

Karikatur im «Nebelspalter» vom 4. April 1891. Text: «Würdiger Wunsch. Der «eidgenössische Verein» wünscht aus «eidgenössischen Gründen» nochmalige Wiederholung dieses erbaulichen Schauspiels in unseren Räten.»

für ihre Alterthumssammlungen Raum in Hülle und Fülle schaffen (...) wenn die Vertreter in Bern auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen wollten, hätten sie dem traurigen Spiel längst ein Ende gemacht und das Landesmuseumsprojekt zur ewigen Ruhe bestattet. (...) So schön und verlockend der Gedanke eines schweizerischen Landesmuseums sich am Anfang seines Entstehens präsentirte, so sehr häuften sich die schwersten Bedenken gegen die Schaffung einer solchen Anstalt, als man sehen musste, wie Eigennutz, Missgunst und uneidgenössische Rücksichtslosigkeit sich verdrängten und das schöne Bild verzerrten.»¹⁰⁶

Nach der deutlichen Schlappe ihrer «Petition» sahen sich die Gegner des Landesmuseums durch die erneute Uneinigkeit der Räte bestätigt, ihre Bestrebungen fortzusetzen. Im Mai 1891, vor der alles entscheidenden Sesssion, in welcher Zürich endlich den Sitz gewinnen sollte, richteten sie deshalb erneut eine Eingabe an die Bundesversammlung, mit dem vielversprechenden Untertitel «Eine Präzisierung der Anti-Landesmuseums-Petition». Verantwortlich dafür zeichnete diesmal ein anderer eifriger Gegner des nationalen Museums. Es war dies der Bündner Nationalrat und Historiker Peter Conrad von Planta¹⁰⁷. Wackernagel durch von Planta zu ersetzen war an sich ein geschickter Zug, denn die Unglaubhaftigkeit des Überläufers Wackernagel hatte der Petition ausgesprochen geschadet. Von Planta zählte seit dem Anfang der Diskus-

Die Unterzeichner der zweiten Antimuseums-Petition¹⁰⁹

- GE C. Bourdillon, Conseiller délégué du musée Genevois
- FR Jean Gremaud, Historiker, Kantonsbibliothekar
- SH Karl Henking, Stadtbibliothekar
- ZG Heinrich Alois Keiser, Vorstand der Zuger Sektion des Historischen Vereins der V Orte
- LU Theodor von Liebenau, Staatsarchivar
- SO Konrad Meisterhans, Professor an der Kantonsschule
- GR Peter Conrad von Planta, Präsident der Historisch-antiquarischen Gesellschaft des Kantons Graubünden
- BS Karl Friedrich Stehlin, Mitglied der Kommission zum historischen Museum Basel
Rudolf Wackernagel, Staatsarchivar, Vorsteher der mittelalterlichen Sammlung
- NE Maurice Tripet, Redaktor der «Archives héraldiques suisses», Préposé aux Archives Cantonales

sion um das Landesmuseum zu dessen konsequentesten Gegnern, und er hätte sich durch nichts und niemanden jemals umstimmen lassen. Zudem wurde die zweite Eingabe formal korrekt als effektive Petition eingereicht und wies bereits einen Gesetzesentwurf auf, der die Verteilung der Sammlung des Bundes auf die kantonalen Museen beinhaltete. Hauptpunkt dieser zweiten Eingabe bildete erneut die Idee, das Museum dezentralisiert zu verwirklichen.

«Die Petition [vom April] war keineswegs gegen das Landesmuseum gerichtet, sondern befürwortete vielmehr ein solches; bloss verlangte sie, dass dasselbe eine den Verhältnissen unseres Landes angemessene Gestalt erhalte. Das Wesentliche an einem Museum ist nicht sein Gebäude, sondern die Sammlung. Darum ist es auch nicht nötig, dass das Landesmuseum sich ausschliesslich auf einen Ort concentrire. Vielmehr ist eine Verteilung desselben über das ganze Land unseren Verhältnissen allein entsprechend. (...) Sodann aber ist tatsächlich kein Anlass dazu vorhanden, in die allgemein rege Tätigkeit der Lokalmuseen mit dem Plan eines ganz neuen und fremden Instituts einzutreten und die so schöne Entwicklung zu stören.»¹⁰⁸

Die «NZZ» unterliess es nicht, am 4. Juni 1891 mit einem neuen Argument Druck zu machen, nämlich, dass es im Jubeljahr zum 600jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft doch möglich sein sollte, den peinlichen Streit beizulegen und eine angemessene Verwirklichung des Geplanten zu finden.

«Zehn Unterzeichner der bekannten Antimuseums-Petition vom April d. J., die von den Eidgenössischen Räten so unbarmherzig unter den Tisch gewischt wurde, haben sich neuerdings mit einer ähnlichen Eingabe an die Bundesbehörde gewandt, die so ausgesprochen föderalistisch gehalten ist, dass man über die politische Tendenz derselben keinen Augenblick im Zweifel sein kann. (...) Es wird immer «eidgenössischer», je näher wir der sechshundertjährigen Bundesfeier rücken.»¹¹⁰

Im übrigen äusserte sich die Presse praktisch nicht zum neusten Vorstoss der Landesmuseumsgegner. Die Meinungen schienen gemacht zu sein. Vielmehr jagten sich in der Presse jetzt die Gerüchte, dass im Nationalrat endlich eine Mehrheit für Zürich gefunden worden sei.

5.7. Die eidgenössische Rechtsschule und andere Luftschlösser

Mit zunehmender Verhärtung der Fronten im Landesmuseumsstreit intensivierte sich die Suche nach einer fairen Lösung, die allen sich bewerbenden Städten gerecht würde. Neben dem immer wieder auftauchenden Vorschlag, das Landesmuseum quasi in den bestehenden kantonalen Museen zu verwirklichen und den Vorstössen, das Museum zwischen Bern und Zürich oder Basel und Bern usw. aufzuteilen, hielt sich vor allem eine weitere Idee hartnäckig. Es war dies die Vorstellung, der Bund solle denjenigen Städten, die leer ausgingen, als Kompensation ein anderes, neu zu schaffendes, ähnlich prestigeträchtiges eidgenössisches Institut zuteilen. Dabei schlug Genf vor, dass ihr, da die Stadt in der Museumsangelegenheit ja völlig übergegangen worden sei, wenigstens das Recht zugesprochen werde, ihre Schule der industriellen Künste zur eidgenössischen Akademie zu machen. Zur Diskussion standen eine eidgenössische Rechtsschule, die Bundesbank, eine Tierarzneischule, ein hygienisches Institut, das in die Welschschweiz zu liegen käme, und die sogenannte eidgenössische Milchversuchsanstalt. Die Ideen für diese Institute waren wohl in den Köpfen einiger eifriger Zentralisten schon lange vorhanden, auf dem politischen Parkett aber waren sie, mit Ausnahme der Bundesbank, bloss Luftschlösser und alles andere als spruchreif. Für Bern wirkte sich dies in bezug auf das Landesmuseum fatal aus. Denn in Zürich merkte man schnell, was die in Aussicht gestellte Schaffung einer eidgenössischen Rechtsschule für Bern bedeuten würde. Da sie als Ausbildungsstätte für Bundesbeamte gedacht war, musste sie fast zwingend in die Bundeshauptstadt. Darüber liessen die Zürcher Blätter keinen Zweifel aufkommen und bedauerten im gleichen Atemzug, dass es doch etwas viel verlangt sei, wenn Bern die Rechtsschule und das Landesmuseum einheimen wolle.

Der Urheber der so gestifteten Unruhe und Unsicherheit war einmal mehr der eidgenössische Minister des Innern, Bundesrat Schenk. Als anfangs Januar 1889 der Bundesrat über die immer wieder geforderte Verknüpfung der Sitzfrage mit der Unterstützung bestehender kantonalen Anstalten, speziell der kantonalen Hochschulen, beriet, schlug Zentralist Schenk vor, statt diese zu unterstützen, solle der Bund lieber nach dem Vorbild des nationalen Museums eine ganze Reihe von Anstalten ins Leben rufen. Die «Neue Zürcher Zeitung» griff die Anregung dankbar auf:

«Wenn also der Bund einen Theil des Art. 27, sagt man, in Ausführung bringen will, so beginne er doch mit der Gründung eigener Anstalten. Solche namhaft zu machen, ist man im Bundesrathshaus nicht verlegen. Man nennt die Errichtung einer eidgenössischen Thierarzneischule, eines hy-

gienischen Instituts, einer zentralen Milchversuchsanstalt, einer Rechtsschule, an der das Bundesrecht und alle die Gebiete gelehrt würden, in welchem zukünftige Bundesbeamte ihre Vorbildung finden könnten. Man könnte diese Anstalten in die verschiedensten Städte verlegen und so die Hungrigen und Durstigen auf einmal speisen.»¹¹¹

In diesem Gedankenspiel sollte Bern natürlicherweise die Bundesrechtsschule, Zürich die Tierarzneischule, Genf das hygienische Institut und Luzern die Milchversuchsanstalt bekommen. Basel aber, so die «Neue Zürcher Zeitung», sollte das Landesmuseum bekommen. In Bern war man sich der Gefahr solcherlei Spekulationen sofort bewusst und konterte, es müsse unbedingt verhindert werden, dass Bern «der Aussicht auf das Nationalmuseum beraubt und auf eine eidgenössische Molkerei oder so etwas vertröstet werde»¹¹².

Im Dezember 1889 nahmen der Aargauer Ständerat Johannes Haberstich und sein St. Galler Amtskollege Karl Friedrich Good, bezeichnenderweise zwei



Bundesrath Schenk: „Nur ruhig, Kinderchen, ruhig. Es kriegt Jedes Etwas. Solcher Nippsachen haben wir ein ganzes Lager. Aber Alles in Liebe hübsch steigern, nicht nur nehmen, liebe Kleine.“

Karikatur im «Nebenspalter» vom 26. Januar 1889. «Nur ruhig, Kinderchen, ruhig. Es kriegt Jedes Etwas. Solcher Nippsachen haben wir ein ganzes Lager. Alles in liebe hübsch steigern, nicht nur nehmen, liebe Kleine.»

Juristen, diese Idee auf. Als Minderheit des vorberatenden ständerätlichen Ausschusses traten sie gegen eine Museumsgründung ein und forderten stattdessen die Schaffung einer eidgenössischen Rechtsschule¹¹³. Sie begründeten ihren Vorstoss damit, dass die kantonalen Museen dem Landesmuseum nie und nimmer ihre Schätze abtreten würden. Ihr Antrag scheiterte. Ein halbes Jahr später, im Juni 1890, forderte die nationalrätliche Ausschussminderheit, dass die Museumsgründung mit der Schaffung von weiteren eidgenössischen Anstalten verknüpft werde, ganz im Sinn einer gerechten Verteilung derselben. Schenk, dem die Sache mittlerweile etwas über den Kopf gewachsen war, verurteilte den Antrag der Minderheit scharf:

«Es ist parlamentarisch ungebräuchlich, in solcher Weise, wie die Ausschussminderheit es thun will, eine wichtige Angelegenheit an andere Gegenstände wörtlich «anzubinden». Wenn Sie jetzt das Landesmuseum «festbinden», so werden Ihre andern Angelegenheiten [Hochschulsubvention] nicht gefördert.»¹¹⁴

Daraufhin zog die Minderheit ihren Antrag zurück. Im Vorfeld der Winter-session 1890 legte sich der «Genevois» mächtig ins Zeug für Basel, die zweite grosse Grenzstadt. Basel solle das Landesmuseum erhalten. Die Basler «Nationalzeitung» widmete dem freundlichen Vorstoss ihrer welschen Brüder einen Artikel auf der Frontseite.

«Mit Beziehung auf die Bestimmung des Sitzes des Schweizerischen Landesmuseums macht der «Genevois» auf einen neuen Gedanken aufmerksam. Er glaubt, dass Bern als Hauptstadt und Sitz der Bundesversammlung, Zürich mit seinem Polytechnikum, Lausanne mit dem Bundesgericht bereits genügend bedacht seien. Luzern geniesse beträchtliche Opfer der Eidgenossenschaft, der Kantone, Italiens und Deutschlands, die diese für den Bau der Gotthardbahn aufgebracht haben. Nur Genf und Basel habe bis jetzt noch nichts erhalten.»¹¹⁵

Ergo sollte Basel das Landesmuseum bekommen und Genf würde dafür seine «Schule der industriellen Künste» in eine eidgenössische «Akademie der schönen Künste» umwandeln dürfen. Einige Tage später wusste das katholisch-konservative Luzerner «Vaterland», dass Bern wohl besser führe, wenn es auf das Landesmuseum verzichte. Denn die Rechtsschule und das Landesmuseum an ein und demselben Ort zu realisieren, sei unzulässig.

«Viele Berner sträuben sich dagegen, die schöne Alpenansicht von den Terrassen des Bundesrathhauses aus, durch das Massiv eines Museums auf dem Kirchenfeld verschwinden zu machen. Andere Kreise fragen sich

ernstlich, ob es nicht besser wäre, die Rechtsschule, die eher nach Bern passen würde, zu bekommen, als das Landesmuseum.»¹¹⁶

Den Bernern wurde zudem wohlwollend geraten, wenn es denn unbedingt auch noch ein Museum sein müsse, ein «schönes städtisches Museum» zu bauen. Kurz darauf schaltete sich Zürich wieder in die Diskussion ein und bot Bern an, grosszügig auf die Rechtsschule zu verzichten, falls Bern Zürich das Landesmuseum lasse. Dieser Entscheid müsse Bern ja um so leichter fallen, als es ja so oder so ein Museum für sich baue. Auf keinen Fall aber werde Zürich es zulassen, dass Bern beide neuen Institute bekomme.

«Unseres Erachtens gehört die Rechtsschule in die Bundesstadt, an den Sitz der eidgenössischen Verwaltung, des Parlaments, der eidgenössischen Zentralbibliothek. Man müsste es bedauern, wenn die Rechtsschule im Welschland errichtet würde. (...) Sollte Zürich das eidgenössische Landesmuseum bekommen, so hätte die Stadt Bern die grösste Aussicht auf die gedachte eidgenössische Schule.»¹¹⁷

Gleichzeitig wurde Bern jetzt auch noch unterstellt, sich nicht nur das Landesmuseum und die Rechtsschule, sondern auch die Tierarzneischule unter den Nagel reissen zu wollen. Dabei würde man in der übrigen Schweiz aber nicht im geringsten geneigt sein, durch die Vergabe von Instituten an Bern der totalen Zentralisation Vorschub zu leisten, die in jeder anderen Schweizer Stadt ebensogut errichtet werden könnten¹¹⁸. Die «NZZ» plädierte also mit anderen Worten dafür, dass Bern sich mit dem Luftschloss der Rechtsschule zufrieden gebe und das Landesmuseum Zürich überlasse. Als Zürich am 16. Dezember im Ständerat bravourös siegte, tröstete die «Neue Zürcher Zeitung» die enttäuschten Berner grosszügig, indem sie ihnen neben der Rechtsschule auch gleich noch die Bundesbank spendierte: «(...) wenn das Landesmuseum nach Zürich kommt, hat Bern einen festen Anspruch auf die eidgenössische Rechtsschule und die Bundesbank»¹¹⁹. Woher man dabei die Selbstverständlichkeit nahm, mit der grossen Schöpfkelle Institute zwischen Zürich und Bern aufzuteilen, ist nicht nachvollziehbar. Von Basel war nirgends mehr die Rede. Immerhin hatte man auch noch einige tröstende Worte für Luzern, dessen Unterstützung man künftig brauchen würde:

«Gegenüber Luzern hat die Stadt Zürich einen mächtigen Stein im Brett, weil sie dem Bunde ein prachtvolles, neues Gebäude auf schönem Platze anbietet. Hätte Luzern der Eidgenossenschaft ein gleich günstiges Anerbieten gemacht, dann würde es für Zürich schwieriger sein, mit der luzernischen Hauptstadt zu konkurrieren.»¹²⁰

Spätestens ab diesem Zeitpunkt entwickelte das Hirngespinnst Rechtsschule eine gewisse Eigendynamik. Bern wurde von allen Seiten torpediert, weil es gewagt hatte, sich um den Sitz des Landesmuseums zu bewerben, wo es doch so wieso die Rechtsschule erhalte. Es scheint, als habe Zürich damit eine recht bequeme Waffe gegen den unliebsamen Konkurrenten gefunden. Denn Bern, das die Rechtsschule gar nie verlangt hatte, konnte sich gegen diese Argumente kaum wehren. Die demokratische «Zürcher Post» schloss sich den Empörungen der «NZZ» zum Jahreswechsel an:

«Diese Rechtsschule, die unsere Sympathien besitzt, gehört nach Bern oder Lausanne und noch eher nach Bern als nach Lausanne. Aber dass der gleichen Stadt neben dem Bundessitz das Landesmuseum und die Rechtsschule zugleich gegeben werden, halten wir nicht mehr für billig.»¹²¹

In Basel durchschaute man die Zürcher Stimmungsmache erst auf den zweiten Blick. Vorerst stimmte man freudig in den antibernischen Gesang ein und merkte nicht einmal, dass man dabei den listigen Zürcher Initianten auf den Leim gekrochen war und unfreiwillig für Zürich als Sitz des Landesmuseum Stimmung machte. Die «Basler Nachrichten» vermuteten zwar gewisse Ungeheimheiten, zogen aber die falschen Schlüsse.

«Man braucht kein schlauer Politiker zu sein, um zwischen der einstweilen wieder begrabenen Landesmuseumsfrage und der plötzlich wieder erstandenen Idee einer Rechtsschule einen nicht zufälligen, sondern ursächlichen Zusammenhang zu vermuthen. Die Vermuthung wird auch wohl richtig sein. Natürlich: Wem ein süsser Bissen, nach dem es ihn gelüftet hat, entgangen ist, hat darum sein Gelüst nicht eingebüsst, im Gegentheile, er sehnt sich nach einem anderen, vielleicht noch besseren.»¹²²

Erst einen knappen Monat später durchschaute Basel die Zürcher Taktik.

«In aller Stille wird allerlei geschmiedet, um die Landesmuseumsfrage zu Gunsten Zürichs zur Entscheidung zu bringen. Es ist wohl kein Zufall, dass auf einmal wieder die eidg. Rechtsschule auf der Bildfläche erscheint, als offenkundiges Schmerzensgeld für Bern, sofern es das Landesmuseum an Zürich verlieren sollte. Auch werden sehr energische Versuche gemacht, die Jurassier gegen Bern aufzuwiegeln, um Zürich die nöthige Mehrheit zu verschaffen. Wir hoffen, dass alle diese Machinationen nicht verfangen werden.»¹²³

Auch bei der Diskussion um weitere eidgenössische Institute ist schwer zu sagen, ob die Wiederbelebung dieser Luftschlösser und Wunschgebilde dem eiskalten Kalkül von cleveren Zürchern entsprang, um damit Bern zu schaden. Vermutlich nicht. Am Anfang stand wohl eher der ehrliche Wunsch zentralistisch-fortschrittlicher Kreise, neben dem nationalen Museum gleich noch eine Reihe weiterer eidgenössischer Institute ins Leben zu rufen. Wie so oft in diesem Streit hatte man in Zürich blitzschnell darauf reagiert und die Idee zu seinen Gunsten instrumentalisiert. Der propagierte Antibernreflex fiel, in einer Zeit, zu der die Bundesverwaltung in Bern immer stärker anwuchs, gesamtschweizerisch auf sehr fruchtbaren Boden. Für Bern bedeutete diese Diskussion auf jeden Fall das Ende seiner Museumsträume. Besonders perfid war die Situation deshalb, weil der Bundeshauptstadt in dieser Sache praktisch die Hände gebunden waren. Jede Richtigstellung in der Presse konnte von der gegnerischen Seite als Herabspielung der Tatsachen verdreht werden. Es blieb den Mutzen deshalb letztlich nichts anderes übrig, als die Faust im Sack zu machen.

Anmerkungen:

- ¹ PYTHON, Georges: 1856–1927, von Portalban, FR. Führer der Konservativen Partei in Freiburg. Ab 1881 Grossrat, Professor an der alten Rechtsschule. 1884–1893 Nationalrat, Ständerat 1896–1920. Gründer der Universität Freiburg.
- ² «LANDBOTE», Nr. 287, 6. Dezember 1890.
- ³ Laut Durrer lief der Handel über den Berner Nationalrat Gobat und Pythons Freund, den Bündner Decurtins, Professor an der Universität Freiburg. Gobat soll Decurtins um den Handel angegangen haben, wobei dieser gerne vermittelte, da er damit das Landesmuseum vorerst verunmöglichen konnte. DURRER, Robert, S. 146. Alles ist noch viel schlimmer, weil Decurtins zuvor Zürich und Basel zugesichert haben soll, die katholischen Kräfte für die jeweilige Stadt zu mobilisieren. Entsprechend tief sitzt deshalb bei Angst die Enttäuschung über den Bündner. In einem Brief schreibt er an seinen Freund, Bundesarchivar Jakob Kaiser in Bern: «... allein, nach der Erfahrung mit Decurtins traue ich gewissen Versprechungen nie mehr...» aus: DURRER, Robert, S. 152.
- ⁴ CURTI, Theodor: 1848–1914. Zürcher Nationalrat 1881–1902. Medizinische und juristische Studien, Redaktor der St. Galler Zeitung 1871–1872, der Frankfurter Zeitung 1873–1879. Gründet 1879 mit Reinhold Rüegg die «Zürcher Post». Mitglied des Grossen Stadtrats von Zürich und des zürcherischen Grossen Rats. Nationalrat 1881–1902. Demokratischer Politiker, ging oft mit den Katholiken und Sozialdemokraten zusammen.
- ⁵ «ZÜRCHER POST», Nr. 300, 21. Dezember 1890.
- ⁶ Ein typisches Beispiel für das halbherzige Luzerner Engagement in der Landesmuseumsfrage. Brief von Muheim an Angst, zitiert aus: DURRER, Robert, S. 142.
- ⁷ NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.

- ⁸ BÜHLER, Peter Theophil: 1841–1913, von Davos, GR. Nationalrat Graubünden 1890–1902, Mitglied des Grossen Rats 1873 und der Regierung ab 1875, Finanzdirektor, wirkte mit am Zustandekommen des kantonalen Eisenbahnnetzes 1897 und am Ausbau der Rätischen Bahn.
- ⁹ NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.
- ¹⁰ BRUNNER, Rudolf: 1827–1894, von Bern. Dr. iur., Fürsprecher, Grossrat 1866, Nationalrat ab 1866, Präsident Nationalrat von 1871–1872. Führer der Radikalen Partei im Kanton Bern, verdient um die Einführung des Referendums 1869, der Verfassung von 1893.
- ¹¹ NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.
- ¹² Dieses und folgendes Zitat: «BERNER TAGBLATT», Nr. 304, 23. Dezember 1890.
- ¹³ CHOQUARD, Joseph: von Pruntrut, BE. Berner Nationalrat 1890–1895 und ab 1901, Mitglied des Grossen Rats 1881–1895, konservativer Politiker, Industrieller, ab 1914 Regierungsstatthalter von Pruntrut.
- ¹⁴ «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 5, 17. Januar 1891.
- ¹⁵ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 349, 23. Dezember 1890. Dieser Artikel wird löblich erwähnt und zitiert in der NZZ, Nr. 360, 26. Dezember 1890.
- ¹⁶ Übersetzt in: «BERNER TAGBLATT», Nr. 304, 23. Dezember 1890.
- ¹⁷ NZZ, Nr. 363, 29. Dezember 1891.
- ¹⁸ Durrer datierte die Wahl fälschlicherweise auf den 4. Dezember: DURRER, Robert, S. 145.
- ¹⁹ FREY, Emil Johann Rudolf: 1838–1922, Baselland. Regierungsrat 1866–1872 (Erziehungsdirektor), Nationalrat ab 1872, 1882–1888 Gesandter der Schweiz in den USA. Ab 1888 Redaktor der «Nationalzeitung», Bundesrat 1890–1897, radikaler Politiker. Seine Wahl zum Bundesrat wird im Anzeiger von Uster heftig gefeiert. Siehe «ANZEIGER VON USTER» Nr. 101 vom 17. Dezember 1890.
- ²⁰ KOPP, Alois: 1827–1891, von Ebikon, LU. Katholisch-konservativer Nationalrat 1851–1859, Grossrat 1854, Oberrichter ab 1863, Regierungsrat ab 1870, Ständerat ab 1871, 1879 Bundesrichter. Konservativer Bundesratskandidat im Dezember 1890.
- ²¹ Es dürfte sich um den einzigen konservativen Abgeordneten Berns, Herrn Joseph Choquard, handeln.
- ²² HAMMER, Johann Bernhard: 1822–1907, von Olten, SO. Verfassungsrat ab 1856 und Kantonsrat 1856–1868. Oberinstructor der schweizerischen Artillerie ab 1861. 1875–1890 Bundesrat im Finanzdepartement, danach Nationalrat bis 1896. Präsident des Verwaltungsrats der Gotthardbahn.
- ²³ Zur Wahl stehen: Für die Radikalen: Oberst Frey, Baselland, Ständerat Munzinger, Solothurn; für das Zentrum: Prof. Dr. Speiser, Basel-Stadt; für die Katholisch-konservativen: Bundesrichter Dr. Alois Kopp, Luzern, Nationalrat Keel, St. Gallen, und der Urner Ständerat und Museumsapostel Gustav Muheim.
- ²⁴ «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 98, 6. Dezember 1890.
- ²⁵ KEEL, Joseph: 1837–1902, von St. Fiden, SG. Kantonsrat ab 1870 und Nationalrat ab 1875. Ab 1873 bis zu seinem Tod Präsident der Katholisch-konservativen Partei St. Gallen.
- ²⁶ «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 100, 13. Dezember 1890.
- ²⁷ «VATERLAND», Nr. 286, 12. Dezember 1890.

- ²⁸ «Bemühend war die Art und Weise, mit der sich einzelne Mitglieder der Bundesversammlung ihrer Aufgabe entledigten. Wie passt der Humbug, Namen wie Thierarzt Muff für die Wahl in den Bundesrath hinzuschreiben, zu dem Eide, den man in feierlicher Stunde ablegt?» So fragt richtig die «Allgemeine Schweizer Zeitung». Zitiert in: «VATERLAND», Nr. 288, 14. Dezember 1890.
- ²⁹ «LANDBOTE», Nr. 296, 17. Dezember 1890.
- ³⁰ «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 100, 13. Dezember 1890.
- ³¹ «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 101, 17. Dezember 1890.
- ³² ibd.
- ³³ Vermutlich handelt es sich dabei um Peter Conrad von Planta aus Chur, den prominentesten Bündner Gegner des Landesmuseums.
- ³⁴ Artikel übernommen aus dem «Vaterland», in: «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 101, 17. Dezember 1890.
- ³⁵ «BERNER TAGBLATT», Nr. 16, 20. Januar 1891. Zitiert aus dem «Religiösen Volksblatt».
- ³⁶ Brief von Segesser an Angst: Zitiert aus DURRER, Robert, S. 150.
- ³⁷ ibd.
- ³⁸ BORSINGER, Josef: Katholischer Führer, Betreiber des Hotels Verenenhof in Baden. Schwager von Johann Baptist Kugler-Borsinger.
- ³⁹ DURRER, Robert, S. 149.
- ⁴⁰ Der Anteil der katholischen Bevölkerung Zürichs steigt Ende des 19. Jahrhunderts sprunghaft an. Zählte die Gemeinde 1850 noch 10 Prozent der Wohnbevölkerung, sind es 1915 bereits 30 Prozent. 1910 hat die katholische Kirchengemeinde Zürichs nicht weniger als 60 000 Mitglieder und ist damit die grösste katholische Gemeinde der Schweiz. Die Gemeinde finanziert sich aus Spenden, nur der Landeskirche ist es erlaubt, sich aus Steuergeldern zu bedienen. Vgl. «GESCHICHTE DES KANTONS ZÜRICH», Bd. 3, S. 224–232.
- ⁴¹ PESTALOZZI-PFYFFER, Emil: 1852–1929, von Zug. Dr. med., Vorsitzender des Schweizerischen katholischen Volksvereins, leitete mehrere schweizerische Pilgerzüge.
- ⁴² ORELLI VON-VON REDING, Paul Karl Eduard: 1849–1927, von Zürich. Bankier in Zürich, katholischer Politiker, Vizekonsul der USA, Präsident der Bank in Zürich, Ritter des päpstlichen Gregorius-Ordens, Präsident des Theodosianums.
- ⁴³ KUGLER-SCHWEITZER, Theodor: Bankier in Zürich.
- ⁴⁴ Dieses hatten die Katholiken erst vor zwei Jahren einweihen können. Zum Verständnis der Rolle der Katholiken in Zürich hier ein Auszug aus dem Bericht über die Einweihung am 25. August 1889: «Der Hochwst. Hr. Bischof Leonhard von Basel schilderte nach einem Worte des Protestes gegen die böswillige Verdächtigung, als sollte das Gesellenfest von Zürich eine Art Kriegserklärung sein an unsere getrennten Brüder, das Gesellenhaus als eine Heimstätte, als eine Bildungsstätte und als eine Erholungsstätte für den Gesellen in der Fremde.» Aus: «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 69, 28. August 1889.
- ⁴⁵ Brief Borsingers an Angst. Zitiert aus: DURRER, Robert, S. 151.
- ⁴⁶ NZZ, Nr. 103, Abendausgabe, 13. April 1891.
- ⁴⁷ ibd.
- ⁴⁸ ibd.
- ⁴⁹ ibd.
- ⁵⁰ NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891.

- ⁵¹ NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891.
- ⁵² «BERNER TAGBLATT», Nr. 87, 14. April 1891.
- ⁵³ NZZ, Nr. 152, Morgenausgabe, 1. Juni 1891.
- ⁵⁴ Dieser kurze Abriss stützt sich auf: FRITZSCHE, Bruno und LEMMENMEIER, Max, Der Eisenbahnbau, in: «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. III, S. 109–114 und S. 160–164.
- ⁵⁵ ESCHER, Alfred: 1819–1882, von Zürich. Dr. iur., Mitglied des Grossen Rats, Regierungsrat, Nationalrat. Einflussreicher und geschickter Politiker und Gesandter in Bundesfragen. Wendet die 1854 ergebnislose Debatte zur Gründung einer eidgenössischen Universität zur Einrichtung des Polytechnikums in Zürich. Direktionspräsident der Nordbahn und der Zürich–Bodenseebahn, Kämpfer gegen eine Bahnverstaatlichung, Gründer der Kreditanstalt (zur Finanzierung der Bahnen), Kämpfer für die Gotthardbahn. Gotthardkrise 1875 und Nordostbahn-Krise 1876 zwangen ihn zum Rücktritt als Direktor der Bahnen.
- ⁵⁶ «BERNER TAGBLATT», Nr. 92, 20. April 1891. Vgl. «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 43, 30. Mai 1891.
- ⁵⁷ NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891. Gerechnet wird damit, dass die Kantone Bern, Solothurn, Freiburg, Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis zusammen auf 64 Stimmen für Bern kommen. Nicht berücksichtigt sind hier die Basler und die schwarzen Schafe aus Winterthur und Luzern. Vgl. auch: «Aargauer Tagblatt» vom 20. April 1891, zitiert in der NZZ, Nr. 111, Morgenausgabe, 21. April 1891.
- ⁵⁸ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 142, 29. Mai 1891.
- ⁵⁹ NZZ, Nr. 152, Morgenausgabe, 1. Juni 1891.
- ⁶⁰ ibd.
- ⁶¹ Die Kreditanstalt ist ja eng mit der Nordostbahn von Alfred Escher und später von Eisenbahnkönig Adolf Guyer-Zeller verbunden. Guyer-Zeller hat verständlicherweise wenig Freude an allfälligen Privatisierungsplänen, die seinen Einfluss und damit den jährlichen Gewinn seiner gutgehenden Bahn zu zerstören drohen.
- ⁶² Brief von Angst an Kaiser, anfangs Mai 1891, zitiert aus: DURRER, Robert, S. 157–158.
- ⁶³ «LANDBOTE», Nr. 134, Morgenausgabe, 11. Juni 1891.
- ⁶⁴ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 142, 29. Mai 1891.
- ⁶⁵ «BERNER TAGBLATT», Nr. 142, 18. Juni 1891.
- ⁶⁶ HEIERLI, Jakob: 1853–1912, von Gais, AR. Sekundarlehrer in Hottingen und ab 1882 Privatdozent an der Universität und am Polytechnikum. Archäologe, Dr. phil. h.c. der Universität Zürich 1901. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees. Mitglied des liberalen Vereins in Zürich. (Brisanterweise ist seine Frau Julie, geb. Weber, Trachtenforscherin. Vgl. Trachtenumzug zur Einweihung des Landesmuseums 1898.)
- ⁶⁷ NZZ, Nr. 359, 24. Dezember 1888.
- ⁶⁸ NZZ, Nr. 32, Abendausgabe, 8. Februar 1889.
- ⁶⁹ Broschüre vom 20. Februar 1889: Staatsarchiv des Kantons Zürich, Db 180 und 181. Vgl. NZZ, Nr. 52, Morgenausgabe, 21. Februar 1889.
- ⁷⁰ NZZ, Nr. 45, Abendausgabe, 14. Februar 1889.
- ⁷¹ «BUND», Nr. 26, 27. Januar 1889.
- ⁷² NZZ, Nr. 55, 24. Februar 1889.
- ⁷³ «ÜBER DEN WERTH DES LANDESMUSEUMS I», «Basler Nachrichten», Nr. 63, 2. Beilage, 6. März 1891.

- ⁷⁴ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 356, 2. Beilage, 31. Dezember 1890.
- ⁷⁵ WACKERNAGEL, Rudolf: 1855–1925, von Basel. Dr. theol., iur. und phil., Staatsarchivar in Basel 1877–1917 und Präsident des «Eidgenössischen Vereins Basel». Eingabe der Antimuseums-Petition 1891. Zuerst Hauptinitiant der Basler Nationalmuseumspläne, nach Basels Ausscheiden aus dem Streit eifriger Gegner eines Landesmuseums.
- ⁷⁶ «ÜBER DEN WERTH DES LANDESMUSEUMS I», «Basler Nachrichten», Nr. 63, 2. Beilage, 6. März 1891.
- ⁷⁷ «ÜBER DEN WERTH DES LANDESMUSEUMS II», «Basler Nachrichten», Nr. 64, 2. Beilage, 7. März 1891.
- ⁷⁸ ibd.
- ⁷⁹ «NEBELSPALTER», Nr. 13, 28. März 1891. Antwort auf Wackernagels Artikelserie «Über den Werth des Landesmuseums», in: «Basler Nachrichten» Nr. 63 und 64, 6. und 7. März 1891. Die zitierten Stellen sind grösstenteils Originalzitate aus der Petition. Sie muss dem Nebelspalter also vorgelegen haben, bevor sie verschickt wurde.
- ⁸⁰ Dr. (Rudolf) Wackernagel in Basel.
- ⁸¹ Wackernagel führt diese Sammlung.
- ⁸² «NATIONALZEITUNG», Nr. 76, 2. April 1891.
- ⁸³ Die Petition ist eigentlich gar keine. Es handelt sich in Wirklichkeit um den Entwurf für eine Petition. Formell hätte auf die Eingabe nämlich gar nicht eingetreten werden können, da diese nicht an die Bundesversammlung eingereicht, sondern deren Mitgliedern privat zugestellt wurde. Ihr Ziel mag deshalb auch eher darin bestanden haben, Verunsicherung zu schaffen und die Diskussion um rund drei Jahre zurückzudrehen.
- ⁸⁴ LIEBENAU VON, Theodor Leopold: 1840–1914, von Luzern. Bekannter Historiker und ab 1871 Staatsarchivar in Luzern. Dr. phil. h.c. der Universität Bern, Ehrenmitglied der historischen Vereine von Aarau, Basel, Bern, Graubünden Uri und der Kunstgesellschaft von Luzern. Hauptinitiant der zweiten Eingabe zur Aufhebung des Bundesbeschlusses zur Schaffung eines Landesmuseums (2. Antimuseums-Petition).
- ⁸⁵ ANTIMUSEUMS-PETITION, abgedruckt in: «Basler Nachrichten», Nr. 87, 2. April 1891, vgl. «Berner Tagblatt», Nr. 78, 3. April 1891.
- ⁸⁶ ibd.
- ⁸⁷ ibd.
- ⁸⁸ DURRER, Robert, S. 153.
- ⁸⁹ «ZÜRCHER POST», Nr. 81, 8. April 1891. Vgl. dazu: In der Basler «Nationalzeitung» tönt es etwas anders: «Eine grosse Anzahl angesehenen Bürger aus den verschiedensten Landestheilen der Schweiz, sowie die Vorstände zahlreicher Gewerbemuseen, Kunstvereine, historisch-antiquarischer Vereine [etc.] richten an die Bundesversammlung eine Eingabe bezüglich des Landesmuseums.» «NATIONALZEITUNG», Nr. 77, Morgenausgabe, 3. April 1891.
- ⁹⁰ NZZ, Nr. 97, Abendausgabe, 7. April 1891.
- ⁹¹ PFISTER, Albert: 1852–1925, von Winterthur. Architekt, Leiter des Gewerbemuseums Winterthur 1886–1920, Gründer der Metallarbeiterschule Winterthur, ab 1889 Direktor derselben. Gegner eines zentralen Landesmuseum. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- ⁹² NZZ, Nr. 97, Abendausgabe, 7. April 1891.
- ⁹³ ibd.

- ⁹⁴ Der gemeinsame Feind heisst seit dem wirtschaftlichen Aufschwung Mitte der achtziger Jahre: Arbeiterbewegung. Vgl. FRITZSCHE, Bruno und LEMMENMEIER, Max, Auf dem Weg zu einer städtischen Industriegesellschaft 1870–1918, in: «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. 3. 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1994, S. 230 f.
- ⁹⁵ «LANDBOTE», Nr. 206, 3. September 1890. Original des besprochenen Textes in: «LANDBOTE», Nr. 127, 30. Mai 1875.
- ⁹⁶ «LANDBOTE», Nr. 209, 6. September 1890.
- ⁹⁷ Zitiert in: «VATERLAND», Nr. 126, 3. Juni 1888.
- ⁹⁸ «LANDBOTE», Nr. 293, 13. Dezember 1890.
- ⁹⁹ VOGELSANGER, Johann Jakob: 1849–1923 aus Beggingen, SH. Ab 1856 Gärtner in Zürich, Antragsteller auf Gründung einer Sozialistischen Partei in der Schweiz 1869. Publizist ab 1878. Nationalrat 1890–1905., Stadtrat von Zürich 1892–1919.
- ¹⁰⁰ LOCHER, Albert: 1849–1914, Pfarrer in Altikon, ZH. Daneben eifriger demokratischer Politiker und Publizist. Redaktor des «Andelfinger Volksblatts» und des «Landboten». Ab 1877 Pfarrer in Wülflingen, 1879 Kantonsrat, Nationalrat 1888–1893, Regierungsrat ab 1893, Ständerat ab 1905. Baumeister beim Bau des Landesmuseum in Zürich.
- ¹⁰¹ Zitiert aus: DURRER, Robert, S. 142–143.
- ¹⁰² «LANDBOTE», Nr. 86, Morgenausgabe, 14. April 1891.
- ¹⁰³ NZZ, Nr. 97, Abendausgabe, 7. April 1891.
- ¹⁰⁴ Zu Gunsten des Landesmuseums: NZZ, Nr. 91, Abendausgabe, 1. April 1891 und Nr. 92, Abendausgabe, 2. April 1891.
- ¹⁰⁵ ibd.
- ¹⁰⁶ «NATIONALZEITUNG», Nr. 86, 14. April 1891
- ¹⁰⁷ PLANTA VON, Peter Conradin: 1815–1902, von Zuoz, GR. Mitglied des Kleinen Rats und später des Grossen Rats. 1856–1872 Ständerat, Verwaltungsrat der Vereinigten Schweizer Bahnen. Gründer des Rätischen Museums in Chur. Feuriger Gegner eines zentralen Nationalmuseums.
- ¹⁰⁸ AN DIE HOHE SCHWEIZERISCHE BUNDESVERSAMMLUNG. EINE PRÄZISIERUNG DER ANTI-LANDESMUSEUMS-PETITION, Chur 1891. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6.
- ¹⁰⁹ ibd.
- ¹¹⁰ NZZ, Nr. 155, Abendausgabe, 4. Juni 1891.
- ¹¹¹ NZZ, Nr. 12, 12. Januar 1889.
- ¹¹² «BERNER TAGBLATT», Nr. 13, 14. Januar 1889.
- ¹¹³ NZZ, Nr. 342, 8. Dezember 1889.
- ¹¹⁴ NZZ, Nr. 161, Morgenausgabe, 10. Juni 1890. Vgl. «LANDBOTE», Nr. 134, 11. Juni 1890.
- ¹¹⁵ «NATIONALZEITUNG», Nr. 276, 23. November 1890.
- ¹¹⁶ «VATERLAND», Nr. 276, 29. November 1890. Der Artikel beruft sich auf einen Brief eines Berners, der erstmals in der NZZ veröffentlicht wurde.
- ¹¹⁷ NZZ, Nr. 340, 6. Dezember 1890.
- ¹¹⁸ ibd.
- ¹¹⁹ NZZ, Nr. 352, Abendausgabe, 18. Dezember 1890.
- ¹²⁰ NZZ, Nr. 352, Abendausgabe, 18. Dezember 1890.
- ¹²¹ «ZÜRICHER POST», Nr. 284, 3. Dezember 1890. Vgl. auch «ZÜRICHER POST», Nr. 2, 3. Januar 1891.
- ¹²² «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 70, 2. Beilage, 13. März 1891.
- ¹²³ «NATIONALZEITUNG», Nr. 76, 2. April 1891.

6. Die Strategien der Städte

Es wäre wohl übertrieben zu behaupten, die vier konkurrierenden Städte hätten sich bereits vor dem Streit eine Strategie ausgedacht und diese nachher gezielt gegeneinander angewendet. Hingegen bildeten sich in den Jahren, in denen der Streit andauerte, für jede Stadt eigentümliche Argumente heraus, die in der Presse immer wieder auftauchten und die, nachdem sie einmal im Streit bestanden hatten, so etwas wie eine Taktik erkennen lassen. Bern stellte sich von Anfang an auf den Standpunkt, dass es als Bundeshauptstadt wohl am ehesten das Recht habe, das Landesmuseum zu beheimaten. Basel appellierte an den Gerechtigkeitssinn der Eidgenossen, die mit der Vergabe des Museumssitzes endlich die Chance hätten, das geringgeschätzte Bundesmitglied für seine vergangenen Leistungen zu entschädigen. Luzern versuchte sich als Wiege der Schweiz zu profilieren, als Ausgangspunkt der Eidgenossenschaft, wo ein schweizerisches Nationalmuseum naturgemäss hingehöre. Und Zürich verwies eisern auf die Bedeutung des neuen Instituts für das Polytechnikum. Dass die Limmatstadt dabei die Quadratur des Kreises vollzog, indem sie aus dem ursprünglich historisch gedachten Museum ein rein kunstgewerbliches machte, schien dabei niemanden sonderlich zu stören.

6.1. Zürich: Wie aus einem historischen Museum ein Kunstgewerbemuseum wurde

Es war vermutlich nur eine Frage der Zeit, bis jemand auf die Idee kam, das anstehende Museum für Zürich gleich mit dem Projekt für ein Nationalmuseum zu verbinden. Am 24. Februar des Jahres 1888 erschien in der «Neuen Zürcher Zeitung» Heinrich Angsts Artikel, «Zürich und das schweizerische Nationalmuseum», der einiges in Bewegung setzte. «Durch einen Zufall, den wir als gutes Omen für Zürich betrachten wollen, dürften die beiden Fragen eines Museumsbaues in unserer Stadt und der Errichtung eines schweizerischen Nationalmuseums beinahe gleichzeitig spruchreif werden», schrieb Angst¹. Der Streit um den Sitz des Landesmuseums in den nur Tage oder Wochen später Genf, Basel, Bern und Luzern eintreten sollten, begann mit ebendiesem Artikel.

Angst eröffnete seinen Artikel mit einer Aufzählung der Einkäufe der eidgenössischen Kommission, deren Quästor er war. Nach Angsts Meinung waren

es vor allem diese Erwerbungen des Bundes, die nach der Schaffung eines Landesmuseums riefen.

«Die Kommission sah sich zunächst auf den Ankauf grösserer Objekte angewiesen, indem derartige Erwerbungen in der Regel über die Mittel der schon bestehenden kantonalen Museen und Sammlungen hinausgehen. (...) Durch die eidgenössische Kommission sind im Laufe des ersten Jahres ihres Bestehens dem Lande drei Interieurs oder wenigstens die Haupttheile von solchen, erhalten worden, welche entweder durch unpassende Verwendung der Lokalitäten oder Verkauf ins Ausland früher oder später verloren gegangen wären. (...) Wo sollen diese Erwerbungen aber untergebracht werden? (...) Der einzige Ausweg besteht in der Erstellung eines Neubaus, in welchem diese Zimmereinrichtungen angebracht und zur Aufnahme zeitgenössischer Alterthümer eingerichtet werden können.»²

Der leidenschaftliche Sammler und Kunstfreund Angst war nun der erste, der öffentlich die Idee formulierte, Zürich solle sich um das Landesmuseum bewerben. Wohl hatte Angsts enger Freund Vögelin sein Museum in Bern gewünscht, aber im Fall des Zürcher Zuschlags erhielt die Stadt nicht nur ihr ersehntes Kunstmuseum, sondern noch einiges mehr. Dagegen hätte sicher auch Vögelin nichts einzuwenden gehabt, mag Angst angenommen haben.

«(...) Zürich ist die Stadt ohne Museum. Der geistige und materielle Schaden, der durch diese Lücke entstanden ist, entzieht sich jeder Berechnung. Jetzt ist der richtige Moment gekommen. Wenn es gelänge, das Nationalmuseum für Zürich zu erwerben, so wäre das ein gewisser Trost und eine Entschädigung für das früher versäumte. (...) Wir müssten keine Zürcher sein, wenn wir uns nicht zu helfen wüssten.»³

In seinem Artikel führte Angst ein wichtiges Argument ein, welches bald zu Zürichs schlagender Taktik wurde: Als Hobby-Kunsthistoriker war für ihn naturgemäss die historische Seite eines Landesmuseums sekundär. Viel eher betonte er die Bedeutung des Museums für das lokale und nationale Kunstgewerbe. Damit öffnete Angst einen Graben, der in der Folge nie mehr geschlossen werden sollte. Denn von nun an trat für Zürich die historische Bedeutung des Museums völlig in den Hintergrund. Nicht aber für Basel und Bern. Diese beiden Städte, die im übrigen auch historisch wichtige Sammlungen besaßen, sahen das Landesmuseum als effektiv historisches Museum. Diese Diskrepanz zwischen den beiden grundverschiedenen Absichten für ein und dasselbe Museum wurde aber nie thematisiert. Man redete also bereits ab Februar

1888 recht deutlich aneinander vorbei. Immerhin war es dieser entscheidende Bedeutungswechsel des Museums, der zum eigentlichen Erfolgsrezept der Limmatstadt werden sollte.

«Welche Städte werden im Falle sein, dem Bunde ein solches Anerbieten zu machen? Ernstlich können wohl bloss Bern und Zürich in Betracht kommen. Basel und Genf sind zu exzentrisch, Luzern, das zentral wäre, besitzt kaum die nöthigen Mittel. (...) Bern ist Bundesstadt, und dies so ziemlich der einzige Grund, der zu seinen Gunsten spricht. Das Nationalmuseum wäre dort politisch am richtigen Ort; allein fruchtbringend könnte es nie gemacht werden, denn Bern hat keine Kunstschulen und keine Kunstindustrie. Das Nationalmuseum in Bern würde zum todtten Kapital.»⁴

Es erstaunt nicht, dass gerade die Wirtschaftsmetropole Zürich mit ihrer bedeutenden Seidenindustrie einen so nüchtern-pragmatischen Ansatz für das Nationalmuseum fand, der auch in anderen Regionen auf Zustimmung stiess. Angst nahm dem idealisierten Projekt eines Nationalmuseums seine Unnahbarkeit, indem er es mit einem direkten Nutzen für die Wirtschaft und damit mit einem greifbaren Vorteil für die Schweiz verband. Der erfolgreiche Seidenkaufmann war es gewohnt, betont ökonomisch zu denken. Ein Ansatz, der bei Zürichs Geldadel gut ankam. Da die Stadt bereits mehrmals beteuert hatte, kein Geld für das ehrgeizige Projekt zu haben, begann mit Angsts Artikel auch gleich die private Geldsammelaktion. Die reichen Kunstliebhaber, die persönlich angeschrieben wurden, waren einem gewissen «Cash-Return», sofern er im Rahmen eines «patriotischen Werks» möglich war, nicht abgeneigt. Es kann darüber spekuliert werden, inwiefern die letztlich erfolgreiche Zürcher Strategie aus der Finanznotlage der Stadt und aus der Notwendigkeit entstanden ist, private Gelder zu mobilisieren.

«Zürich hat mit bedeutenden Opfern die Gewerbeschule und die Kunstgewerbeschule sowie das Gewerbemuseum ins Leben gerufen. Das einheimische Kunsthandwerk ist in raschem Aufblühen begriffen. (...) Welche Fülle von Anregungen würde ein Nationalmuseum den Schülern unserer Anstalten und dem gesammten Kunsthandwerk bringen!»⁵

Von obigem Abschnitt ist es nur noch ein kleiner Schritt bis zur Kernidee in der Zürcher Strategie: Die Verbindung von Landesmuseum und Polytechnikum. Sie wurde in der Einladung an die legendäre «Versammlung in der Schmiedstube» vom 26. Mai 1888 erstmals formuliert:

«Als Momente aber, welche, wenn Zürich sich um das eidgenössische Institut bewerben würde, sehr erheblich zu seinen Gunsten sprechen müssten, sind die Verbindung desselben mit dem eidgenössischen Polytechnikum und die Thätigkeit der antiquarischen Gesellschaft zu nennen, durch welche, wie kaum an einem anderen Orte, die Schätze eines Kunst- und Alterthums-Museums eine fruchtbare Verwerthung finden würden.»⁶

Bei der «Neuen Zürcher Zeitung» war man sich offenbar sofort darüber im klaren, dass man damit das Ei des Kolumbus gefunden hatte.

«Gewiss ist Basel wohl geeignet zum Sitz des Nationalmuseums, denn sie besitzt nicht bloss eine reiche mittelalterliche Sammlung, sondern auch eine altberühmte Universität und eine historisch-antiquarische Gesellschaft. (...) Luzern hat gegenüber Basel den Vorzug einer zentralen Lage, aber ihm fehlt die Universität. (...) Unsere Bundeshauptstadt hat ebenfalls den Wunsch ausgesprochen, zum Sitz des Nationalmuseums erkoren zu werden und möchte als politischer Mittelpunkt auch gerne dieses zukünftige Heiligthum des Schweizerlandes besitzen. Bern hat eine schöne mittelalterliche Sammlung. (...) In Bern ist auch eine Universität und es ist gar nicht zu bezweifeln, dass unsere Bundesstadt grosse ökonomische Opfer zu bringen bereit ist für den in Aussicht genommenen Zweck. (...) Zürich hat vor ihren Schwesterstädten hier schwer ins Gewicht fallende Vorzüge. Ganz abgesehen von seiner herrlichen Lage im Innern des Landes bestrebt sich unsere Stadt, der wissenschaftliche Mittelpunkt der Schweiz zu sein, wie Bern das politische Zentrum derselben vorstellt. Zürich bringt das schweizerische Polytechnikum und es würde nur zum Besten dieser Anstalt sein, wenn ihre reichen Sammlungen ergänzt würden durch ein antiquarisch-historisches Museum.»⁷

Geschickt und ohne dass jemand dies je bemängelt hätte, wurde das «Heiligthum des Schweizerlandes», wie es höchstens ein historisches Museum hätte sein können, vom «nationalen Denkmal» zur Bildungsanstalt der Wirtschaft umfunktioniert. Eine Anstalt, die letztlich, gewissermassen gezwungenerweise, nach Zürich kommen musste. Über die Frage des Nutzens des neuen Instituts und über die wohl etwas künstliche Unterscheidung zwischen politischem und wissenschaftlichem Zentrum der Schweiz holte sich Zürich plötzlich einen riesengrossen Vorsprung auf seine Widersacher heraus. Der geringere historische Wert der Zürcher Sammlungen war plötzlich nicht mehr wichtig.

«Sehr wünschenswerth ist es, dass den Studierenden beider Hochschulen ein ganzes Kulturbild, das von den fernsten Tagen der Vergangenheit unseres Volkes und Landes bis in unsere Zeit alles Wichtige umfassen würde, jeder Zeit vor Augen läge. (...) Zürich wäre aber auch der rechte Ort, wo

der praktische Nutzen, den das Nationalmuseum für Handwerker und Künstler haben wird, möglichst gross werden könnte. Gerade dieser praktische Werth eines solchen eidgenössischen Instituts ist bisher noch zu wenig betont worden.»⁸

Zürichs Strategie lässt sich etwa folgendermassen umreissen: Die zwei von ihrer Lobby und den finanziellen Mitteln her schwachen Konkurrentinnen Basel und Luzern wurden von der Diskussion als erstes ausgeklammert. Basel, weil es zu exzentrisch gelegen sei und deshalb, gleich wie anfangs noch Genf, im Kriegsfall sofort geplündert würde. Luzern, weil es keine höheren Bildungsanstalten aufzuweisen habe und weil es schlicht zu wenig zu investieren bereit sei. Sein Angebot fiel neben den der Zeit entsprechenden Prunkbauten der Nachbarländer wohl eher etwas sehr bescheiden aus. Immerhin, so wurde Basel attestiert, wäre es, seiner mittelalterlichen Sammlung und reichen akademischen Vergangenheit wegen, ein würdiger Kandidat. In Konkurrenz treten zum üppigen Angebot Zürichs konnte aus diesen Gründen nur Bern. Diesem wurde das Recht für das neue Institut politisch auch zuerkannt. Die Zürcher Initianten hatten dem Museum aber inzwischen einen wirtschaftlichen Nutzen aufgepfropft, den es angeblich nur in Zürich befriedigend erfüllen konnte, da dort das Polytechnikum stand.

Durch die Zürcher Argumentationsweise änderte sich die Gewichtung des Landesmuseums stark von einem ursprünglich historischen hin zu einem kunst-historisch-gewerblichen Institut. Widerstand erwuchs dieser Neuausrichtung des Museums kaum. Wohl am ehesten deshalb nicht, weil die neuen Pläne so sehr in das bürgerliche Selbstverständnis passten, das Angenehme möglichst mit dem Nützlichen zu verbinden. Dazu kommt, dass die Zeit das handwerklich Schöne wesentlich stärker gewichtete als das historisch Bedeutsame.

Eine stark kunstgeschichtliche Ausrichtung, das sollte nicht vergessen werden, war für das neue Museum schon von Anfang an vorgesehen, nicht aber eine eigentlich kunstgewerbliche Prägung⁹. Das Ziel des Nationalmuseums, so schrieb der Bundesrat in seiner Botschaft von 1889, sei es, «ein möglichst vollständiges Bild von der Kultur- und Kunstentwicklung auf den Gebieten der heutigen Schweiz (...) zu geben¹⁰.» Die Zürcher Leistung war es, aus einem verklärten ideellen Gebilde, wie es dem Intellektuellen Salomon Vögelin vorgeschwebt haben mochte, eine handfeste Sache zu machen, die der Gesellschaft einen konkreten Nutzen versprach. Damit wurde eine massive Steigerung der Akzeptanz des Museums in der Limmatstadt und auch in der übrigen Schweiz erreicht.

6.2. Bern: «Wir bauen einfach ein Museum»

Bern hatte, was den Sitz des Museums betraf, einen grossen Vorteil in die Waagschale zu legen, der zugleich sein grösster Nachteil war: Es war Bundeshauptstadt. Neben dem Kampf gegen die Föderalisten sah sich Bern durch die Tatsache, dass die Bundesverwaltung stetig wuchs, mit einer immer grösser werdenden antibernischen Neider-Front konfrontiert. Ein äusserst ungünstiger Umstand. Es ist aber auch zu sagen, dass die Berner die Sache Landesmuseum nicht eben diplomatisch angingen. Ganz im Gegenteil. Man gab sich von Anfang an siegessicher und ging sogar so weit, mit dem Bau des Museums schon einmal zu beginnen. Das tat zwar auch Basel. Bern aber trieb es auf die Spitze mit der Bekanntmachung, es werde sein Museum auf jeden Fall «Schweizerisches Nationalmuseum» nennen.

Im Februar und März 1889 wurde im Berner Grossen Rat, der Burgergemeinde und der Einwohnergemeinde über die Sprechung einer knappen Million Franken zum Bau eines Nationalmuseums debattiert. Hier entwickelte sich eine recht kühne Strategie, die wie geschaffen war, die übrigen Mitbewerber massiv vor den Kopf zu stossen. Bern erfrechte sich nämlich, ohne auf den Sitzentscheid der Räte zu warten, mit dem Bau seines Museums einfach zu beginnen. Am 26. Januar 1889 erläuterte der Berner «Bund» in einem Leitartikel «Schweizerisches Nationalmuseum in Bern» die Qualitäten eines Landesmuseums in Bern¹¹.

«[Das Nationalmuseum] würde den Bewohnern der Stadt die dauernde und schöne Gelegenheit geben, ihre Kenntnisse und ihren Sinn für die politische sowohl wie für die kultur- und kunstgeschichtliche Entwicklung unseres Vaterlandes zu vermehren und auszubilden. Es wird ein solches Museum dem Kunstgewerbe von hoher Bedeutung sein. (...) Das Opfer, welches die Stadt bringen muss, um sich das Nationalmuseum zu sichern, ist zwar für den Augenblick schwer genug, aber es ist klein im Verhältnis zu den ideellen und materiellen Vorteilen, welche für die Stadt und ihre Bevölkerung dauernd daraus entstehen.»¹²

«Es erscheint ganz selbstverständlich, dass das Nationalmuseum in die Bundeshauptstadt gehöre», fuhr der «Bund» fort. Brisant war aber, dass Bern mit dem Bau des Museums beginnen wollte. «Infolge der gemeinsamen Mitwirkung von Staat, Burgergemeinde und Einwohnergemeinde» war die Stadt dazu nämlich durchaus in der Lage:

«Wir haben daher nicht nötig, einen Beschluss der eidgenössischen Behörden abzuwarten und zu gewärtigen, ob derselbe für Bern günstig oder ungünstig ausfallen wird. (...) Und auch die Eidgenossenschaft wird nicht lange fern bleiben können, sie wird sich nicht von einem Werke abwenden, das bernische Kraft und echt eidgenössischer Sinn geschaffen hat.»¹³

Die übrige Schweiz reagierte geschockt auf die Berner Entschlossenheit. Zur Illustration der Berner Frechheit druckte das Luzerner «Vaterland» den Wortlaut einer «schwülstigen Botschaft an den Grossen Rath» ab. Es dürfte sich hier um die Antwort des Radikalen Eduard Marti¹⁴ an die Adresse der Konservativen unter Dürrenmatt handeln:

«Text der [Berner] Melodie: Alles üses! «Wir stellen ein solches [Museum] her, gross genug, um die vorhandenen Sammlungen und andere, die hinzukommen werden, unterzubringen, und machen daraus eine Stiftung. Will dann die Eidgenossenschaft dasselbe zur Aufbewahrung der von ihr erworbenen Alterthümer übernehmen, so stellen wir es ihr laut der oben erwähnten Eingabe vom 30. Mai 1888 zur Verfügung. Auch wenn die Eidgenossenschaft dasselbe nicht will und einem andern Kanton den Vorzug gibt, wird doch jeder Schweizer das Museum in Bern für das Schweizerische Nationalmuseum ansehen.»¹⁵

Dies vor allem deshalb, weil das Museum auf dem Kirchenfeld auch «Schweizerisches Nationalmuseum» getauft werden sollte, unabhängig davon, wie der Sitzentscheid für Bern ausgehen würde. Selbst der eher sanftmütige Berner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» empfand dieses bruske Vorgehen als Schlag ins Gesicht:

«Ob der Bund sich entschliesse, die von ihm erworbenen Alterthümer in Bern, Basel, Zürich oder anderswo unterzubringen, hier gedenkt man dem zu errichtenden Gebäude ein für allemal den Namen eines schweizerischen Nationalmuseums beizulegen, woran, wie man sagt, Bern Niemand hindern könne. (...) Bald nach dem 3. März wird vermuthlich über den Bau eine Konkurrenz eröffnet werden.»¹⁶

Die bis anhin noch gerüchteweise Empörung über die Berner Dreistigkeit wird am 22. Februar offiziell. An der Sitzung der Einwohnergemeinde wurde, wie zuvor im Grossen Rat, ein Kredit über eine Viertelmillion bewilligt:

«Meine frühere Mittheilung, Bern werde der Anstalt den Namen «Schweizerisches Nationalmuseum» geben, bestätigt sich. [Aus der Botschaft wird zitiert:] «Wenn nach Vollendung des Baues das Museum nicht vom Bund

übernommen wird, so würden die Betriebsausgaben vom Kanton und von der Einwohner- und Bürgergemeinde Bern zu gleichen Theilen getragen. Jedenfalls würde uns aber dann ein Theil des Bundesbeitrages für die Erhaltung vaterländischer Alterthümer zukommen und könnten wir damit den Grundstock der bisherigen Sammlungen durch neue Anschaffungen bereichern».»¹⁷

Nach soviel Aufregung in der Presse meldete sich am 24. Februar der Berner «Bund» mit einem ganzseitigen Leitartikel «Zur Frage des Schweizerischen Nationalmuseums». Darin wurde bedauert, dass in dem edlen Wettstreit die Städte «teilweise ganz unwürdige Mittel in den Kampf führen, nämlich die Verkleinerung und Herabsetzung des Gegners, Verdächtigungen der Behörden und des Volkes eines anderen schweizerischen Kantons und Unterschiebung gemeiner Motive¹⁸.» Über mehrere Seiten wurde Nationalrat Vögelin zitiert, der das Nationalmuseum bekanntlich nach Bern wünschte. Es wurde aber auch eine andere alte Forderung von Vögelin bemüht, nämlich die Zweiteilung des Instituts in eine historische Abteilung, die in Bern zu finden wäre, und eine kunstgewerbliche¹⁹:

«Für die Historische Abteilung wäre nach der Ansicht des Redners, das Entgegenkommen der Behörden und der Bevölkerung vorausgesetzt, der Sitz in Bern wohl gegeben. (...) Den Mittelpunkt eines solchen Museums müssten notwendig die Burgunder Trophäen bilden, nämlich jene prachtvollen Gobelins, die im Besitze der Stadt Bern sind. (...) Für die kunstgeschichtliche und kunstgewerbliche Abteilung könnte dann die Konkurrenz zwischen den übrigen Schweizerstädten eintreten.»²⁰

Dass Bern voraussetzte, es bekomme auf jeden Fall die historische Abteilung, und über die kunstgewerbliche Abteilung solle die Konkurrenz entscheiden, ist sprichwörtlich für die Berner Bescheidenheit in dieser Angelegenheit. Das Argument der Aufteilung des Landesmuseums in einen historischen und einen kunstgewerblichen Teil zeigt, wie gut Zürichs Strategie der Verknüpfung mit dem Polytechnikum griff.

Zusammenfassend lässt sich aus dem Handeln Berns folgende Strategie erkennen: Es sollte ein Museum gebaut werden, das in seinen Dimensionen dazu geeignet wäre, vom Bund als eidgenössisches Landesmuseum übernommen zu werden. Offenbar herrschte in Bern die Meinung vor, der Bund könne dem Angebot eines fixfertigen, der Mode der Zeit entsprechenden und elektrisch beleuchteten Museums nicht widerstehen. Es gab aber auch in Bern kritische Stimmen gegen das selbtherrliche Vorgehen in dieser Frage:

«Das ganze Gebahren unserer Behörden nun, die Dreistigkeit des rothen Müller²¹, die hochnäsige Art, mit der man den Erfolg der Bewerbung Berns um's Landesmuseum als absolut sicher hinstellte, stach nun den Bundesvater Schenk gar unsanft in die Nase, und dass es gerade der Mann war, dessen Bundesrathswahl er durch sein zähes Leben bis jetzt verhindert hat, trug der Verstimmung nicht wenig bei. (...) Nun ist ja eine famose Gelegenheit vorhanden für Hrn. Schenk, sich an dem zudringlichen Berner Gemeinderath auf's Empfindlichste zu rächen, und den Schaden haben dann die Steuerzahler der Stadt Bern.»²²

Die rechtskonservative «Berner Volkszeitung» liess natürlich keine Gelegenheit aus, dem Berner Stadtpräsidenten, dem linken Oberst Müller, an den Karren zu fahren. Ernster zu nehmen ist da die Kritik des «Berner Tagblatts»:

«Wenn aber eine andere Stadt Sitz des Landesmuseums wird, wie stehen wir dann? (...) Der Rest wird bei allem Reichthum doch zu dürftig sein, um ein Museum von dem Umfang, wie es geplant ist, zu füllen, und so müssten wir uns darauf gefasst machen, noch Jahrzehnte lang namhafte Summen dem bernischen Museum zuzuwenden. (...)»²³

Als das Landesmuseum im April 1891 erneut an der Übereinstimmung der Räte zu scheitern drohte, beschwor Heinrich Angst in der «Neuen Zürcher Zeitung» Berns absichtliche Verzögerungspolitik, die letztlich nur Bern zugute komme. Denn ohne einen eidgenössischen Entscheid zum Landesmuseum, so Angst, würden früher oder später die Besitztümer des Bundes vom Berner Museum einfach annektiert:

«Die Taktik der Berner in der Landesmuseumsfrage ist jetzt ganz klar. Dieselben wissen und sind durch das Memorial der Eidgen. Kommission für Erhaltung Schweizerischer Alterthümer noch in ihrem Glauben bestärkt worden, dass ein Landesmuseum kommen muss. Da der Ständerat nie für Bern votiren wird, so geht das Bestreben der Berner darauf hin, eine Einigung der beiden Räte zu verhindern. (...) Gelingt es Bern, im Nationalrathe die Mehrheit zu behalten, so ist damit das Landesmuseum für Bern gesichert (...).»²⁴

«Die Rechnung ist richtig. Die Berner, welche für Alles, was Zentralisation in Bern heisst, eine feine Nase haben, wissen auch ganz gut, dass der Zug der Zeit zu ihren Gunsten ist. Steht einmal ihr neues Museum da mit genügendem Platz für die Sammlungen des Bundes und sollte dann in der Bundesversammlung der Antrag kommen, das Rad der Zeit zurückzustellen und wieder an die 22 Kantone zu vertheilen, was in dem Neubau sicher und zweckmässig aufgestellt ist, so werden die Berner stark genug sein, die Annahme eines solchen Vorschlags zu verhindern.»²⁵

Dass die Berner Taktik nicht aufging, hatte verschiedene Gründe: In einer Phase des schnellen Wachstums der Bundesverwaltung reagierten die konservativen Kräfte im Land besonders misstrauisch auf jede Handlung der Stadt Bern. Zu stark war die Angst vor einem von Bern dominierten Zentralstaat. Eine Angst, die in der Presse der zu Bern in Konkurrenz stehenden Städte genüsslich zelebriert wurde. Solche Gefühle bestätigte Bern, indem es die eidgenössischen Räte in der Sitzfrage kühn ignorierte. Mit der wenig diplomatischen Unverfrorenheit schliesslich, das neue Museum «eidgenössisches Nationalmuseum» zu nennen, schnitt sich Bern endgültig ins eigene Fleisch. Vor allem aber ignorierte Bern die Tatsache, dass dieser Streit ein öffentlicher war, und dass er in der Presse gewonnen werden musste. Die Zeitungen der übrigen Schweiz warfen sich wie Hyänen auf die locker geäusserten Selbstverständlichkeiten der Berner Politiker. Allen voran die «Neue Zürcher Zeitung», die sich zur Wortführerin gegen die unredlichen Berner Methoden in einem sonst so «edlen Wettstreit» machte.

6.3. Basel: Vom «edlen Wettstreiter» zum erbitterten Feind

Die Stadt Basel, die sich nach Genf als zweite um den Sitz des Nationalmuseums bewarb, teilte ihr Schicksal mit Luzern und wurde im Lauf des grossen Streits zum eigentlichen Spielball zwischen den beiden grossen Konkurrenten Bern und Zürich. Die Basler mussten sich damit begnügen, zusammen mit Luzern auf der Ersatzbank Platz zu nehmen. Dabei spielte Zürich ein perfides Spiel. Man verstand es, Basel in der Presse im voraus als zu exzentrisch zu disqualifizieren, wobei man trotzdem fleissig die berechtigten Ansprüche der Rheinstadt hervorhob, im Wissen darum, dass Basel mit seinem Projekt und seiner geographischen Lage wegen von vornherein ausscheiden würde. In Basel sah man der Sitzvergabe aber auch reichlich blauäugig entgegen und hoffte, dass die Eidgenossen das stiefmütterlich gehaltene Basel mit dem grossen Geschenk für seine Treue entschädigen würden. Als die Basler aus ihrem Dornröschenschlaf erwachten, war der Zug bereits lange abgefahren. Aus dem braven Mitkonkurrenten wurde jetzt ein erbitterter Feind des Landesmuseums. Basel stemmte sich mit ganzer Kraft gegen das projektierte Nationalmuseum. Staatsarchivar Wackernagel plädierte jetzt plötzlich dafür, dass der Bund die bestehenden kantonalen Sammlungen unterstütze. Diese anfänglich etwas schizophrene Haltung war allerdings recht konsequent, da die Barfüsserkirche in Basel sich bereits im Umbau befand und finanziell unterstützt werden wollte.

Am 7. März 1888, knapp zwei Wochen nach Heinrich Angsts aufrüttelndem Artikel in der «NZZ»²⁶, bewarb sich Basel beim Bundesrat um die Ehre, das neue Institut beherbergen zu dürfen. Der Basler Kampf um die begehrte Anstalt nahm sich aber eher harmlos aus. Man hoffte von Anfang an auf den Gerechtigkeitssinn der anderen. Anstatt seine Widersacher anzugreifen, beschränkte man sich in der Presse darauf, aufzuzählen, wer sich wo irgendwann für Basel als Sitz des nationalen Museums ausgesprochen hatte. So soll im Dezember 1888 der «Stadtanzeiger» von St. Gallen «ganz entschieden die Errichtung des schweizerischen Nationalmuseums in Basel» gefordert haben. Dem schloss sich die neugegründete «Zofinger Tagespost» an²⁷. Auch die «Gazette de Lausanne» forderte mit aller Entschiedenheit den Sitz für Basel²⁸. Die «Nationalzeitung» zitierte gar aus dem «Genevois», der das Landesmuseum grosszügig für Basel vorsah:

«[Der «Genevois] (...) glaubt, dass Bern als Hauptstadt und Sitz der Bundesversammlung, Zürich mit seinem Polytechnikum, Lausanne mit dem Bundesgericht bereits genügend bedacht seien. Luzern geniesse beträchtliche Opfer der Eidgenossenschaft, der Kantone, Italiens und Deutschlands, die diese für den Bau der Gotthardbahn aufgebracht haben. Nur Genf und Basel haben bis jetzt noch nichts erhalten.»²⁹

Mit besonderer Freude wurden Reden namhafter Zürcher oder Berner abgedruckt, die sich zumindest nicht ablehnend zu Basel äusserten. So zitierten die «Basler Nachrichten» aus einem in Zürich gehaltenen Vortrag von Sekundarlehrer Jakob Heierli, der ja seines Zeichens Mitglied des Initiativkomitees für das Landesmuseum in Zürich war.

«Was speziell Basel betrifft, so rühmte der Vortragende, dass diese Stadt mit ihrer schätzerreichen Mittelalterlichen Sammlung, mit ihrer glorreichen historisch-antiquarischen Gesellschaft, mit ihrer ehrwürdigen Universität, ihrem geistigen Leben und grossem Opfersinn wohl Anspruch darauf erheben dürfe, das Nationalmuseum zu erhalten.»³⁰

Die Rheinstadt zeigte sich wenig kampflustig. Zwar wehrte man sich immer wieder gegen polemische Bemerkungen, vor allem, was die Randlage Basels betraf, griff aber selber, wenn überhaupt, nur halbherzig an. Wann immer das der Fall war, blieb Zürich seine Antwort nicht schuldig. In seinem Artikel «Wozu der Streit?» vom 4. Juni 1888 beschwerte sich Heinrich Angst, der «edle Wettbewerb einzelner schweizerischer Städte, von denen jede ihr Bestes für ein schweizer. Nationalmuseum beitragen zu sollen glaubte, ist in einen widrigen Zank ausge-

artet, bei dem alte Städtteifersucht das Wort redet³¹.» Er gab zu, dass «manche Äusserungen, welche unsere Freunde in Basel empfindlich aufnehmen konnten», in der Schmiedstube wohl besser unterlassen worden wären.

«Mit missliebigen Augen schaut Basel diesem Wetteifer der Zürcher zu, glaubt doch Basel mit seiner mittelalterlichen Sammlung nicht ohne guten Grund einen berechtigten Anspruch auf den Sitz des schweizerischen Alterthumsmuseums zu haben. Freilich vergisst man in Basel, dass zuerst in Zürich und zwar in diesem Blatte die Anregung einer Bewerbung um das Nationalmuseum gemacht wurde.»³²

Mit einer beispiellosen Doppelzüngigkeit spekulierte Zürich darauf, Basel als Verbündete im Kampf gegen Bern hinter sich zu scharen, womit nach dem chancenlosen Ausscheiden Basels in den Räten diese Stimmen für Zürich gewonnen würden. Man gab sich deshalb entrüstet über mutmassliche Berner Äusserungen gegen Basel. So sollen Redner im Berner Grossen Rat geäussert haben: «In Basel pflegen die Fremden nur zu übernachten (und sich nicht kulturell zu verweilen), weil sie dort zu wenig zu sehen haben³³.» Wann immer möglich lobte man Basel und dessen selbstloses Eintreten für das Museum:

«Es fiel uns Eines unangenehm auf: das war die beinahe zynische Art und Weise, wie einige Redner die Frage des Nationalmuseums fast ausschliesslich vom Standpunkte der Fremdenindustrie aus betrachteten. (...) Gegenüber den Nebenabsichten, welche man in Bern mit dem Nationalmuseum zu verbinden scheint, sticht die Uneigennützigkeit der Basler vorteilhaft ab, denen es lediglich um die Sache selber und nicht um <Förderung der Fremdenindustrie> zu thun ist³⁴.»

Angst bedauerte auch immer wieder, «(...) dass der [Basler] Zorn sich fast ausschliesslich gegen die Limmatstadt richtete und viel weniger gegen die ebenfalls sich bewerbende Bundesstadt³⁵.» Die ablehnende Haltung Basels gegenüber Zürich erstaunt allerdings nicht, wenn man zum Beispiel in Angsts Erläuterung des Luzerner Angebots, zwischen den Zeilen liest:

«Die Berechtigung der Ansprüche Luzerns (als älteste Stadt des Schweizerbundes, als Vorort der katholischen Orte, als zentral und sicher gelegene Ortschaft, als Sitz einer Kunstgewerbeschule) wird niemand bestreiten können. (...) An Werth dürfte dieses eventuelle Angebot Luzerns denjenigen von Bern und Basel gleichkommen.»³⁶

Basels grösster Fehler war vermutlich, dass es sich auf eine, im Nachhinein betrachtet, allzu harmlose Strategie einschoss, die da lautete: «Wir haben noch

nie etwas von der Eidgenossenschaft bekommen, also ist es nur recht, dass wir nun das Landesmuseum bekommen.»

«Die Städte Bern, Zürich und Luzern führen zu ihren Gunsten hauptsächlich ihre centrale Lage an. (...) Dagegen ist aber zu bemerken, dass die genannten Städte vom Bunde schon reichlich mit Geschenken bedacht worden sind. Bern als Metropole der Eidgenossenschaft zieht reichlichen Verdienst aus dem gewaltigen Beamtenheer, das sich dort von Jahr zu Jahr naturgemäss vergrössert. Die Stadt Zürich besitzt die höchste schweizerische Lehranstalt. Luzern hat einen bedeutenden Waffenplatz und ein eidgenössisches Postgebäude. (...) Man hat zwar eingewendet, Basel eigne sich deshalb nicht als Sitz, weil das Museum dort bei allfälligem Kriegsausbruch sehr gefährdet würde. Uns will aber diese Einrede nicht stichhaltig erscheinen, denn wir leben nicht mehr im Zeitalter der Barbarei, wo man Kunstschätze so ohne weiteres raubte oder verbrannte.»³⁷

Erschwerend kam hinzu, dass Basel, ähnlich wie Bern, bereits früh klar machte, dass es in jedem Fall ein Museum eröffnen würde, wenn nicht für die Eidgenossenschaft, so für Basel:

«So ist es ganz unzweifelhaft, dass was Basels Bevölkerung jetzt thut, um unsere mittelalterliche Sammlung immer reicher auszugestalten und ihr in der renovirten Barfüsserkirche eine würdige Stätte zu bereiten, für Basel seinen bleibenden Werth behält, möge das schweiz. Nationalmuseum nach Basel kommen oder nicht. Ja es ist jetzt schon vorauszusehen, dass, wenn Basel bei der Vergebung des Nationalmuseums umgangen und das letztere in einer anderen Stadt errichtet werden sollte, dann erst recht der Wetteifer in unserer Stadt entbrennen wird, unsere eigene Sammlung stets auf der Höhe der schweizerischen zu halten, wenn ihr nicht voraus zu sein.»³⁸

Dass solcherlei Äusserungen kontraproduktiv waren und auf manche Politiker arrogant wirkten, bekam auch Bern schmerzlich zu spüren. Zugleich mag diese Haltung die Hemmschwelle der Abgeordneten herabgesetzt haben, gegen einen Ort zu stimmen, im Wissen darum, dass sich dieser ja trotzdem ein schönes kantonales Museum leisten würde. Am eindrücklichsten lässt sich Basels unglückliche Argumentationsweise anhand einer Bittschrift dokumentieren, welche der Regierungsrat am 29. November 1890 verfasste. Noch schlimmer als deren Inhalt war ihr Verteildatum. Am Tag, an dem die Mitglieder der Bundesversammlung auf ihren Pulten den gewaltigen «Zürcher Prachtband» vorfanden, mögen sie zwischen ihrem sonstigen Papierkram auch auf die Bittschrift Basels gestossen sein. Statt auf seine Stärken zu pochen, appellierte Basel mitleidheischend an den Gerechtigkeitssinn der Eidgenossen.

«Getreue, liebe Eidgenossen! Wir sind weit entfernt, die Anerbietungen, welche nach uns andere Städte gemacht haben, in ihrem Werth herabsetzen zu wollen. Wir wissen wohl, dass diese Offerten zum Theil glänzender und grossartiger sind, als die unsrigen. Soll aber das Landesmuseum nun ohne Weiteres dem Meistbietenden zugeschlagen werden? Oder soll die Frage des Sitzes des Landesmuseums lediglich eine Machtfrage sein, in dem Sinne, dass der Stärkere den Schwächeren rücksichtslos bei Seite drängt und zu dem Vielen, was er bereits besitzt, noch mehr erhält? (...) Getreue, liebe Eidgenossen! Wir haben das feste Zutrauen in Ihre Gerechtigkeitsliebe und Ihren eidgenössischen Sinn, dass Sie Basel nicht zurückweisen werden. Es kann nicht in Ihrem Willen liegen, einen guteidgenössischen Mitstand durch unbillige Zurücksetzung ohne Noth zu kränken und zu verbittern.»³⁹

Angesichts der unzähligen Intrigen, Anschuldigungen und Gehässigkeiten sowie der Tatsache, dass der Kampf um das Landesmuseum auf allen Ebenen mit recht harten Bandagen ausgetragen wurde, kann man über Basels kuriose Anbiederung nur staunen. So erging es wohl auch den National- und Ständeräten, die das Basler Pamphlet bestenfalls als Buchzeichen im Zürcher Prachtband verwendet haben mögen.

Ähnlich kurios kam ein Artikel in der «Nationalzeitung» daher, der die Sitzvergabe an Basel in einen direkten Zusammenhang mit einem Gelingen der anstehenden 600-Jahrfeier des Bundes stellte.

«Die Vertreter des Schweizervolkes haben es noch in der Hand, durch einen gerechten, ächt eidgenössischen Entscheid dafür zu sorgen, dass in die bevorstehende Bundesfeier kein hässlicher Misston hineingetragen werde. Ein solcher Misston würde aber sicher erzeugt durch die unverdiente Zurücksetzung Basels. (...) Und ein Akt eidgenössischer Gerechtigkeit ist es, wenn Basel das schweizerische Landesmuseum zuerkannt wird!»⁴⁰

Den Ernst der Lage erkannte Basel erst, als der vernichtende Bericht der ausländischen Expertengruppe vorlag. War man einen Monat davor noch überzeugt, dass «unsere Sammlungen unbestritten die grössten und werthvollsten sind⁴¹», so fiel man jetzt aus allen Wolken. Nun endlich verschärfte sich Basels Tonfall, doch leider war es schon zu spät. Am 6. Dezember 1890, nur fünf Tage nach der unsäglichen Bittschrift, gelangte der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erneut an die Bundesversammlung:

«Der Bericht der Experten über die von uns dem Landesmuseum gemachten Anerbietungen enthält mehrfache, zum Theil erhebliche Irrthümer und Ungenauigkeiten, welche zu berichtigen wir uns verpflichtet fühlen. (...) Bei einem ausserordentlichen Umfange des zu prüfenden Materials (...) dauerte die Thätigkeit der Herren Experten in Basel nur wenige Stunden. (...) Die von den Experten geäusserten Bedenken [bezüglich der von einem nahen Theater ausgehenden Feuergefahr] sind umso befremdlicher, da sie für die zweifelsohne doch sehr gefährliche und sehr lästige nahe Nachbarschaft des Bahnhofes, welcher das Museum in Zürich ausgesetzt wäre, kein Wort des Tadels haben. (...) Es ist eine leichte Sache, an einem schon bestehenden Gebäude Mängel zu entdecken und zu tadeln, welche aus Planskizzen für noch zu errichtende Bauten gar nicht ersehen werden können.»⁴²

Vor allem im letzten Punkt kann man Basel voll und ganz zustimmen. Es handelte sich in der Tat um einen ungerechten Vergleich. Brisant war auch die Rückweisung des Vorwurfs, dass die Barfüsserkirche wenig geeignet sei, die bereits erworbenen Zimmereinrichtungen unterzubringen. «Für Installationen von Interieurs sollen in erster Linie die in unserm Projekt vorgesehenen, sowie die später anzufügenden Annexe dienen⁴³.» Dabei wurde einmal mehr die Wichtigkeit der Interieurs für die Standortfrage deutlich. Am 8. Dezember doppelten die «Basler Nachrichten» nach und behaupteten, «dass das den Experten vorgelegte Frageschema von vornherein der Stadt Bern auf den Leib geschnitten war und dass die Herren Experten unbewusst sich davon beeinflussen liessen⁴⁴.» Dass es beim Zusammenstellen der Fragen nicht mit rechten Dingen zu und her gegangen sei, implizierte auch die «Nationalzeitung», indem sie berechnete Zweifel an der Gewichtung der Fragen äusserte:

«Eine überflüssige Frage war die, ob für «unbedingte Ausdehnungsfähigkeit» der offerirten Sammlungsgebäude gesorgt sei. (...) Man erinnere sich daran, dass bei Anlass der Diskussion über die Frage der Errichtung eines Nationalmuseums sehr gewichtige Stimmen Zweifel aussprachen, ob es möglich sein werde, noch sehr viele Alterthümer zu erwerben, da dieses Gebiet so ziemlich abgegrast sei. Wie will man da noch von einer unbegrenzten Ausdehnungsfähigkeit sprechen!»⁴⁵

Die Verbitterung im Lager der Basler wuchs, als sich abzuzeichnen begann, dass in der Bundesversammlung weder Luzern noch Basel in die engere Wahl kämen. Am Vorabend der ersten Sitzabstimmung in den Räten schossen die «Basler Nachrichten» gegen die Zürcher und Berner Blätter, die Basel und Luzern systematisch aus der Diskussion um das Landesmuseum ausklammerten.

«Wer zürcherische Zeitungen liest, der könnte glauben, dass der zur Zeit wogende Kampf um den Sitz des Landesmuseums nur die Städte Bern und Zürich betreffe, dass nur diese beiden Städte mit einander konkurrieren. Es ist ohne Zweifel System in der Art der Darstellung. (...) Allerdings soll und kann das Landesmuseum weder nach Bern noch nach Zürich kommen, an welchen beiden Orten schon Eidgenössisches die Fülle ist.»⁴⁶

Als am 16. Dezember 1890 der Ständerat als erste Kammer tagte, hatte Basel – und erstaunlicherweise auch Bern – keine reelle Chance. Als Basel zwei Tage später im Nationalrat mit nur gerade neun Stimmen sogar ausschied, war es mit seinem Landesmuseumsprojekt gescheitert. Die National- und Ständeräte waren auf die Bittschriften und die Argumente der Basler Initianten nicht eingegangen. Anders als Luzern, das sich teils enttäuscht, angesichts seiner finanziellen Lage aber auch erleichtert, zurückzog, stemmte sich Basel jetzt mit aller Kraft gegen ein Landesmuseum.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Basel den Kampf um das Landesmuseum von Anfang an falsch einschätzte. Zu spät bemerkte man, mit welcher Härte und vor allem, mit welchem finanziellem Engagement um die Ehre, das Landesmuseum beheimaten zu dürfen, gekämpft wurde. Spätestens nach Zürichs Eintritt in den Kampf genügte es nicht mehr, an dem etwas speziellen Projekt in der Barfüsserkerche festzuhalten und darauf zu verweisen, dass man sich als erste Stadt beworben habe. Der Streit wurde vielmehr mit Geld und Einfluss entschieden und nicht zuletzt durch eine geschickte Kampagne in der Presse. Ein Umstand, den man in Basel, so scheint es, nicht einsehen mochte. Als geradezu kontraproduktiv müssen Aktionen wie die unsägliche Bittschrift des Regierungsrats aufgefasst worden sein, galt es doch, sich während des Streits nicht schwächer zu machen, als man ohnehin schon war. Seine Register zog Basel erst, als es schon zu spät war, indem es mit seiner Antimuseums-Petition zeigte, dass es in der Lage war, einigen Staub aufzuwirbeln.

6.4. Luzern: Das Museum im Herzen der Schweiz

Ähnlich wie in Basel suchte man in Luzern vergeblich nach einer schlagenden Strategie. Auch hier beschränkte man sich darauf, mit einem unglücklichen Projekt an den Gerechtigkeitssinn der Eidgenossen zu appellieren. Dies mit zum Teil unglaublichen Mitteln, wenn man an das Flugblatt von Bruder Remigius denkt. Daneben berief sich das Initiativkomitee lediglich darauf, dass das Landesmuseum in Luzern in der Wiege der Schweiz läge. Angesichts der er-

drückenden Konkurrenz von Seiten Berns und Zürichs hätten sich die Luzerner schon ein wenig mehr anstrengen müssen. Mit ihrem Projekt hatten sie nicht die geringste Chance.

Das Scheitern der Museumspläne hat Luzern nicht sonderlich zugesetzt. Die breite Unterstützung für das Projekt, wie sie in den anderen Städten vorhanden gewesen war, fehlte hier fast vollends. Nach einigen vorgetäuschten Tränen überwog wohl das Aufatmen darüber, keine zusätzlichen Investitionen tätigen zu müssen. Die Luzerner Initianten brachten es nicht fertig, im Volk und bei den einflussreichen Stellen eine genügend grosse Akzeptanz zu schaffen. Das Projekt kam allzu halbherzig daher. Da genügte es denn auch nicht, sich bloss als Wiege der Schweiz zu preisen.

«Wenn wir uns zunächst auf die centrale Lage unserer Stadt berufen, so sind wir uns dabei recht wohl bewusst, an diesem Vorzuge Luzerns kein Verdienst zu haben. Der Gesichtspunkt der Sicherheit unserer nationalen historischen Schätze, die ohne Zweifel mitten im Herzen des Landes eher gegeben ist als an der Peripherie, sei hier nur leicht gestreift.»⁴⁷

Dabei entbehrt der Fall Luzern nicht einer gewisser Tragik. Denn mit einem etwas geschickter agierenden Komitee hätte Luzern mit fast hundertprozentiger Sicherheit das Rennen gemacht. Wenn nicht in Bern, wo anders, als in der «Wiege der Schweiz» sähe man ein Landesmuseum lieber? Dazu kommt, dass Luzern tatsächlich beinahe der geographische Mittelpunkt der Schweiz ist und den grossen Vorteil hatte, vom Bund noch nicht bedacht worden zu sein. Alles, was fehlte, war ein überzeugendes Projekt, und dieses hatte das Komitee in einer beispiellosen Fehlleistung nur kurz nach seinem unverhofften Auftauchen fahrlässig verworfen. Angesichts der kühnen Idee, das Museum auf dem Dreilindenplatz zu bauen und per Seilbahn mit der Altstadt zu verbinden, hätten die Mitbewerber einpacken können. Das «vaterländische Denkmal» im Herzen der Schweiz, behütet von den schützenden Bergen, hoch über der Stadt mit ungetrübtem Blick in die Gipfel und auf den See – welcher Patriot hätte dieser Vorstellung widerstehen können?

Anmerkungen:

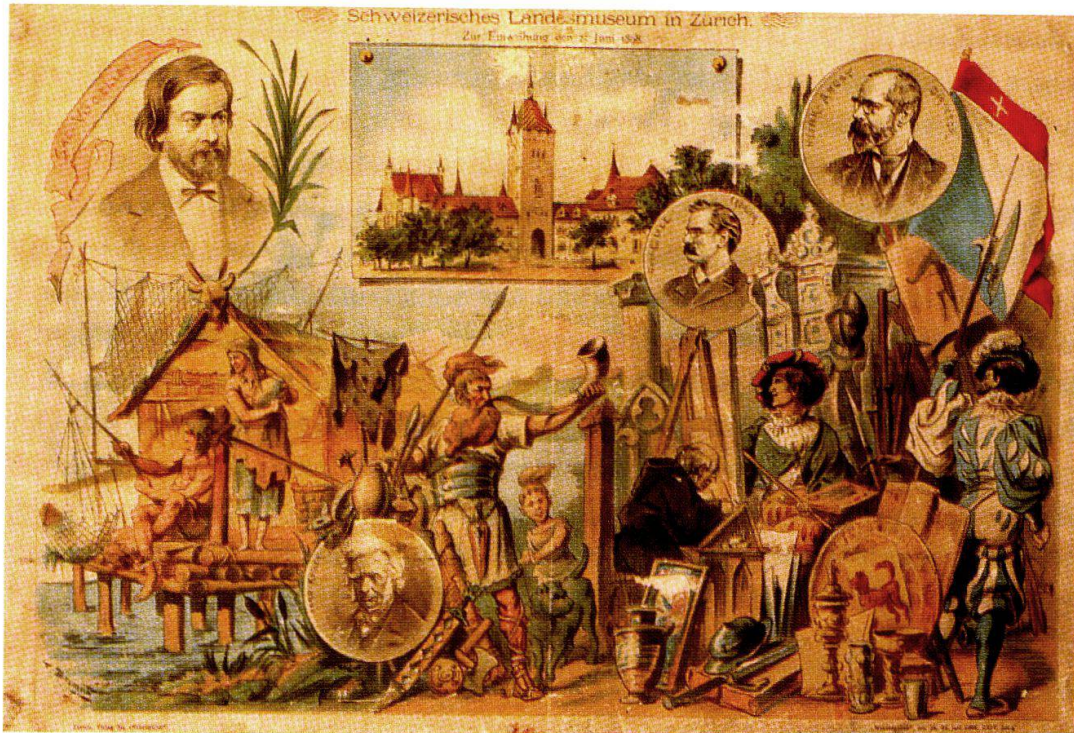
¹ NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.

² Etwas provokativ formuliert könnte man sagen, die Kommission kauft mit Vorliebe Interieurs, die sich naturgemäss wenig eignen, um im interkantonalen Austausch an bestehende Museen ausgeliehen zu werden. Das Problem der kantonalen Museen beim Ankauf dieser Zimmereinrichtungen ist wohl selten ein finanzielles. Die grosse

- Frage ist viel eher, wohin mit einer solchen Einrichtung. Die meisten kantonalen Museen sind zum Bersten voll.
- 3 NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.
 - 4 ibd.
 - 5 ibd.
 - 6 EINLADUNG AN DIE VERSAMMLUNG IN DER SCHMIEDSTUBE VOM 26. MAI 1888. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6.
 - 7 NZZ, Nr. 146, Morgenausgabe, 25. Mai 1888.
 - 8 ibd.
 - 9 Vögelin deutet in seiner am 9. Juli 1883 im Nationalrat gehaltenen Rede über die Notwendigkeit der Gründung eines schweizerischen Nationalmuseums die unliebsame Zweiteilung in ein historisches und ein kunstgewerbliches Museum an.
 - 10 BOTSCHAFT DES BUNDESRATS ÜBER DIE FRAGE BETREFFEND GRÜNDUNG EINES SCHWEIZERISCHEN NATIONALMUSEUMS, Bern, 31. Mai 1889. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6.
 - 11 «BUND», Nr. 26, 27. Januar 1889.
 - 12 ibd.
 - 13 ibd.
 - 14 MARTI, Eduard: 1829–1896, von Rapperswil, BE. Fürsprecher in Biel, Grossrat ab 1866, Nationalrat 1866–1878, ab 1892 Regierungsrat (Baudirektor). Haupt der Radikalen Partei des Kantons Bern, Förderer der Eisenbahnverstaatlichung, Direktor der Jura-bahnen und der Jura–Bern–Luzernbahnen sowie der Jura–Simplonbahn.
 - 15 «VATERLAND», Nr. 19, 23. Januar 1889.
 - 16 NZZ, Nr. 49, Abendausgabe, 18. Februar 1889.
 - 17 NZZ, Nr. 55, 24. Februar 1889. Der Bundesrat weist die Stadt Bern erst am 23. Mai 1892, also knapp ein Jahr nach dem Sitzentscheid zugunsten Zürichs, auf die unglückliche Namensgebung hin und fordert Bern auf, sein Museum umzutaufen. Per Dekret des Grossen Rats kommt Bern dieser Bitte am 24. Mai 1893 nach und ändert den Namen in «Bernisches Historisches Museum», den es bis 1996 behalten hat (heute: Historisches Museum Bern). Vgl. GERMANN, Georg, Vom Wunschbild zum Leitbild, in: Bernisches Historisches Museum. 100 Jahre BHM 1894–1994, Bern 1994, S. 257–265.
 - 18 «BUND», Nr. 54, 24. Januar 1889.
 - 19 Den Bernern ist offenbar doch aufgefallen, dass Zürich mit seiner «Polytechnikum-Strategie» den kunstgewerblichen Aspekt überbetont. Bezeichnenderweise verlaufen aber diese starken Argumente gegen Zürich wieder im Sand.
 - 20 «BUND», Nr. 54, 24. Januar 1889.
 - 21 gemeint ist Eduard Müller, Stadtpräsident von Bern.
 - 22 «BERNER VOLKSZEITUNG», Nr. 40, 20. Mai 1891.
 - 23 «BERNER TAGBLATT», Nr. 347, 17. Dezember 1889. Vgl. auch: «BERNER TAGBLATT», Nr. 75, 29. März 1890. Kritische Stimme zur Schaffung eines Berner historischen Museums auf dem Kirchenfeld.
 - 24 NZZ, Nr. 101, 11. April 1891. Vgl. auch: «Nationalzeitung», Nr. 85, Abendausgabe, 12. April 1891.
 - 25 Leserbrief, gezeichnet H. Angst, NZZ, Nr. 103, Abendausgabe, 13. April 1891.
 - 26 NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.
 - 27 «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 45, Beilage, 15. Februar 1889.
 - 28 «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 46, Beilage, 16. Februar 1889.

- ²⁹ «NATIONALZEITUNG», Nr. 276, Morgenausgabe, 23. November 1890.
- ³⁰ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 45, Beilage, 15. Februar 1889.
- ³¹ NZZ, Nr. 156, Morgenausgabe, 4. Juni 1888.
- ³² ibd. Vgl. Angsts Artikel «Zürich und das schweizerische Nationalmuseum», in: NZZ, Nr. 55, Morgenausgabe, 24. Februar 1888.
- ³³ NZZ, Nr. 39, Abendausgabe, 8. Februar 1889.
- ³⁴ ibd.
- ³⁵ NZZ, Nr. 156, Morgenausgabe, 4. Juni 1888.
- ³⁶ Ein Artikel von Heinrich Angst in gewohnt unbescheidener Art. NZZ, Nr. 19, 19. Januar 1889.
- ³⁷ «Basler Nachrichten», Nr. 357, 30. Dezember 1888.
- ³⁸ «Basler Nachrichten», Nr. 46, Beilage, 16. Februar 1889.
- ³⁹ BITTSCHRIFT DES REGIERUNGSRATES BASEL AN DIE HOHE BUNDESVERSAMMLUNG, Basel, 29. November 1890, Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6; Handschriftlicher Entwurf dazu im Bundesarchiv, Schachtel, 8H, Mappe «Errichtung und Ausbau»; Abgedruckt in: Basler Nachrichten», Nr. 330, 4. Dezember 1890.
- ⁴⁰ «NATIONALZEITUNG», Nr. 294, Abendausgabe, 14. Dezember 1890.
- ⁴¹ «NATIONALZEITUNG», Nr. 267, 1, 13. November 1890.
- ⁴² EINGABE DES REGIERUNGSRATES BASEL AN DIE HOHE BUNDESVERSAMMLUNG, Basel, 6. Dezember 1890, zitiert aus: «Basler Nachrichten», Nr. 336, 10. Dezember 1890.
- ⁴³ ibd.
- ⁴⁴ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 334, 8. Dezember 1890.
- ⁴⁵ «NATIONALZEITUNG», Nr. 288, Morgenausgabe, 7. Dezember 1890.
- ⁴⁶ «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 337, 11. Dezember 1890.
- ⁴⁷ «LUZERN UND DAS SCHWEIZERISCHE LANDESMUSEUM». Entwurf zu einer Eingabe, Luzern 1889. Interessanterweise schießt Luzern hier deutlich gegen Basel, das nach dem Ausscheiden der beiden Städte zu einem Verbündeten wird.

7. So kam Zürich zum Landesmuseum



Allegorie auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums, von Friedrich Boscovits. Illustration im Nebelspalter Nr. 26, vom 25. Juni 1898. Lithographie.

Das Landesmuseum steht heute in Zürich, weil die politische Konstellation vor hundert Jahren gegen Bern sprach. Die Projekte der Städte Basel und Luzern schieden zum vornherein praktisch chancenlos aus. Bern allerdings hätte eigentlich siegen müssen. In allen anderen Ländern stehen Landes- und Nationalmuseen in den Hauptstädten. Die Bundesstadt hat vor allem im Ständerat wenig Stimmen für sich mobilisieren können und damit den Kampf eigentlich schon in der ersten Runde verloren. Mit seiner etwas undiplomatischen Idee, das Museum so oder so zu bauen und erst noch «Nationalmuseum» zu nennen, mag Bern die Stimmungsmache gegen sich noch zusätzlich geschürt haben. Denn gross war die Angst in weiten Teilen der Bevölkerung vor einem alles verschlingenden, mächtigen Bern, das die föderalistische Tradition der Schweiz aufzufressen drohte. Blieb also nur noch Zürich.

Ohne Zweifel führte die Limmatstadt die mit Abstand professionellste und aufwendigste Kampagne für das Landesmuseum. Der etwas übertriebene, sündhaft teure Zürcher «Prachtband» als glamouröse Werbebroschüre ist dafür der

beste Beweis. Vor allem die Präsenz Zürichs in der Presse suchte seinesgleichen. Und auch der charismatische und nimmermüde Anführer des Zürcher Initiativkomitees, Heinrich Angst, war eine Ausnahmeerscheinung. Er verbreitete mittels der schon damals renommierten und in anderen Blättern vielzitierten «Neuen Zürcher Zeitung» die Vision von Zürich als grosser Bildungsstadt. Aus seiner Feder stammte die Idee, das Landesmuseum dem Polytechnikum quasi als Vorbildstätte für Kunst- und Industriedesign anzuschliessen. Ihm ist es zuzuschreiben, dass aus dem ursprünglich geplanten historischen Nationalmuseum praktisch ein kunsthistorisches Museum wurde. Zürich brachte es aber auch fertig, in sämtlichen Gremien, die mit der Planung des neuen Instituts in irgendeiner Weise zu tun hatten, vertreten und meist übervertreten zu sein. Dies war teilweise ein Überbleibsel der Zeit, da Vögelin das Landesmuseum eindeutig nach Bern wünschte und viele, vor allem Kunsthistoriker, aber auch Historiker des eidgenössischen Polytechnikums, für die Planung zugezogen wurden. Der grosse Einfluss des «Zürcher Initiativkomitees» via Presse, aber auch durch direktes Lobbying bei Freunden und Bekannten in den eidgenössischen Räten, sicherten Zürich seinen unbestrittenen Erfolg, zumindest im Ständerat. Damit war der Grundstein für das Museum auf dem Platzspitz gelegt. Der Ständerat erklärte ja schon bald seinen Beschluss für definitiv. Trotz aller schönfärberischer Vorrechnerei seitens der Zürcher wollte das Stimmenmehr im Nationalrat aber partout nicht zustande kommen. Über zwei lange Jahre wurde das Geschäft «Landesmuseum» in unzähligen Wahlgängen mit immer demselben Resultat vom Nationalrat totbehandelt. Da der Ständerat für Zürich gestimmt hatte, musste der Nationalrat dasselbe tun, sollte das Museum doch noch Realität werden. Dieser aber sprach sich wieder und wieder für Bern aus, womit das Geschäft nicht erledigt werden konnte, da Übereinstimmung zwischen den Räten dafür die Bedingung gewesen wäre.

Eigentlich erstaunlich, dass sich Bern in dieser Phase nicht Basels Antimuseums-Petition anschloss, da für die Bundesstadt das Museum sowieso gelaufen war. Die Vorentscheidung war längst gefallen, im Nationalrat konnte also nur noch versucht werden, das Landesmuseum als Ganzes zu verhindern. Die Zeitgenossen hatten wohl recht mit der Behauptung, Bern ziele darauf ab, das Landesmuseum zum Scheitern zu bringen. Das Museum stand lange Zeit auf verlorenem Posten. Daran änderten auch die unzähligen mutmasslichen oder auch tatsächlichen Kuhhändler nichts. Das Mehr für Zürich schien nicht erreichbar, was wiederum auch nicht verwunderlich war. Wieso auch sollte Bern im Nationalrat seine Position aufgeben und damit Zürich den Sieg schenken? Basel stimmte nach seinem unsanften Ausscheiden sowieso trotzig für Bern, da es eine Aufteilung des Landesmuseums auf mehrere Städte erreichen wollte.

So stand die Schweiz vor hundert Jahren in der Museumsfrage vor einer Patt-Situation, aus der es keinen Ausweg zu geben schien. Im Juni des eidgenössischen Jubeljahres 1891 gelang das unmöglich scheinende doch noch. Zürich siegte im Nationalrat, das Landesmuseum war gerettet. Zeitgenossen führten die Wende im Nationalrat auf die eindringliche Rede Bundespräsident Weltis zurück, der vor der finalen Museumsabstimmung den Nationalräten ins Gewissen geredet hatte. Dass es nur diese Rede gewesen war, die Bewegung in die seit Jahren festgefahrene Situation zu bringen vermochte, darf angezweifelt werden. Der Gedanke liegt nahe, dass auf höchster Ebene gewisse Zugeständnisse und Versprechen gemacht wurden. Es ist anzunehmen, dass Basel und Bern Gelder für ihre Museen erhielten, was sie zur Stimmabgabe für Zürich bewogen haben mag. Die Sache war ja in der Zwischenzeit zu einem echten Skandal geworden. Der soziale Friede stand auf dem Spiel, und das Ausland schüttelte schon seit langem den Kopf ob derart viel «Gemeinschaftssinn» der Eidgenossen. Robert Durrer mag recht gehabt haben, wenn er schrieb:

«Man sieht aber nicht alles, was hinter den Kulissen vorging. Merkwürdig ist, dass seither Basel und Bern eidgenössische Subventionen an ihre historischen Museen erhalten, die zwar nicht auf den Landesmuseumskredit gebucht werden, sondern in den Erziehungskrediten versteckt sind.»¹

Tatsächlich weisen die Bücher der beiden erwähnten Museen Bundesbeiträge auf. Allerdings hatte das Basler Museum, nach eigenen Angaben in den Jahresberichten, schon vor 1891 Subventionen bekommen, was gemäss dem Gesetz bezüglich der Erhaltung vaterländischer Altertümer von 1886 durchaus möglich war. Diese Unterstützung des Bundes wurde Anfang der sechziger Jahre gestrichen, was im Jahresbericht des Museums in der Barfüsserkirche schmerzlichst zur Kenntnis genommen wurde.

«Rechnung: Das Jahr 1952 ist ein besonders schwieriges gewesen. Die seit 1884² ausgerichtete Bundessubvention fiel in diesem Jahre zum erstenmal aus. Da sie fast genau die Hälfte der Beiträge an das Museum ausmachte, bedeutete ihr Verlust für unser Institut eine schwere Einbusse. In freundlicher Weise kam uns indessen das Erziehungsdepartement zu Hilfe, indem es einen beträchtlichen Anteil an die Personalspesen übernahm, und zwar Fr. 8000.– für Aufsicht und Reinigung in der Barfüsserkirche.»³

Man darf wohl mit einiger Sicherheit sagen, dass irgend eine Art von Handel abgeschlossen worden sein muss, um einen Teil der Nationalräte auf Zürichs Seite zu bringen. Ob es sich dabei um diese Beiträge handelte oder nicht, ist schwer zu sagen. Ich würde dies eher bezweifeln, weil trotz dem Landesmuseum

die schon vorher ausgerichteten Subventionen nicht gefährdet gewesen wären. Wenn ein Handel stattgefunden hat, so ist er bis heute ein gut gehütetes Geheimnis. Aufschluss darüber gäben höchstens die verschiedenen Nachlässe und die zum Teil vorhandenen Autobiographien der Hauptbeteiligten. Amüsant an der ganzen Geschichte ist jedenfalls, dass, als die Schweiz ein Landesmuseum plante, am Ende drei grosse Museen entstanden.

Die vorliegende Arbeit stützt sich vor allem auf den Umstand, dass die Schweizer Presselandschaft vor hundert Jahren ausserordentlich vielfältig war. Sie fütterte das vom bürgerlich-patriotischen Selbstverständnis getragene Interesse täglich mit neuen Geschichten. Anders als heute zitierten sich die in Konkurrenz stehenden Blätter mit Vorliebe gegenseitig. Der Streit um das Landesmuseum wurde so in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit fast zu einer der Grundfesten der Eidgenossenschaft erschütternden Bedrohung. Mit anderen Worten: Der grosse Streit wurde zu einem Thema, das sich auf der Titelseite gut verkaufen liess. Aber auch zu einem Thema, das die Menschen von damals in einem Ausmass bewegte, wie wir es uns heute kaum vorstellen können.

Man kommt trotzdem manchmal nicht umhin zu schmunzeln, wenn man liest, mit welcher Inbrunst und Überzeugung die Befürworter des Landesmuseums für ihre Ziele gekämpft haben. So vielleicht, wie heutzutage Städte kämpfen, die sich als Austragungsorte für olympische Spiele qualifizieren wollen. Allerdings mit dem Unterschied, dass es dabei heute um Milliardenereinnahmen geht. Vor hundert Jahren ging es vor allem um Ehre und um die Bezeugung des eigenen Patriotismus.

Anmerkungen

¹ DURRER, Robert, S. 160.

² Ein Fehler. Der Bund subventionierte kantonale Museen und Sammlungen erst ab 1886. In den Jahresberichten vor dem hier zitierten wird denn auch das Jahr 1886 als erstmaliges Beitragsjahr genannt. Vgl. Bericht des Historischen Museums über das Jahr 1950, in: JAHRESBERICHT 1950, Basel 1951, S. 13.

³ Bericht des Historischen Museums über das Jahr 1952, in: JAHRESBERICHT 1952, Basel 1953, S. 13.

Bibliographie

Abkürzungen: SLB Schweizerische Landesbibliothek
ZBZ Zentralbibliothek Zürich

Zeitungen

(Jeweils die Jahrgänge 1888, 1889, 1890 und 1891. Zeitungen, deren Erscheinen nicht terminiert ist, bestehen noch, haben fusioniert oder sind unter neuem Namen fortgeführt worden.)

BASLER NACHRICHTEN. Aus der Schweiz und für die Schweiz. Intelligenzblatt der Stadt Basel, Basel, ab 1856. SLB

BERNER TAGBLATT. Unabhängige Tageszeitung der Bundesstadt, Bern, ab 1888. SLB

BERNER VOLKSZEITUNG. Buchsi-Zeitung, Herzogenbuchsee, ab 1858. SLB

BERNER ZEITUNG. Intelligenzblatt der Stadt Bern, Bern 1885–1894. SLB

BUND, DER. Eidgenössisches Centralblatt, Bern, ab 1850. SLB

BÜNDNER TAGBLATT. Tagblatt für den Kanton Graubünden, Chur, 1853–1894. SLB

GAZETTE DE LAUSANNE, Lausanne, ab 1804. SLB

GRENZPOST FÜR DEN ZÜRICHSEE UND DEN KANTON SCHWYZ. Offizielles Organ der Gemeinde Richterswil und Publikationsmittel der obern Zürichseegegend, Richterswil, ab 1869. Druckerei Richterswil AG.

JOURNAL DE GENÈVE, Genf, ab 1826. SLB

LANDBOTE, DER. Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur, Winterthur, ab 1836. ZBZ

NATIONALZEITUNG. Schweizer Volksfreund. Anzeigeblatt der Stadt Basel, Basel, ab 1888. SLB

NEBELSPALTER. Illustriertes humoristisch-satyrisches Wochenblatt, Zürich, ab 1875. ZBZ

NEUE POSTILLION, DER. Humoristisch-satyrisches Monatsblatt der schweizerischen Arbeiterschaft, Zürich, ab 1895. ZBZ

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG. Neue Zürcher Zeitung und Schweizerisches Handelsblatt, Zürich, ab 1821. Archiv NZZ

SCHWYZER ZEITUNG. Zeitschrift für Religion, Freiheit und Recht, Schwyz, ab 1872. Schwyzer-Zeitung, Schwyz.

VATERLAND. Konservatives Zentralorgan für die deutsche Schweiz, Tagesanzeiger für Luzern und die Mittelschweiz, Luzern, ab 1871. SLB

ZÜRCHER POST. Handelszeitung und Züricher Tagblatt, Zürich, 1879–1936. ZBZ

ZÜRI-HEGEL, DER. Illustriertes Witzblatt, Zürich, ab 1887. ZBZ

Andere Quellen

BASEL STADT, Basel und das schweizerische Nationalmuseum. Der hohen Bundesversammlung gewidmet, Basel 1888.

- BASEL STADT, Eingabe an die hohe Bundesversammlung, Basel 29. November 1890.
- BASEL STADT, Eingabe an die hohe Bundesversammlung, Basel 10. Dezember 1890.
- BASEL STADT, Ratschlag betreffend Basels Bewerbung um das schweizerische Landesmuseum (2. Juli 1890), Basel 1890.
- BERN, Schweizerisches Nationalmuseum. Eingabe der Bernischen Behörden an den hohen Bundesrat, Bern 1888.
- BERNISCHES HISTORISCHES MUSEUM, Jahresberichte 1894 ff., Bern, 1895 ff.
- BUNDESRAT, Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Erwerbung der Pfahlbau-Sammlung des Dr. Gross und das Postulat vom 9. Juli 1883 betreffend Gründung eines Nationalmuseums, Bern 25. November 1884.
- BUNDESRAT, Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung über die Frage betreffend Gründung eines schweizerischen Nationalmuseums, Bern 31. Mai 1889.
- BUNDESRAT, An die Regierung des Kantons Zürich. Anfrage betreffend Museum, Bern 4. Juli 1890.
- BUNDESRAT, Bericht des Bundesrats an die Bundesversammlung zur Bestimmung des Sitzes des Schweizerischen Landesmuseums, Bern 29. November 1890.
- BUNDESRAT, Frageschema des Bundesrats für die ausländischen Experten, Bern 1890.
- BUNDESRAT, Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Ablösung der Verpflichtungen der Stadt Zürich als Sitz des schweizerischen Landesmuseums, Bern 17. Mai 1892.
- DAS EIDGENÖSSISCHE MUSEUM. Einzelabdruck aus dem «Bund», Nr. 4, 5 1885, Bern 1885.
- DENKSCHRIFT der historisch-antiquarischen Gesellschaft des Kantons Graubünden betreffend die Frage der Errichtung eines schweizerischen Landesmuseums, Chur 1889.
- EIDGENOSSENSCHAFT, Bundesbeschluss betreffend der Errichtung eines Schweizerischen Landesmuseums, Bern 27. Juni 1890.
- EIDGENOSSENSCHAFT, Bundesbeschluss betreffend den Sitz des Landesmuseums, Bern 18. Juni 1891.
- EIDGENOSSENSCHAFT, Bundesbeschluss (vom 18. Juni 1891) betreffend den Sitz des Landesmuseums. Eine Abschrift mit Brief an die Stadt Zürich, Bern 23. Juni 1891.
- EIDGENÖSSISCHE COMMISSION FÜR ERHALTUNG SCHWEIZERISCHER ALTERTHÜMER, An die hohe Bundesversammlung der schweizerischen Eidgenossenschaft, St. Gallen und Zürich 1891.
- EIDGENÖSSISCHE COMMISSION FÜR ERHALTUNG SCHWEIZERISCHER ALTERTHÜMER, Programm für ein eidgenössisches Landesmuseum, Murten 12. September 1888.
- GEMEINDERAT VON BADEN, An die tit. aarg. Mitglieder der h. Bundesversammlung, Baden 1890.
- GROSS, Victor, Les protohelvétès ou les premiers colons sur les bords des lacs de Bienne et Neuchâtel, Berlin 1883.
- HENKING, Karl, Über die Frage der Errichtung eines schweizerischen Nationalmuseums, Schaffhausen 1889.
- HILTY, Carl, Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Jg. 1888, 1889, 1890 und 1891, Bern 1886ff.
- HISTORISCHES MUSEUM BASEL, Jahresberichte 1893 ff., Basel 1894.
- INITIATIVKOMITEE ZÜRICH, Zirkular des Initiativkomitees Zürich. Einladung in die Schmiedstube, Zürich 16. Mai 1888.

- INITIATIVKOMITEE ZÜRICH, Zürich als Sitz des Schweizerischen Nationalmuseums. Aufruf an die Bevölkerung zu Stadt und Land! Zürich 1889.
- INITIATIVKOMITEE ZÜRICH, Zürich und das schweizerische Landesmuseum, den hohen eidgenössischen Räten gewidmet (Prachtband), Zürich 1890.
- INITIATIVKOMITEE ZÜRICH, Einladung des Initiativkomitees Zürich zu einer Besprechung betreffend Landesmuseum. Im obern Saale zur Zimmerleuten am 14. Mai 1891, Zürich 1891.
- KANTONSRAT ZÜRICH, Beschluss des Kantonsrathes Zürich betreffend Übernahme von Verpflichtungen in Beziehung auf den Sitz des schweizerischen Landesmuseums, Zürich 1890.
- KANTONSRAT ZÜRICH, Protokolle des Kantonsrats Zürichs, Zürich 1887–1890 und 1890–1893.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES IN ZÜRICH, JAHRESBERICHTE 1891 ff., Zürich 1892 ff.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Album zur Erinnerung an die Eröffnungsfeier des schweizerischen Landesmuseums in Zürich, Zürich 1898.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Erinnerung an die Eröffnung des schweizerischen Landesmuseums in Zürich am 25. Juni 1898, Zürich 1898.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Feier zur Eröffnung des schweizerischen Landesmuseums am 25. Juni 1898, Zürich 1898.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Feier zur Eröffnung des schweizerischen Landesmuseums in Zürich, Fotoalbum, Zürich 1898.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Festalbum der schweizerischen Landesmuseums-Feier, Zürich 1898.
- LANDESMUSEUM, SCHWEIZERISCHES, Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich am 25. Juni 1898, Zürich 1898.
- LESEZIRKEL HOTTINGEN, Programm zur Eröffnung des Landesmuseums (Spottgedicht), in: Bauernkalender für das Faschingskränzchen des Lesezirkels Hottingen am 13. März 1897, Hottingen 1897.
- LUZERN, Eingabe der luzernischen Behörden an die hohe schweizerische Bundesversammlung betreffend die Bewerbung Luzerns um den Sitz des schweizerischen Landesmuseums, Luzern 1890.
- LUZERN, Katalog über die in Luzern vorhandene Sammlung für das schweizerische Landesmuseum, Manuskript, Luzern 1890.
- LUZERN, Luzern und das schweizerische Landesmuseum, Entwurf zu einer Eingabe an den Bundesrat, Luzern 1889.
- LUZERN, Remigius, Waldbruder am Gütsch, an die lieben, biedern Bundesväter in Bern. Eine Bitte an die Eidgenossen, Luzern 8. Dezember 1890.
- PLANTA, P. C., An die hohe Schweizerische Bundesversammlung. Eine Präzisierung der Anti-Landesmuseums-Petition, Bern 1891.
- RAHN, Johann Rudolf, Erinnerungen an die Bürki'sche Sammlung, Zürich 1881.
- REGIERUNGSRAT DES KANTONS LUZERN, An den grossen Rat von Luzern betreffend schweizerisches Landesmuseum, Luzern 1889.
- REGIERUNGSRAT ZÜRICH, An die hohe schweizerische Bundesversammlung, Zürich 1890.
- REGIERUNGSRAT ZÜRICH, Protokolle des Regierungsrates von Zürich, Jg. 1888, 1889, 1890, 1891, Zürich.

- STADTRAT BERN, Botschaft des Stadtrates von Bern an die Gemeinde betreffend Errichtung eines schweizerischen Landesmuseums, Bern 8. Februar 1889.
- STADTRAT ZÜRICH, Protokolle des Stadtrathes Zürich, Jg. 1888, 1889, 1890, 1891, Zürich.
- STADTRAT ZÜRICH, Weisung des Stadtrathes an die Gemeindeversammlung betreffend das Nationalmuseum, Zürich 27. Februar 1889.
- STÄNDERÄTLICHE KOMMISSION, Bericht der Mehrheit der ständerätlichen Kommission betreffend Gründung eines schweizerischen Landesmuseums, Bern 9. Dezember 1889.
- STAPFER, Philipp Albrecht, Entwurf für ein Nationalmuseum der Schweiz, Bern 1799.
- STEIGER, Edmund von, Die Hebung des inländischen Gewerbes. Referat für die Jahresversammlung der schweizerischen gemeinnützigen Gesellschaft, Zürich 1879.
- ULRICH, Rudolf, Catalog der Sammlung der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, 3 Bd., Zürich 1890.
- VETTER, Ferdinand, Eidgenössisches Landesmuseum oder Unterstützung örtlicher Altertumsammlungen? Vortrag vor der bernischen Künstlergesellschaft, gehalten am 4. Juni 1889, Bern 1889.
- VÖGELIN, Salomon, Die Errichtung eines schweizerischen Nationalmuseums. Rede gehalten im Schweizer Nationalrat, im Juli 1883, Uster 1883.
- WACKERNAGEL, Rudolf, Über Altertümersammlungen. Festrede gehalten bei der Eröffnung des Historischen Museums Basel, am 21. April 1894, in: Historisches Museum Basel, Jahresbericht 1893, Basel 1894, S. 25–35.

Darstellungen

- ANGST, Heinrich, Die Gründungsgeschichte des schweizerischen Landesmuseums, in: Festgabe auf die Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich am 25. Juni 1898, Zürich 1898.
- BERNER HISTORISCHES MUSEUM, 100 Jahre Bernisches Historisches Museum 1894–1994. Separatdruck der Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, 1994/3, Bern 1994.
- BLASER, Fritz, Bibliographie der Schweizer Presse, Basel 1956.
- BRANDSTETTER, Joseph Leopold, Bibliographie der Gesellschaftsschriften, Zeitungen und Kalender in der Schweiz, Bern 1896.
- CAPITANI, François DE, Die Suche nach dem gemeinsamen Nenner. Der Beitrag der Geschichtsschreiber, in: Auf dem Weg zu einer schweizerischen Identität 1848–1941, 8. Kolloquium der Schweizer Akademie der Geisteswissenschaften 1985, hg. von François de Capitani und Georg Germann, Freiburg 1987.
- DAS BUCH DER SCHWEIZERISCHEN ZEITUNGSVERLEGER, 1899–1924, hg. vom Schweizerischen Verband der Zeitungsverleger, Zürich 1925.
- DIE SCHWEIZER PRESSE 1883–1933. Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Vereins der Schweizer Presse, Luzern 1933.
- DURRER, Robert, Heinrich Angst. Erster Direktor des schweizerischen Landesmuseums, Britischer Generalkonsul, zu Ende geführt von Fanny Lichtlen, Glarus 1948.
- FIERZ, Jürg, Fragen um das schweizerische Landesmuseum in Zürich. Estrich der Nation?, Zürich 1970.
- FRICK, Johannes, Johann Heinrich Landolt. Alt Stadtrath, in: Neujahrsblatt auf das Jahr 1886. Zum Besten des Waisenhauses Zürich, Zürich 1885.

- FURGER, Andres, Das schweizerische Landesmuseum im Wandel, in: Die Nation und ihre Museen, hg. von Marie-Louise von Plessen, Frankfurt a. Main 1992.
- GESCHICHTE DES KANTONS ZÜRICH, hg. von Niklaus Flüeler und Marianne Flüeler-Grauwiler, Bd. 3, 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1994.
- GYSIN, Fritz, Ziele und Aufgaben des Schweizerischen Landesmuseums und sein Verhältnis zur schweizerischen Volkskunde, in: Schweizerisches Landesmuseum in Zürich, Jahresbericht 47–52, 1938–1943, Zürich 1944, S. 197–233.
- HÄFELIN, Jürg, Wie Zürich zum Landesmuseum kam. Das Seilziehen vor hundert Jahren um den Standort, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 139, Zürich 1991, S. 55.
- HISTORISCH-BIOGRAPHISCHES LEXIKON DER SCHWEIZ. Herausgegeben mit der Empfehlung der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, Bd. I–VII, Neuenburg 1914–35.
- ISLER, Alex, Prof. Dr. Salomon Vögelin, Nationalrath. Lebensbild eines schweizerischen Volksmannes, Winterthur 1892.
- LANDESMUSEUM, Das schweizerische Landesmuseum 1898–1948. Kunst, Handwerk und Geschichte, Festbuch zum 50. Jahrestag der Eröffnung, Zürich 1948.
- LANDESMUSEUM, Schweizerisches Landesmuseum, gestern – heute. 75 Jahre im Dienst der Öffentlichkeit, Zürich 1973.
- LORETZ, Niklaus, Zur Gründung des Schweizerischen Landesmuseums, Seminararbeit, ohne Ort, 1974, unpubl.
- MEYER, André, Museale Architektur am Beispiel des schweizerischen Landesmuseums in Zürich, in: Festschrift Walter Drack, Stäfa 1977.
- MONTENACH, Georges DE, Le Musée National, son agrandissement et sa décentralisation, Zürich 1924.
- RAHN, Johann Rudolf, Das schweizerische Landesmuseum in Zürich, Leipzig 1898.
- RÜCKERT, Alexandra M., Die Visualisierung der Vorfahren aus der Pfahlbauzeit. Historiengemälde, Gipsattrappen und Geschichtsbilder um 1900, Zürich 1997, unpubl.
- SCHMUTZ-PFISTER, Anne-Marie, Repertorium der handschriftlichen Nachlässe in den Bibliotheken und Archiven der Schweiz, in: Quellen zur Schweizer Geschichte, Basel 1992.
- SCHNEIDER, Hugo, Das schweizerische Landesmuseum im Jahr der Denkmalpflege, Winterthur 1975.
- SCHNEIDER, Jenny, Das war mein Museum. Vortrag anlässlich der Generalversammlung der Sektion Zürich der Vereinigung der Kader des Bundes vom 2. Dezember 1987 in Zürich, Bern 1987.
- SCHNEIDER, Jenny, Le Musée national Suisse aujourd'hui, Bruxelles 1976.
- SETTELEN-TREES, Daniela, Historisches Museum Basel in der Barfüsserkirche 1894–1994. Rückblicke in die Museumsgeschichte, in: Historisches Museum Basel, Jahresbericht 1993, Basel 1994, S. 5–58.
- TANNER, Albert, Arbeitsame Patrioten – wohlstandige Damen. Bürgertum und Bürgerlichkeit in der Schweiz 1830–1914, Zürich 1995.
- WEGELI, Rudolf, 50 Jahre bernisches historisches Museum, in: Jahresbericht Bernisches Historisches Museum 23, Bern 1943, S. 5–24.
- WÜTHRICH, Lucas, Das schweizerische Landesmuseum gestern – heute – morgen. Sonderausstellung zum 75jährigen Bestehen, Zürich 1973.

ZIMMERMANN, Karl, Pfahlbauromantik im Bundeshaus. Der Ankauf der Pfahlbausammlung von Dr. Victor Gross durch die Eidgenossenschaft im Jahre 1884 und die Frage der Gründung eines schweizerischen National- oder Landesmuseums, in: Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, Nr. 49, Bern 1987, S. 117–151.

Anhang

Chronologie der Ereignisse

Diese Ereignisliste wurde zusammengestellt aus den Darstellungen von Angst, Durrer und Zimmermann, sowie anhand der untersuchten Zeitungsartikel.

bis 1879

- 1798 Das helvetische Vollziehungs-Directorium beschliesst, die Denkmäler Helvetiens zu zählen und zu schützen.
- 1799 Ziel der Aktion ist die Errichtung einer «Zentralsammlung» in Luzern.
- 1831 In London wird die Zeichnungsschule gegründet.
- 1832 Auf Initiative von Dr. Ferdinand Keller wird in Zürich die «Gesellschaft für vaterländische Alterthümer», die nachmalige Antiquarische Gesellschaft in Zürich, gegründet.
- 1851 Weltausstellung in London.
- 1853 Gründung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg.
- 1854 Das Deutsche Nationalmuseum in München wird eröffnet.
- 1856 In Basel gründet Dr. Rudolf Wackernagel die Mittelalterliche Sammlung.
- 1863 Das Österreichische Nationalmuseum öffnet in Wien seine Tore.
- 1867 Kunstgewerbemuseum in Berlin eröffnet.
- 1872 South Kensington Museum in London eröffnet.
- 1874 Technisches Museum der Stadt Berlin eröffnet.
- 1875 Der Winterthurer «Landbote» veröffentlicht den Artikel «Ein Schweizerisches Nationalmuseum in Winterthur».
- 1879 Edmund von Steiger weist in seinem Referat «Die Hebung des inländischen Gewerbes» auf die Notwendigkeit hin, «dem gegenwärtigen Künstler gute Vorbilder» zur Verfügung zu stellen.

1880

20. Juni Eine Anzahl Mitglieder einer aus dem Kunstverein hervorgegangenen «Vaterländischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Denkmäler» unter dem Präsidium von Théodore de Saussure tritt in Zofingen zur Wahl eines Komitees und zur Festsetzung der Statuten zusammen. Die von der Versammlung genehmigten Statuten ändern den Namen der neuen Gründung in «Verein für Erhaltung vaterländischer Kunstdenkmäler» ab.
16. Mai Salomon Vögelin's erste Eingabe an den Bundesrat betreffend den Schutz von Altertümern und die Gründung eines kunstgeschichtlichen und historischen Nationalmuseums.

1881

An der Tagung des «Vereins für Erhaltung» in Lausanne wird dieser in «Schweizerische Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler» umbenannt.

1883

1. Mai Eröffnung der Landesausstellung in Zürich. Pavillon «Alte Kunst» der «Gruppe 38» unter der Leitung von Vögelin und Angst.
9. Juni Vögelins Rede im Nationalrat, nachdem dessen Mitglieder die Landesausstellung besucht hatten und begeistert waren.
2. Oktober Schlussfeier zur Beendigung der Landesausstellung.

1884

- im Februar Bundesrat Schenk lädt die vorbereitende Kommission nach Bern ein, um Vögelins Vorstoss zu erläutern.
23. Februar Die eidgenössische Kommission reicht ihren Bericht ein.
- im August Nationalrat Geigy-Merian verlangt die Einschränkung des Kunstexports.

1886

- Die Ständeräte Rusch und Muheim reichen eine Motion zur Unterstützung der kantonalen Sammlungen ein.
In Zürich steht das Bauschänzli als Standort eines kunsthistorischen Museums der Stadt zur Diskussion.
30. März Bundesbeschluss betreffend die Beteiligung des Bundes zur Erhaltung und Erwerbung von Altertümern.
14. Juni Erlass des Bundesrats bezüglich der Erhaltung von vaterländischen Altertümern.

1887

- im Januar In Folge des Bundesbeschlusses nimmt die «Eidgenössische Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer», die sich im Wesentlichen aus den Vorstandsmitgliedern der «Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler» zusammensetzt, ihre Arbeit auf.

1888

24. Februar Heinrich Angst veröffentlicht seinen Artikel «Zürich und das Schweizerische Nationalmuseum» in der «Neuen Zürcher Zeitung».

5. März Der Stadtrat von Genf reicht seine Bewerbung um das Nationalmuseum beim Bundesrat ein.
7. März Die Stadt Basel bewirbt sich um den Sitz des Nationalmuseums und bietet seine Barfüsserkirche an.
12. März Der Basler Kunstsammler Ludwig Merian stirbt und hinterlässt dem Bund seine Sammlung und zusätzlich Fr. 150 000 mit der Bedingung, das Geld ausschliesslich für ein Nationalmuseum zu verwenden.
16. März Bern bewirbt sich um den Sitz.
31. März Bern reicht eine offizielle Eingabe beim Bundesrat ein.
26. Mai In der Schmiedstube in Zürich versammelt sich das Zürcher Initiativkomitee für ein Nationalmuseum zu seiner konstituierenden Sitzung.
2. Juni Basel reicht seine offizielle Eingabe ein.
4. Juni Die «Neue Zürcher Zeitung» distanziert sich als Wortführerin des bereits schwelenden Streits. «Wozu der Streit?» erscheint.
5. Juni Das Departement des Innern verlangt von der «Commission für Erhaltung» ein Programm für ein Nationalmuseum.
12. Juni Zürich bewirbt sich um das Nationalmuseum.
14. Juni Luzern bewirbt sich um das Nationalmuseum.
28. Juni In Zürich wird ein Spendenaufruf an reiche Bürger verschickt.
12. September Die eidgenössische Kommission reicht ihr Programm für ein Nationalmuseum ein. Dieses soll, unter Berücksichtigung der eigentümlichen Verhältnisse in der Schweiz, neu «Landesmuseum» heissen.
16. Dezember Die Demokratische Partei beschliesst, das Landesmuseum in Zürich zu unterstützen.
17. Dezember Auch der Liberale Verein tritt für das Landesmuseum in Zürich ein.

1889

16. Januar Ein Streit entbrennt darüber, ob dem Bund mit einem bestehenden Gebäude besser gedient sei, als mit einem neu zu erstellenden.
8. Februar Der Berner Grosse Rat bewilligt Fr. 250 000 für ein Nationalmuseum in Bern.
12. Februar Die eidgenössische Kommission stellt in der «Neuen Zürcher Zeitung» die Behauptung richtig, wonach das Landesmuseum die kantonalen Sammlungen zerstören wolle.
18. Februar Bern beschliesst, auf dem Kirchenfeld ein Museum zu bauen, das allenfalls später als Landesmuseum genutzt werden kann.
21. Februar Das Zürcher Initiativkomitee und der Verkehrsverein geben eine Werbebroschüre für Zürich als Sitz des Museums heraus.
22. Februar Die Ausgemeinden Zürichs übernehmen einen Betrag von Fr. 64 000 für das Landesmuseum oder allenfalls für ein städtisches Kunstmuseum.
24. Februar Sehr zum Ärger der übrigen sich bewerbenden Städte beschliesst Bern, sein Museum auf jeden Fall «Nationalmuseum» zu nennen. Die Stadt schenkt das Grundstück auf dem Kirchenfeld und gibt ein Darlehen von Fr. 250 000.

3. März	Abstimmung über ein Museum vor der Einwohnergemeinde Berns.
8. März	Der Grosse Stadtrat Zürichs stellt den Bauplatz an der Platzpromenade zur Verfügung. Falls Zürich das Landesmuseum nicht erhält, soll ein Gewerbemuseum errichtet werden.
31. Mai	Bundesrat Schenk formuliert persönlich die Botschaft des Bundesrats an die Bundesversammlung betreffend Landesmuseum.
1. Juni	Der Stadtrat von Luzern beschliesst seine Offerte. Das Landesmuseum soll im alten Rathaus und im «Freienhof» entstehen.
4. Juni	Bundesbeschlussentwurf zu Händen der Räte betreffend Landesmuseum.
12. Juni	Angsts Artikel «Vor der Schlacht» erscheint in der «Neuen Zürcher Zeitung».
21. Juni	Eröffnung einer Ausstellung zum vierhundertsten Todestag von Hans Waldmann; unterschwellig für ein Landesmuseum in Zürich.
21. Dezember	Die Antiquarische Gesellschaft in Zürich beschliesst, dem Bund ihre Sammlung zu schenken, falls das Museum nach Zürich kommt.
6. Dezember	Die Landesmuseumsdebatte im Ständerat beginnt.
12. Dezember	Die Befürworter des Standorts Zürich siegen im Ständerat.

1890

20. Februar	Angst kauft in seiner Funktion als Quästor der eidgenössischen Kommission in Paris für Fr. 25000 Altertümer aus den Stiften St. Urban und Rathausen zurück.
9. Juni	Die Landesmuseumsdebatte im Nationalrat beginnt.
27. Juni	Übereinstimmung zwischen den Räten in der Frage der Schaffung eines Landesmuseums erreicht. Bundesbeschluss.
4. Juli	Der Bundesrat fordert bis Mitte September die definitiven Eingaben der Städte an.
20. August	Das Projekt für das Museum von Gustav Gull wird im Zürcher Kantonsrat ausgestellt. Begeisterung.
27. August	Der Grosse Stadtrat Zürichs bewilligt die Subvention für das Landesmuseum. Die politische Gemeinde übernimmt einen Betriebsfonds von Fr. 10000 pro Jahr.
1. September	Der Kanton Zürich gewährt der Stadt ein zinsfreies Darlehen von einer halben Million Franken für den Bau des Museums.
2. September	Der Kanton Zürich übernimmt gegenüber dem Bund die Verpflichtungen, welche die Stadt bezüglich des Landesmuseums eingegangen ist.
15. September	Der Zürcher «Prachtband» liegt vor.
20. Oktober	Die ausländischen Experten Darcel, Essenwein und Franks treffen in Bern ein. Sie besuchen jede der sich bewerbenden Städte und reisen am 25. wieder ab.
29. November	Der Bundesrat fordert die Bundesversammlung auf, den Sitz des Museums zu bestimmen.
1. Dezember	Der Zürcher «Prachtband» wird in den Räten verteilt.

4. Dezember Zürich ist entsetzt über das Gutachten der Experten.
 16. Dezember Der Ständerat stimmt für Zürich.
 Der Zürcher Regierungsrat verteidigt Zürich als Standort des Landes-
 museums. Eine entsprechende Schrift wird in den Räten verteilt.
 18. Dezember Im Nationalrat siegt Bern. Enttäuschung.
 Im Ständerat wird erneut Zürich zum Sitz bestimmt.
 19. Dezember Der Ständerat wählt erneut Zürich.
 Im Nationalrat wird das Geschäft verschoben.
 23. Dezember Bern und Freiburg einigen sich im «Python-Handel». Bern spricht dem
 umstrittenen Nationalrat Python sein Vertrauen aus, dafür wählen die
 Freiburger Bern zum Sitz des Landesmuseums.

1891

1. März Eingabe von Kunst- und Altertümerfreunden gegen ein zentrales
 Museum.
 1. April Die eidgenössische Kommission protestiert gegen die Demontage des
 Bundesbeschlusses vom 27.6.1890.
 7. April Die Antimuseums-Petition wird eingereicht.
 9. April Der Nationalrat wählt erneut Bern.
 10. April Der Ständerat stimmt wieder für Zürich.
 13. April Der Nationalrat hält an Bern fest.
 14. April Der Ständerat wählt erneut Zürich und erklärt seinen Entscheid für
 definitiv.
 Der Nationalrat wählt wieder Bern zum Sitz.
 16. April Berns Mehrheit im Nationalrat schwindet. Bern wird mit einem Mehr
 von nur sieben Stimmen gewählt.
 17. April Die «Neue Zürcher Zeitung» verlangt, dass Zürich sein Angebot unter
 diesen Umständen zurückzieht. Aus «Rücksicht» auf die Ostschweizer
 soll aber trotzdem weitergekämpft werden.
 23. April Zürich fordert, dass die Sitzfrage vor der vereinigten Bundesversamm-
 lung zur Abstimmung komme.
 21. Mai Die eidgenössische Kommission interveniert beim Bundesrat mit der
 Bitte, im Jubeljahr ein Machtwort zu sprechen.
 29. Mai Bundespräsident Welti soll an den Nationalrat appellieren.
 4. Juni Zweite Antimuseums-Petition eingereicht.
 16. Juni Der Berner «Bund» berichtet, es sei eine Mehrheit für Zürich gefunden.
 18. Juni Nach der Rede von Welti siegt Zürich im Nationalrat und wird somit
 zum Sitz des Landesmuseums.
 23. Juni Zürich wird der Beschluss mitgeteilt. Der Bund fragt an, ob der Kanton
 bereit sei, alle daraus entstehenden Verpflichtungen zu übernehmen.
 3. Oktober Die Regierungen von Stadt und Kanton Zürich bejahen die Anfrage des
 Bundes.
 2. November Die eidgenössische Landesmuseums-Kommission wird gegründet.

nach 1892

1893, 30. April Grundsteinlegung für das Landesmuseum.

1898, 25. Juni Eröffnung des Schweizerischen Landesmuseums in Zürich.

Personenverzeichnis

Die Vollständigkeit der biographischen Angaben der hier aufgeführten Personen ist unterschiedlich. Je nach Wichtigkeit der Person in bezug auf den grossen Streit sind die Angaben detailliert oder eher summarisch. Die biographischen Daten stammen aus dem «Historisch-Biographischen Lexikon der Schweiz», aus der von Robert Durrer verfassten Biographie «Heinrich Angst. Erster Direktor des Schweizerischen Landesmuseums» oder aus der «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. III. Die Liste enthält die meisten der am grossen Streit beteiligten Politiker und Persönlichkeiten.

- ANDERHALDEN, P. Karl: 1842-1916, Obwalden. Präsident des historischen Vereins von Obwalden.
- ANGST, Heinrich: 1847-1922, von Regensberg, ZH. Seidenkaufmann, englischer Generalkonsul in Zürich 1886-1916, erster Direktor des Landesmuseums 1892-1903, Dr. h.c. der Universitäten Zürich und Harvard, 1872 Ehrenbürger der Stadt Zürich. Begeisterter Altertümersammler. Verheiratet mit einer Engländerin, Demokrat.
- BÄCHTOLD, C. A.: Pfarrer. Präsident des Historisch-antiquarischen Vereins in Schaffhausen, Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- BENDEL-RAUSCHENBACH, Heinrich: 1845-1911, von Schaffhausen. Lehrer alter Sprachen am Gymnasium, Konservator der kulturgeschichtlichen Sammlung des Historischen Vereins St. Gallen. 1877 erhält er vom Kaufmännischen Verein St. Gallen den Auftrag, ein Industrie- und Gewerbemuseum zu realisieren.
- BERNOULLI, Carl Christoph: von Basel. Mitglied Historische und antiquarische Gesellschaft Basel, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- BORSINGER, Josef: Katholischer Führer, Betreiber des Hotels Verenenhof in Baden. Schwager von Johann Babtist Kugler-Borsinger.
- BOSSARD, Karl Johann: Goldschmied und Antiquar in Luzern, Sohn von Joh. Babtist, Goldschmied von Zug. Arbeitete in Genf, Paris, London und USA. Bekannter Sammler von Altertümern. Nimmt am 22. Februar 1889 an einer Versammlung der Museumsfreunde in Luzern teil, als beschlossen wird, die Pläne am Dreilinden-Platz fallen zu lassen.
- BROSI, Albert: 1836-1911, aus Solothurn. Fürsprecher, christkatholischer Politiker, Kantonsrat, National- und Ständerat.
- BRUN, Carl: Zürich. Aktuar der «Eidgenössischen Comission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer».
- BRUNNER, Rudolf: 1827-1894, Bern. Dr. iur., Fürsprecher, Grossrat 1866, Nationalrat ab 1866, Präsident Nationalrat von 1871-1872. Führer der Radikalen Partei im Kanton Bern, verdient um die Einführung des Referendums 1869, der Verfassung von 1893.
- BÜCHLER, E.: Präsident des historisch-antiquarischen Vereins Winterthur, Gegner eines Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.

- BÜHLER, Peter Theophil: 1841–1913, von Davos, GR. Nationalrat Graubünden 1890–1902, Mitglied des Grossen Rats 1873 und der Regierung ab 1875, Finanzdirektor, wirkte mit am Zustandekommen des kantonalen Eisenbahnnetzes 1897 und am Ausbau der Rätischen Bahn.
- BÜREN VON, Rudolf Otto: 1822–1888, Bern. Grossrat, Nationalrat 1864–1884, eidgenössischer Oberst 1875, Stadtpräsident von Bern 1864–1887.
- BÜRKI, Friedrich: 1819–1880, Bern. Bankier, Grossrat von 1850–1862, Stadtrat. Grosser Sammler von Münzen und Glasmalereien. Nach seinem Selbstmord 1880 lassen seine Neffen die Sammlung 1881 in Basel versteigern.
- CHOQUARD, Joseph: von Pruntrut, BE. Berner Nationalrat 1890–1895 und ab 1901, Mitglied des Grossen Rats 1881–1895, konservativer Politiker, Industrieller, ab 1914 Regierungsstatthalter von Pruntrut.
- CLAUSEN, Felix: 1834–1916, von Mühlebach, VS. Dr. iur., Bundesrichter 1891–1916. Seine Wahl wurde am 18. Juni 1891, vor der Behandlung der Landesmuseumsfrage, bestätigt. Für Zürich war dies günstig (Ost-West-Balance).
- CURTI, Theodor: 1848–1914. Zürcher Nationalrat 1881–1902. Medizinische und juristische Studien, Redaktor der St. Galler Zeitung 1871–1872, der Frankfurter Zeitung 1873–1879. Gründet 1879 mit Reinhold Rüegg die Züricher Post. Mitglied des Grossen Stadtrats von Zürich und des zürcherischen Grossen Rats. Nationalrat 1881–1902. Demokratischer Politiker, ging oft mit den Katholiken und Sozialdemokraten zusammen.
- DARCEL, Alfred: Direktor des «Musée des Thermes et de l'Hôtel de Cluny» in Paris. In der Expertenkommission des Bundesrats zur Klärung der Sitzfrage.
- DECURTINS, Caspar: 1855–1916, von Truns, GR. Dr. phil., Sozialpolitiker, Historiker, Dichter, Sprachforscher. Nationalrat 1881–1906. Mitbegründer der Universität Fribourg, Prof. für Kulturgeschichte. Angeblich Zwischenmann im Pythonhandel.
- DEUCHER, Adolf: 1831–1912, Thurgau, freisinniger Bundesrat 1883–1912.
- DROZ, Numa: 1844–1899, von La Chaux-de-Fonds, NE. Radikal, Bundesrat 1875–1892.
- DÜRRENMATT, Ulrich: 1849–1908, von Guggisberg, BE. Lehrer und Publizist, Redaktor der «Berner Volkszeitung», Mitbegründer und Führer der Konservativ-demokratischen Partei (Volkspartei) des Kantons Bern. Mitglied des Grossen Rats 1886–1908, Nationalrat 1902–1908.
- ESCHER, Alfred: 1819–1882, von Zürich. Dr. iur., Mitglied des Grossen Rats, Regierungsrat, Nationalrat. Einflussreicher und geschickter Politiker und Gesandter in Bundesfragen. Wendet 1854 die ergebnislose Debatte zur Gründung einer eidgenössischen Universität zur Einrichtung des Polytechnikums in Zürich. Direktionspräsident der Nordbahn und der Zürich–Bodenseebahn, Kämpfer gegen eine Bahnverstaatlichung, Gründer der Kreditanstalt (zur Finanzierung der Bahnen), Kämpfer für die Gotthardbahn. Gotthardkrise 1875 und Nordostbahnkrise 1876 zwangen ihn zum Rücktritt als Direktor der Bahnen.
- ESCHMANN, Johannes: 1813–1896, von Richterswil, ZH. 1886 Verfassungs-, dann Kantonsrat. Regierungsrat ab 1879, Nationalrat ab 1890, förderte die Landwirtschaft. Gründung der Versuchsanstalt und Schule für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil.
- ESSENWEIN VON, August: Direktor des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg. In der Expertenkommission des Bundesrats zur Klärung der Sitzfrage. Mitglied der Berner Jury für die Prämierung des Ideenwettbewerbs für die Überbauung des Kirchenfelds 1889.

- FAVON, Georges: 1843–1902, Genf. Einflussreicher radikaler Politiker und Redaktor des «Petit Genevois». Ständerat, Nationalrat, Staatsrat. Mitglied der nationalrätlichen Kommission zur Landesmuseumsfrage von 1890.
- FAVRE, Camille: 1845–1914, von Genf. Verfasser zahlreicher historischer Arbeiten. Mitglied der Gesellschaft für Erhaltung 1884.
- FELLENBERG VON, Edmund: 1838–1902, von Bern. Professor für Geologie und Archäologie. Widmet sich der Erforschung prähistorischer und römischer Funde im Kanton Bern. Mitglied des Burgerrats und Mitglied des Direktoriums des Naturhistorischen Museums Bern und des Bernischen Historischen Museums.
- FELLMANN, Dominik: 1849–1919, von Sursee, LU. Bezirksrichter, konservativer Parteiführer. Ab 1883 Luzerner Grossrat, ab 1894 Nationalrat.
- FIERZ-LANDIS, Carl: 1852–1892, Zürich. Finanzmann und Eisenbahnpolitiker, trat für eine Verstaatlichung ein. Förderer von gemeinnützigen Bestrebungen in Zürich, Landesmuseum (Schenkung Schloss Schwandegg), Telefongesellschaft, Quaianlagen, Zürichbergbahn usw. Etwas übertrieben: «Seine Schenkung des Schlosses Schwandegg mit den dortigen Altertumsammlungen an die Stadt Zürich entschied den Streit um den Sitz des Schweiz. Landesmuseums.» Aus: Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz», Bd. 3, hg. von H. Tribolet, Neuenburg 1926, S. 153.
- FOREL, A.: Professor in Lausanne, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- FRANKS, Augustus: Direktor des «British Museum» in London, Freund Angsts. In der Expertenkommission des Bundesrats zur Klärung der Sitzfrage.
- FREY, Emil Johann Rudolf: 1838–1922, Baselland. Regierungsrat 1866–1872 (Erziehungsdirektor), Nationalrat ab 1872, 1882–1888 Gesandter der Schweiz in den USA. Ab 1888 Redaktor der «Nationalzeitung», Bundesrat 1890–1897, radikaler Politiker. Siehe: «Anzeiger von Uster» Nr. 101 vom 17. Dezember 1890.
- GOBAT, Albert: 1843–1914, von Delsberg, BE. Dr. iur., Advokat, Mitglied des Grossen Rats ab 1882 und Regierungsrat. Massgeblich beteiligt am Aufbau der Universität Bern. Radikaler Politiker, Ständerat von 1884–1890, Nationalrat 1890–1914. Mutmasslicher Initiator des sogenannten Python-Handels. Präsident der Kommission für das Nationalmuseum in Bern. Hauptförderer des Museums in Bern.
- GODET, Alfred: 1846–1902, Professor in Neuenburg, Konservator des «Musée historique de Neuchâtel», Gegner eines zentralen Landesmuseums, Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- GOOD, Karl Friedrich: 1841–1896, von Mels, SG. Ständerat St. Gallen. Angesehener Führer der liberalen Partei, 1879–1882 und ab 1885 Mitglied des Grossen Rats, ab 1886 Ständerat. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums 1889.
- GRIESHABER, Robert: 1846–1920. Bezirksgerichtsschreiber in Schaffhausen, Regierungsrat 1878–1920, Nationalrat 1878–1919.
- GROSS, Victor: 1845–1920, von La Neuveville, BE. Arzt, bekannt durch seine Ausgrabungen im Bielersee, Verfasser mehrerer Schriften zu den Pfahlbauern, Grossrat 1899–1914.
- GRÜNINGER, Robert Dr.: Präsident Verein für die mittelalterliche Sammlung und für die Erhaltung baslerischer Altertümer in Basel. Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.

- GULL, Gustav: 1858–1942, von Altstätten, SG. Architekt und ab 1895 Stadtbaumeister von Zürich. Erbauer des Landesmuseums, Professor am Polytechnikum ab 1900, Dr. phil. h.c. der Universität Zürich 1905.
- GUYER-ZELLER, Adolf: 1839–1899, Eisenbahnkönig. Sohn eines Spinnereibesitzers im Neuthal bei Bauma und verheiratet mit der aus einer Zürcher Seidenindustriellenfamilie stammenden Anna Zeller (1848-1910). Er kauft in der Eisenbahnkrise der siebziger Jahre die Aktienmehrheit der Nordostbahn und setzt sich an deren Spitze. Erbauer der Jungfraubahn (Baubeginn 1896).
- HABERSTICH, Johannes: 1824–1891, Ständerat Aargau. Jurist, Fürsprecher in Aarau ab 1851, Grossrat und Mitglied des Verfassungsrats. Ab 1851 abwechslungsweise National- oder Ständerat bis zu seinem Tod. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums.
- HÄBERLIN, Friedrich Heinrich: 1834–1897. Advokat in Weinfelden, dann Regierungsrat in Frauenfeld, Nationalrat 1872–1897. Vehementer Vertreter der Verstaatlichung der Bahnen.
- HAMMER, Johann Bernhard: 1822–1907, von Olten, SO. Verfassungsrat ab 1856 und Kantonsrat 1856–1868. Oberinstruktor der schweizerischen Artillerie ab 1861. 1875–1890 Bundesrat im Finanzdepartement, danach Nationalrat bis 1896. Präsident des Verwaltungsrats der Gotthardbahn.
- HAUSER, Walter: 1837–1902, aus Wädenswil. Bundesrat 1889–1902, freisinnig.
- HEIERLI, Jakob: 1853–1912, von Gais, AR. Sekundarlehrer in Hottingen und ab 1882 Privatdozent an der Universität und am Polytechnikum. Archäologe, Dr. phil. h.c. der Universität Zürich 1901. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees. Mitglied des liberalen Vereins in Zürich. (Interessanterweise ist seine Frau Julie, geb. Weber, Trachtenforscherin. Vgl. Trachtenumzug zur Einweihung des Landesmuseums 1898.)
- HENKING, Karl: 1855–1934, von St. Gallen. Dr. phil., Professor der Geschichte und Geographie an der Kantonsschule Schaffhausen 1881–1918. Stadtbibliothekar in Schaffhausen ab 1918.
- HILTY, Karl: 1833–1909, von Werdenberg, SG. Professor für Staats- und Völkerrecht an der Universität Bern. Nationalrat 1890.
- HOLDENER, Fridolin: 1829–1904, von Schwyz. Nationalrat 1873–1896.
- IM HOF-RÜSCH, J. Jakob: 1815–1900, von Basel. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Präsident des Basler Kunstvereins.
- KAISER, Jakob: Bundesarchivar, Berner Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Freund Angsts. Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» 1889. Mitglied der Landesmuseums-Kommission des Bundes vom 5. November 1891.
- KEEL, Joseph: 1837–1902, von St. Fiden, SG. Kantonsrat ab 1870 und Nationalrat ab 1875. Ab 1873 bis zu seinem Tod Leiter der Katholisch-konservativen Partei St. Gallen.
- KEISER, Heinrich Alois: Professor, Präsident der Sektion Zug des geschichtsforschenden Vereins der V Orte, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- KELLER, Ferdinand: 1800–1881, von Marthalen, ZH. Archäologe, Entdecker der Seeufersiedlungen in Obermeilen. Gründer der «Gesellschaft für vaterländische Alterthümer», der heutigen Antiquarischen Gesellschaft in Zürich. Dr. phil. h.c. der Universität

- Zürich 1847. Bis zu seinem Tod Leiter der Sammlung der Antiquarischen Gesellschaft, die bei der Eröffnung des Landesmuseums als Depositum eingebracht wurde.
- KOPP, Alois: 1827–1891, von Ebikon, LU. Katholisch-konservativer Nationalrat 1851–1859, Grossrat 1854, Oberrichter ab 1863, Regierungsrat ab 1870, Ständerat ab 1871, 1879 Bundesrichter. Konservativer Bundesratskandidat im Dezember 1890.
- KUNKLER, Johann Christoph senior: 1813–1898, von St. Gallen. Architekt. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes. St. Galler Landammann. Löst Théodore de Saussure ab in seinem Amt als Präsident der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer».
- LACHENAL, Adrien: 1849–1918, von Genf. Nationalratspräsident 1891, Bundesrat 1893. Mitglied der Landesmuseumskommission des Bundes. Er ersetzt 1900 de Saussure in der Kommission.
- LANDOLT, Johann Heinrich: 1831–1885, von Zürich. 1857–1879 Mitglied des kleinen Stadtrats, Kantonsrat 1867–1872, hinterlässt der Kunstgesellschaft reiche Vermächtnisse. Seine Frau Sophie ermöglicht den Bau des Zürcher Kunsthouses, indem sie auf die Nutzniessung am Vermächtnis verzichtet.
- LA ROCHE, Louis: Vorsteher des Gewerbemuseums in Basel, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- LIEBENAU VON, Theodor Leopold: 1840–1914, von Luzern. Bekannter Historiker und ab 1871 Staatsarchivar in Luzern. Dr. phil. h.c. der Universität Bern, Ehrenmitglied der historischen Vereine von Aarau, Basel, Bern, Graubünden, Uri und der Kunstgesellschaft von Luzern. Hauptinitiant der zweiten Eingabe zur Aufhebung des Bundesbeschlusses zur Schaffung eines Landesmuseums (2. Antimuseums-Petition).
- LOCHER, Albert: 1849–1914, Pfarrer in Altikon, ZH. Daneben eifriger demokratischer Politiker und Publizist. Redaktor des «Andelfinger Volksblatts» und des «Landboten». Ab 1877 Pfarrer in Wülflingen, 1879 Kantonsrat, Nationalrat 1888–1893, Regierungsrat ab 1893, Ständerat ab 1905. Baumeister beim Bau des Landesmuseums in Zürich.
- MARTI, Eduard: 1829–1896, von Rapperswil, BE. Fürsprecher in Biel, Grossrat ab 1866, Nationalrat 1866–1878, ab 1892 Regierungsrat (Baudirektor). Haupt der Radikalen Partei des Kantons Bern, Förderer der Eisenbahnverstaatlichung, Direktor der Jura-bahnen und der Jura-Bern-Luzern-Bahnen sowie der Jura-Simplon-Bahn.
- MEISTER, Ulrich: 1838–1917, von Zürich. Zunächst wie sein Vater Kreisförster, dann Stadtförstermeister. Einer der einflussreichsten liberalen Politiker und massgeblich an der Entstehung und Entwicklung der Freisinnigen Partei beteiligt. Er war Mitglied des städtischen (1866–1869), kantonalen (1872–1916) und eidgenössischen (1882–1889, 1892–1911) Parlaments. Präsident des Verwaltungsrats der «Neuen Zürcher Zeitung» ab 1883. Gründer der Sihltalbahn (1891) und von 1900 bis 1909 Erziehungsrat.
- MELLEY, Charles: Präsident der «Société Vaudoise des Beaux Arts», Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- MERIAN, Ludwig: Baumeister, Sammler und grosszügiger Donator. Er vermacht dem Bund zwecks Gründung eines Landesmuseums Fr. 150 000. Er war Junggeselle und vom Pavillon «Alte Kunst» an der Landesausstellung 1883 so berührt, dass er seine Sammlung im Wert von Fr. 128 000 dem Bund schenkte. Er starb am 12. März 1888.
- MEYER AM RHYN, Jost: 1834–1898, aus Luzern. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Maler und Kunstsammler. Mitbegründer der «Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler».

- MEYER, Johannes: Komitee Thurgauischer historischer Verein und Vorstand der Thurgauer historischen Sammlung, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- MEYER VON KNONAU, Gerold: 1843–1929, von Knonau, ZH. Dr. phil., 1872–1929 Professor für Geschichte an der Universität Zürich. Erziehungsrat 1882–1890. Präsident der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich von 1871 bis 1921.
- MOTTA, Emil: 1855–1920, Redaktor des «Bollettino Storico della Svizzera Italiana». Gegner eines Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- MUHEIM, Gustav: 1851–1917, von Altdorf, UR. Regierungsrat und Landesstatthalter 1882, Landammann 1884–1888 und mit Unterbrüchen bis 1902. Ständerat 1877–1901, Nationalrat 1905–1911. Mitbegründer des historischen Museums von Uri. Führer der Konservativen Partei Uri. Freund Angsts. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums. Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» ab 1889. Mitglied der Landesmuseums-Kommission des Bundes vom 5. November 1891.
- MUHEIM, Jost: Präsident der Kunstgesellschaft der Stadt Luzern, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- MÜLLER, Albert: 1846–1912, von Thayngen, SH. Architekt, ab 1875 in Zürich, Direktor der Kunstgewerbeschule und des Gewerbemuseums 1879–1897. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees. In der Schmiedstube liegen seine Pläne für ein Landesmuseum auf. Unterzeichner der Broschüre des Initiativkomitees 1889.
- MÜLLER, Eduard: 1848–1919, von Bern. Dr. iur., Fürsprecher ab 1872, Gerichtspräsident in Bern 1874–1876, Bundesanwalt ab 1885. Stürzt 1888 das konservative Stadtrégiment Berns und wird Stadtpräsident. Grossrat ab 1882, Nationalrat von 1884 an, Nachfolger von Schenk im Bundesrat (1895–1919), wo er das Justizdepartement inne hat. Oberstdivisionär in der Armee. Wird von der «Berner Volkszeitung» als «Rother Müller» bezeichnet (20. 5. 1891).
- MUYDEN VAN, Berthold: 1852–1912, Präsident «Société d'histoire de la Suisse romande», Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- ORELLI VON, Alois: 1827–1892, von Zürich. Dr. iur., Obergerichter und Professor in Zürich.
- ORELLI VON-VON REDING, Paul Karl Eduard: 1849–1927, von Zürich. Bankier in Zürich, katholischer Politiker, Vizekonsul der USA, Präsident der Bank in Zürich, Ritter des päpstlichen Gregorius-Ordens, Präsident des Theodosianums.
- PEDRAZZINI, Martino: 1843–1922, von Locarno. Führer der konservativen Partei, Nationalrat bis 1890, danach Professor in Freiburg i. Üe. Mitglied der nationalrätlichen Kommission zur Landesmuseumsfrage 1890.
- PESTALOZZI, Hans Conrad: 1848–1909, aus Zürich. Liberaler Politiker, Architekt, Stadtrat und später Stadtpräsident (1889–1909). Nationalrat ab 1890. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees.
- PESTALOZZI-PFYFFER, Emil: 1852–1929, von Zug. Dr. med., Vorsitzender des Schweizerischen katholischen Volksvereins, leitete mehrere schweizerische Pilgerzüge.
- PFISTER, Albert: 1852–1925, von Winterthur. Architekt, Leiter des Gewerbemuseums Winterthur 1886–1920, Gründer der Metallarbeiterschule Winterthur, ab 1889 Direktor derselben. Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.

- PLANTA VON, Peter Conradin: 1815–1902, von Zuoz, GR. Mitglied des Kleinen Rats und später des Grossen Rats. 1856–1872 Ständerat, Verwaltungsrat der Vereinigten Schweizer Bahnen. Gründer des Rätischen Museums in Chur. Feuriger Gegner eines zentralen Nationalmuseums.
- PYTHON, Georges: 1856–1927, von Portalban, FR. Führer der Konservativen Partei in Freiburg. Ab 1881 Grossrat, Professor an der alten Rechtsschule. 1884–1893 Nationalrat, Ständerat 1896–1920. Gründer der Universität Freiburg.
- RAHN, Rudolf: 1841–1912. Kunsthistoriker, Professor an der Universität Zürich ab 1870 und ab 1883 auch am Polytechnikum. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees und der ersten Museums-Kommission des Bundes von 1884, Mitglied der Landesmuseums-Kommission des Bundes vom 5. November 1891.
- RINIKER, Hans: 1841–1892, aus Riniken, AG. Oberförster, Nationalrat von 1879 bis zu seinem Tod, Verfassungsrat ab 1884 und Regierungsrat ab 1887, Mitglied des schweizerischen Schulrats. Mitglied der nationalrätlichen Kommission von 1890.
- RITZ, Raphael: 1829–1894, aus Sitten, VS. Kunstmaler, Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» 1889.
- ROMEDI, Peter Conradin: 1817–1899, von Madulain, GR. Ständerat 1881–1889, zuerst Anhänger der zentralistischen Richtung, dann eifriger Föderalist und vehementer Gegner eines Landesmuseums. An der Ständeratssitzung vom 9. Dezember 1889 spricht er sich dafür aus, dass die Trophäen der Väter den Kantonen, nicht dem Bund gehörten.
- ROTEN VON, Anton: 1826–1895, von Raron, VS. Walliser Nationalrat von 1864 bis 1895.
- RUCHET, Marc-Emile: 1853–1912, von Bex, VD. Waadtländer Ständerat und Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums 1889. Später Bundesrat 1899–1912.
- RUCHONNET, Antoine-Louis, John: 1834–1893, von St. Saphorin, VD. Radikaler Politiker, Bundesrat 1881–1893.
- RUFFY, Eugène: 1854–1919, von Lutry, VD. Ab 1882 einflussreiches Mitglied im Nationalrat. Mitglied der nationalrätlichen Kommission zur Landesmuseumsfrage 1890. Später Bundesrat 1893–1899.
- RUSCH, Johann Baptist Emil: 1844–1890, von Appenzell. Landesstatthalter 1874, Landammann 1877–1890, Ständerat 1869–1875 und 1877–1890. Landesarchivar 1866–1890, Gründer der historischen Sammlung Appenzell. Landesmuseums-Gegner.
- SARASIN-SCHLUMBERGER, Jakob Reinhold: 1851–1929, von Basel. Präsident Kunstverein Basel, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- SAUSSURE DE, Théodore: 1824–1903, von Genf. Gemeindepräsident von Genthod 1850–1900, Mitglied des Grossen Rats von 1854–1856 und 1858–1872. Mitbegründer der «Schweizerischen Gesellschaft für Erhaltung historischer Kunstdenkmäler», Mitglied der Landesmuseums-Kommission vom 5. November 1891.
- SCHÄPPI, Johann Jakob: 1819–1908, von Horgen, ZH. Sekundarlehrer in Schlieren und Horgen. Regierungsstatthalter, Kantonsrat und Nationalrat von 1885–1899. Führer der Demokratischen Partei.
- SCHÄR, Johann: 1824–1906. Regierungsrat Bern, Unterzeichner der Eingabe Berns 1888. Präsident des Regierungsrats des Kantons Bern.
- SCHENK, Karl: 1823–1895, ursprünglich Pfarrer in Laupen 1848 und Schüpfen 1850. Berner Regierungsrat ab 1855, ab 1856 Ständerat, Bundesrat 1863 bis zu seinem Tod, meist als Vorsteher des Departements des Innern. Freund von Heinrich Angst.

- SCHEUCHZER, Friedrich Erhard: 1828-1895, Dr. med., Demokratischer Politiker, Redaktor und Verleger der «Bülach-Dielsdorfer Wochenzeitung». Nationalrat 1866–1895.
- SCHMID-RONKA, Jakob: 1840–1908, von Gelfingen, LU. Bankier, Ständerat von 1889–1897.
- SECRETAN, Edouard: 1848–1917, Redaktor «Gazette de Lausanne», Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- SEGESSER VON, Heinrich Victor: 1843–1900, aus Luzern. Architekt, Oberstdivisionär, Mitglied der «Kommission für Erhaltung», Mitinitiant der Luzerner Landesmuseums-Pläne.
- SINNER VON, R.: Burgerrat Bern, Unterzeichner der Eingabe Berns 1888.
- SOLDAN, Charles: 1855–1900, von Lausanne. Bundesrichter. Wurde in der Dezembersitzung 1890, womöglich als Folge eines Kuhhandels, zum Bundesrichter gewählt. Die Berner mussten für Soldan stimmen, damit die Waadtländer für Bern als Sitz stimmten.
- STADLER, Julius: 1828–1904, von Zürich. Architekt, Zürcher Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883.
- STÖSSEL, Johannes: 1837–1919 von Zürich, Jurist, Demokratischer Führer, Regierungsrat 1878–1917, Nationalrat 1878–1891, Ständerat 1891–1905.
- STRÄULI, Heinrich Emil: 1834–1894 von Winterthur. Dr. iur., Turnlehrer, Mitglied des Bezirks- und Obergerichts, Suppleant des Bundesgerichts ab 1889. Demokratischer Kantonsrat von 1866 bis 1894.
- STRÄULI, W.: Vizepräsident des Kunstvereins Winterthur, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- SUTER, Gallus August: 1829–1901, von Krummenau, SG. Nationalrat 1866–1869 und 1884–1890. Mitglied der nationalrätlichen Kommission zur Landesmuseumsfrage 1890.
- TANNER, Karl Erwin: 1838–1903, Stadtmann von Aarau. Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer». Gegner eines Zentralmuseums. Wird angegangen wegen der Antimuseums-Petition 1891, die er aber nicht unterschreibt.
- TORRENTE DE, Henri: 1845–1922, von Sitten, VS. Ständerat von 1888–1898. Mitglied der ständerätlichen Kommission zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums 1889.
- VESSAZ, Antoine: 1833–1911 von Lausanne, VD. Bekannter radikaler Waadtländer Politiker. Ständerat 1875–1878, Nationalrat 1878–1893.
- VETTER, Ferdinand: 1847–1924, von Bern. Lehrer und Professor in Bern, Ordinarius für Germanistik in Bern. Mitglied der «Gesellschaft für Erhaltung». Autor des Büchleins «Eidgenössisches Landesmuseum oder Unterstützung örtlicher Sammlungen»; nach Zimmermann Karl ein interessierter Anwärter auf das Amt des Direktors im zu gründenden Landesmuseum. Lehrte an der Kantonsschule in Chur und wurde deshalb wegen seiner im «Bund» veröffentlichten Artikel im «Bündner Tagblatt» aufs Schärfste kritisiert (16. Juni 1889).
- VINCENT, Joseph: Bedeutender Sammler in Zürich, dank dessen Mithilfe die Ausstellung im Pavillon an der Landesausstellung 1883 zustande kommt. Er stirbt im Juni 1888, kurz nachdem er dem Landesmuseum seine Sammlung vermacht hat (unter der Regie von Angst).
- VISCHER-SARASIN, Eduard: 1843–1929, von Basel. Architekt, Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» 1889. Mitglied der Landesmuseums-Kommission des Bundes vom 5. November 1891.

- VÖGELIN, Friedrich Salomon: 1837–1888. Ursprünglich Pfarrer in Uster von 1862–1870, ab 1870 Professor für Kunstgeschichte an der Universität Zürich; Nationalrat von 1875–1888. Zürcher Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Mitglied der «Gesellschaft für Erhaltung» 1884. (Biografie: Isler, Alex, Prof. Dr. Salomon Vögelin, Zürich, 1892)
- VOGELSANGER, Johann Jakob: 1849–1923, aus Beggingen, SH. Ab 1856 Gärtner in Zürich, Antragsteller auf Gründung einer Sozialistischen Partei in der Schweiz 1869. Publizist ab 1878. Nationalrat 1890–1905, Stadtrat von Zürich 1892–1919.
- VOGLER, Karl Heinrich: 1833–1920, Dr. med., Präsident des Kunstvereins Schaffhausen, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- WACKERNAGEL, Rudolf: 1855–1925, von Basel. Dr. theol., iur. und phil., Staatsarchivar in Basel 1877–1917 und Präsident des «Eidgenössischen Vereins Basel». Eingabe der Antimuseums-Petition 1891. Zuerst Hauptinitiant der Basler Nationalmuseumspläne, nach Basels Ausscheiden aus dem Streit eifriger Gegner eines Landesmuseums.
- WEBER, Anton: 1839–1924, Präsident «Museum auf dem städtischen Rathaus Zug». Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- WEINGARTNER, Seraphim: 1844–1919, aus Luzern. Direktor der Kunstgewerbeschule Luzern, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- WELTI, Emil: 1825–1899 von Zurzach, AG. Bundesrat 1866–1891, freisinnig.
- WILD, Karl Emil: 1856–1923, von St. Gallen. Mitglied der ersten Museumskommission des Bundes von 1883. Direktor des Industrie- und Gewerbemuseums St. Gallen.
- WIRZ, Theodor: 1842–1901, aus Obwalden. Nationalrat 1871, Ständerat 1872–1901. Präsident des katholischen Studentenvereins, Präsident der konservativen Fraktion der Bundesversammlung, Landammann.
- WÜEST, Friedrich: 1843–1902, aus Büron LU. Oberschreiber des Baudepartements des Kantons Luzern ab 1864, Mitglied des engern Stadtrats von Luzern 1871–1891. Stadtpräsident ab 1890, ab 1891 Mitglied der Direktion der Gotthardbahn, Nationalrat 1881–1891.
- WYRSCH, Jakob Dr.: 1842–1933, Dr. med., Präsident des historischen Vereins Nidwalden, Gegner eines zentralen Landesmuseums. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.
- WYSS, Gustav: 1853–1916, Buchdrucker und Lokalpolitiker in Bern, Sekretär der Kommission für das Nationalmuseum in Bern.
- ZELLER-WERDMÜLLER, Heinrich: 1844–1903, von Zürich. Kaufmann, Zunftmeister zur Waag. Genealoge und Historiker, Dr. h.c. der Universität Zürich ab 1893. Mitglied des Initiativkomitees von Zürich. Mitglied der «Eidgenössischen Commission für Erhaltung schweizerischer Alterthümer» 1889. Mitglied der Landesmuseums-Kommission des Bundes vom 5. November 1891.
- ZEMP, Josef: 1834–1908, aus Luzern, erster katholisch-konservativer Bundesrat 1891–1908.
- ZWEIFEL, Esaja: 1827–1904, von Glarus, Nationalrat 1879–1884, Ständerat 1884–1893. Mitglied der Kommission des Ständerats zur Prüfung eines eidgenössischen Landesmuseums 1889.

Bildnachweis

Umschlag	Zentralbibliothek Zürich
5	Staatsarchiv des Kantons Zürich
6	Staatsarchiv des Kantons Zürich
13	Zentralbibliothek Zürich
15	Zentralbibliothek Zürich
20	Schweizerischen Landesmuseum Zürich
29	Schweizerische Landesbibliothek Bern
37	Staatsarchiv des Kantons Zürich
47	Zentralbibliothek Zürich
49	Zentralbibliothek Zürich
61	Zentralbibliothek Zürich
62	Zentralbibliothek Zürich
78	Zentralbibliothek Zürich
85	Schweizerisches Landesmuseum Zürich
94	Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich
99	Staatsarchiv des Kantons Zürich
100	Foto: Felix Jonas Stoll, Basel
103	Bernisches Historisches Museum
106	Bernisches Historisches Museum
107	Punktum Bildarchiv Zürich
108	Staatsarchiv Basel Stadt
111	Punktum Bildarchiv Zürich
112	Punktum Bildarchiv Zürich
130	Schweizerisches Landesmuseum Zürich
144	Zentralbibliothek Zürich
148	Zentralbibliothek Zürich
179	Schweizerisches Landesmuseum Zürich